nl · konkret · 72

Hans Bergmann

Wanted: President

Ronald Reagan und die Monopole – ein Fallbeispiel

Über den Autor

Stationen

Geboren am 15. 2. 1937 in Moskau, absolvierte Hans Bergmann in Berlin die Oberschule und beendete 1963 ein Philosophiestudium. Nach kurzer wissenschaftlicher Arbeit an der Universität begann er 1966 eine journalistische Tätigkeit an der Zeitschrift FREIE WELT.
Die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Weltanschauung und dem Antisowjetismus wurde zum Hauptfeld seiner Arbeit.

Publikationen

Zahlreiche Dokumentationen, Kommentare und Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften
„Die Eingreifer", Urania-Verlag Leipzig · Jena · Berlin

Wanted: President

Ronald Reagan und die Monopole – Ein Fallbeispiel

Verlag Neues Leben Berlin

ISBN 3-355-00001-9

© Verlag Neues Leben, Berlin 1986
Lizenz Nr. 303 (305/147/86)
LSV 0209
Umschlag: Helmut Wengler
Fotos: ADN-ZB (4), Archiv des Autors (33), Poszkowiak (1)
Typografie: Doris Ahrends
Schrift: 9p Univers
Lichtsatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck und buchbinderische Weiterverarbeitung: Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam
Bestell-Nr. 643 982 8
00430

Inhalt

7 Gespenst oder Geist von Genf?
12 Reagans Kapital
22 Mit Seife getestet
34 Der Bastard und die „Bastarde"
49 „I love You, America"
62 Der rechte Glaube
71 Eine „konservative Renaissance"?
81 Der Dollar auf seltsamen Wegen
96 Die Millionäre und der Hunger
108 Das „Fenster der Verwundbarkeit"
118 „Sieg ist möglich"
133 Im Himmel wie auf Erden
147 Der Trick mit den „Tauschobjekten"
162 Die „Ethik der Macht"

Gespenst oder Geist von Genf?

Wanted: President – gesucht: ein Präsident. Und die ihn suchten, fanden ihn. Sie glaubten nun, mit einem starken Mann ihren Besitzstand gegen alle Gefahren nicht nur verteidigen, sondern auch ausbauen und mehren zu können. Sie wollten totale Konfrontation, um verlorenes ökonomisches und politisches Terrain durch eine Politik der Stärke wiederzugewinnen. Doch wie so oft in der Geschichte, ist der Morgen klüger als der Abend ...

Fünf Jahre später, genau Ende November 1985, bestieg Präsident Reagan ein Flugzeug, das ihn nach Genf trug – zum Treffen mit dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow. Vor Jahren äußerte der Präsident einmal, daß die Gefahr einer Invasion außerirdischer Wesen die UdSSR und die USA schneller eine gemeinsame Sprache finden ließe. Doch nicht das Nahen dieser gepanzerten Männchen à la Hollywood war der Anlaß zu dieser Reise, sondern Bedrohungen ganz realer Art. Gerechtigkeitshalber muß gesagt werden, daß nicht die US-Administration oder gar jene Kreise, die Reagan zum Präsidenten gekürt haben, den längst ausstehenden Flug forderten. Im Gegenteil, der Geist von Genf schreckte sie wie ein Gespenst.

Es mutete wie absurdes Theater an, daß der erste Mann im Pentagon, Caspar Weinberger, sozusagen mit fliegenden Rockschößen dem Präsidenten einen Brief als Reiselektüre nachreichte. Dieses Schriftstück war so schlimm, daß die „Washington Post" bekannte: „Selbst einer Stadt (gemeint ist Washington – H. B.), die schockierende Enthüllungen gewohnt ist, verschlug die gezielte Indiskretion in Form des Briefes von Verteidigungsminister Weinberger an Präsident Reagan die Sprache. Da erfährt man, daß ein einflußreicher Kabinettsminister den Präsidenten davor warnt, sich mit Michail Gorbatschow über mehrere der entscheidensten Probleme zu einigen, die vorgeblich als Themen für die Genfer Verhandlungen in Betracht gezogen werden ... Wenn Reagan den in dem Schreiben enthaltenen Ratschlag annimmt, riskiert er, als Handlanger des ‚militärisch-industriellen Komplexes' ... hingestellt zu werden. Ignoriert der Präsident den Rat, dann wird es so aussehen, als habe er einen getreuen Mitarbeiter und einen bedeutenden Teil seiner Wähler vor den Kopf gestoßen. Sicherlich hat die Indiskretion der Öffentlichkeit ein Licht aufgesteckt. Gleichzeitig hat sie dem Präsidenten den Weg zum Gipfel erschwert."

Und das eben lag in der Absicht dieser „Indiskretion". Reagan sollte, nach den Wünschen Weinbergers und seiner mächtigen Hintermänner, nichts, aber auch nichts bewilligen oder gar unterzeichnen, was einer Rüstungsbeschränkung auch nur annähernd nahekäme. Diese aktionsstimulierenden Ängste zeichneten Weinberger in aller Deutlichkeit als den Sachwalter des Militär-Industrie-Komplexes aus. Er hatte es auch nie verborgen und schien nun bestürzt, daß diese jahrelangen Gemeinsamkeiten in Zielen und Ansichten auf einem Gipfeltreffen Gefährdungen ausgesetzt sein könnten.

Weinberger und seine Rüstungsclique waren nicht die einzigen, die einen Gang nach Genf für einen Gang nach Canossa hielten. Die Heritage Foundation war sofort zur Stelle und schmuggelte dem Präsidenten ein „briefing book" ins Gepäck, in dem knallhart stand, der Sowjetunion in keiner einzigen Frage entgegenzukommen. Diese „Denkfabrik" sprach im eigenen wie auch im Namen aller rechtslastigen Komitees, Gremien, Gruppen und Kreise, deren Wirken Reagan schließlich dem Präsidentenstuhl zu danken hatte. Sie meinten sich im Recht, die Schritte „ihres" Präsidenten argwöhnisch belauern zu dürfen. Jetzt, wie schon zuvor, als sie die Wahlkampagnen organisierten, beschworen sie die einzigartige Mission Amerikas, durch Kraft und Stärke der Welt ihren Willen aufzuprägen. Die USA hätten die unnachahmlichsten Werte und Gebote zu bieten. Es war der Griff ins Brackwasser der Vergangenheit, doch die Waffen, die solchen modrigen Werten zu Gebote stehen, sind modernste Massenvernichtungsmittel.

Die saloppen Reden in den Regierungsetagen über den möglichen Einsatz dieser Waffen klangen, als sprächen die politisch Verantwortlichen über Pfeil und Bogen und als könnten diese Waffen nur in eine Richtung fliegen. Und sollten sie aus der anderen kommen, dann gäbe es schon Schilder, sie abzufangen. Das neueste Abwehrphantom: SDI. Die wohl beunruhigendste Periode in der Weltgeschichte begann.

Der Präsident selbst tat nicht wenig, die Befürchtungen in der Weltöffentlichkeit zu nähren. Böse Äußerungen und Bekundungen zeugten davon, daß der höchste Repräsentant eines Landes nicht gewillt schien, den Realitäten Rechnung zu tragen. Und diese Realitäten standen deutlich vor aller Augen: die strategische Parität der beiden Großmächte ist ein Fakt, gegen den anzugehen katastrophale Folgen haben werde: zum anderen sind die Wandlungen der ehemals kolonialen Welt unaufhaltsam, sie unterliegen eigenen Gesetzen, die durch Gewaltakte à la Grenada nicht geändert werden. Die weltweite Unterstützung der Konterrevolution verlängert das Blutvergießen, doch nicht den gesetzmäßigen Übergang zur neuen sozialen Ordnung.

Ein Umlernprozeß muß so oder so in den USA stattfinden, und er läßt sich weder durch Demagogie noch mit ökonomischen Erpressungen oder gar Waffengewalt umgehen. Nun sind realistische Einschätzungen nicht immer so leicht zu haben wie Bäckerbrötchen an der Ecke. Und doch haben viele Männer – ehemalige US-Präsidenten, Verteidigungsminister, hohe Militärs und Beamte vom CIA und anderen Dienststellen – sich zur Einsicht durchgerungen, daß ein Wettrüsten gegen die Sowjetunion ein sinnloses, ja selbstmörderisches Unterfangen ist. Bestimmt durchlitten diese Männer große Mühen, bevor sie, ohne ihre antisowjetische Haltung aufzugeben, zur Schlußfolgerung gelangten, daß eine neuerliche Politik der Stärke und Konfrontation ein katastrophales Ende nehmen müsse. Dem Glauben, daß eine steigende Anzahl von Waffen die USA sicherer mache, widerspräche allein schon der Tatbestand, daß die blitzschnellen Raketen immer mehr Computerentscheidungen unterliegen, von deren Irrtümern somit die Weltzivilisation abhänge.

Nicht technische Vervollkommnung, ob auf der Erde oder im All, können den Frieden bewahren, sondern nur politische Entscheidungen. Diese Feststellung wird gestützt von Aussagen vieler Wissenschaftler und Spezialisten, die sowohl die politischen Gefahren als auch die ökonomischen Lasten ins Kalkül ziehen.

Die Neokonservativen und die neue Rechte, die sich als begabt erwiesen, schier unerschöpfliche Dollarquellen für eine „konservative Renaissance" anzuzapfen, sehen heute mit Groll, daß Geld und die Stimmgewalt der Massenmedien nicht alles vermögen. Sie erkennen die Zusammenhänge zwischen den rhetorischen Milderungen in den Reden des Präsidenten und den millionenfachen Protesten im In- und Ausland gegen die ausufernde Rüstung, die nun auch ins All getragen werden soll. Selbst Freunde und Bündnispartner stellen sich, zwar mit einigen Wenn und Aber, in die Reihe einer Koalition der Weltvernunft. Die Warnungen der Wissenschaftler, die selbst einst in Labors die tödlichsten aller Waffen schufen, die kritischen Einwände der Politiker und Militärs, die vordem den Vietnamkrieg mitgetragen haben; die Abkehr vieler Menschen von Illusionen über Amerikas Unverwundbarkeit, an die zu glauben sie so lange bereit waren, bis bessere Einsichten in ihnen Furcht aufkommen ließ – sie alle schufen in den USA eine Situation, die es einem Präsidenten erschwert, in bisher geübter konservativer Forschheit über die Kriegsängste der Millionen Menschen hinwegzusehen.

Viele Zeitungen zensieren heute zunehmend unnachsichtiger die Reden der Regierungsmannschaft, die in ihren Zweideutigkeiten den Einfluß der rechten Beraterriege unverkennbar machen. Die „International Herald Tribune" schrieb Mitte November 1985: „Sie haben ihm (dem Präsidenten – H. B.) das ‚Sternen-

kriegs'-Konzept als absolute Verteidigung gegen Kernwaffen eingeredet, was nach wissenschaftlichen Erkenntnissen wahrscheinlich niemals zutreffen wird. Sie haben seine Aufmerksamkeit von einer Tatsache abgelenkt, die den Sowjets völlig klar ist: daß auf der Grundlage der ‚Sternenkriegs'-Technologie neue Angriffswaffen entwickelt werden könnten, wodurch die zwischen den Supermächten bestehende nukleare Parität gefährdet würde."

Die Rechte drängt auf die totale Erfüllung des Waffen- und Militärprogramms, auf die SDI-Forschung und die unwiderrufliche Erprobung und Dislozierung der Kosmoswaffen. Doch die Verunsicherung wächst auch in ihren Reihen und mit ihr der Zorn, denn diese Unsicherheit ist keine Frucht vom Baum der Erkenntnis, sondern eher Folge der tagtäglichen Beobachtung, daß „ihr" Präsident in eine Zwickmühle gerät. Das verlangt Antworten. Der Zorn gilt den „Dolchstoß"-Strategen im eigenen Land, jedoch bei weitem mehr der Sowjetunion. Hat nicht sie ein einseitiges Moratorium für Atomwaffenversuche beschlossen und die USA in einen unangenehmen Zugzwang gebracht? Die Ablehnung dieses Moratoriums begleitete die Administration mit so unglaubhaften und kläglichen Erklärungen, daß selbst den Rechten dämmerte, diese Wortkaskaden werden auf wenige willige Ohren stoßen. Als der sowjetische Vorschlag einer Reduzierung der Atomwaffen um fünfzig Prozent als Propaganda abgetan werden sollte, forderten die Rüstungsgegner: Bitte, nehmen wir die Sowjetunion beim Wort, und wir werden sehen, ob es nur Propaganda ist!

Die sowjetische Friedenspolitik schuf in den USA ein Umdenken. Bestimmte Vorstellungen, die beispielsweise auch die „Freeze"-Bewegung beherrschten – so die Ansicht von der „gleichen Verantwortlichkeit" der beiden Großmächte in der Rüstungspolitik – änderten sich und machten der realen Erkenntnis Platz, daß die USA und nur sie der Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungspolitik Widerstand entgegensetzen. Die Abkehr von einigen antisowjetischen Positionen ist ein entscheidender Schritt. Erstmals wird auch das „Sternenkriegs"-Programm als das erkannt, was es ist: Als Schaffung eines Schildes, hinter dem ein Erstschlagspotential errichtet werden soll. Diese programmatischen Neu- und Umformulierungen innerhalb der millionenfachen amerikanischen Friedensbewegung werden in Zukunft richtungweisend sein.

Alle Augen waren auf Genf gerichtet. Die meisten Menschen schöpften Hoffnungen, eine Minderheit artikulierte ihre düsteren Ahnungen. Als Reagan wieder amerikanischen Boden betrat, sagte er: „Dieses Treffen kann eine historische Chance sein, einen stetigeren und konstruktiveren Kurs auf das 21. Jahrhundert zu nehmen." Manches Gesagte, zwar eingebettet in einen Wust

historischer Fehl- und Mißdeutungen der sowjetischen Außenpolitik, ließ einen leisen Optimismus zu. So die unzweifelhafte Erkenntnis, daß ein Atomkrieg nicht zu gewinnen ist, und der Wunsch, über alle Gegensätze hinweg, um eine Welt des Friedens zu ringen.

Nun müssen, und das sind die Erwartungen der Weltöffentlichkeit, dafür auch Grundlagen geschaffen werden. Die neuerliche Erhöhung der Ausgaben für SDI, die abstrichlose Fortführung aller Waffenprogramme stehen im seltsamen Kontrast zur sowjetischen Initiative, bis zum Jahr 2000 alle Kernwaffen zu vernichten. Mit einer weiteren Hochrüstung können die Verhandlungen über Waffenreduzierungen nicht Schritt halten. So war es in der Vergangenheit, als neue Rüstungstechnologien die Verhandlungen überholten und gegenstandslos machten.

„Vielleicht lohnt es sich nicht, immer wieder in der Vergangenheit zu wühlen? Erst recht heute, da sich in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen anscheinend Änderungen zum Besseren andeuten und sich in den Handlungen und Stimmungen der Führung einiger NATO-Länder erneut realistische Tendenzen abzuzeichnen beginnen? Unseres Erachtens lohnt es sich trotzdem, weil die schroffe Abkühlung des Weltklimas in der ersten Hälfte der achtziger Jahre wieder daran erinnerte, das nichts von allein kommt: Für den Frieden muß man kämpfen, beharrlich und zielstrebig kämpfen." Das sind Worte Michail Gorbatschows auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU. In der Tat, ein Blick in die allerjüngste Vergangenheit ist lehrreich.

Reagans Kapital

„Weshalb gehen die Amerikaner so großzügig mit Reagan um?" fragte Ende August 1984 die „Time". „Nach den üblichen Maßstäben für die Leistungen eines Präsidenten könnte man Reagan als Versager einstufen. Er verliert regelmäßig die Tatsachen aus dem Auge oder bringt sie durcheinander und hält an seiner Ideologie fest, wohin sie ihn auch führen mag... Sein Budget ist äußerst unausgewogen, und seine Programme reichen allgemein den Armen zum Nachteil." Die „Time" konstatierte erstaunt das Resultat einer Umfrage, die ergeben hatte, daß vielen Reagans Politik Unbehagen einflößt, sie ihn persönlich jedoch mögen. „Zu den meisten Wählern aber scheint er, abgesehen davon, ob sie ihm politisch zustimmen oder anderer Meinung sind, jetzt ein mysteriöses gutes Verhältnis zu haben, als ob er der Lieblingsonkel mit dem gewissen Augenzwinkern sei, der zufällig Präsident geworden ist."

Die „Time" gestand auch ein, daß eine beachtenswerte Minderheit sich weder vom Lächeln noch von der Herzlichkeit Reagans beeindrucken ließ. Und das schon seit 1980. Die Erfahrungen der folgenden Jahre haben diese Gruppe eher größer als kleiner werden lassen. Ihr zwinkerte der „Lieblingsonkel" auch nicht mehr zu, sondern ließ seinen strahlenden Blick auf jenen Menschen ruhen, die in einer aufwendigen Wahlkampagne gewonnen werden konnten, ihn zu wählen. Sie kamen aus Wohngegenden mit hohem Einkommen. Reagan gewann die Wahl, doch keineswegs nur mit den Stimmen der Wohlhabenden.

Weshalb nun gehen die Amerikaner mit Reagan so großzügig um? Wahnwitzige Rüstungspolitik, rigorose Streichungen der Sozialleistungen, kriegerische Abenteuer in Lateinamerika und der Karibik, atemberaubende Äußerungen über einen gewinnbaren Atomkrieg, Vermischung von Kirche und Staat, Kriminalisierung der Abtreibung, Verweigerung der Gleichberechtigung der Frau, Einschränkung der Bürgerrechte für Minderheiten – was muß ein Präsident noch tun und sagen, um als untragbar erkannt zu werden?

Erstaunlicherweise werden diese bewegenden Fragen von vielen Amerikanern nicht gestellt. Selbst reservierte Bürger, denen so mancherlei an ihrem Präsidenten nicht recht paßte und die in Mondales Händen einiges besser aufgehoben glaubten, äußerten achselzuckend, wie um Entschuldigung bittend: Nun, er hat uns

den patriotischen Glauben an uns selbst zurückgegeben, hat amerikanische Werte neubelebt, hat Moral und Glauben zum Prinzip der Politik erhoben, hat die unrühmlichen letzten Jahre unter Carter vergessen gemacht. Reicht das nicht? Selbst wenn er auf komplizierte Fragen nur simple Antworten findet, was könnte falsch an seinem Credo sein: „Im Mittelpunkt unserer Botschaft sollten fünf einfache, vertraute Worte stehen: Familie, Arbeit, Nachbarschaft, Freiheit, Frieden." Diese und ähnliche Botschaften, die sich auf einen Autoaufkleber reduzieren lassen, veranlaßten manche amerikanischen und westeuropäischen Zeitungen schon 1980 zum Ausruf: Die Main Street hat das Weiße Haus erobert!

Dem amerikanischen Schriftsteller Sinclair Lewis ist zu danken, daß auch im fernen Europa die Main Street zum Begriff wurde, jene symbolische Hauptstraße in einer kleinen Stadt des Mittleren Westens der USA, Kennzeichen einer unsäglichen Denk- und Verhaltensweise. Diese Hauptstraße gibt es tausendfach, ihre Bewohner eint eine unverkennbare Gemeinsamkeit. Hinter phantasielosen Häusermauern lebt man dem Ziel, einmal die Dollars zusammengebracht zu haben, um aus der klein- in der mittelständischen Gesichtslosigkeit zu landen. Sinclair Lewis schildert trefflich, wie bleierne Langeweile die Stadt beherrscht, stupider Witz als Humor gilt, Banalität als Gesetztheit, geschäftliche Aufschneiderei als sinnvolle Selbstbestätigung, kulturelles Interesse als geistige Ausschweifung, kritische Sicht als Rebellion. Das wesentliche Bindeglied ist neben der Jagd nach dem Dollar die religiöse Verinnerlichung, in Gottes eignem Land zu leben, das dem Rest der Welt zum Vorbild dienen kann. Im Grunde sind es rührige Leute, mit einem Lachen auf den Lippen und einem Scherz für die Gleichgesinnten; doch das Lachen gefriert, und das Gesicht wird zur Zornmaske, wenn eine andere Welt auch nur Erwähnung findet: die Welt der Roten, der Gewerkschafter, Juden, Neger und Gottlosen. Mit dem Instinkt der Noch-nicht-Reichen erfassen sie die Gefahren, die ihren Geschäften drohen, sollte die Welt eine andere werden.

„Welche unvergängliche Kunst ist es – eine glänzende, herrliche Kunst –, Schimpfnamen für unsere Gegner zu finden! Wie sakrosant ist unser Bemühen, sie vom Erwerb der heiligen Dollars abzuhalten, die wir selbst zu besitzen wünschen", erregt sich Carola, die Heldin der „Hauptstraße". Sie haßt diese Welt und kann ihr nicht entrinnen. Diese Welt ist überall, wo die allamerikanische Dollargesinnung herrscht. Die Enge quält, die religiöse Bigotterie demütigt sie. Den geheiligten amerikanischen Pioniergeist erfährt sie als eine rohe, nach Lynchjustiz schreiende Gewalt. Das Einbrechen der neuen Zeit in diese muffige Welt in Gestalt selbstbewußter Arbeiter ängstigt und weckt Aggressio-

nen. Und diese machen sich Luft. Schimpfworte finden sich viele für jene, die sich anschicken, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. In der Main Street gilt das Geldmachen als gottgefällig, und der Reiche hat die Liebe Gottes erfahren. Wer diesen Weltenlauf zu ändern sucht, handelt gottlos, unpatriotisch, unamerikanisch. Bis auf den heutigen Tag zieht der Pesthauch des dumpfen Antikommunismus, des paranoiden Chauvinismus und des Rassismus durch die Main Street.

Die Mittelklasse zehrt noch heute vom „amerikanischen Traum", der die individuelle Freiheit und ökonomische Unabhängigkeit zum Nonplusultra allen Daseins erhebt. Diese Selbständigkeit jedoch beruht teils auf der „Selbstausbeutung", wie der US-Ökonom J. Galbraith es nennt. Beschäftigt der Kleinunternehmer noch Arbeitskräfte, so bringt er sich in die Rolle eines Patrons, der die Forderung erhebt, alle müssen die Anstrengungen, den Betrieb zu erhalten, mit ihm teilen. Diese Ausbeutung geht meist über das Maß hinaus, das Arbeiter in der Großproduktion zu erleiden haben. Um dem Konkurrenzdruck gewachsen zu sein, müssen die Produktionskosten und die Löhne bei Strafe des eigenen Untergangs so niedrig wie möglich gehalten werden. Es entsteht die paradoxe Situation, daß der Kleinbourgeois objektiv der Arbeiterklasse nähersteht als dem Großbürgertum, jedoch nichts so sehr fürchtet wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ihren Forderungen nach höheren Löhnen und Sozialleistungen. Diesen Schichten spricht und handelt Reagan aus dem Herzen, wenn er den Gewerkschaften Tiefschläge versetzt und das Sozialbudget auf den Hackklotz legt.

Es gibt noch andere Gründe, weshalb der Mittelstand das ideale Becken ist, aus dem konservative und reaktionäre Politiker ihre Stimmen angeln. Viele Kleinunternehmer übernahmen eine neue Rolle: Sie mauserten sich zu Klein- und Kleinstagenten der großen Kapitalgesellschaften im Absatz- und Dienstleistungsbereich. Als Verkäufer von Erzeugnissen großer Firmen oder als Pächter von Geschäften – wie zum Beispiel Tankstellen – sind sie von jeglichen Produktionsmitteln längst getrennt worden. Besitzen sie diese aber noch, so produzieren sie zumeist Erzeugnisse in kleinen Serien für die großen Firmen, die diese für den Produktionsprozeß dringend benötigen, deren Herstellung für sie aber unrentabel wäre. Zu den Auftraggebern zählen in zunehmendem Maße auch die Rüstungsfirmen. Einer derart festen ökonomischen Einbindung entspricht auch die politisch-ideologische.

Ob als kleine Unternehmer oder als Schräubchen in einem unübersichtlichen Monopolgetriebe – in beiden Formen der Abhängigkeit lebt man immer noch der Illusion, ein Amerikaner von besonderer Individualität zu sein. Statussymbole, wenn auch auf Pump – Luxusautos, Villen, Swimmingpools usw. –, sorgen für

die Abgrenzung; religiöse Traditionen, puritanische Moralnormen, die Wertschätzung von law and order, der Haß gegen alles Linke sind wiederum die unsichtbaren Glieder, die alle aneinanderketten. Das ist die Main Street heute. Hunderttausende haben sich aber aus dieser Enge herausgekämpft und stehen heute in den Reihen derer, die den Präsidenten des Big Business und der Rüstungsmonopole lieber gehen als bleiben sehen.

Wenn hier des öfteren von der Main Street die Rede sein wird, so ist sie nur als Kürzel zu verstehen für eine Welt, in der die Unbildung und politische Intoleranz zum Überleben reaktionärster Machteliten beitragen. Und diese mit allen medialen Machtmitteln sorgsam genährte Dumpfheit zieht sich quer durch alle Klassen, Schichten, Gruppen.

Ein kleiner Junge wuchs in dieser Atmosphäre auf. In Tampico (838 Einwohner) geboren, verbrachte er die Kindheit und Jugend in Dixon (18 197 Einwohner) und besuchte in Eureka (3028 Einwohner) das College. Als Sohn eines wenig erfolgreichen Schuhverkäufers gehörte Ronald Reagan nicht zur ersten Reihe der Main Street, doch diese duldete auch den Benachteiligten, falls er an den Schranken dieser Welt nicht rüttelte. Ronalds Vater tat es nicht, obgleich er als liberal galt, da er unter anderem dem Ku-Klux-Klan nicht den Status einer honorigen Gesellschaft zubilligte.

„Ich wurde in einer Kleinstadt des Mittleren Westens geboren, und ich war schon arm, bevor die Reichen die Stadt in den Griff bekamen. Meine Familie stammte nicht direkt aus dem Armenviertel, aber wir konnten dieses Viertel noch riechen." So liest es sich in Reagans Autobiographie. Auch von einem trostlosen Weihnachtsfest ist die Rede, an dem das Kündigungsschreiben für den Vater ins Haus flatterte. In den Jahren der großen Depression (1929 bis 1933) war es das Schicksal von Millionen.

Fünfzig Jahre später wußte der Präsidentschaftskandidat um die Wirkung dieser Geschichte. „Das Bild will mir nicht aus dem Kopf: mein Vater, den Umschlag in der Hand, unfähig, uns in die Augen zu blicken. Ich kann nicht, und ich will nicht tatenlos zusehen, wie Inflation und Arbeitslosigkeit die Würde unseres Volkes zerstören." Das trug er 1980 auf einer Wahlversammlung vor, der Applaus war donnergleich. Der Mann da oben klang glaubwürdig. Auf dem Podium stand ein armer Leute Sohn, nun ein Millionär. Mit dem Charme des netten Nachbarn wirkte er, als sei er soeben der Rubrik „Menschen wie du und ich" aus dem „Reader's Digest" entstiegen. Ein Selfmademan, der es zum Präsidenten gebracht hat, jedoch sein Feuerholz auf seiner Ranch selbst hackt. Die modifizierte Verkörperung des amerikanischen Traums: vom Tellerwäscher zum Millionär. Ein Mann von moralischer Stärke, Gediegenheit und religiöser Inbrunst. Die Main Street erkannte

Ein steiler Weg. Vom „Law-and-order" Leinwandstreiff über den Präsidentschaftsanwärter 1980 zur mäzenierten Heiligsprechung von Ehefrau Nancy auf dem Parteitag der Republikaner 1984 – Regie ist alles.

sich wieder. Er war ihresgleichen, redete ihre pseudopatriotische Sprache und verkörperte den Beweis, daß mit den Regeln und Lebensnormen der Main Street der Weg nach oben jedem offensteht. Nur wollen muß man, Fleiß, Geduld und Zähigkeit aufwenden und dem amerikanischen Pioniergeist verpflichtet sein. Die Main Street schenkte diesem Mann Vertrauen, weil er Inflation und Arbeitslosigkeit zu besiegen und sie vom Vietnam- und Watergatetrauma zu befreien versprach, weil er nach dem Geiseldrama in Iran ankündigte, die USA werden sich nicht weiterhin herumschubsen lassen, weder von den Ajatollahs noch von der Sowjetunion. Die USA werden die verlorene Stärke wiedergewinnen und die Zukunft siegessicher meistern.

Den sachgerechten Einwürfen, hier stelle sich jemand zur Wahl, der die Welt um neue, teurere Waffen bereichern, den Rüstungswettlauf forcieren und soziale Errungenschaften demontieren werde, wehrten viele ab. Auch von den Medien angefeuert, gierten sie nach einer neuen Hoffnung und wußten nicht, daß sich diesen neokonservativen Aufbruch einige Milliardäre einige Millionen Dollar kosten ließen.

Reagan war vielen kein Unbekannter, als er sich zur Wahl stellte. Als Schauspieler hinterließ er zwar beim kunstliebenden Publikum keinen nachhaltigen Eindruck, und als Gouverneur von Kalifornien drang sein Name auch nicht an jedes Ohr. Doch wie eine häufig eingeblendete Reklame im Gedächtnis haftenbleibt, so auch dieses Gesicht, das durch alle Filme – immerhin über fünfzig – nicht den Schatten einer ungewöhnlichen Begabung offenbarte; es blieb stets das nette Gesicht unter dem netten Westernhut. Den Versuch, ihn auch als Bösewicht zu verkaufen, nahm das Publikum sehr schlecht auf.

Die Verkörperung des Mittelmaßes war Reagans größter Trumpf. Bedeutende Stars werden vergöttert, doch der Reichtum ihrer schauspielerischen Mittel erschwert die Identifikation; Reagan spielte stets sich selbst und erleichterte dem anspruchslosen Kinogänger, seine eigene Haltung und seinen Traum wiederzuerkennen. Die Massenware Western lebt geradezu davon, daß der Zuschauer den Kampf genießt, die Pionierrolle mitspielt und die Größe Amerikas als den Siegeszug des moralischen, gesetzliebenden weißen Mannes begreift. Für solcherart Kunst braucht man Darsteller von schlichtem, begreifbarem Zuschnitt, die nicht von der Gedanken Blässe angekränkelt sind.

Es sei geradezu „unvermeidbar", prophezeite 1978 der amerikanische Professor Lary May, daß ein „Hollywoodgesicht" US-Präsident werde, denn es sei „das perfekte Hollywood-Finale für eine typisch all-amerikanische Story". 1980 trumpfte May auf: Nun hätten die Amerikaner ihren Präsidenten, von dem sie glaubten, „ihn besser zu kennen als Jimmy Carter". May verwies nicht zu

Unrecht auf die besondere Magie des Fernsehens in den USA. In keinem anderen Land der Welt nuckelt schon das Baby so intensiv mit der Fertignahrung die dazugehörende TV-Reklame in sich hinein. Die manipulierende Wirkung des Fernsehens ist hier perfekt. Das Vakuum der Bildröhre entspricht oftmals der Dichte der mitgeteilten Gedanken.

Auch der im Fernsehen in allen Details festgehaltene Nominierungsparteitag der Republikaner in Dallas 1984 war ein hervorragendes Beispiel hoher Manipulationskunst. Im Grunde inszenierten hier ausgebuffte Politregisseure eine Königskrönung. Wie bei allen Inthronisationen erschien der Prätendent zum Schluß. Vor dem Höhepunkt durften die Delegierten einen Film über Reagans Wirken sehen. Ein Hauch von Geschichte wehte durch den Saal und ließ die Herzen erbeben, einer überragenden Person in einer großen Zeit begegnet zu sein. Als der Mann schließlich auf dem Podium stand, war der Jubel wie ein Gebet. Regie ist alles. „Bisher erleben wir in dieser Kampagne einen Triumph der Persönlichkeit über die Politik, der politischen Fernsehwerbung über substantielle Fragen und der Wünsche über die Realität", urteilte der bekannte US-Publizist James Reston in der „International Herald Tribune" vom 10. September 1984.

Verliefen in den letzten Jahrzehnten nicht mehr oder weniger alle Präsidentenwahlen nach diesem Muster? Präsident Nixon beklagte dereinst die Macht der Regisseure, Maskenbildner und Friseure im Wettrennen um das höchste Staatsamt. Ein schweißiger Nasenrücken, weil die Puderquaste fehlte, wird zum Angsttraum. Eine Ermüdung oder gar den Unwillen über den Zwang, stets telegen zu wirken, vor den Zuschauern auszubreiten, kosten wertvolle Punkte. Nun jedoch trat erstmals ein Kandidat vor seine Wähler, den die Film- und Fernsehkamera niemals scheu gemacht, der sie nie als zudringlich empfunden hat, im Gegenteil, sie stimulierte und weckte den professionellen Ehrgeiz, die aufgetragene Rolle so gut wie möglich zu spielen.

Reagans Europatrip 1984 war das Glanzstück der Regiekunst, und der Macher heißt Mike Deaver, ein enger Vertrauter und ehemaliger stellvertretender Stabschef des Präsidenten. Einen „Toscanini auf der politischen Opernbühne" nannte ihn das „Wall Street Journal". Bevor Reagans Reisekoffer gepackt waren, durchstreifte Deaver die Landepunkte in Irland, England und Frankreich, begutachtete die Örtlichkeiten und handelte die besten TV-Zeiten aus, um den Amerikanern zum Frühstück live den Star zu präsentieren. „Die Leute erinnern sich vor allem an Bilder", sagte Deaver und arrangierte munter drauflos.

Im irischen Ballyporeen, dem Geburtsort des Großvaters, strahlte der Enkel: „Als ich mich heute hier in der Stadt umsah, war ich erstaunt über die Ähnlichkeit zwischen Ballyporeen und

Tampico, der kleinen Stadt in Illinois, in der ich geboren wurde." Ungerührt lasen die Journalisten diese scheinbar improvisierte Rede mit. Sie lag schon schwarz auf weiß in Washington vor, ehe Reagan die Ähnlichkeiten erkunden konnte. Nichts überließ man dem Zufall. Auch nicht das Glas Bier, dem der Präsident nach Drehbuch spontan zusprach, denn zuvor observierten Geheimdienstleute und Medienberater, wer telegen an der Theke lümmeln durfte. Vierzig Millionen Amerikaner irischer Abstammung waren die Adressaten dieser possierlichen Wahlshow.

Der unermüdliche Deaver dachte nur in Fernsehbildern und stellte den Star so dekorativ in die Kulissen, daß neben ihm alles andere verblaßte oder erst dann Bedeutsamkeit erlangte, wenn der Hauptdarsteller es durch seine aufmerksame Zuwendung gleichsam adelte. Der Tag des Präsidenten „wird nach der Überlegung geplant, was könnte gute Fernsehbilder bringen", plauderte ein amerikanischer Reporter aus der Schule. Reagans Berater änderten einmal die Flugroute von Kalifornien nach Washington über Louisiana um. Dort richtete eine Flutkatastrophe beträchtlichen Schaden an. Ergriffen erlebten die TV-Zuschauer mit, wie der Präsident Sandsäcke füllte und den bedrohten Bürgern hilfreich zur Seite stand. Er tat es ganze sieben Minuten, dann entschieden die Manager, es sei genug.

Die Illusion vieler Wähler, ihren Ronald zu kennen, weil sie meinten, ihm oft begegnet zu sein, mag ein interessantes Phänomen für die Psychologen und Soziologen sein. Zu unterschätzen ist dieser Aspekt nicht, auch nicht die Fähigkeit Reagans, die Mittel des Fernsehens und die Kunst der Maske zu beherrschen, telegen zu sein, ohne unnahbar zu wirken. Das brachte ihm von Kritikern das Urteil ein: Ein zweitklassiger Schauspieler spielt einen drittklassigen Präsidenten erstklassig. Es ist zwar eine originelle, wenn auch böse Beschreibung des äußeren Erscheinungsbildes, doch das Wesen trifft es nur ungenau. Reagans Vermögen, Millionen Menschen etwas vorzuspielen, ist eine wichtige Voraussetzung, doch den Präsidenten spielt er nicht. Er *ist* der Präsident, ausgestattet mit großen Machtbefugnissen und einem dollarschweren Hintergrund. Daß Reagan durch seine Ausstrahlung, durch die Kraft und Herrlichkeit der Medien den Präsidentenstuhl erobert hat, ist eine Saga. Ein Selfmademan, dem man lediglich hier und da ein wenig geholfen hat, ist Reagan nicht.

Reagans Rüstungspolitik und der Wille, Amerika zur stärksten Macht der Welt zu machen, mag die Main Street mit patriotischem Stolz erfüllen, doch Nutznießer und Profiteure dieser Politik sind ihre Bewohner nicht. Der Unwille vieler liberaler Publizisten und Politiker, den Repräsentanten eines reaktionären bigotten Denkens im Weißen Haus zu sehen, ist verständlich. Sie empfinden es als Beleidigung für das Ansehens Amerikas. Doch diese

Publizistik weist einen entscheidenden Makel auf. Unterstellt man Reagan, daß er durch demagogische Volksverführung an die Macht gelangt ist, so begeht man einen ähnlichen Fehler wie dereinst der angesehene, höchst integre französische Dichter Victor Hugo. In einem Pamphlet klagte er Napoleon III. an, Frankreich okkupiert zu haben. Es war eine schöne und ehrenwerte Schrift, doch hatte sie den Fehler, einem Manne die Kraft zugemutet zu haben, gegen ein ganzes Land den Thron erobert zu haben. Erst Karl Marx hat mit seinem „18. Brumaire des Louis Bonaparte" die Dinge ins rechte Licht gerückt. Napoleon III., der kleine Neffe eines großen Onkels, war die Kreatur politischer Desperados, die den Willen des parasitären Bankkapitals und des reaktionären Großbauerntums gegen die liberale expandierende Industriebourgeoisie und die Arbeiterklasse durchzusetzen wußten.

Mit Seife getestet

„Hier kamen nur die Besten an, die Schwachen sind gar nicht erst aufgebrochen." Reagans geopolitisches Loblied auf Kalifornien hat eine unbeabsichtigte Pointe. Die Geschichte dieses Bundesstaates begann kannibalisch, denn von den 87 Mann, die 1846 nach Kalifornien aufgebrochen waren, erreichten nur 47 das gelobte Land. Die „Besten" hatten unterwegs in der verschneiten Sierra Nevada die anderen verspeist, um zu überleben.

Dieser Teil der Geschichte war längst verdrängt, als Reagan sich entschied, Kalifornier zu werden. In der Welt des Scheins wollte er ein neues Sein beginnen: in Hollywood. Ein kleiner Sportreporter aus dem Mittelwesten mischte sich unter die mehr als 15 000 Nebendarsteller.

Der Filmboß Jack Warner befand, das freundliche Aussehen des jungen Mannes befähige ihn, in einer ganzen Serie von billigen Trivialfilmen den Helden abzugeben. Wenn die Kritik diesen neuen Mimen überhaupt bemerkte, so nur mit dem Etikett „liebenswert", „flott", „gefällig". Zu den „Besten" gehörte er nicht, und zu einem „Oscar", dem begehrten amerikanischen Filmpreis, hat es nie gereicht. Dennoch grub er sich ins Bewußtsein seiner Landsleute ein als der Aufrechte, der sich für law and order aufräufelt. Hollywood hatte die Landesgeschichte längst umgeschrieben: Aus dem Recht des Stärkeren wurde der furiose Kampf um Recht und Ordnung, aus dem westwärts drängenden Landräuber der Pionier mit Bibel und Revolver. Wahrscheinlich trug diese Verklärung der Gewalt dazu bei, daß viele Bewohner der Main Street mit dem Empfinden aufwuchsen, die „Soldaten Gottes" zu sein, mit einer moralischen Mission versehen. Der 40. Präsident der USA sollte diesen missionarischen Eifer zum Wesenszug seiner Politik machen.

Als Reagan noch alle Hände voll zu tun hatte, die Leinwandbösewichter zu erledigen und seiner ersten Million nachzujagen, war Kalifornien zum mächtigsten Bundesstaat in den USA herangewachsen. Diese Macht verdankte es in einem erheblichen Maße der Bank of America, die ursprünglich Bank of Italy hieß. Allein diese übermütige Umbenennung besagte deutlich, daß die Bankbegründer ein provinzielles Dasein nicht ins Auge gefaßt hatten, sondern der Devise lebten, Amerika liegt in Kalifornien. Bekannt ist, daß die Bank of America sich als wütende Konkurrentin der Ostküstenimperien, der Chase Manhattan Bank der

Rockefeller-Dynastie und der Morgan Guaranty Trust Companie der Familie Morgan, betrachtete.

Sonderbarerweise sind die Gründerjahre der Bank of Italy ins Dunkel gehüllt. Man kennt den Stammvater, einen italienischen Einwanderer namens Amadeo Giannini, der in seiner Jugend Obst- und Gemüsehändler war. Sollen die Legenden um den Aufstieg eines Rockefeller, Morgan, Du Pont und anderer Giganten durch die Mär vom stillen Aufstieg eines Mannes durch eigene Kraft und Phantasie bereichert werden? Außer Zweifel steht: Der mächtige Jesuitenorden unterstützte Giannini.

Die Gesellschaft Jesu, als wichtigste Kraft der Gegenreformation 1534 gegründet, seit jeher dem Kampf gegen gesellschaftlichen und geistigen Fortschritt verpflichtet und in der Gegenwart ein Zentrum antikommunistischer Propaganda, wollte in einem Bundesstaat mit hoher Immigration katholischer Christen – insbesondere aus Italien, Irland und Lateinamerika – eine politische Rolle übernehmen. Die finanziellen Transaktionen blieben deshalb aus bösem Grund undurchschaubar. Der Bank kam zugute, daß Natur und Klima und der fruchtbare Boden die Einwanderer magisch nach Kalifornien zogen. Sie waren zumeist mittellos und in Geschäftsdingen unerfahren. So klopften sie an die Pforten einer Institution, die als Bank der kleinen Leute galt. Später schrieben die Hofbiographen der Bank of America, M. und B. James: „Morgan war der Bankier für sehr reiche Leute bzw. für Vereinigungen mit dem ganz großen Geld... Giannini war bereit, mit jedermann ins Geschäft zu kommen. Während die ‚Bank of America' hochkam, blieb das Haus Morgan zurück."

Giannini war alles andere als ein Menschenfreund mit einem Herzen für den kleinen Mann. Er ging auf sogenannten Garnelenfang, nach dem Motto, ein volles Netz Kleingetier ersetzt einige Hummer. Er gewährte kleinen Farmern Kredit gegen hohe Zinsen und ihre Ländereien als Garantien. 1939 notierte der amerikanische Schriftsteller Carey McWilliams in seinem Buch „Factories in the Field": „Wenn man sich vorstellt, daß ca. 50 Prozent des Farmerlandes in Mittel- und Nordkalifornien von einer einzigen Institution – der ‚Bank of America' – kontrolliert werden, dann versteht man diese Erbitterung dieser armen Kerle, die ihren Besitz gegen Betrüger verteidigen."

Als die armen Kerle begriffen hatten, daß nicht sie sich einer Bank, sondern die Bank sich ihrer bediente, war Giannini für sie längst unerreichbar. Sie blickten in die teilnahmslosen Gesichter der Filialleiter oder in die Mündungen der Gewehre, falls sie sich herausnahmen, ihren Besitz zu verteidigen. Giannini war dank ihrer Ersparnisse, die er profitabel für sich arbeiten ließ, und durch Landdiebstähle über ihre Nöte hinweggegangen und griff nach größeren Brocken. Ein appetitlicher Happen lag am Wege: das

florierende Filmgeschäft in Hollywood. Nicht nur Stars wie Charles Chaplin, Mary Pickford und Douglas Fairbanks wurden Giannis Dauerschuldner, sondern auch die Produzenten. Als schließlich der bekannte Filmregisseur Cecil B. de Mille zum Vizepräsidenten einer Bankfiliale aufstieg, war es nur noch eine Geste des Bankhauses gegenüber der Traumfabrik.

In den Jahren, da Ronald Reagan dem Leinwandroß noch immer die Sporen gab, trat die Bank of America ihren Expansionszug gerade erst an. Die ungebremste Einwanderungswelle sorgte für billige und zudem noch unorganisierte Arbeitskräfte, da sie zumeist aus agrarischen Regionen Asiens und Lateinamerikas kamen: ideale Voraussetzungen für eine Industrie besonderer Art. Beim drohenden Ausbruch des zweiten Weltkrieges witterte Giannini eine Chance und unterstützte Unternehmen wie Lockheed Aircraft Corporation, Rockwell International (früher North American Aviation), McDonnell-Douglas Aircraft, Litton Industries Inc., Hughes Aircraft, das Stahl- und Schiffbauunternehmen Edgar Kaiser, die Schiffbauwerften der Bechtels und andere. Von 1939 bis 1943 stieg die Zahl der Beschäftigten allein im Flugzeugbau um mehr als das Zwölffache. Dieser Koloß bekam seine Kraft von der Bank of America und blähte sich auf zu einem Mammutunternehmen.

Die wohl einzigartige Ballung von Rüstungswerken in einem Bundesstaat sollte für das ganze Land Folgen tragen, an denen die USA heute überschwer zu tragen haben. Sie zeichneten sich schon ab, als Giannini pathetisch verkündete: „Das kalifornische Volk erhebt sich gegen die Herrschaft der Wall Street. Die Wall Street war immer bestrebt, Unternehmen der Westküste kurz zu halten, damit man nach New York käme und bettele." Er fügte hinzu: „Diese Zeiten sind vorbei!" So jedenfalls nachzulesen in „Biography of a Bank" von M. und B. James.

Sollte Giannini lediglich aus Konkurrenzdenken den Fluch gegen die Riesen der Ostküste geschleudert haben? Immerhin schüttelte er die Faust deutlich gegen die Imperien der Rockefeller und Morgan.

Bückte sich David nach einem Stein, um Goliath zu erledigen? Das hatte die Bank of America nicht mehr nötig. Mit ihren Einlagen lag sie deutlich über den Kapitalien der Chase Manhattan und der Morgan-Bank. Waren es 5 038 Millionen Dollar im Jahre 1945 (vergleichsweise: Chase Manhattan mit 4 965 und Morgan mit 4170 Millionen), so verzeichneten die Konten 1981 etwa 121 158 Millionen Dollar (77 800 und 53 522 Millionen). Die zornige Gebärde gegen die Ostküste kommentierte später Ronald Reagan: „Wollen wir zulassen, daß eine kleine intellektuelle Elite in einer weit entfernten Hauptstadt unser Leben plant?" Beide Aussagen zusammen ergaben einen Sinn: Verdammte Giannini die Finan-

ziers der bisherigen Präsidenten, so griff Reagan die Regierung direkt an. Hier schwang nicht nur die Mißgunst der Neureichen gegen die alteingesessenen Familien mit, sondern auch der Führungsanspruch. Der richtige Mann mußte aufgebaut und in Position gebracht werden. Der künftige 40. Präsident traf den Ton der kalifornischen Clique.

Eine ungewöhnliche Konstellation entstand: Männer, die sich Kalifornien zur Wahlheimat erkoren, sprachen im Namen eines kalifornischen Volkes, das es im eigentlichen Sinne nicht gab. Sie prägten eine reaktionäre, patriotisch gefärbte Sprache, obgleich die meisten Einwohner Kaliforniens nicht einmal die Zeit hatten, kalifornische Patrioten zu werden. Der Lokalpatriotismus war somit kein historisch gewachsener, sondern ein verordneter Nationalismus zur Durchsetzung eines bestimmten Zieles.

Es war die rechte Revolte gegen die liberalen „Eierköpfe" in Washington, die nach Ansicht der kalifornischen Riege den Staat für soziale Experimente mißbrauchten, die gegen alle „amerikanischen Werte" verstießen. In dieser Hinsicht zeigte man sich wieder als „Amerikaner" und nicht als „Kalifornier".

Es war ein Angriff gegen die vermeintliche Liberalität eines Staates, der bestimmte soziale Leistungen für die Armen und Benachteiligten als eine ungeliebte Notwendigkeit empfand, um sich auch langfristig die größere Scheibe vom Nationaleinkommen abschneiden zu können.

Verschiedene Konzepte von Kapitalverwertung standen sich gegenüber. Raubritter von der Westküste rangelten mit den Wegelagerern der Ostküste. Der kalifornische Riese mit den Rüstungsmonopolen als stärkster Bastion wollte nicht nur Scheiben, sondern den ganzen Brotlaib. Dieser Clan sollte Reagans Wege leiten und durch seinen Mund das Credo und Seelengeheimnis des Rechtsextremismus verkünden. Und einem Mimen wurde in diesem Milliardenspiel die größte Rolle seines Lebens zugedacht.

Welchen Weg legte Reagan nun zurück? Wie gelangte er schließlich als Nummer 1 auf die Besetzungsliste der Monopole?

Mitte der vierziger Jahre galoppierte der Filmcowboy noch über die Prärie mit einem netten Lächeln für die Gleichgesinnten und einer zupackenden Hand für die Bösewichter. Im realen Leben ritt er für McCarthy und gegen demokratische Künstler Attacke – als Boß der Screen Actors Guild (SAG), der Schauspielergewerkschaft.

Der traditionell antikommunistische Kongreß-Untersuchungsausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit erhielt einen gewaltigen Machtzuwachs, als der Startschuß zum kalten Krieg erfolgte. Dieser Wechselbalg ökonomischer Machtinteressen, politischer Horrorvisionen und militärischer Drohung er-

REAGAN

REAGAN

blickte prompt das Licht der Welt, als in der UNO die Sowjetunion die in Jalta und Potsdam vereinbarte Nachkriegsordnung einforderte: eine Welt in Frieden. Der im Krieg gewachsene und vollgesogene Vampir, besonders der Militär-Industrie-Komplex in Kalifornien, wetzte als erster seine Zähne. Der kalte Krieg blieb von da an sein Jungbrunnen. Der Chef der Standard Oil of California warnte damals schon: Würden sich die USA „einem Abrüstungsprogramm anschließen, so wäre es für die Öl- und Rüstungsindustrie ein furchtbarer Schlag". Der Lockheed-Chef Robert Gross hatte schon vor dem Krieg sein Programm formuliert: „Die Verbesserung der internationalen Beziehungen verringert die Rentabilität." Der Krieg war sein Geschäft, und nach 1945 hatte Gross wieder einmal „die Weltfriedensgefahr mit Erfolg gemeistert", wie der Lockheed-Chronist Boulton schrieb.

Die Bedrohungslüge wurde reaktiviert. Der Angstschrei „Wehe, wenn die Russen die Atombombe haben!" schuf die geeignete Atmosphäre für das Wettrüsten. Dieser antikommunistische Dunst vernebelte die Main Street vollends. Die Liberalen der Roosevelt-Ära befanden sich in einer hoffnungslosen Defensive, sie begleitete der Ruf, als verkappte Kommunisten den Ausverkauf der USA und der „freien Welt" an die Sowjetunion betrieben zu haben. Man hielt ihnen das Wort „Jalta" unter die Nase, was soviel bedeuten sollte wie: Ihr habt Europa verkauft. In jenen Jahren des kalten Krieges erreichte das geistige und kulturelle Niveau einen Tiefpunkt, wie ihn wahrscheinlich nur noch die unbedarftesten Comic strips aufweisen. Eine Woge geheimdienstlicher Untersuchungen spülte das Land in ein Meer von Hysterie.

Der McCarthy-Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit griff nach Hollywood und entdeckte in der Flimmer- und Glimmerwelt einen Hort kommunistischen Gedankenguts in Gestalt von zehn prominenten Filmautoren. Das Komitee betrachtete sie nur als die Spitze des Eisberges. Und siehe: Die kooperationswilligen einvernommenen Zeugen bestätigten dies mit heftiger Ergebenheit. So beklagte Walt Disney die finsteren Anschläge einiger Mitarbeiter auf seine Mickymaus, die zur Gestalt des Klassenkampfes profaniert werden sollte; Filmcowboy Gary Cooper hatte in so manchem Drehbuch „kommunistisches Ideengut" erkannt; Montgomery Cliff wollte jedem Kommunisten, den man ihm zeigte, die Zähne einschlagen usw. Und Reagan? Er teilte einer Kollegin mit: „Wie die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Nation glauben auch wir, daß unser Land in deutlicher und anhaltender Gefahr ist. Der Vorstand ist der Ansicht, daß alle Teilnehmer an der internationalen Verschwörung der Kommunistischen Partei gegen unsere Nation in ihren wahren Eigenschaften entlarvt werden sollten – sie sind die Feinde unseres Landes und unserer Regierungsform."

Der amerikanische Zeitgeist, insbesondere der kalifornische – er spukte immer weiter rechts als im „aufgeklärten" Osten der USA –, hatte Reagen ergriffen; er stellte sich in Kämpferpositur. Liberale und demokratisch gesinnte Schauspieler und Autoren, die nicht bereit waren, die Sowjetunion, den ehemaligen Bündnispartner im Kampf gegen den Faschismus, zu verteufeln, ließ er auf die schwarze Liste setzen. Die Schauspielerin und ehemaliges Vorstandsmitglied der SAG Dorothy Tree Uris ist eine Kronzeugin. Noch Jahrzehnte später glaubte Reagan, dem „internationalen Kommunismus" eine empfindliche Niederlage beigebracht zu haben. „Ich schätze, daß sie sich im Kreml an jene Tage erinnern, da wir mit den Kommunisten bei uns Gewerkschaftsprobleme hatten, und ich stand, aus ihrer Perspektive gesehen, auf der falschen Seite." Sehen wir einmal von der selbstgefälligen Eigendarstellung ab, die sowjetische Regierung aufgeschreckt zu haben: Reagan hatte den rechten Weg beschritten, um auf sich aufmerksam zu machen.

Die Heirat mit der ehrgeizigen Nancy Davis aus reichem, stockkonservativem Hause führte Reagan in Gesellschaftskreise ein, deren Türen ihm bis dahin verschlossen waren. Nun schlürfte er Champagner mit den Brotgebern seiner Branche. Mit jedem Geldschein mehr auf seinem Konto rückte er immer weiter nach rechts. 1962 verließ er die Reihen der Demokratischen Partei und trat der Republikanischen bei, ein konsequenter Schritt, denn die kalifornischen Republikaner machten absolut kein Hehl aus ihrer Big-Business-Gesinnung.

In jenen Jahren hielt Reagan Einzug in die Wohnzimmer der Nation: als „Gastgeber" des General Electric Theatre, eines vom Elektro-Multi finanzierten Fernsehprogramms. Er plauderte locker vom Hocker über die weltkulturellen Leistungen seines Auftraggebers. Die Politik betrachtete er dabei aus dem Blickwinkel eines kalifornischen Rechtsaußen. „Wir führen Krieg mit dem ärgsten Feind, dem die Menschheit seit ihrem Aufstieg aus dem Sumpf zu den Sternen entgegentritt." Solche und ähnliche Wortraketen schoß er gegen die Sowjetunion ab.

Neil Reagan, Werbefachmann in Los Angeles, ließ seinen Bruder für Seife und Seifenpulver im Fernsehen paradieren. Als die Verkaufsziffern dieser Produkte stiegen, trug er Henry Salvatori an: „Bringen Sie den Jungen ins Bild, und ich garantiere Ihnen, er ist ein Erfolg. Wir haben ihn mit Seife getestet."

Wer ist Henry Salvatori? Ein italienischer Einwanderer wie auch Giannini, dem dann dank der Bank of America, deren Vorstandsmitglied er nun war, ein guter Start gelang. Der steile Weg führte ihn ins Direktorenzimmer der großen Rüstungsfirma Litton Industries Inc. Ein nicht unbeträchtlicher Teil seines Riesenvermögens floß ihm aus Erdölquellen zu. Wie auch Giannini bezeich-

nete er sich als Selfmademan und tauchte, wie auch Giannini, wesentliche Details seines kometenhaften Aufstiegs ins Dunkel. Neben ihm standen Männer wie der Autohändler Holmes Tuttle, der inzwischen verstorbene Ölmillionär Cy Rubel, Vorstandsvorsitzender der Union Oil Company, der Filmzar Jack Warner, der Industrielle Justin Dart und einige andere Herren, die neben einer gehörigen Portion kalifornischen Hurrapatriotismus auch einige Milliarden Dollar ins Geschäft brachten. Es ist der harte Kern des greisen „Küchenkabinetts", der gegenwärtig im Weißen Haus unter dem 40. Präsidenten ein- und ausgeht.

Schon von Anfang an, als sie ihren Marsch auf Washington vorbereiteten, einte sie die wütende Abneigung gegen alles, was man gemeinhin unter „liberal" versteht. Salvatori spannte die Bank of America ein, um den Senator Barry Goldwater 1964 ins Weiße Haus zu bringen. Doch das war nicht der erste Versuch des rechtsextremen Flügels in der Republikanischen Partei, einen Kandidaten ihrer Wahl zu lancieren. Zu Beginn der fünfziger Jahre nominierte man den „Korea-Helden" und Vorstandsvorsitzenden des Rüstungskonzerns Sperry Rand, General Douglas McArthur. Der mit der kalifornischen Gruppe eng liierte texanische Ölmilliardär Hunt unternahm diesen Vorstoß, der jedoch in weiten Kreisen der Republikanischen Partei als zu demaskierend galt. Immerhin hatte McArthur einen weltweiten Aufschrei provoziert, als er den Einsatz der Atombombe in Korea forderte. Das war selbst dem Hardliner Truman zu stark, er mußte McArthur abberufen.

Mit Barry Goldwater wurde ein neuer Versuch gewagt, Washington zu erobern, um dem „liberalen Spuk" ein Ende zu bereiten. Goldwater, Inhaber einer Warenhauskette, Mitglied des Streitkräfteausschusses des USA-Senats, Vorsitzender des Staatlichen Ausschusses für geheimdienstliche Aktivitäten, ist kein Kalifornier. Und doch sprach dieser Mann der Elite des „Sonnengürtels" aus dem Herzen: „Es besteht die weitverbreitete Ansicht..., daß es den großen Banken, der Geldaristokratie der Ostküste fast immer gelungen ist, die Auswahl des republikanischen Kandidaten zu manipulieren. Sie wollen ihren Einfluß auf die Außenpolitik geltend machen ... Da diese Kreise wissen, daß sie mich nicht kontrollieren können, bemühen sie sich, mich hinauszudrängen.

Vorerst drängte er 1964 mit Hilfe Henry Salvatoris, der gleichzeitig auch im Nationalen Finanzausschuß der Republikanischen Partei saß, den „liberalen" Kandidaten Nelson Rockefeller aus der Bahn. Dieser Mann war der lebende Beweis, wie relativ die Zuordnung „liberal" sein kann. Immerhin erwarb sich Rockefeller Ende der vierziger Jahre den Titel „General des kalten Krieges", weil er einen US-hörigen Abstimmungsblock südamerikanischer

Diktaturen in der UNO auf die Politik des kalten Krieges und des Antisowjetismus festlegte. Die Hausmacht der Standard Oil stand hinter ihm.

Der bekannte amerikanische Journalist Drew Pearson äußerte sich über dieses Gerangel in der „Washington Post": „Aus der Tatsache, daß Senator Barry Goldwater den gemäßigten Flügel der Republikanischen Partei in San Francisco geschlagen hat, läßt sich ein sehr wichtiger Schluß ziehen. Die Kontrolle über diese Partei ging von den Morgans und Rockefellers zu den ungeduldigen Emporkömmlingen über... In der Wirtschaft des Landes haben sich Wandlungen vollzogen, und gleichzeitig kommt es zu Veränderungen in der politischen Macht. Heute ist nicht die ‚Chase Manhattan Bank', sondern die ‚Bank of America' die größte Bank der Welt. Demzufolge hat Texas (Pearson bezieht den kalifornischen Klüngel mit ein – d. A.) dank seiner Raketenbau- und Elektronikindustrie ein riesiges ökonomisches Übergewicht. Neue Banken, neue Betriebe sind überall in West und Südwest aufgetaucht." Pearson schilderte sehr treffend den ökonomischen Hintergrund dieses Kampfes der Giganten. Die patriotisch-moralische Verbrämung dieser Auseinandersetzung sollte das Profitinteresse des Militär-Industrie-Komplexes und der ihm angegliederten Firmen verbergen. Es war der Griff nach dem Staatsbudget zur Neuaufteilung des Nationaleinkommens. Goldwater fungierte als Rammbock der Bank of America.

Was sollte das Leichtgewicht Reagan in diesem Schlagabtausch der Saurier? Millionär Tuttle gab die Erklärung: „Beide sagen das gleiche, nur Goldwater erschreckt die Leute. Reagan nicht." Die kalifornische Altherrenriege kam langsam hinter die Fehler ihrer bisherigen Taktik: McArthur und nun Goldwater spielten allzu deutlich mit der Atombombe. Der General wollte sie in Korea einsetzen, Goldwater in Vietnam und anderswo. „Ein Bömbchen im Herrenklo des (sowjetischen) Politbüros – das wär's." Derartige Scherze schockierten die Amerikaner, selbst die traditionellen Wähler der Republikaner. (Der nächste Kandidat, der Kalifornier Richard Nixon, erhielt 1969 ein feinsinnigeres Drehbuch... und gewann. Allerdings erfüllte er nicht mehr die ganz großen Träume seiner Gönner, als er nach dem Vietnam-Debakel sich gezwungen sah, Gesprächsbereitschaft mit der Sowjetunion zu signalisieren.) Reagans Wahleinsatz für Goldwater brachte diesem zwar nichts ein, doch für sich selbst hatte er das große Los gezogen. Die von ihm gewählte TV-Moderation – eine unsägliche Mixtur bigotter Frömmelei, militanten Patriotismus und fanatischen Antisowjetismus – fand das Wohlgefallen der kalifornischen Königsmacher. Instinktsicher erkannten sie: Mit einem cleveren Regisseur kann dieser kleine Darsteller eine größere Rolle spielen.

„Reagan ist der Mann, der unsere Prinzipien dem Volk verkünden kann", meinte Erdölmagnat Rubel.

Welche „Prinzipien"?

Henry Salvatori plauderte sie gegenüber Journalisten aus: „Wir müssen die Sozialordnung neu formieren. Bisher haben die Menschen immer nur von mehr Rechten und mehr Freiheit geredet. Aber wir haben entdeckt, daß Chaos das Ergebnis ist, wenn man den Leuten freie Hand gibt. Wir müssen die ganze Gesellschaft neu gestalten und einen Mindeststandard für Respekt und Ordnung wiedereinführen. Offen gesagt, wir brauchen einen autoritären Staat. Wir müssen das Business retten, denn diese Nation ist das Licht der Welt." Im Klartext liest sich das so: Wir müssen die Sozialprogramme zu Fall bringen, den Kampf um gewerkschaftliche und soziale Rechte unterbinden, Gesetz und Ordnung gegen jene Kräfte zur Anwendung bringen, die es an Respekt für unsere Profitbelange fehlen lassen.

Das allmächtige Gremium beschloß, Reagan in der Rolle eines Gouverneurs von Kalifornien politische Erfahrungen sammeln zu lassen. „Er war so gut, daß wir beschlossen, ihn kandidieren zu lassen", brachte Salvatori den Schiedsspruch auf einen Nenner. Und Tuttle überbrachte dem Protegé das Anliegen, ob er nicht gegen den Demokraten Pat Brown den Kampf um Kalifornien eröffnen möchte. „Mister Tuttle, ich bin bereit, dieses Opfer zu bringen", soll Reagan feierlich geantwortet haben.

Der westdeutsche Amerika-Kenner Michael Naumann: „Die Verwandlung des Exschauspielers und Public-Relation-Redners Ronald Reagan in einen respektablen Politiker, der dem kalifornischen Gouverneur Edmund G. ‚Pat' Brown im Wahlkampfjahr 1966 Paroli bieten konnte, dauerte fast zwölf Monate. Die politische Werbeagentur Spencer-Roberts lieferte ihre Ware ‚Reagan' einem Designer-Team aus, den Verhaltenspsychologen Stanley Plog und Kenneth Holden. Deren Firma Basico hatte bislang betriebspsychologische Industriearbeit geleistet. Mit einem Stab von 31 Sozialwissenschaftlern, Demoskopen und Therapeuten aller Art veränderten sie das Erscheinungsbild und die politisch-rhetorischen Fertigkeiten ihres Kandidaten." Sie veränderten den Kandidaten nicht im eigentlichen Sinne, sondern holten aus ihm heraus, was in ihm steckte: die Fähigkeit, über das TV-Medium reaktionäres Gedankengut als einen allamerikanischen Traum zu verkaufen. „Dies ist ein Traum, so groß und golden wie Kalifornien selbst."

Das ist die Sprache der Main Street.

Noch etwas hatte Reagan lernen müssen: kritischem Fachwissen auszuweichen, sich nicht in Debatten verstricken zu lassen, bei denen er unweigerlich den kürzeren ziehen würde. Dutzende Experten hatten in dem monatelangen Training herausgefunden,

daß ihr Schützling auch bei großem Eifer stets ein intellektuelles Leichtgewicht bleiben würde. „Selbst wenn man durch Ronald Reagans tiefste Gedankengänge watet, macht man sich nicht mal die Knöchel naß", witzelte Reagans Parteifreund Peter Behr aus Kalifornien. Das Urteil des Trainingsteams sollte keine Kritik, sondern mehr eine Warnung sein, sich strikt ans vorgegebene Drehbuch zu halten.

„Wie können Sie als Schauspieler, der keinerlei Erfahrung im staatlichen Dienst hat, den größten Bundesstaat leiten?" fragte ihn Brown in einem Fernsehgespräch. „Ich habe sogar Könige gespielt, so daß ich gewiß mit der Rolle eines Gouverneurs fertig werde." Das Drehbuch lag ja vor.

Der Bastard und die „Bastarde"

„Den Menschen an der müden Ostküste können wir sagen: Das kalifornische System funktioniert", befand Ronald Reagan, bevor er den Gouverneurstuhl erkletterte. Das „kalifornische System" funktionierte im weitläufigsten Sinne. Die Gelder der Bank of America, richtig gestreut und verteilt, bewirkten Wunder: Ein Mime wurde Gouverneur. Das Komitee „Freunde Ronald Reagans" machte es möglich; ein Blick in diesen illustren Kreis genügte, um alle schon genannten Millionäre wiederzufinden.

Die Amtseinführung richteten die Walt Disney Studios des Mister Tatum aus: ein bezeichnender Vorgang für die Gedanken- und Gefühlswelt Reagans. Die Welt des Scheins und der Verführung wollte er in derart feierlichen Stunden nicht missen. In seinem Amtszimmer hing der Wahlspruch: „Laßt euch durch die Bastarde nicht unterkriegen!" Dieser stammte allerdings nicht von der Mickymaus oder Donald Duck, sondern von Barry Goldwater. Mit „Bastarden" meinte dieser so ziemlich alle, die seine politischen Ansichten nicht teilten, doch insbesondere die Black-Panther-Bewegung, die zu dieser Zeit noch organisiert um die Bürgerrechte der Schwarzen kämpfte. Gouverneur Reagan zeigte sehr schnell sein tiefes Einverständnis mit dieser Kampfparole.

Mitte der sechziger Jahre schlossen sich große Teile der farbigen Slumsbewohner unter der Führung mutiger junger Männer und Frauen zusammen, um ihrem Protest gegen das entrechtete Dasein Wirkung zu verleihen. Die friedliche Protestbewegung um Martin Luther King erreichte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. Die tödlichen Schüsse auf den schwarzen Bürgerrechtler kommentierte Reagan ungerührt: „Ich hoffe, daß die morgen bevorstehende Eröffnung der Baseball-Saison eine Rückkehr zur Normalität bringen und unsere Gedanken auf den besseren Teil des gesellschaftlichen Lebens in unserem Land lenken wird." Für eine „Rückkehr zur Normalität" sorgten bewaffnete Organisationen weißer Rassisten. Die Heerscharen der Main Street kämpften um Besitz und Vorrecht, sekundiert von den staatlichen Machtorganen. Der Protest der Negerbevölkerung begann gewaltlos, doch dann eskalierte weißer Terror die schwarze Gewalt. Einige Führer der Black Panther gingen den verzweifelten Schritt zur Selbstverteidigung und lieferten den Machtorganen das zynische Argument für den Einsatz aller Mittel.

Gouverneur Reagan duldete nicht nur den weißen Terror, son-

dern setzte persönlich die Daumenschrauben an. Nach seiner Amtseinführung ordnete er sofort die Schließung von neunzehn Sozial Service Centres an, die es gewagt hatten, in den Ghettos von Los Angeles die größte Not zu lindern. Die drastischen Streichungen der Sozialprogramme und in der Krankenfürsorge trafen die Armen wie ein Keulenschlag, insbesondere die Schwarzen. Spätestens jetzt erinnerte sich so mancher des Fernsehausspruches Reagans: „Man hat uns erzählt, daß jede Nacht 17 Millionen Menschen hungrig zu Bett gehen. Nun, das ist wahrscheinlich richtig. Die sind nämlich alle auf Diät." Eine der vielen humorigen Einlagen, über die auch künftighin bei den Betroffenen keine rechte Freude aufkommen sollte. Afroamerikanische Wähler, die Reagans Charme erlagen, glaubten ihren Ohren nicht zu trauen, als ihr Kandidat seine Kenntnisse über Schwarzafrika im albernen Bonmot zum besten gab: „Wenn sie dich in Afrika zum Essen einladen wollen, wollen sie dich wirklich zum Essen haben." Dem Kesseltreiben gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung entsprach der Rassismus des höchsten kalifornischen Würdenträgers.

Der Mann trat die Wahl in Kalifornien mit dem Versprechen an, weniger Staat zu bescheren, ihn von den Familienpforten fernzuhalten und nicht mit Steuergroschen zu füttern. In einer Hinsicht hielt er Wort: Ganze Bereiche der Sozialfürsorge und die Unterstützung für mittellose Studenten nahm er von den Schultern des Staates. Jeder sollte für das Vorrecht, sich Bildung anzueignen, Studiengebühren entrichten. Es gehen ohnehin „viel zu viel junge Kalifornier zur Universität, einfach, weil sie bisher nichts kostete", meinte Reagans Finanzdirektor Smith. Des Gouverneurs Schlag gegen die Universitäten galt Institutionen, in denen die demokratische Gesinnung noch lebte. Reagans Mißtrauen gegen Bildung entspricht einerseits seinem in der Main Street geschulten Denken, andererseits weiß er aus Erfahrung, daß gebildete Zeitgenossen seiner persönlichen Ausstrahlung weniger erliegen als Menschen, denen die Lektüre der reaktionären Postille Reader's Digest schon das Äußerste abverlangt. Intelligenz und Wissen schirmen erfolgreicher die Manipulation des Geistes ab. Es entging Reagan nicht, daß der Kampf gegen den Vietnamkrieg, den er für ein „nobles Anliegen" hielt, und gegen die militärischen Verstrickungen der USA in Lateinamerika und Afrika von der akademischen Jugend entscheidend mitgetragen wurde. So bereitete es Reagan eine persönliche Genugtuung, der protestierenden Studentenschaft von Los Angeles ein Blutbad anzudrohen, falls sie ihre Widerspenstigkeit gegen seine Verfügungen nicht beendete. Ihm verdankt die Universitätsgeschichte der Vereinigten Staaten eine einmalige Maßnahme: den Ausnahmezustand 1969 an der Universität Berkeley.

In dieser Hinsicht brach Reagan sein Wahlversprechen: Nicht weniger, sondern mehr Staat bot er in Form waffenstarrender Kohorten auf. Zum Law-and-Order-Programm gehörte auch die Anweisung an die Polizei- und Staatsschutzgewaltigen, das organisierte Auftreten der Bürgerrechtsbewegungen, insbesondere der Black Panther, mit allen Mitteln zu unterbinden. Die Ordnungsmacht, die nicht verhindern konnte, daß die Verbrechensrate in Kalifornien von Jahr zu Jahr stieg wie in keinem anderen Bundesstaat, brauchte und suchte schnelle Erfolge. Hier konnten Sporen verdient werden: Der Gegner war sichtbar, zumeist unbewaffnet und Provokationen schutzlos ausgeliefert.

Am 28. Oktober 1967 gab ein Polizist per Autofunk an die Zentrale durch, daß er einem Wagen folge, in dem er einige führende Mitglieder der Black Panther erkannt hatte. Die Verstärkung ließ nicht lange auf sich warten. Der Wagen wurde gestoppt und das Feuer ohne Warnung eröffnet. Der farbige Bürgerrechtler Huey P. Newton brach mit vier Kugeln im Magen zusammen. Ein Polizist starb auf der Stelle. Keiner untersuchte, von wem die tödlichen Schüsse kamen. Newton schoß jedenfalls nicht. Dafür gab es Zeugen. Dennoch wurde er des Mordes angeklagt. Das Gericht verurteilte einen Mann, der gemeinsam mit Bobby Seale und Bobby Hutton ein „10-Punkte-Programm für den Kampf zur Befreiung der Schwarzen" verfaßt und am Aufbau von Rechtshilfeorganisationen mitgewirkt hatte, die die polizeiliche Gewalt in den Ghettos publik machten. Eine internationale Solidaritätswelle brandete nicht nur gegen das Gerichtsgebäude, sondern drohte auch, die Reputation des Gouverneurs auszuhöhlen. Die Mordanklage wurde fallengelassen, doch im Rassismus befangen und mit deutlichen Anweisungen Reagans ins Feld geschickt, bezichtigte das Gericht Newton des Totschlags und verurteilte ihn zu „2 bis 15 Jahren" Gefängnis. Erst 1970 revidierte ein Berufungsverfahren dieses Urteil.

„Auf unserer Seite ist die Zivilisation, und auf der anderen Seite herrscht das Gesetz des Dschungels", dozierte Reagan, kurz bevor er das „Opfer" brachte, Gouverneur zu werden. In diesem „Dschungel", dem „internationalen Kommunismus", ortete er eine Gestalt, die nach seiner Ansicht die dunklen Geschäfte des Kreml im lichten Kalifornien betrieb: Angela Davis. Als Bürgerrechtskämpferin, Kommunistin und Wissenschaftlerin ist sie sozusagen mit einem vierfachen Makel behaftet: Sie ist rot, schwarz, klug und keine Hausfrau. Die Universität von Los Angeles sollte, so Reagan, die Kommunistin und Professorin für Philosophie entlassen.

„Kommunismus ist wie Masern. Sie treten immer wieder auf, und ohne Gegengift können sie tödlich sein", hatte er schon früher herausgefunden. Daß die Studenten diesen „Masern"

schutzlos ausgeliefert sein sollten, zwang den Medizinmann Reagan zu sanitären Maßnahmen. Das „Gegengift" fand die Staatsanwaltschaft. Sie verklagte Angela Davis, an einem Überfall auf ein Gericht in San Rafael beteiligt gewesen zu sein, obgleich sie erwiesenermaßen zu der Zeit an einem anderen Ort weilte. Sie wurde des Mordes, der Entführung und der Verschwörung beschuldigt und auf die FBI-Liste der „zehn am dringendsten gesuchten Personen" gesetzt. Eine Kommunistin war in Acht und Bann und vogelfrei – das Mittelalter schlug zu. Jeder Polizist, jeder amoklaufende Rassist hätte sie niederschießen können, ohne strafrechtliche Folgen fürchten zu müssen. Diese Menschenjagd gab den Vorwand ab, um überfallartig Wohnungen von Kommunisten und Sympathisanten der Bürgerrechtsbewegung zu durchsuchen.

Am 13. Oktober 1970 spürten Beamte Angela Davis in New York auf und überführten sie auf Betreiben Reagans nach Kalifornien. Was nun folgte, war ein „frame up", wie die Amerikaner ein politisches und juristisches Kesseltreiben nennen. Der weltweiten Solidarität ist es zu danken, daß Angela Davis der Gaskammer und dem weiteren Zugriff Reagans entging.

Die harte Arbeit eines Jagdleiters gegen Kommunisten und Bürgerrechtler hat Reagan erstmals international bekanntgemacht. Das waren scheinbar auch die größten Mühen, denen sich der Gouverneur auf seinem Posten unterzog. Ansonsten ging er seinem Job ruhig nach, kam um 9 und ging um 17 Uhr. Seine Berater – der Kern der „kalifornischen Mafia", der nur wenige Jahre später Washington verunsichern sollte – vermißten ihn zwischenzeitlich auch nicht. Sie taten ihre Arbeit. Bekannt war ihnen der Widerwille ihres Chefs, Akten zu studieren. So hielten sie ihn aus allen realitätsbezogenen Belangen heraus und unterbreiteten ihm auf maximal einer Schreibmaschinenseite ein Problem, dessen Details sie für sich behielten. Um den Gouverneur jeglicher Gedankenanstrengung und Grübelei zu entheben, wurden die Blätter vorsorglich mit dem Stempel „Zur Information" oder „Zur Entscheidung" gekennzeichnet. Diese Papiere verwandelten sich in Realitäten, die Millionen Kalifornier zu spüren bekamen. Männer wie Meese, Deaver, Weinberger, Clark und andere – alles Kalifornier – waren die Mittelsmänner, die das festgelegte Szenarium mit Details versahen.

Henry Salvatori und die anderen Königsmacher hatten Reagan nicht erwählt, weil sie glaubten, ihn wie Wachs formen zu können, sondern weil sie wußten, daß seine festgefügte Ideologie durch keine fremden Einflüsterungen umzustoßen war. Der von ihm ausgesuchte Mitarbeiterstab bewies deutlich, daß Reagan keinesfalls gewillt schien, auch nur einen einzigen um sich zu dulden, der seine Geisteswelt nicht teilte. In dieser Hinsicht zeigte er

eine unerbittliche Konsequenz. „Mit Reagan", sagte der Politologe der Berkeley-Universität, Harry Kreisler, „sind atavistische Sozialgruppen an die Macht gelangt, deren Zeit eigentlich schon vorüber war." Kreisler hatte recht und irrte dennoch.

„Atavismus" heißt Rückfall in die Vorzeit. Das erklärt wenig, ganz abgesehen davon, daß man den Altvorderen Unrecht tut, wenn man ihr Denkverhalten mit dem der kalifornischen Riege vergleicht. Wenn mit „Atavismus" vernagelter Antikommunismus, bigotte Heuchelei, hysterischer Nationalismus, Militarismus und die feindselige Haltung gegen alles, was die bürgerliche Demokratie an Liberalität hervorgebracht hat, gemeint ist, so sollte man ein präziseres Wort bevorzugen. Diese Kreise nennen sich selbst konservativ, doch auch das ist eine charmante Untertreibung. Sie sind reaktionär im eigentlichen Sinne des Wortes, und ihre Zeit ist leider nicht vorüber, wie Kreisler glaubt. Das Erstaunen einiger bürgerlicher Gesellschaftswissenschaftler über das Aufrücken dieser Männer in die höchsten Machtetagen zeugt von wenig Realitätssinn. Es ist die Reaktion der Kathederweisen, die es unverständlich finden, wie in einer Zeit explosionsartig wachsender Wissenschaft und Technik in ihrer Gesellschaft der geistige Irrationalismus, der fast an Hexenwahn grenzt, ebenfalls mitwächst.

„Kaliforniens Spezialität ist die strategische Kriegführung", äußerte Josef Wahed, Vizepräsident der Wells Fargo Bank in San Francisco. Ein Blick auf diese „Spezialität" genügt, um zu erkennen, welche Zusammenhänge bestehen zwischen modernster Waffenproduktion auf höchstem wissenschaftlichem Niveau und einer „atavistischen" Denkweise. Kalifornien produziert ein Drittel aller weltweit vertriebenen elektronischen Mikroprozessoren, zwei Drittel aller Halbleiter, Bausteine der vierten und fünften Computergeneration, die „Innereien" modernster Waffen. Silicon Valley, die Computerregion der USA, ist fest in der Hand der Bank of America. „Wir bauen den größten Teil der Flugzeuge und Raketen, die die USA in Dienst stellt", freute sich Gouverneur Reagan, und aus dem Wirtschaftsbericht 1968 verlas er: „Kalifornien hat an den geschäftlichen Aktivitäten regen Anteil, die der Vietnamkrieg eingeleitet hat. Durch die große Bedeutung der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie hat sich unser Bundesstaat in den wichtigsten Produzenten neuester Waffen zur modernen Kriegführung verwandelt." Wo der Krieg zum besten Geschäft wird, will man auch die Zeit des Nichtkrieges profitabel nutzen, indem man sie zur Vorkriegszeit erklärt, die es zu nutzen gilt, um als Sieger zu bestehen.

Modernste Waffen, mit modernster Wissenschaft und Technik produziert, sind keine Konsumgüter gewöhnlicher Art, deren Vertrieb den üblichen kapitalistischen Marktgesetzen unterliegt. Es

sind „krisensichere" Waren, selbst wenn sie als ungenutzter Schrott auf die Halde wandern. Die Produktion läuft, läuft und läuft, dehnt sich aus und verschlingt Rohstoffe, Ressourcen aller Art und den größten Teil der geistigen und wissenschaftlichen Kapazität des Landes. Und das schon in Friedenszeiten. Doch diese unselige Spirale, die auf eine immer höhere Stufe führt, bedarf eines Umfeldes, aus dem heraus dieser Wahnsinn in eine notwendige, unausweichliche Bedingung für die Friedenssicherung umgefälscht wird. Kreisler und viele seiner Kollegen sehen den „Atavismus" als ein soziologisches und ideologisches Phänomen und vergessen oder unterschlagen, daß die Männer um Salvatori und die Bank of America als Produzenten modernster Rüstungswaren auch das Umfeld in entscheidendem Maße mitproduzieren. Das Gedeihen ihrer Geschäfte hängt davon ab, wie es ihnen gelingt, die „Bedrohung" durch die Sowjetunion zur realen Gefahr in den Köpfen der Amerikaner werden zu lassen. Ein Widersinn zeigt sich auch darin, daß die Aussaat der Dummheit und des Irrationalismus mit rationellsten und wissenschaftlichen Mitteln und Methoden erfolgt. Eine ganze Public-Relation-Industrie mit Tausenden von Fachleuten betreibt das Geschäft der Aushöhlung von Hirnen.

Wenn US-Präsidenten, mehr unwillig als willig, sowjetischen Abrüstungsvorschlägen und Angeboten zur Rüstungsbegrenzung entgegenkommen, weil der internationale Druck und die Erwartung des eigenen Volkes es ihnen gebieten, so ist die Geschäftsgrundlage jener Männer gefährdet, die nur aus einer totalen Konfrontation ihren Höchstprofit ziehen. Die Schmähungen gegen die „müde Ostküste" erwiesen sich entweder als Schmähungen gegen Präsidenten, deren finanzstarke Hintermänner sich die Sowjetunion lieber als großen Markt erschlossen hätten, wie z. B. unter Roosevelt, der in der ökonomischen Umarmung die beste Form der „Zurückdrängung" des Kommunismus sah; oder waren Drohgebärden gegen regierende Administrationen, die der Forderung nach Entspannung Rechnung trugen.

Als Kennedy den zaghaften Versuch unternahm, die Verteilung der Waffenaufträge transparenter zu machen, weil die vom Militär-Industrie-Komplex geforderten Entwicklungs- und Auslieferungskosten ihm weit überhöht erschienen, witterten die Rüstungsfabrikanten Gefahr. Mit diesem Ansinnen und dem Versuch einer realistischeren Außenpolitik war der Stab über Kennedy schon gebrochen. Der Mord in Dallas, dem zweiten Zentrum der kalifornisch-texanischen Camarilla, glich einer Hinrichtung.

Als Nixon, dem objektiven Zwang gehorchend, fruchtbare Verhandlungen mit der Sowjetunion über Rüstungsbegrenzungen aufnahm, fand sich ein hochgestellter anonymer Zuträger, der

Der USA-Präsident liebt die martialischen Posen der Militärs im Alltag genauso wie die militärische Drohgebärde in der Politik. Das Rüstungsbudget trägt aber die Handschrift des Militär-Industrie-Komplexes

zwei Journalisten den Watergate-Skandal verriet. Ansonsten in puncto Korruption nicht zimperlich, entschied die Rüstungsmafia, den Präsidenten der moralischen Entrüstung preiszugeben.

Obzwar Präsident Ford das Wort „Entspannung" nicht einmal mehr in den Mund nahm und sich dem zunehmenden Rechtsdruck beugte wie auch nach ihm Carter, war die Rüstungsindustrie mit ihnen nicht zufrieden. Sie bastelte sich einen Präsidenten nach ihrem Geschmack. Der Übergang zum „Atavismus" hatte seinen Preis.

Wenn sich Waffenproduzenten mit Militärs und Politikern zusammentun und als Triumvirat dem Volke eine noch nie dagewesene Bedrohung aus dem Osten ankünden, falls man es nicht gewähren läßt, zum Ruhm des Landes Politik zu machen, so wird stets nur ein Bastard gemästet: der Militär-Industrie-Komplex. Höchstprofit ist das Ziel, und der „Atavismus" ist der Stil. Die Geschichte des Hauses Lockheed gleicht geradezu einer Fallstudie für den Zusammenhang zwischen modernster Waffenproduktion und „atavistischer" Ideologie.

Auf die Frage, warum er sich der Produktion von Militärflugzeugen zugewandt habe, gab Lockheed-Chef Robert Gross eine bezeichnende Antwort: „Diese Frage ist so alt wie die Welt. Für eine MP zahlt das Pentagon 100 Dollar, für einen Lkw 7600, für einen Schützenpanzerwagen 29 000, für eine Kanone 100 000. Das sind jedoch nur Almosen. Etwas anders sind meine Produkte: Ein Hubschrauber kostet 300 000 Dollar, ein Kampfflugzeug 2 Millionen. Das ist eine profitable und gängige Ware, meine Herren!" Eine muntere Antwort, die Jahre später noch euphorischer ausgefallen wäre, als der eigentliche Raketen- und Nuklearboom erblühte.

Der Spekulant Robert Gross kaufte Jahre vor dem zweiten Weltkrieg für 40 000 Dollar eine in Konkurs gegangene Firma namens Lockheed auf. Sie hatte bisher einmotorige Transportflugzeuge aus Holz hergestellt. Gross dachte nicht im Traum daran, diese Vehikel weiterhin zu produzieren, sondern setzte auf seine feine Nase, die ihm einen baldigen Krieg verhieß. Seine Bevollmächtigten bereisten Westeuropa und heimsten Aufträge ein, die auf das Sechsfache anwuchsen, als der Krieg tatsächlich ausbrach. Zwischen 1940 und 1943 stieg der Umsatz auf das Fünfzehnfache. Dann liierte sich Gross mit der Bank of America, um seine Produktion auszuweiten. Am Ende des zweiten Weltkrieges hatte Lockheed seinen Umsatz auf das Siebzigfache gesteigert (im Vergleich zu 1939). 19 000 verkaufte sogenannte fliegende Festungen und etwa 9000 abgesetzte Jäger des Typs Lightning ließen die Kasse klingeln.

Gross wollte zuversichtlich in die Zukunft blicken. Er und seine kapitalen Freunde gingen daran, die Nachkriegszeit in eine Vorkriegszeit umzurüsten. Seine Public-Relation-Leute formulierten

den „atavistischen" Ton des kalten Krieges entscheidend mit; er war nuancenarm und schrill. Das Geschäft aber prosperierte. Die Verbindung mit der Bank of America und die engen Kontakte zum Milliardär Howard Hughes in Los Angeles, dem Chef eines Elektronikunternehmens, erleichterten Lockheed den Einstieg in das Geschäft des Jahrhunderts. Kalifornische Firmen wie Rockwell International, McDonnell–Douglas Aircraft, Litton Industries Inc. überholten zwar das Haus Lockheed in diesem Rennen, doch für das letztere fiel noch genug ab: Transportflugzeuge, Düsenjäger des Typs Starfighter und Polaris-U-Boot-Raketen.

In den Lockheed-Vorstand rückten Männer wie Ch. Thomas und W. Burden, die dann aus den Chefetagen heraus in Ministersessel katapultiert wurden: der erste ins Marineministerium, der zweite ins Ministerium für Luftstreitkräfte. Der Sprung dieser beiden ins Pentagon war ein Satz von Lockheed an die Fettschüsseln der Nation.

Auch die feste Einbindung des Vorsitzenden des Senatsausschusses für Fragen der Streitkräfte, R. Russell, brachte mehr als nur Zubrot. Diesem Mann oblag es, die militärischen Ausgaben der Regierung zu bestätigen, und mehr als ein Happen flog Lockheed zu. Der „Schleudersitz" der Firma wirbelte Mitarbeiter in die Regierung und rudelweise ranghohe Militärs, ehemalige Pentagon- und CIA-Mitarbeiter ins Haus, wo sie die Chefetagen besetzten. Wo Lockheed endete und der Staat begann, war nicht mehr auszumachen.

Welcher Grund lag nun eigentlich vor, daß der kalifornische Koloß die Washingtoner Administration verhöhnte und eines „schlappen Liberalismus" bezichtigte? Waren die Zöglinge der Bank of America nicht die besten Partner des Pentagon? Konnte man sich höhere Steigerungsraten vorstellen, als sie der kalifornische Militär-Industrie-Komplex aufwies? Die relativ junge Firma Litton begann beispielsweise mit einem Jahresumsatz von 3 Millionen Dollar, 1979 zeigte die Bilanz 4 088 Millionen Dollar. Eine Steigerung um das 136fache! Waren diese hohen Raten schon möglich vor der totalen Militarisierung der Volkswirtschaft, um wieviel höher müßten sie sein, wenn ein Präsident die Rüstung zum wichtigsten Anliegen seiner Politik erklärt? Das Wirken der Salvatori und Co. beweist schlagkräftig das Zitat, das Marx der englischen Zeitschrift „Quarterly Reviewer" entnommen hatte: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn

Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren (ermutigen)."

Den Galgen brauchten die Waffenproduzenten nicht zu fürchten, obgleich bei näherem Hinsehen der Griff ins Staatsbudget und somit in die Taschen des kleinen Mannes als schwerer Diebstahl und die Ermutigung von Tumult und Streit im Weltmaßstab als Kriegstreiberei bewertet werden müssen.

Nun fragt man sich, was lockt an der Waffenproduktion? Was zum Beispiel unterscheidet denn eigentlich eine Kühlschrankvon der Waffenherstellung? Warum hat die Bank of America – diese Neigung teilen die anderen Banken auch – die Rüstung zum wesentlichsten Investitionszweig erklärt? Wirft die Produktion von Autos, Kühlschränken, Radios usw. weniger ab? Die Antworten auf diese simplen Fragen dringen in das ökonomische Geheimnis ein, mit dem sich Rüstungsmonopole gern umgeben. Vor der Öffentlichkeit heißt es, daß kommunistische Bedrohung sie dazu zwinge, Raketen und Panzer zu produzieren; sie beißen sozusagen in einen sauren Apfel. Wenn dem so wäre, woher erklärt sich dann die allgegenwärtige Macht des Militär-Industrie-Komplexes? Investierte der kalifornisch-texanische Klüngel Millionen Dollar in die Wahl seines Präsidenten, um eine Kiepe saurer Äpfel einzuhandeln?

Der Begriff Militär-Industrie-Komplex, kurz MIK, ist Anfang der sechziger Jahre entstanden, als der scheidende Präsident Eisenhower in einer Rede die bedenkliche „Verbindung des riesigen Militärestablishments mit der gewaltigen Rüstungsindustrie" feststellte und dazu ausführte: „Wir müssen uns über die bedrohlichen Folgen klar werden und Maßnahmen dagegen treffen, daß der Militär- und Industriekomplex absichtlich oder unabsichtlich einen derart großen Einfluß gewinnt, wie er nicht geduldet werden kann." Als Eisenhower diese Sorge äußerte, war es längst zu spät, dem Wachstum des MIK Einhalt zu gebieten. Die Politik des kalten Krieges, die Präsident Eisenhower seinem treuen Adlatus John F. Dulles überantwortete, trug gewaltig dazu bei, den MIK zu expandieren. 1950 schrieb die US-Zeitung „U.S. News & World Report": „Die verantwortlichen Planer in der Regierung meinen, die magische Formel für fast nie endende gute Zeiten gefunden zu haben... Der kalte Krieg ist der Katalysator. Der kalte Krieg ist ein automatischer ‚Pumpquell'. Dreh einen Zapfhahn auf, und die Menschen rufen nach höheren Rüstungsausgaben. Dreh einen zweiten an, dann wird der Ruf noch lauter..." Dulles drehte an allen Zapfhähnen. Der heiße Krieg in Korea brachte ihm einen Jubelschrei in den Chefetagen der Rüstungskonzerne ein. Das geschah unter Präsident Truman; Eisenhower suchte gar nicht erst den Zapfhahn, um ihn abzustellen; und Kennedy schließlich zahlte mit seinem Leben für den zaghaften Versuch,

die dunklen Kanäle der Waffenbeschaffung und Produktionsvergabe aufzuhellen.

Heute gebietet das Pentagon, die Zentrale des MIK für Waffenvergabe und -käufe, über drei Millionen Armeeangehörige, eine Million Zivilbeschäftigte, über 2000 Milliarden Dollar Sachvermögen, 140 000 Quadratkilometer Landbesitz, 1500 Zeitungen und Zeitschriften, 300 Rundfunk- und Fernsehstationen und über 16 Großforschungszentren. Das Pentagon ist mit einer Machtfülle ausgestattet, von dem die anderen Ministerien, selbst das State Department, nur träumen können.

Der MIK ist ein geballter Block ökonomischer (Rüstungsindustrie), militärischer (Pentagon und seine Ministerien und Organisationen) und politischer (Organe des Kongresses, des Senats und reaktionäre Vereinigungen, Parteien und Gruppen) Komponenten. Täglich verschlingen die Rüstung und all die Instanzen und Einzelpersonen, die von ihr leben, an die 700 Millionen Dollar. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veranschaulichte diese Tatsache am Beispiel der Weltraumrüstung: „In der Zeit, die Sie benötigen, um diesen Satz zu lesen, werden die USA etwa 2000 Dollar für ihr militärisches Weltraumprogramm aufwenden." Das war 1982, in den letzten Jahren hat sich die Summe erheblich vergrößert. Mit dem SDI-Programm wird sie explodieren.

Eine Kommission des US-Senats hat 1980 – vor dem Einzug des 40. Präsidenten ins Weiße Haus – errechnet, daß 164 von 169 Konzernen der Rüstungsindustrie Profite von 50 bis 200 Prozent erzielten, drei Gesellschaften von über 500 Prozent und eine von mehr als 2000 Prozent. In solchem Profitrausch sehen sie nur noch Rot.

Der zunehmende Reichtum der Rüstungsmonopole läßt den Staat verarmen. Das „Wall Street Journal", die Zeitung des Großkapitals, leuchtete etwas dahinter: „Rüstungsaufträge bringen immense Mengen Geld ein, und die Regierung ist äußerst zahlungswillig. Ein... Vorteil für die Rüstungsauftragnehmer ist die Bilanzierungsmethode mit ‚kompletten Aufträgen', derzufolge Kosten und Profite nur dann anerkannt werden, wenn das Projekt abgeschlossen ist. Das führte dazu, daß Unternehmen Einkommenssteuerzahlungen bis zur Lieferung des letzten Postens eines Projektes – was zuweilen Jahre dauert – aufschieben können. Auf Grund derartiger Aufschübe gelangen Firmen mit Rüstungsaufträgen in den Genuß einer zinsfreien Regierungsanleihe, und viele Rüstungsauftragnehmer haben nunmehr Geld im Überfluß." Das heißt, die einbehaltene Steuerschuld mehrt das Kapital der Rüstungsfirmen, und diese sehen sich nach Möglichkeiten um, dieses Geld gewinnbringend anzulegen, denn erwiesene „Investitionen" haben eine weitere Steuerbefreiung zur Folge. In der Re-

gel zahlen die Rüstungsfirmen eine Bagatellsteuer oder gar keine im Vergleich zu ihrem Profit. Durch Firmenaufkäufe wird die Macht ausgedehnt, und der Monopolisierungsgrad nimmt zu. So kaufte General Dynamics (Flugzeuge, Raketen, kernwaffenbestückte U-Boote) 1982 die Panzerproduktion von Chrysler und rückte zum größten Lieferanten des Pentagon auf. McDonnell-Douglas (Kampfflugzeuge, Raketen), bisher der Spitzenreiter im Rüstungsgeschäft, reagierte 1983 mit dem Aufkauf der Firma Hughes Helicopter und 1984 mit dem Erwerb von Aktien der Telekommunikationsfirma Tymeshare Inc. Der Mischkonzern LTV, dem die größten Kriegsschiffwerften unterstehen, erwarb 1983 die Rüstungssparte von American Motors und ist heute der größte Militärkraftfahrzeug-Hersteller. Litton kaufte 1983 das Unternehmen Itek auf und erreichte eine jährliche Rüstungsproduktion von rund 2 Milliarden Dollar.

Doch damit ist die Erwerbsquelle der Rüstungsfirmen noch längst nicht ausgeschöpft. Da Finanz- und Rüstungskapital längst eine enge Verbindung eingegangen sind, schröpft diese unheilige Allianz als Verleiher hochverzinsten Kapitals den Staat nochmals. Außerdem fließen diese Anleihen über die Budgetverteilung wiederum in die Rüstung. Mit der zunehmenden Verschuldung des Staates bei den Banken wachsen die Konten der Kreditgeber. Bürgerliche Ökonomen warnen: Die verheerende Staatsverschuldung kann nur abgebaut werden, wenn das überschüssige Kapital in die erweiterte Reproduktion einfließt und hilft, reale gesellschaftliche Werte herzustellen, anstatt einen für den produktiven Konsum ungeeigneten Waffenberg anzuhäufen.

Haben die Kalifornier den drangvollen Marsch auf Washington etwa angetreten, um zugunsten der zivilen Produktion auf ihren Reibach zu verzichten? Für sie ist die fast totale Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht die Voraussetzung für die parasitäre Ausplünderung des Staates. Da die von der Hochrüstung lebenden Machtgruppen jedoch nicht daran interessiert sind, Konflikte mit Monopolen der Zivilindustrie zu provozieren, veranlaßten sie, diese Gruppen durch hohe Steuergeschenke zufriedenzustellen. Dieses Entgegenkommen plündert den Staat zusätzlich aus und bewirkt letztendlich nichts. Das Außenhandelsdefizit in den ersten neun Monaten des Jahres 1984 betrug 96,3 Milliarden Dollar. Die Scheu, Kredite aufzunehmen, der Mangel an Investitionen und Innovationen, die gedrosselte Produktion haben die Stahl-, Auto-, Textil und andere Branchen unter das Weltmarktniveau gedrückt. Selbst das Unternehmerblatt „Business Week" bekannte, daß die Verdoppelung des Militärbudgets seit 1980 die Sowjetunion nicht beeindruckt, die USA jedoch ärmer gemacht hat.

Über 70 Prozent der Steuern müssen die Werktätigen aufbrin-

gen. Der verschuldete Staat wirft einen beachtlichen Teil dieser Einnahmen in den Rachen der Banken, um wenigstens die Schuldzinsen zu begleichen. Über diesen üblen Kreislauf runzeln selbst regierungsfreundliche Ökonomen die Stirn, denn sie befürchten das Schlimmste. Eine Krise größten Ausmaßes ist programmiert.

Im Unterschied zur Industrie im zivilen Sektor arbeiten die Rüstungsfirmen mit geringem Eigenkapital. Mehr als drei Viertel der gesamten Bilanzsumme stellen die Banken. Die Rüstung zieht das Finanzkapital auf sich wie Aas die Schmeißfliegen. Die hohe Zinsrate lockt das Kapital an, und die Politiker und Wirtschaftskapitäne Westeuropas sehen verbissen und ratlos zu, wie das Kapital sich dem eigenen Land entzieht und über den Atlantik fliegt. Die Personalunion von Finanz- und Rüstungskapital ist ein Parasit ungeheuren Ausmaßes, da sie eine alle Vorstellungskraft übersteigende Vernichtung von Kapital betreibt.

Die Industrien im zivilen Sektor müssen ihre Gewinne über den Markt erzielen und sind somit anfällig, falls der Markt überfordert ist. Die Rüstungskonzerne kennen diese Krisenzyklen nicht. Das einzige, was sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, ist die internationale Entspannung. Der Staat ist Kunde und Finanzier der Waffenlieferanten. Hinzu kommt noch, daß ein bedeutender Teil der Forschung über staatliche Institutionen läuft und den Rüstungskonzernen kostspielige Investitionen erspart. Sparsamkeit und Effektivität stehen bei diesem Verfahren, Höchstprofite zu erzielen, hintenan. Es existiert kein einziges Waffensystem in den USA, bei dem bis zu seiner Auslieferung an das Pentagon nicht durch sogenannte Kalkulationsfehler die Herstellungskosten in die Höhe schossen. Wie die „New York Times" 1979 berichtete, mußte der US-Bundesrechnungshof zugeben, daß bei 55 großen Waffensystemen im Werte von 210 Milliarden Dollar ein Kostenzuwachs von 70 Prozent erfolgte.

Ein Grund: Die einfachsten Gerätschaften, wie zum Beispiel eine Steckdose, kosten in Flugzeugen oder U-Booten das Vielfache von dem, was ein Kunde im Laden an der Ecke dafür zahlen würde. Diesen sensationellen Befund hat vor Jahren die Untersuchung einer Kommission erbracht. Hat sich an dieser offensichtlichen Plünderung der Staatskasse etwas geändert? Ganz und gar nicht, im Gegenteil. Die Piraten sind kühner geworden. So wurde festgestellt, daß eine Rüstungsfirma für eine Glühbirne zum Ladenpreis von 17 Cent vom Pentagon 44 Dollar einforderte und für eine Diode im Wert von 4 Cent 110 Dollar. Der Preis für ein Triebwerkverschlußteil des Kampfbombers F-111 erhöhte sich in einem Jahr von 16 auf 3 033,82 Dollar. Die Hughes Aircraft forderte für einen Stromunterbrecher 2 543 Dollar, der im Laden für 3,64 Dollar zu haben ist. Die Firma Pratt & Whitney strich für ei-

nen Kunststoffverschluß statt 22 Cent 1 118 Dollar ein. McDonnell-Douglas griff ins volle, als sie für eine Schraubenmutter im Wert von 13 Cent 2 043 Dollar forderte. Den Vogel jedoch schoß General Dynamics ab, als sie für einen 3-Cent-Bolzen 7 417 Dollar berechnete. Die Gewinnprozente mag sich jeder selbst errechnen. Für einen Werkzeugkasten für 92,44 Dollar zahlte das Pentagon 10 186,56 Dollar. „Berichte in der Presse über Kaffeemaschinen in Bombern, für die das Pentagon 7 000 Dollar gezahlt haben soll, hatten im Wahlkampf den Demokraten willkommene Munition geliefert", berichtet die „Neue Zürcher Zeitung" vom 24. November 1984. Offensichtlich nutzten die Demokraten diese Munition nicht treffsicher genug. Das Pentagon verteilt täglich 56 000 Aufträge; jährlich 241 442 Aufträge mit einem Wertvolumen von mehr als 25 000 Dollar und 14 525 103 Aufträge unterhalb der 25 000-Dollar-Grenze. Nur ein pfiffiger Mathematiker vermag zu errechnen, welchen Zusatzprofit täglich die einfachsten Dinge wie Steckdosen, Ösen, Verschlußteile usw. erbringen.

Diese ersichtliche Preistreiberei stellt einen beachtenswerten Zusatzgewinn dar; das ganz große Geld jedoch kommt aus der Maßlosigkeit der Produktion. Diese häuft den Schuldenberg des Staates und entzog allein für das Jahr 1985 dem Budget fast 300 Milliarden Dollar. „Die Auftragsbücher der amerikanischen Rüstungskonzerne sind auf Jahre hinaus gefüllt, die Gewinne, die dabei anfallen, sind atemberaubend", stellte die BRD-Zeitung „Vorwärts" fest. Zudem schafft die ungeheure Konzentration der Rüstungsforschung – fast 70 Prozent der Gelder, die in den USA für Forschungsvorhaben ausgegeben werden, laufen über das Pentagon – in immer kürzeren Abständen neue Waffensysteme. Die Rüstungslabors bieten Waffen an, über die der Staat noch nicht befunden hat und deren Dislozierung völlig neue Strategien nach sich ziehen. Der MIK produziert somit auch strategische Militärdoktrinen.

Ein Beispiel: In den frühen siebziger Jahren wurde in den USA über den Wechsel veralteter sowjetischer Raketen gegen moderne nicht viel Aufhebens gemacht. Dieser Vorgang galt als eine normale Modernisierung, die sich in den USA schon mehrfach vollzogen hatte. Als jedoch die Pershing II die Labors verließ, eine Mittelstreckenrakete von ungemeiner Treffsicherheit und kurzer Vorwarnzeit, da entdeckte man plötzlich Westeuropas „Verwundbarkeit" durch die sowjetischen SS-20-Raketen. Die „Nachrüstung" wurde politisch und ideologisch vorbereitet. Das anvisierte Ziel: näher an die sowjetische Grenze heran.

Die unbegrenzte Machtentfaltung des MIK bedarf einer kooperationsbereiten Regierung, die nach den Sternen greift, um auch diese in die Kriegsdoktrin einzubeziehen. Ein Präsident, der diese Steigerungsraten garantiert, ist nicht mit Gold aufzuwiegen.

„I love You, America"

Im Sommer 1980 war Erstaunliches auf den Straßen amerikanischer Städte zu sehen. Hinter dem Schild „Ich will für Amerika kämpfen – du auch?" bezog beispielsweise ein Zwanzigjähriger namens Halloran sein Nachtquartier vor den Stufen des Washingtoner Hauptpostamtes. Er wollte als erster am frühen Morgen die Post betreten, um sich an einem bestimmten Schalter für eine mögliche Einberufung registrieren zu lassen. Ein neues Gesetz sollte der Sowjetunion den amerikanischen Wehrwillen demonstrieren. Über 85 Prozent der Jugendlichen trotteten in diesen Tagen zu den Postämtern; die einen mehr oder weniger ergeben und verdrossen, weil sie die Intoleranz der Umwelt fürchteten; die anderen mit Fähnchen und Gesang. Halloran stellte verblüfft fest, daß sich langhaarige junge Männer in verschossenen Jeans zu ihm gesellten. Der Jungpatriot erwartete eine handfeste Auseinandersetzung, denn in seinen Augen galten solche Typen als vaterlandslose Gesellen, denen Fahne und feuchte Augen beim Absingen der Hymne nur ein Kichern entlockten. Die befürchteten Handgreiflichkeiten unterblieben, das Gegenteil trat ein; die wie Aufmucker aussahen, meldeten die gleiche Forderung an: Amerika müsse wieder Nummer 1 sein. Jugendliche, denen man eher das Angokeln des Sternenbanners zutraute, weil es für das stand, was sie eigentlich ablehnten – Big Business, Establishment, militärische Abenteuer, Nationalismus –, schwenkten dieses nun euphorisch.

Der Essayist Thomas Griffith stellte in der Zeitschrift „The Atlantic Monthly" fest, daß der „neue, bisher verdrängte Patriotismus, der sich jetzt aus seinem Versteck wagt ... auch bei eingeschworenen Nicht-Flaggen-Schwenkern" zu entdecken ist, bei Amerikanern, „die sich selbst nicht als patriotisch bezeichnen und es Gallup*-Befragern gegenüber auch nicht zugeben würden". Es handelte sich teils um jene Menschen, die noch vor kurzem von „Patrioten" mit dem Autoaufkleber „America, love it or leave it" (Liebt Amerika oder haut ab) geschockt wurden. Nun standen sie in einer Front.

Seit dem schmutzigen Vietnamkrieg galt in gebildeten Kreisen Patriotismus als etwas Anrüchiges, doch nun hieß es wieder: Flagge zeigen. Vor den Häusern der Main Streets im ganzen Land

* demoskopisches Institut

standen Haushaltsvorstand samt Kind und Kegel – kurzum die „Familie", wie sie in Reagans Reden gepriesen wird – und zelebrierten eine anrührende Zeremonie. Wehte das Banner am Mast, gingen wieder alle ihrer Wege. Footballfans sangen „Amerika, Amerika, Gott goß seine Gnade über dir aus"; einst verfeindete Repräsentanten beider Parteien verkündeten auf bunten Kitschpostern „I love You, America".

Dieser epidemischen Ausweitung patriotischer, besser nationalistischer Hochstimmung unterlagen bei weitem nicht alle Amerikaner, doch die Stimmen der Vernunft wurden leiser. Aus gutem Grund. Obgleich die Opposition namhafter Publizisten und Politiker in ebenso namhaften Zeitungen nicht vollends verstummte, wurden die Attacken gegen den ausufernden Nationalismus eher vom Schaukelpferd als aus der Höhe eines Schlachtrosses geführt. Die Geiselnahme in Teheran gebot Vorsicht.

Am 4. November 1979 drangen iranische Studenten in die Teheraner US-Botschaft ein und nahmen über fünfzig Amerikaner als Geiseln. Die aufgestaute Wut über die US-Unterstützung für das Schahregime entlud sich in dieser Aktion. Obwohl Verhandlungen über bestimmte Modalitäten zur Freilassung der Geiseln liefen, beschloß Präsident Carter entschiedene Maßnahmen zur Beendigung der „Demütigung". Die Präsidentenwahlen standen vor der Tür, und der aufgeheizte Nationalismus zwang Carter, sich den Nimbus eines starken Präsidenten zu erobern. Im Weißen Haus wurden vielfache Operationspläne erwogen, deren Abenteuerlichkeit den Außenminister Vance schreckten, da sie zu unübersehbaren internationalen Verwicklungen hätten führen können. Präsident Carter jedoch gab nach Monaten des Zögerns den Befehl. Am Abend des 24. April 1980 stiegen acht Helikopter vom Flugzeugträger „Nimitz" auf, und der militärische Pfusch nahm seinen Anfang. Zwei Hubschrauber fanden nicht den Weg zur iranischen Salzwüste Dascht-i-Kawir, ein dritter blieb mit Hydraulikschaden liegen – da waren's nur noch fünf. Nach erteiltem Abbruchbefehl der Operation kollidierte ein Hubschrauber mit einem der sechs herbeiberaumten „Hercules"-Transportflugzeuge; beide Maschinen gingen in Flammen auf. Acht Tote, vier intakte Hubschrauber sowie unzähliges Geheimmaterial über die Planung der Aktion blieben am Tatort zurück. Als der übermüdete Präsident der Nation diese Schreckensmeldung per Fernsehen mitteilte und alle Schuld auf sich nahm, stockte vielen Amerikanern der Atem. Sollte das die Antwort auf die angebliche „Demütigung" sein? Eine dilettantische, völkerrechtswidrige Militäroperation in einem Gebiet, in dem schon ein entbranntes Streichholz zur weltweiten Explosion genügte!

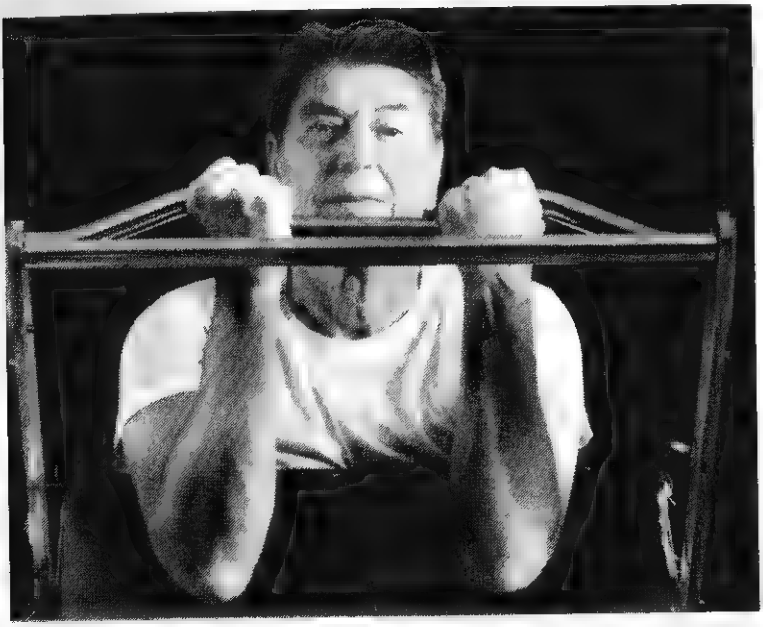
Die Geiselnahme wurde natürlich von allen verurteilt, doch jede noch so zaghafte Andeutung über die verbrecherischen Ver-

strickungen der USA in Iran, die das Drama erst heraufbeschworen hatten, beantwortete man mit Wutausbrüchen, sogar mit Morddrohungen. Die Teheraner Geiselnahme hätte nicht besser erfunden werden können, konstatierten liberale Journalisten, als sie Zeugen der qualvollen Agonie der Carter-Administration wurden und miterlebten, auf welche hinterhältige Weise Reagan und dessen Wahlmanager dieses Unglück für sich nutzten. „Ich kann und will nicht tatenlos in der Kulisse stehen und zusehen müssen, wie dieses große Land sich selbst zerstört." Er blieb jedoch in den Kulissen und beantwortete die Fragen, was er zur Befreiung der Geiseln tun würde: „Ich habe einige Ideen, aber – sie sind – man spricht nicht darüber... Ich sehe keine Möglichkeit, diese Frage zu beantworten, ohne etwas preiszugeben. Kein Kommentar." Er hatte keine Antworten und auch nichts preiszugeben, sondern brauchte nur zu warten, denn Carter tat alles Erdenkliche zur Selbstzerstörung. Das sinn- und erfolglose Kommandounternehmen in der iranischen Wüste zeigte symbolhaft, daß zwischen globalen Ambitionen und der Möglichkeit, sie zu verwirklichen, eine erhebliche Kluft bestand. Weder Carter noch Reagan begriffen diesen Wandel der Zeit.

Ironische Kommentare zu den bornierten Aussprüchen des Kandidaten Reagan gerieten nur allzuoft zum journalistischen Leckerbissen für eine gebildete Elite, die von der Plattheit des künftigen Präsidenten nicht erst überzeugt werden mußte. Diese Gegenfront lieferte den im Aufwind segelnden Republikanern den „Beweis", daß die Liberalen unpatriotisch und unamerikanisch denken und wirken. Hatte Reagan das nicht schon immer gesagt? Die Demokraten waren unter sich, sie hatten kein Publikum mehr. Was jedoch noch schlimmer war, sie hatten keinen charismatischen Präsidentschaftskandidaten. Jimmy Carter bot eine schlechte Figur in dem Bemühen, die abdriftenden Wähler einzufangen und den Vormarsch der Reagan-Boys durch einen Rechtsschwenk und durch höhere Rüstungsbewilligungen zu unterlaufen.

Die durch Krise und außenpolitische Mißerfolge geschockten Wähler liefen dem Manne zu, der da verkündete: „Ich glaube seit langem, daß es einen göttlichen Plan gibt, der dieses Land einem Volk von besonderer Bestimmung überschrieben hat." Diesem Schwulst setzte Reagan noch eins drauf: Die USA seien auserwählt zu einem „Rendezvous mit der Vorsehung". Es durfte gelacht werden; die wenigsten taten es. In Westeuropa horchte man auf. Schon einmal hatte hier auf dem Kontinent die „Vorsehung" kräftig zugelangt. Kritische Beobachter stellten resignierend fest: Kalifornien hat Amerika erobert.

„Es steht in unserer Macht, die Welt noch einmal ganz von vorn beginnen zu lassen." Bevor der 40. Präsident seinen Schöpfungs-



Amerika braucht Stärke, um Nummer 1 in der Welt zu sein, befanden die Präsidentenmacher. Sie schickten einen genormten Westernhelden ins Weiße Haus: nationalistisch, markig und gerissen.

akt öffentlich ankündigte, hatten seine Vordenker der in Entspannung begriffenen Welt entscheidende Fußtritte verpaßt. Sie waren die Geburtshelfer des Kretins Nationalismus. Was scheinbar wie ein Hurrikan über die USA hereinbrach, hatten sie gezeugt, ausgetragen und an das Licht gezerrt, um politische, ökonomische und militärische Interessen durchzusetzen. Wer sind diese Leute?

Nennen wir zuerst das Team B, so genannt, um sich vom Team A zu unterscheiden, dem CIA-Apparat. Bis 1976 schien für die CIA die Welt in relativer Ordnung. Niemand glaubte recht daran, daß die Sowjetunion das strategische Gleichgewicht ins Wanken bringen würde, um aus der Höhe der Übermacht die Welt zu tyrannisieren, wie die „Falken" in und außerhalb der Regierung tönten. Experten und Wissenschaftler verschafften sich immer wieder Gehör und legten dar, daß die Sowjetunion sich streng an Salt I und alle anderen Vereinbarungen zur Rüstungsbegrenzung hielt. „Dann wurde George Bush Leiter der CIA, und den Profis dieser Behörde wurde gesagt, sie sollten anders denken", schildert der US-Journalist Robert Scheer in seinem Buch „Und brennend stürzen Vögel vom Himmel" den bemerkenswerten Einstieg des George Bush in eine Behörde, deren „Recherchen" bisher schon stets ein neues Wettrüsten einleiteten. Nun jedoch kam ein Mann daher und raunzte, daß hinter den Aktenbergen wohl noch mehr steckte, als die CIA-Mitarbeiter sich träumen ließen.

Ein für die USA einmaliger Vorgang nahm seinen Lauf. Eine Behörde, die jedem US-Bürger als Sinnbild geheimer, dunkler und unerforschlicher Macht galt, öffnete einer Gruppe von Außenseitern alle Unterlagen und Dossiers, die strengster Geheimhaltung unterlagen. Bush machte es möglich. Nicht etwa, um den Laien einen Anschauungsunterricht über die Arbeit der CIA zu vermitteln, nein, Bush wollte seinen eigenen Mitarbeitern eins auswischen und den Beweis antreten, daß die CIA zum Haufen lascher Hampelmänner degeneriert war, seit der Kongreß nach der Watergate-Affäre einen schärferen Blick auf sie richtete.

Was sollten die Außenseiter aus den Unterlagen fischen, was die CIA-Beamten nicht selbst schon ausgewertet hatten?

Bush ging aufs Ganze.

Gegenüber der „New York Times" gab er zu, nur Männern mit einer „pessimistischen Betrachtung" der sowjetischen Politik Zugang zu den Archiven verschafft zu haben. Die „New York Times" empörte sich: „Aus Gründen, die noch der Erklärung bedürfen, wurden die führenden Analytiker der CIA dazu gebracht, einer handverlesenen inoffiziellen Gruppe von scharfen Kritikern der Rüstungsbegrenzungspolitik zu erlauben, neben ihnen zu sitzen und die Einschätzung der künftigen militärischen Kapazität der

Sowjets in einer ‚düsteren' Richtung zu beeinflussen." Die Zeitung befragte Geheimdienstleute, deren Namen sie anonym hielt. Ein Beamter „sprach von ‚absolut blutrünstigen Diskussionen', in deren Verlauf die CIA von den Außenseitern beschuldigt wurde, sie hantiere mit fehlerhaften Annahmen, fehlerhaften Analysen, fehlerhaften Ermittlungsmethoden und fehlerhaften Methoden der Auswertung bereits verfügbarer Erkenntnisse".

Das war einzigartig. Die CIA, renommiertester antisowjetischer Einbläser am Ohr des Präsidenten, wurde aller Fehler, die man nur begehen konnte, geziehen. Was bezweckte Bush? Er wollte den an sich schon getürkten Zahlen über die sowjetische Aufrüstung noch eins draufsetzen. Er kannte die Männer, denen er Tür und Panzerschränke geöffnet hatte, und wußte von ihnen: Die kennen keine Skrupel, wenn es darum geht, die Entspannungspolitik und die Gespräche über Rüstungsbegrenzung auf Biegen und Brechen zu Fall zu bringen.

Der „Nachweis" über die „immensen sowjetischen Rüstungsvorleistungen" würde die SALT-II-Gespräche und mit ihnen auch Präsident Carter ins Wanken bringen. Das war selbst dem ehemaligen stellvertretenden CIA-Direktor Ray S. Cline zuviel, er sprach von einem „Zoo von Außenseiter-Kritikern". Zum „Zoo"-Direktor ernannte sich Richard Pipes, dessen Ansichten so manchen Experten für Militärfragen wie auch Naturwissenschaftler erschaudern ließ.

Pipes' Hauptthese bestand in der „Erkenntnis", daß die Sowjetunion die Atomwaffen nur so horte, weil sie in diesen keinesfalls den Sonderfall von Waffen sehe, sondern den Normalfall, konventionellen Waffen vergleichbar. Deshalb werde sich die UdSSR nie eine Reduzierung auferlegen, sondern ihr nukleares Potential häufen, um schließlich als Nummer 1 in der Welt die internationale Politik zu diktieren, und sei's durch einen Krieg.

Wer Pipes diesen Wahnsinn eingegeben hat, blieb ein gut gehütetes Geheimnis. Die Stoßrichtung war eindeutig. Verantwortliche amerikanische Politiker sollten endlich die Ängste vor den Nuklearwaffen überwinden und diese als normale Gefechtswaffen akzeptieren. Mit diesen „Schlußfolgerungen" lag Pipes auf der Linie derjenigen, die den jeweils regierenden Administrationen vorwarfen, in Korea und Vietnam ihre Chancen verpaßt zu haben, mit Atomwaffen das Kriegsgeschehen zu wenden. Wer Atomwaffen produziert, muß sie auch anwenden; schließlich sind sie keine Ausstellungsstücke für Vitrinen, sondern normale Waffen.

Der Standpunkt, eine atomare Überlegenheit ergäbe keinen Sinn, da die mehrfache Overkill-Kapazität längst überschritten sei, muß als verdammenswert bezeichnet werden, salbaderte Pipes. Verhandlungen über Rüstungsreduzierung nutzten nur der

Sowjetunion, da sie sich im Unterschied zu den USA keiner öffentlichen Moral verpflichtet fühle und keinen internationalen Vereinbarungen. Die USA sollten dem nuklearen Arsenal keine Grenzen setzen, und die Wissenschaftler, die sich zutiefst schuldig fühlen, weil sie Schöpfer dieser Waffen sind und sie nun ablehnen, leiden an psychischen Störungen. „So wischte Pipes die schmerzliche Besorgnis vieler Wissenschaftler beiseite, die diese Waffen am besten kennen, als wären ihre Schuldgefühle und ihre Friedenswünsche absurd oder dekadent oder vielleicht antiamerikanisch." Soweit Robert Scheer.

Mister Pipes' Vorstoß in Regionen, deren Zusammenhänge seinem Verstand sich vollends verschlossen, dürfte ein prägnantes Beispiel für antisowjetischen Wahn sein, den allerdings so manch anderer mit ihm teilt, weil er zur Durchsetzung von Zielen des Militär-Industrie-Komplexes die geeignetste ideologische Basis ist. Reagan machte Pipes wohl deshalb zu seinem Berater für sowjetische Angelegenheiten.

Im Team B zogen mit Pipes auch Paul Nitze und Eugene Rostow an einem Strang. Sie drängten auf höhere Rüstungsausgaben. Zum Lohn für diesen Eifer ernannte sie Präsident Reagan zu seinen führenden Mitarbeitern in Fragen der Abrüstung. Das übersteigt jegliche Erfindungsgabe: Ein Mann wie Pipes, dem die Worte über die Lippen kamen, die Sowjetunion müsse ihre Gesellschaftsordnung ändern oder in den Krieg ziehen, stieg zum „Kremlfachmann" im Weißen Haus auf; zwei Herren, deren ganze Sorge der Hochrüstung galt, wurden in Genf mit Fragen der Rüstungsbegrenzung betraut.

Bevor diese, die Rüstung anbetende Clique die geheiligten Räume der CIA betrat, war sie übereingekommen, den „Ausschuß gegen die vorhandene Gefahr" zu gründen. Als „vorhandene Gefahr" galt den Mitgliedern die militärische „Unterlegenheit" der USA und die „zunehmende sowjetische Bedrohung". In den USA wachsen ohnehin antisowjetische Komitees und Ausschüsse mit bizarren Namen wie Pilze aus dem Boden, doch der genannte Ausschuß ist von besonderer Bedeutung. Nicht, weil Reagan und seine kalifornischen Freunde Mitbegründer waren, sondern weil hier die neue Rechte mit alten erfahrenen Kämpfern des kalten Krieges eine Verbindung einging, die nicht unwesentlich das nationalistische Umfeld für eine muntere Hochrüstung mitbestimmte. Reagan war selbst ein gestandener kalter Krieger, doch überschritt er kaum die Frontlinie von Kalifornien. In diesen Jahren focht Paul Nitze schon ganz andere Schlachten.

Nitze, Bankier und Millionär, entdeckte schon in den vierziger Jahren die „Überlegenheit" der Sowjetunion und ihren allgegenwärtigen bedrohlichen Vormarsch. In der UdSSR wurde als Antwort auf die atomare Erpressungspolitik der USA der erste nukle-

are Sprengsatz gezündet, da bestürmte Nitze mit seinem berüchtigten „NSC-68-Dokument" die Truman-Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, „verdeckt oder offen, gewaltsam oder nicht gewaltsam, die dem Zweck dienen, die Pläne des Kreml zu vereiteln". Welche „Pläne"? Die Sowjetunion besaß 1950 einen winzigen Bruchteil von dem, was die USA an Atomwaffen gehortet hatten. Nitze jedoch ortete eine Serie von „Lücken" in den US-Waffenarsenalen und rief nach erhöhten Rüstungsausgaben.

Die Rüstungsindustrie, voran die Kalifornier, stimmten ein in diesen Ruf und ließen es sich Millionen Dollar kosten, durch Funk und Fernsehen eine verängstigte Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer gesteigerten Rüstung zu „überzeugen". Idiotische Meldungen machten die Runde: Sowjetische Raumschiffe hätten Gewitterfronten über den USA zur Entladung gebracht, sowjetische U-Boote unbekannter Bauweise seien vor USA-Küsten gesichtet worden usw.

Der kalte Krieg schlug in den heißen um. Korea wurde Opfer des nationalistischen Sendungsbewußtseins, denn „hier kämpft das Licht gegen die Finsternis", räsonierte Präsident Eisenhower. 1952 kostete jede Stunde Krieg und Rüstung die USA 7 464 725 Dollar, ein fetter Happen für die Rüstungsindustrie. Indes Reagan in patriotischen Filmen über den Kampf des Lichtes gegen die Finsternis agierte, stieß Nitze die „Warnung" aus: Sollte die Regierung die Rüstung nicht erhöhen, sähe er für das Jahr 1954 schwarz. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Sowjetunion die atomare Kapazität, die USA mit einem Erstschlag auszulöschen. Das Jahr kam und ging, und die Sowjetunion erreichte nicht einmal die atomare strategische Parität.

Nichts hinderte Nitze daran, weiterhin zu orakeln. 1957 gab er im sogenannten Gaither-Bericht bekannt, daß die Sowjetunion 1959 „eine bemerkenswerte Fähigkeit haben werde, interkontinentale Raketen mit Megatonnen-Gefechtsköpfen zu bauen... Die Vereinigten Staaten werden eine solche Fähigkeit wahrscheinlich bis dahin nicht erreichen..."

Die Zeitschrift „Foreign Policy" äußerte dazu: „In den späten fünfziger Jahren bildete Nitze die Vorhut derjenigen, die eine neue Bedrohung der nuklearen Überlegenheit Amerikas entdeckten, die jedoch niemals Realität wurde. Gemeint ist die Möglichkeit einer sogenannten ‚Raketenlücke', von welcher der Gaither-Bericht 1957 sprach. Unter dem förmlichen Titel ‚Abschreckung und Überleben im nuklearen Zeitalter' wurde dieser Bericht eine der einflußreichsten strategischen Abhandlungen der Nachkriegszeit. Insbesondere brachte die Behauptung, die Sowjets könnten das Rennen um die Entwicklung der Interkontinentalraketen gewinnen und gegen Ende des Jahrzehnts einen entscheidenden strategischen Vorsprung erreichen, eine erbitterte Kontroverse in

Gang. Sie stattete Kennedy mit einem wichtigen Thema für seinen Wahlkampf des Jahres 1960 aus. Nitze war ein Spezialberater für das Projekt und hat bedeutenden Einfluß auf die Studie gehabt."

Als die Lüge von der „Raketenlücke" platzte, lagerten die Profite schon in den Schobern, die Raketenindustrie in Kalifornien bilanzierte ein glänzendes Geschäft. Der nukleare Vorsprung der USA erwies sich als erdrückend. Nitze ließ nicht nur Waffenlükken klaffen, sondern nahm der „Washington Post" zufolge schon mit seinem „NSC-68-Bericht" einen „zynischen Standpunkt zu Rüstungskontrollverhandlungen ein. Um die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Aufrüstung zu erlangen, empfahl er, die Führer der USA sollten unentwegt vernünftig klingende Abrüstungsvorschläge unterbreiten, von denen anzunehmen war, daß sie die Sowjets nicht akzeptierten. Und sollten die Russen Flexibilität beweisen, ‚hätten wir sehr genau zu prüfen, ob wir solche Übereinkünfte akzeptieren können'." Nitze hat einschlägige Erfahrungen, „vernünftig klingende Abrüstungsvorschläge" – man denke an die sogenannte Null-Option, die die Sowjetunion im Mittelstrekkenbereich total entwaffnen sollte und den USA alle vorgeschobenen Nuklearsysteme in Europa beließ – zu unterbreiten und die Gespräche zu blockieren.

Das Zusammenspiel der neuen und der alten kalten Krieger im „Ausschuß gegen die vorhandene Gefahr" erwies sich als eine lehrreiche Schule für Reagan. Den emotionsgeladenen Antisowjetismus des Wahlkaliforniers garnierten Männer wie Nitze und Rostow mit pseudowissenschaftlichen Statistiken und Analysen, die das Übermaß der sowjetischen Rüstung belegen sollten. Diesen Schein analytischer Gründlichkeit behielt Reagan auch als Präsident bei und beglückte seine Fernsehzuschauer des öfteren mit einer Serie von Karten, Diagrammen und Statistiken, die wie jedes geduldige Papier das aussagten, was zu beweisen dem Zeichner aufgetragen war.

Die Ausschußmitglieder begriffen sehr genau, daß die Wahl Reagans davon abhing, wie es ihnen gelang, in den Menschen einerseits die Besorgnis über den „Machtgewinn der Sowjetunion" einzupflanzen und sie andererseits davon zu überzeugen, daß die USA ein Anrecht auf militärische Überlegenheit beanspruchen müssen. Dringt beides in die Hirne ein, so würde der absehbare nationalistische Sturm Reagan ins Weiße Haus blasen.

Historiker, Soziologen, Politologen und Herren ähnlicher Fakultäten wurden engagiert, um die Historie zu bemühen und Reagan in die Linie bester Traditionen einzupassen. Die amerikanische Geschichte durchzieht eine unselige Tradition, die, kurz vor dem ersten imperialistischen Krieg der USA gegen Spanien 1898, vom militanten Senator Beveridge dargelegt wurde: „Die Vorsehung

hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Handel der Welt muß und wird unser sein... Auf den Flügeln unserer Wirtschaft wird unsere Lebensweise unserm Handel folgen. Und amerikanisches Gesetz, amerikanische Ordnung, amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge werden sich an Küsten entfalten, die, solange von Verdammnis und Dunkelheit umfangen, hinfort durch die Werkzeuge Gottes schön und hell sein werden."

Kein Präsident seit Theodore Roosevelt, der das Recht auf Krieg und die Pflicht zur Wahrnehmung einer „internationalen Polizeigewalt" verkündet hatte, falls Länder es wagten, dem Dollar und der US-Flagge ihre Grenzen zu verschließen, bezog sich so prononciert auf diese Tradition wie Reagan. Kuba, die Philippinen, Guam und Puerto Rico fegte die „Vorsehung" 1898 hinweg, Grenada wurde 1983 ihr Opfer. Seit 1898 verging kaum ein Jahr, in dem die USA sich nicht in einem Krieg oder kriegsähnlichen Zustand befanden.

„In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt", meinte Reagan. Vorerst jedoch wurde über die „Bedrängnis" der USA Klage erhoben. Immerhin verschwanden „amerikanisches Gesetz, amerikanische Ordnung, amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge" aus Südostasien, aus Gebieten Afrikas, aus Iran, aus Nikaragua. Wo ist unsere Kraft geblieben? fragte Reagan seine Wähler. Warum werden unsere Autos von japanischen und westeuropäischen verdrängt? Inflation, Stahl- und Autokrise, Arbeitslosigkeit, der Ruin der Städte, kurzum alle Gebrechen des krisengeschüttelten Landes wurden auf eine jeder Vernunft hohnsprechende Weise mit außenpolitischen Mißerfolgen verquickt und als „Carter-Krise" gebrandmarkt. Ist der Verlust Vietnams nicht genug? Mußte auch noch Iran verlorengehen? Die Appelle an das „nationale Ehrgefühl" bewegten sich in der sattsam bekannten Traditionslinie des ius ad bellum, des Rechts auf Krieg.

Die rechte Front um Reagan weigerte sich, folgende Realitäten zu akzeptieren: Erstens hatte die Sowjetunion die nukleare Parität erreicht und den globalen Träumen der USA Grenzen gesetzt. Zweitens waren die nationalen Befreiungsbewegungen im Begriff, in Asien, Afrika und Lateinamerika der gnadenlosen Ausplünderung ihrer Länder einen Riegel vorzuschieben. Diese Gegebenheiten mußten die alten Kolonialländer, zuletzt Portugal, anerkennen.

In Europa setzte sich das Wissen durch, daß die „roll back"-Politik gegen die sozialistischen Länder gescheitert war und es keine Alternative zur Entspannungspolitik mehr gab. Auch in den USA erhoben sich Stimmen, selbst in der Carter-Regierung, die sowohl dem nuklearen Gleichstand als auch den Veränderungen in der dritten Welt Rechnung trugen. Sie sprachen ihre Überzeu-

gung aus, daß den USA die Entspannungs- und Rüstungsbegrenzungspolitik zuträglicher sei, sie würde das Land ökonomisch und politisch entlasten und eine militärische Konfrontation unmöglich machen. Der Abrüstungsspezialist Warnke und der Außenminister Vance standen für diese Meinung, obgleich ihre Aussagen mitunter verschwommen und undeutlich ausfielen, da sie, im Antisowjetismus befangen, am Grundsatz der militärischen Stärke nicht rüttelten.

Die Ansicht der Carter-Regierung, daß ihr Land mit der militärischen Parität leben könnte, schloß jedoch keinesfalls ein, daß man die Sowjetunion auch als gleichberechtigten politischen Partner anerkannte. Überhaupt waren die Jahre der Carter-Administration gekennzeichnet durch eine unausgewogene und widersprüchliche Politik. Die Ernennung des Rechtsaußen Zbigniew Brzezinski zum Chef des Nationalen Sicherheitsrates, in ein dominierendes Amt im Weißen Haus, stand im krassen Gegensatz zum Wirken solcher Männer wie Vance und Warnke. Mühten sich die letzten um die SALT-II-Vereinbarung, tat Brzezinski alles, um mit der Sowjetunion auf Konfrontation zu gehen.

Die „Menschenrechts"kampagne brachte die USA in die Position, sich gefallen lassen zu müssen, die eigene Innen- und Außenpolitik an den menschheitsbeglückenden Worten Carters messen zu lassen. Dabei schnitten die Vereinigten Staaten nicht gut ab. Carter stand unter Druck der neuen Rechten, deren Sprecher im Kongreß ganze Arbeit leisteten und in sogenannten Anhörungen SALT II demontierten. Carters letztes Regierungsjahr kann nur noch als politischer Amoklauf bezeichnet werden. Mit der Präsidenten-Direktive 59 (PD-59) und auch durch die Bewilligung einiger spektakulärer Rüstungsprogramme glaubte er, den rechten Block noch zu vereinnahmen.

Die PD-59 erregte weltweites Aufsehen. Sie umriß die Idee eines „begrenzten" Kernwaffenkrieges und die Möglichkeit des Erstschlages. Fachleute erkannten, daß diese Direktive wahrscheinlich schon einige Zeit im Schreibtisch geschlummert hatte, denn die Strategie der selektiven Atomschläge gegen gegnerische militärische Einrichtungen schloß das Vorhandensein zielgenauer Raketen ein, die allerdings schon seit einiger Zeit zur Verfügung standen.

Carters Flucht in die Rüstungspolitik, seine unbedachten heftigen Reaktionen auf die sowjetische Hilfeleistung in Afghanistan, der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau, das Getreideembargo, die Verkündung der Doktrin, im Persischen Golf „unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht" die „Interessen" der USA zu ertrotzen – all das machte ihn zu einem schlechten Alternativkandidaten gegenüber Reagan. Die potentiellen Nicht-Reagan-Wähler waren vor den Kopf

geschlagen. Carters Aussage, daß „die Vereinigten Staaten die stärkste aller Nationen bleiben" werden, zeigte an, daß die Regierung den Gedanken an eine nukleare Parität fallengelassen hatte. Außenminister Vance war schon im April 1980 wegen des Kommandounternehmens in Iran zurückgetreten, die Liberalen verließen ihre Regierung zuhauf.

Carters Reaktionen auf Iran galten als Beweis, daß maßgebende Kreise in den USA sich nicht daran gewöhnen wollten, im Vordringen der nationalen Befreiungsbewegungen eine veränderte ökonomische und politische Geschäftsgrundlage zu sehen. Durch ein Jahrhundert lang gewöhnt, in Piratenmanier die Flagge an fremden Ufern zu hissen und den Monopolen den Boden für profitable Geschäfte zu bereiten, mußte man nun umdenken lernen. Das fiel schwer, und so kolportierten die Politiker die völlig irrige Ansicht, daß die Befreiungsbewegungen der verlängerte Arm des Kreml seien. Auch die Carter-Regierung trennte sich von dieser Version nicht. Die gesetzmäßige Bündnispartnerschaft zwischen den befreiten und den um ihre Freiheit ringenden Ländern und der Sowjetunion wurde als Ausweitung „sowjetischer Machtinteressen" dargestellt. Die von Afghanistan erbetene militärische Hilfe gegen den inneren und äußeren Gegner mußte als Beispiel für „sowjetische Expansion" herhalten. Für die Reaktion stand nun außer Frage, daß es nicht mehr nur darum ging, die Sowjetunion aus dem internationalen Geschehen herauszudrängen, sondern auch darum, die strategische Parität aufzugeben und sie zugunsten der USA zu verändern.

Obgleich Demoskopen 1979 herausfanden, daß der überwiegende Teil der amerikanischen Bevölkerung an der Entspannungspolitik festzuhalten wünschte, zeigte sich dennoch die Einflußnahme rechter Ton- und Bildmedien. Auf die demagogische Zusatzfrage, ob an der Entspannung festgehalten werden solle, auch wenn die Sowjetunion von ihr mehr profitiere als die USA, parierte die manipulierte Main Street prompt: Wenn Vormacht nur durch Waffen zu erreichen sei, so müsse man eben rüsten. Die neue Rechte hatte die Weichen gestellt, und sie war an keinem Kompromiß mit einem Präsidenten der Demokraten interessiert. Sie wollte keine Beteiligung, sondern die ganze Macht. Ronald Reagan gewann den Kampf, weil Carter ihn schon längst verloren hatte.

Der rechte Glaube

Westliche Medien sprechen gewöhnlich von einer „neokonservativen Renaissance", wenn sie das ideologische Stimmungsbarometer in den USA ablesen. Auf einer Woge rechten Glaubens ist Reagan ins Weiße Haus gesegelt, sagen sie. In dieser Vereinfachung stimmen diese Aussagen nicht, werden sogar zur Zwecklüge. Nichts ist unrichtiger als die Verkündung, die US-Administration regiere dank eines umfassenden Volksentscheids. Allein schon der Tatbestand, daß 73,3 Prozent der Amerikaner Reagan 1980 nicht gewählt haben, spricht gegen diese These. Den Urnengang traten 52,3 Prozent der Wahlberechtigten an, etwas über die Hälfte stimmte für Reagan. Somit war er Präsident eines Viertels der amerikanischen Bevölkerung. 1984 sah es nicht viel anders aus.

Die neue Rechte hat tatsächlich das Wahlgeschehen entscheidend mitbestimmt, doch anders als oft dargestellt. Sie agierte keineswegs im luftleeren Raum, sie stülpte nicht das Unterste zuoberst und war auch nicht der Schöpfer einer neuen Philosophie, die sich sozusagen über Nacht als geistiger Smog über die Menschen legte.

Konservatismus gibt es in den USA, seit das Land besteht. Nehmen wir das Wort in seiner eigentlichen Bedeutung, so heißt es nichts weiter als Festhalten am Hergebrachten. In diesem Sinne ist die Main Street der Hort konservativen Denkens. Hier herrschte die volkstümliche Ansicht vor, daß die Vereinigten Staaten ihren wahren Geist aus dem Kampf der „kleinen Leute" gegen „die da oben" gezogen haben. Über „die da oben" bestand eine nebulöse Vorstellung, zumindest war sie undeutlicher als die Gegnerschaft gegen alles, was nach Gottlosigkeit, Arbeiterschaft und Linke roch. In völliger Verkennung der tatsächlichen Zusammenhänge galten „die da oben" als Triebkräfte ewiger Erneuerungen und aggressiver Eingriffe am Hergebrachten, als Sündenbabel amoralischen Denkens und modischer Umwälzungen, die das Gemüt braver Hausfrauen und Jugendlicher gefährdeten. Was diesen bigotten Leuten als „Revolution" erschien, war eine gesetzmäßige und für viele schmerzhafte gesellschaftliche Veränderung.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bot sich in den USA folgendes Schauspiel: Die Masse der kleinen Unternehmer, des Mittelstandes, der durch Krisen deklassierten Bourgeoisie und des

Lumpenproletariats glaubte, daß das Big Business in New York das Land unter sich längst aufgeteilt und vor die Reichtümer ihre Namenssiegel gehängt hatte. Diese Vorstellung trog nicht. Der Zorn gegen die Rockefeller, Du Pont, Morgan und andere Ostküstengiganten war aber keineswegs ein antikapitalistischer Reflex, sondern eher das Gegenteil. Man neidete diesen Männern den unvorstellbaren Reichtum, weil man meinte, er sei gegen alle Spielregeln amerikanischen Zusammenlebens zusammengeramscht. Wohin sich der „kleine Mann" auch wandte auf der Suche nach *seinem* Land und *seinem* Glück, standen Verbotsschilder. Die Eroberung des Westens war abgeschlossen, man betrat nun stets besetzten Boden. Der Imperialismus verdrängte den Kapitalismus alter Prägung und hinterließ auf seinem Siegeszug Verwirrung, Zorn und Gejammer über den Verlust „alter amerikanischer Werte". Die genannten Imperien vereinnahmten den „kleinen Mann" und ließen ihm nicht viele Möglichkeiten, das erträumte Glück zu erhaschen. Entweder nutzte er die Ellenbogen und zerstörte, was ihm bisher teuer war – Nachbarschaft und die Solidarität der Gleichgesinnten –, um seinen Weg zum Reichtum freizuboxen, oder er fand sich hinter einer Maschine wieder, in einer Riesenhalle, wo ihm Fremde befahlen, Dinge zu produzieren, die nicht die seinen waren und deren Mehrung ihn nicht reicher, sondern zumeist ärmer machte.

In die Welt der Main Street drang eine Gewalt ein, die alles durcheinanderwirbelte. Die geruhsamen Geschäfte gerieten in Unordnung, neue Marktgesetze, diktierte Monopolpreise und die konkurrenzlose Massenproduktion der Monopole erzeugten Ruin, Bankrotte und Arbeitslosigkeit. Die Mittelschicht wollte nicht proletarisiert werden, sie setzte sich zur Wehr und drängte auf Gesetze, die den Trusts und Monopolen die Expansion verbot. Eine rückwärtsgewandte, dem „Pioniergeist" verpflichtete middle class stemmte sich gegen die „großen Familien". Ein hoffnungsloser Kampf.

Der Main Street mangelte es stets an politischem Scharfblick und ökonomischer Durchsicht, und so war es nicht verwunderlich, daß die neuen Reichen des Südens und Westens – die Bank of America steht für sie – dieses konservative Potential für sich nutzten. Sie lenkten den Unmut weg vom „Big Business" und wiesen auf einen angeblich neuen Gegner: „Big Government", die Zentralregierung in Washington. Nur ihr, ihrer Steuerpolitik und den teuren Sozialprogrammen sei es geschuldet, daß die middle class der Verelendung anheimfiel. Mit dieser geschickt gesteuerten Propaganda ließen die rechten Ideologen die eigentlichen Widersprüche verschwinden und hetzten den neuen Bündnispartner gegen das Regime der Ostküste, dem angeblich die traditionellen amerikanischen Werte nichts bedeuteten. Ein Ringen der neuen

Machtelite aus dem „Sonnengürtel" gegen die alteingesessene setzte ein. Eine antiintellektuelle, irrationale, nationalistische Ideologie wurde genutzt, um auf demagogischen Stimmenfang zu gehen.

Noch nie gab es in den USA eine so gut organisierte und finanzierte neue Rechte wie in den Wahlkämpfen 1980 und 1984. Reagan ist ihr Sprecher, und man kann nicht sagen, daß er sein Regierungsprogramm hinter sanften Worten versteckt hielt. Er sagte zwar nicht alles, doch über die schimmernde Wehr, die Amerika wieder stolz und einzigartig werden ließe, sprach er ausführlich. Manches ließ er im Zwielicht stehen, so die Frage, woher das Geld für die immense Rüstung genommen werden sollte, denn 1980 ging es darum, die potentiellen Wähler der Demokraten – benachteiligte ethnische Minderheiten, Gewerkschafter, Arbeiter und die Armen – zu sich herüberzuziehen. Er schockte die Menschen mit der „Carter-Depression". Dieser bombastische Schwulst zeigte Wirkung. Ein Fernfahrer aus New Hampshire, Mitglied der Demokratischen Partei, drückte die Meinung vieler aus: „Er ist der einzige Kandidat für uns Arbeiter. Er wird was aus unseren Steuern machen." Spätestens nach vier Jahren wurde deutlich, daß ein großer Teil dieser Wähler ihn nicht mehr unterstützte.

Nachdenkliche fragten sich schon 1980 beklommen, wie dieser Zauberakt eigentlich vonstatten gehen sollte: höhere Rüstung und Steuersenkung, Abbau der Staatsverschuldung – das alles bei Erhalt wesentlicher Sozialleistungen. Diese Frage fand eine schnelle Antwort. Das Rüstungsbudget durchstieß die Schallmauer, die Staatsverschuldung erreichte ungekannte Höhen, das Außenhandelsdefizit ließ Alarmglocken schellen, die Steuersenkung kam den Reichen zugute, und das angebliche Kappen der „Wucherungen" im Sozialnetz erwies sich als ein sozialer Kahlschlag. In drei Jahren erlitten die schlechtverdienenden Familien insgesamt einen Einkommensverlust von 19 Milliarden Dollar, 35 Millionen Amerikaner leben unter der Armutsgrenze, die Großverdiener aber gewannen 35 Milliarden Dollar hinzu.

Wie war es bei dieser niederschmetternden Bilanz möglich, daß Reagan die Wahl zum zweitenmal für sich entschied? Ein Grund mag darin liegen, daß die Wirtschaft in einigen Bereichen prosperierte und einen Teil der Arbeitslosen von den Straßen holte. Die Steuersenkung kam zwar den Monopolen in erheblichen Maßen zugute, doch auch die Mittelschichten profitierten von ihr wie auch vom konjunkturellen Aufschwung. Das allein erklärt den Wahlsieg noch nicht. Ein Präsident wird nicht gewählt, er wird gemacht; die Wahl ist nur noch ein formeller Akt. So war es immer, auch bei diesem Kandidaten der Rüstungsmonopole. Doch nie zuvor wirkten in so großer Zahl so maßgebliche Produ-

Auf dem Weg nach rechts im Kampf gegen die „Welt des Bösen" begleiteten den Präsidenten Gottesmänner des Bauernverbrechers Jerry Falwell mit seiner „Moral Majority".

zenten, Regisseure, Darsteller und Statisten an einer Inszenierung mit. Ein Akteur der neuen Rechten, das „Komitee gegen die vorhandene Gefahr", agierte „ganz oben", sozusagen vor erlesenem Publikum. Im Rat der Götter sprach man emotionsarm, die Eliten bedurften keines Unterrichts im Antisowjetismus. Einstmals pragmatisch orientierte Politiker und Beamte erkannten den Rechtstrend frühzeitig und vollzogen ihn ebenfalls, weil sie einerseits nicht gegen den Strom schwimmen wollten, andererseits rochen sie förmlich das große Geld, das hinter der neuen Rechten stand. Den liberalen Standpunkt zu verlassen, schien ihnen nicht mehr allzu schwer, denn das Verharren auf diesem gefährdete ihr politisches und wirtschaftliches Fortkommen. So wirkten sie mit, die Entspannung und die SALT-Verhandlungen zu Fall zu bringen. Hohe Militärs, Wirtschaftsbosse und Politiker aus beiden Kammern des Kongresses traten dem politischen Demontagetrupp bei, einige im letzten Augenblick, als sie merkten, wie nachdrücklich Carters Präsidentenstuhl krachte.

Springt man aus dieser Höhe des Olymps, wo die Leitlinien der Politik skizziert und festgelegt werden, in die Niederungen der neuen Rechten, so landet man unweigerlich im Morast der Moral Majority (Moralische Mehrheit). Diese rechte Randgruppe, 1979 vom Baptistenpastor Jerry Fallwell gegründet, erwählte den lieben Gott höchstpersönlich zum Wahlmanager Reagans. Der Prophet Fallwell tritt seit Jahren in seiner „Old Time Gospel Hour"-Show vor 25 Millionen Fernsehzuschauern auf und bemüht den Himmel und seine Heerscharen: „In den letzten Monaten hat Gott mich aufgerufen, mehr zu tun als nur zu predigen. Er hat mich aufgerufen zu handeln. Ich habe einen göttlichen Auftrag, mich bis in die Hallen des Kongresses zu begeben, um für jene Gesetze zu kämpfen, die Amerika retten werden." Das teilte Fallwell der ergriffenen Zuhörerschaft kurz vor der Wiederwahl Reagans mit.

Welche „Gesetze" sollten Amerika retten, die nicht schon der Busenfreund Reagan in die Tat umgesetzt hatte? Lief die Rüstung zur Ehre und zum Ruhm Amerikas nicht auf vollen Touren? Sind nicht Religion und die Main-Street-Familie wieder zementierte Werte? Preist Reagan nicht Gott in jeder Rede? Was soll noch geschehen?

Fallwell will das Schulgebet und das Abtreibungsverbot, er will, wenn schon Darwins Evolutionstheorie im Schulprogramm steht, auch die Schöpfungsgeschichte gleichberechtigt unter das Volk bringen, er will den Prozeß der Entliberalisierung unumkehrbar machen, er will die „weltlich-humanistischen", „atheistischen" und „hedonistischen" Einflüsse ein für allemal zertreten.

Das Jahr 1985 war noch keine zwanzig Minuten alt, als eine Explosion die Mauern einer Klinik in der Pennsylvania Avenue in

Washington zerriß. Die Klinik nimmt legale Abtreibungen vor. Der Bürgermeister Marion Barry brandmarkte zornig eine Organisation, die sich Armee Gottes nennt und ihre Ideologie aus Fallwells Tiraden zieht. Seit 1982 sind auf 29 derartige Kliniken Anschläge verübt worden. Fallwells Anhänger wollen durch Terror das Verbot der Abtreibung durchsetzen.

Fundamentalistische Sekten – das heißt jene, die die Bibel als alleinigen Maßstab für Glauben und Handeln sehen – und Religionsgemeinschaften haben in den USA eine alte Tradition. Ihre Mitglieder sind zumeist die Nachfahren derer, die einst dem intoleranten Europa den Rücken gekehrt, ohne selbst die Toleranz erlernt zu haben. Die letzten Hexenverbrennungen fanden unter ihrer Ägide statt. Doch nie zuvor preschten sie so aggressiv in den Vordergrund wie im Wahlkampf 1980 und 1984. Ihr Wirken bietet den Beweis für den Zusammenhang zwischen der Militarisierung eines ganzen Landes und dem zunehmenden Irrationalismus.

Einige Wahlmanager und Berater Reagans zeigten 1980 vorerst Bedenken, religiösen Eiferern einen so großen Einfluß einzuräumen. Sie fürchteten den Spott großer Wählermassen und meinten, man solle die Kirche im Dorf lassen, doch mußten sie erfahren, daß der wahnhafte Irrationalismus zur Zeugung eines nationalistischen Rausches geradezu unabdingbar war. Schließlich fanden sie sich nicht nur mit Fallwells erbärmlichen Predigten ab, sondern stimmten in diese, wenn auch naserümpfend, ein, denn das personelle Aufgebot der Moral Majority im Wahlkampf war überwältigend. Zudem liegt Reagan selbst auf dieser Welle, wie sein rigoroses Eintreten für das Schulgebet und gegen die Abtreibung beweist. Mit dem Auftreten für das obligatorische Schulgebet stand er auf einem gefährlichen Pflaster, denn die Verfassung von 1778 schreibt eine strikte Trennung von Staat und Kirche vor.

Doch damit nicht genug. Reagan wagte sich auf theologisches Eis, wo er nach Ansicht einiger seiner Freunde einzubrechen drohte. „Ich gehe immer wieder auf die alten Propheten im Alten Testament und auf die Vorzeichen zurück, die Hermagedon ankündigen. Ich ertappe mich bei der Frage, ob wir die Generation sind, auf die das zukommt."

Um das Ungeheuerliche dieser Plauderei zu verstehen, muß man wissen, was es mit Hermagedon auf sich hat. Das ist jener Ort, den laut Offenbarung Johanni der wiedergekehrte Christus mit dem Heer der Gerechten betritt, um den Kräften des Bösen den Garaus zu machen. Der Teufel wird besiegt, und das Tausendjährige Reich erblüht. Doch dann gelingt es dem Teufel, dem Gewahrsam zu entkommen, er stellt sich der letzten Schlacht und wird für alle Zeiten vernichtet. Himmel und Erde sind eins.

Während das Böse dem Präsidenten Theodore Roosevelt, der

keine Zweifel hegte, Hermagedon werde in den USA liegen, noch recht undeutlich vor Augen stand – er war immer der jeweilige Kriegsgegner der USA –, so wurde seit 1917 das Böse genau lokalisiert: Sowjetrußland.

Hier erwuchs ein Gegner, der einen großen Schritt in die Zukunft wagte, und das, obwohl Amerika längst davon überzeugt war, auserwählt zu sein, dem Rest der Welt in eine wie auch immer geartete Zukunft zu verhelfen.

Dieser Messianismus, gepaart mit modernsten Waffen, ist gefährlich. Nach einem Gespräch unter vier Augen mit Fallwell verkündete Reagan: „Ich denke häufig, daß wir uns rasend schnell auf das Jüngste Gericht zubewegen." Und das Schwert der Gerechten soll die Atomwaffe sein.

Republikaner aus Reagans Umgebung rangen die Hände und betrachteten skeptisch den Einfluß der Fundamentalisten, denn es kam, wie es kommen mußte: Die verstörten Christen in den USA wandten sich an ihre Hirten und baten um Antwort, ob der Präsidentenfinger am berühmten roten Knopf von der „Vorsehung" gelenkt werde. Hunderte Theologen aller Glaubensbekenntnisse protestierten energisch dagegen, die USA zum göttlichen Richtschwert über das Böse zu erheben. Nichts in der Bibel deute darauf hin, daß das Jüngste Gericht bevorstehe. „Aber natürlich", fügte ein Geistlicher aus New York hinzu, „kann jeder glauben, was er will."

Reagans Antwort kam ungebrochen: „Zwischen den Einbanddeckeln dieses einen Buches (der Bibel) liegen die Antworten auf alle Fragen, mit denen wir heute konfrontiert sind."

Auf einer Tagung von fundamentalistischen Geistlichen, die sich im März 1983 in Floridas „Disneywelt" versammelten, erklärte der Präsident, daß nicht Rüstung und Abrüstung des Thema unserer Tage sei, sondern der Krieg „zwischen Recht und Unrecht", die Abwehr der „aggressiven Impulse eines Reiches des Bösen". Er fuhr fort: „Laßt uns für jene beten, die in dieser totalitären Dunkelheit leben, auf daß sie die Freude entdecken, Gott zu kennen." Solange sie nicht bekehrt sind, bleiben sie im „Brennpunkt des Übels in der modernen Welt". Dann erzählte der Präsident von einem Vater, der seine süßen kleinen Töchter lieber im Glauben an Gott sofort sterben lassen würde, als sie dem kommunistischen Unglauben auszusetzen. Nachdem das Lied „Vorwärts, christliche Soldaten" verklungen war, schob Reagan noch schnell die Ermahnung hinterher, das Einfrieren der nuklearen Rüstung nicht zuzulassen, und verabschiedete so die gestärkten Mannen.

„Das war wohl die schlimmste Präsidentenrede der amerikanischen Geschichte", befand Professor Henry S. Commager, Nestor der US-Historiker. Einige aufgeregte Berater des Präsidenten

fragten bei Demoskopen an und beruhigten sich erst, als ihnen versichert wurde, daß Reagans Rede zwar auf ein sehr geteiltes Publikum stieß, doch bei vielen auf das Verständnis, daß auch ein Präsident hin und wieder Blödsinn verzapfen würde.

Der Einfluß der Moral Majority auf die Wählerschaft zeigte sich als verheerend. Der US-Bundesstaat Arkansas wollte beispielsweise per Dekret Ende 1981 an allen öffentlichen Schulen das Fach „Schöpfungswissenschaft" einführen. Die göttliche Schöpfungsgeschichte als Wissenschaft! Da grauste es nicht nur ehrenwerten Theologen, auch dem Bundesrichter William Ray Overton schien es eine haarige Sache zu sein. Ein neuer „Affenprozeß von Tennessee" von 1925 hätte das Land um den letzten Ruf gebracht, der ihm nach den widerwärtigen Rassenkrawallen in den sechziger Jahren noch verblieben war.

In der Stadt Dayton, Tennessee, wurde eines schönen Julitages 1925 der Lehrer Scopes abgeführt und arretiert. Er hatte an der Schule die Darwinsche Evolutionstheorie gelehrt. Der namhafte Fundamentalist Bryan übernahm die Anklage, die darin gipfelte, das Geschöpf Gottes, der Mensch, werde verunglimpft, wenn man seinen Stammbaum vom Affen herleite. Der ebenso namhafte Anwalt Darrow übernahm die Verteidigung und machte die fundamentalistischen Bibeltreuen zum Gespött des Landes und der Welt.

Richter Overton beraumte 1982 in Little Rock einen Prozeß an. Er wollte retten, was zu retten war. Die Bürgerrechtsvereinigung American Civil Liberties Union, die die gefährdeten demokratischen und Menschenrechte verteidigt, stellte den Juristen Anthony Siano, der dem „Schöpfungswissenschaftler" Professor Norman Geisler aus Dallas auf den Zahn fühlte.

Siano: „Glauben Sie an den Teufel?"

Geisler: „Ja."

Siano: „Glauben Sie an fliegende Untertassen?"

Geisler: „Ja."

Siano: „Was haben die mit Ihrer Religion zu tun?"

Geisler: „Fliegende Untertassen sind Boten des Teufels, um die Welt zu verwirren."

Der Jurist verzichtete auf weitere Fragen.

Das fruchtete nichts. Viele Zeitgenossen in Gottes eignem Land schienen das Gespür für eine lächerliche Situation verloren zu haben. In zwanzig Bundesstaaten wollten religiöse Fanatiker durchsetzen, daß neben der Entwicklungslehre auch die Erschaffung der Welt gelehrt wird, wie sie im 1. Buch Mose geschrieben steht. „Wenn wir nicht für die Schöpfung und gegen die Entwicklung (gemäß Darwin – H. B.) auf die Barrikaden gehen, wird es hier bald wie in Rußland sein: nur noch Heidentum", erklärte ein Bürger von Little Rock namens Jim Defir.

„Bei den Angriffen auf die Entwicklungslehre von Charles Darwin war Ronald Reagan gar eine Art Anstifter. Denn 1980 bekannte er als Präsidentschaftskandidat auf einem Kongreß der religiösen Fundamentalisten vor der sogenannten Moralischen Mehrheit, daß er seine Zweifel habe an der Evolutionstheorie", schrieb das BRD-Magazin „Spiegel" Anfang 1982. Als Journalisten und Karikaturisten Reagan dem Gespött preisgaben, geschah das Erstaunlichste: Von den Eiferern längst gegen den „Liberalismus" aufgebracht und gegen seine Presseorgane, gewann Reagan in den bibelfesten Distrikten erheblich an Stimmen hinzu. Die Moral Majority ließ grüßen.

In einem Schulbezirk in Iowa bezog man sich ausdrücklich auf Reagans Aussagen über die Schöpfung, als man neuen Biologielehrern eröffnete: „Sie haben das Recht, die Evolutionstheorie zu lehren, aber nicht hier – wenn Ihnen Ihr Job lieb ist." Angesichts dieses Trends meinte das „Wall Street Journal", ein Blatt mit höchst diesseitigen Interessen, man sei „versucht, die Partei der Fundamentalisten zu ergreifen", denn der „Niedergang der moralischen Ordnung" sei deprimierend. Der Geist der Main Street legte sich über die Wall Street.

Eine „konservative Renaissance"?

Gottvertrauen und die Stimmen der Bibeltreuen füllten die Wahlurnen nicht allein. Kleinere und größere Dollarquellen vereinten sich zu einem Strom, der auf seinem Wege so manchen mitschwemmte und liberale Gegner in die Tiefe riß.

Es gehört zu den Seltsamkeiten des amerikanischen Wahlkampfes, daß einerseits die privaten Spenden für den jeweiligen Kandidaten offengelegt werden und 1000 Dollar nicht überschreiten dürfen, andererseits Hunderte von Komitees, Instituten, Vereinigungen und Gruppen sich bilden, die auf recht dubiose Art das Geld für ihren Mann zusammentreiben. Ein Blick in die offizielle Spendenliste für Ronald Reagan ist beeindruckend; sie liest sich wie ein „Who is Who" der amerikanischen Magnatenwelt. Neben den Namen, die für die texanisch-kalifornische Öl-, Rüstungs- und Computerbranche, für die Film- und Medienwelt stehen, entdeckt man so traditionsreiche Insignien wie die von David Rockefeller für die Chase Manhattan Bank, Boris S. Berkovitch für den Morgan Guaranty Trust und anderen Vertretern der Ostküsten-Prominenz.

Schoß die Riege aus dem „Sonnengürtel" nur mit Platzpatronen, als sie auf das sogenannte Establishment anlegte, das bisher die Präsidenten stellte? Ja und nein. Die Kalifornier wollten die Macht, die Führung, doch keineswegs zum Preis eines dauerhaften Clinchs mit namhaften imperialistischen Unternehmen; im Gegenteil, von einer Umarmung versprach man sich, den Liberalen die geldspendenden Hände zu entziehen. Reagans monopolfreundliche Steuerpolitik überzeugte auch sie. Bei der Chase Manhattan rannte man ohnehin offene Türen ein, denn sie finanzierte – gemeinsam mit Mobil Oil, Mellon Bank, Fluor Corp., Sun Oil, Gulf Oil, Reader's Digest u. a. – schon seit Jahren die wohl einflußreichste Gruppe innerhalb der neuen Rechten: die Heritage Foundation. Diese fühlt sich nicht nur als „Denktank" und Ideenschöpfer, sondern auch als wachsame Bulldogge vor den Türen der Staatsmacht, damit nicht ein Gedanke eindringt, der die Regierung vom rechten Wege abbringt. In dieser Hinsicht stellte sich die Heritage Foundation fest an die Seite des Komitees gegen die vorhandene Gefahr. Nicht genug, daß über zwanzig Mitglieder der letztgenannten Gruppe in die Regierung eingesickert sind, sie betonen auch, „es sei äußerst wichtig, das Komitee zu erhalten, und zwar um die Regierung zu unterstützen,

wenn sie Unterstützung für die Aufrüstungspolitik braucht, ihr beizustehen, bereit zu sein, sie zu kritisieren, wenn sie auf die Nase fällt". Das sagte Eugene Rostow und fügte hinzu, daß sie „für eine gebührende Befestigung der Barrikaden sorgen".

Die Heritage Foundation wurde 1973 von den Rechtsaußen Joseph Coors und Paul Weydrich mit Hilfe der Familie Scaife (Gulf Oil) gegründet. In diesen Jahren galt das Häuflein selbst in der Republikanischen Partei als eine unbedeutende Extremistengruppe. Als das Komitee gegen die vorhandene Gefahr sich anschickte, in den oberen Machtetagen Stimmung gegen die SALT-Verhandlungen zu machen, robbte sich die Heritage Foundation an die Startlöcher. Die Veröffentlichung ihres Programms „Mandat für die Führung: politisches Management in einer konservativen Regierung" trug dem Kandidaten Reagan einige Ratschläge an, wie am besten zu regieren sei. Reagan-Berater Edwin Meese zeigte sich sehr beeindruckt von diesem Elaborat und verhalf mit Hilfe seines Chefs dieser Clique zum Ruf staatserhaltender Wohlanständigkeit.

Dem Rat, „dem unamerikanischen Charakter eines großen Teils der sogenannten Opposition Beachtung zu schenken", kam Reagan ohnehin und nur allzugern nach. Denn als „unamerikanisch" empfand auch er die Gewerkschaften, weil sie „die freien Kräfte des Marktes" blockierten, die Rüstungsängste vieler Menschen, die als „nützliche Idioten des Kreml" auf die Straße gingen, die organisierten Bürgerrechtsbewegungen und Friedensgruppen. Wenn man gegen diese erfolgreich vorgehen wolle, müsse man endlich die Beschränkungen der Nachrichten- und Geheimdienste aufheben, die infolge des Vietnam- und Watergate-Traumas entstanden waren. Auch in dieser Angelegenheit widersprach Reagan nicht.

Heute spielt die Heritage Foundation eine herausragende Rolle in der Standortbestimmung und Gestaltung der Republikanischen Partei. Anfang 1985 meldete sie sich und mehrere „Denkfabriken" der neuen Rechten wie das Hudson Institute, das Hoover Institute, das Brooking Institute und das American Enterprise Institute wiederum zu Wort. Sie erschreckte der massive Druck der Weltöffentlichkeit, der die Reagan-Administration zu einlenkenden Manövern zwang und dem schließlich das Treffen in Genf zwischen Andrej Gromyko und George Shultz zu danken war.

Unter der Federführung von Edwin J. Feulner, dem Präsidenten der Heritage Foundation, wurden außenpolitische Empfehlungen zu Papier gebracht. Als „Eckpfeiler unserer außenpolitischen Bemühungen" wurde folgendes notiert: Es gilt als „eine philosophische Verpflichtung, eine Führungsrolle in der Welt zu spielen", auch bei „Schwierigkeiten, die diese Führungsrolle mit sich bringt."

Der Präsident solle die strategische Dominanz der USA niemals aus den Augen verlieren und sich nicht dem Druck beugen, auf eine strategische Parität mit weniger Waffen einzugehen, oder gar dem „Krieg der Sterne" abzuschwören. Die Stärkung des Verteidigungsministeriums, der CIA, der psychologischen Kriegführung durch die Medien wurde angeregt. Es ist ein arges Dokument, das Befürchtungen weckt, sollte es komplett in die offizielle Politik Eingang finden.

Gegenwärtig bezieht die Heritage Foundation aus 122 000 Quellen ihre Spenden, sie beschäftigt 90 hauptamtliche Professoren, 450 Forschungsgruppen, 600 wissenschaftliche Experten und gestaltet 600 Fernseh- und Rundfunkprogramme. Eine beachtliche Hausmacht zur Stimulierung einer „konservativen Renaissance", wenn man die Allmacht des amerikanischen Fernsehens kennt.

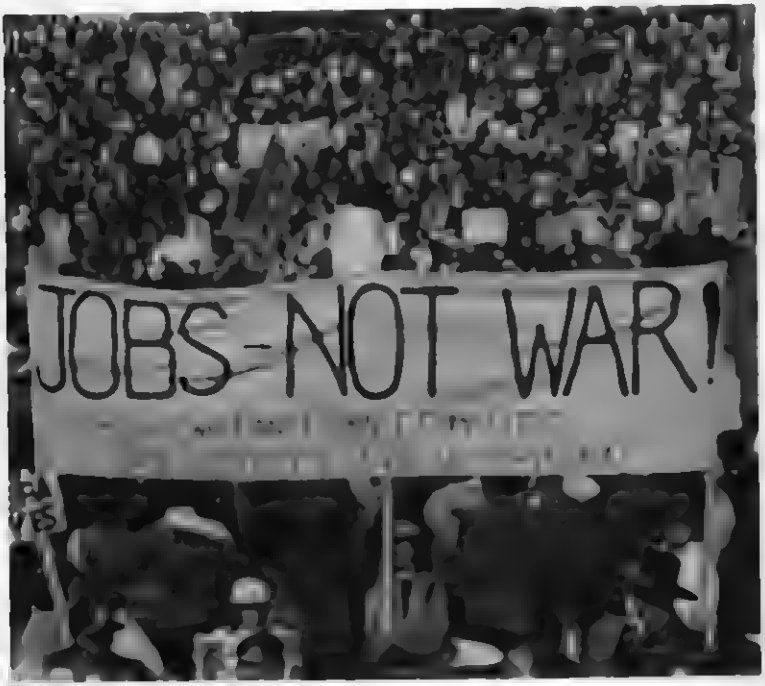
An dem Flechtwerk der neuen Rechten, das über das ganze Land gezogen ist, wirken große und kleine Spinnen. Eine besonders unappetitliche ist das American Enterprise Institute. Es betreibt die größte, modernste und wirksamste Public-Relation-Kampagne, und sein Etat ist traumhaft. Hans van Ooyen, Herausgeber des „Reagan-Report" (Weltkreis Verlag Dortmund), umreißt den Wirkungsbereich einiger dieser Organisationen: „Mit der ‚Heritage Foundation' als ideologisch-konzeptioneller Denkfabrik, dem ‚Committee for the Survival of Free Congress' als Organisationszentrale und der ‚Viguerie Company' als Finanzierungsorganisation waren Ende 1974 die wichtigsten Gruppen der ‚neuen Rechten' aufgebaut, im März 1975 kamen das ‚National Political Action Committee' und der ‚Conservative Caucus' hinzu.

Das von Paul Weydrich geleitete ‚Committee for the Survival of Free Congress' (Komitee für das Überleben eines freien Kongresses) betrachtet es als wesentliche Aufgabe, rechtsstehenden Kandidaten in ihrem Wahlkampf mit Beratung und Geldmitteln zur Seite zu stehen. Um bei den Wahlkämpfen um Kongreß- und Senatssitze liberale Kandidaten aus dem Rennen zu schlagen und rechtsgerichteten Bewerbern Mandate zu verschaffen, organisiert das in sechs Regionalbüros untergliederte Komitee die Ausbildung von Wahlhelfern, schult reaktionäre Bewerber in Rhetorik und propagandawirksamem Auftreten mit Hilfe der ‚Building for Victory'-Seminare, übernimmt die Organisation der Werbekampagnen und unterhält unter dem Namen ‚Fund to Defeat the Big Labour Bosses' (Fonds zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbosse) einen Sonderfonds, mit dessen Mitteln der Wahlsieg gewerkschaftlich orientierter Kandidaten verhindert werden soll.

Unter der Leitung des ehemaligen Nixon-Mitarbeiters Howard Philipps steht der ‚Conservative Caucus' (Konservativer Ausschuß), ein vor allem an der Basis wirkender Organisationsapparat, der nicht nur Kandidaten für die Regionalwahlen aufbaut,

Millionen Amerikaner, die 1982 auf die Straßen gingen, um gegen Reagans Politik der Hochrüstung und der sozialen Demontage zu protestieren, wurden von ihrem Präsidenten kurzerhand als Erfüllungsgehilfen Moskaus verketzert.

SOLIDARITY DAY


JOBS-NOT WAR!

sondern auch Trainingsprogramme für die Wahlhelfer der Kandidaten ausgearbeitet hat. Der ‚Conservative Caucus' ist eine weitverzweigte Organisation mit etwa 250 lokalen Komitees in Kongreß-Wahlbezirken und etwa 40 Untergliederungen in US-Bundesstaaten..."

Ungefähr eine Milliarde Dollar wurde 1984 im Wahlkampf um die Präsidentschaft, um die 435 Sitze im Repräsentantenhaus und die 34 Senatssitze verjuxt. Eine recht beachtliche Menge Schmierfett für das Wahlkarussell. Der bürgerliche US-Wissenschaftler Alvin Gouldner schrieb schon vor Jahren: „Die Macht der Reichen, auch ihre politische Macht, beruht nicht auf dem Stimmzettel und auch nicht darauf, daß sie in ein Amt gewählt werden, sondern sie wird folgendermaßen ausgeübt: zuallererst durch ihre Kontrolle der großen Stiftungen mit ihren die Politik bestimmenden Forschungen und Konferenzen und ihrer finanziellen Unterstützung der Universitäten; durch ein ganzes Sammelsurium ineinander verschachtelter Vereinigungen, Körperschaften und Komitees, die als legislative Lobbies und Beeinflusser der öffentlichen Meinung agieren; durch ihre Mitgliedschaft in den Kuratorien der großen Universitäten; durch ihren Einfluß auf wichtige Tageszeitungen, Illustrierte und Fernsehanstalten auf Grund ihrer Anzeigen oder auch gleich dadurch, daß sie ihnen selbst gehören...; durch ihre häufige und unverhältnismäßig zahlreiche Mitgliedschaft in der Exekutive der Regierung; durch ihren Anspruch auf gehobene diplomatische Posten und durch ihre Kontrolle der meisten bedeutenden Rechtsanwalts-Kanzleien, Public-Relation-Firmen und Werbeagenturen." Gouldner sprach von der „Macht der Reichen" im allgemeinen, und diese bedarf in der Tat keiner Stimmzettel, denn welche Partei auch an die Macht gelangt, stets steht irgendeine ökonomische Phalanx hinter ihr.

Der Eintritt der Reagan-Administration in die Regierungsgeschäfte hat das sonst übliche Bild erheblich gewandelt. 1980 ist der reaktionärste und aggressivste Teil der Monopolbourgeoisie in die Hallen der Macht eingerückt, der eine Wirtschafts- und Außenpolitik durchzusetzen wußte, die keineswegs mehr dem „Gesamtbourgeois" entsprechen. Die Rüstung verschlingt geistige und materielle Ressourcen, die den anderen Wirtschaftssektoren entzogen werden. Die Kritik aus diesen Reihen nimmt folgerichtig auch zu. Die totale Manipulation erreichte, was zu erreichen galt: Der Schwenk nach rechts stellte sich vielen, auch denen, die ihn nicht mitvollzogen haben, als eine geistige Entscheidung eines großen Teils der Amerikaner dar.

Befragungen Ende der siebziger Jahre ergaben, daß trotz latentem Antisowjetismus und Antikommunismus die Mehrheit der Bevölkerung die Entspannungspolitik bejahte; noch heute meint die Mehrheit, daß ein beiderseitiges Einfrieren der Atomwaffen

eine wünschenswerte Sache sei; die kriegerischen Verwicklungen in Mittelamerika lehnen die meisten ab; Reagans Nahost-Politik empfinden sie als Debakel. Er wurde gewählt, obgleich ein beachtlicher Teil der Bürger angab, daß die Friedenssicherung in den Händen der Demokraten besser aufgehoben wäre. Dieses Phänomen scheint unverständlich, ist jedoch erklärbar.

In amerikanischen Wahlen spielten außenpolitische Aspekte selten eine dominierende Rolle, die Innenpolitik hatte stets die Priorität. Das traditionelle Desinteresse vieler Main-Street-Amerikaner an der Außenpolitik beruht auch darauf, daß sie die Probleme anderer Erdteile kaum berührte, da sie im Denken aufgezogen wurden, daß der Rest der Welt irgendwie und irgendwann dem „pax americana" unterliegen werde. Der furchtbare Vietnamkrieg und die Erkenntnis, daß die USA nicht mehr unverwundbar sind, haben ein Umdenken eingeleitet, wie die wachsende Friedensbewegung zeigt. Doch Traditionen sind konservativ, und die neue Rechte stellte ihren Wahlkampf darauf ein.

Reagans Frage „Geht es euch heute besser als vor vier Jahren?" konnten bürgerliche und mittelständische Schichten bejahen, von den Monopolen ganz zu schweigen. Auch war damit zu rechnen, daß eine Vielzahl der Armen und Arbeitslosen den Werbungen beider Parteien gegenüber taub sein würden und zu den Wahlen erst gar nicht antreten. Der Versuch vieler Bürgerrechts-, Frauen- und Friedensgruppen, diese Massen zu aktivieren, hätte nur dann zum Erfolg führen können, wenn die Alternative deutlicher gewesen wäre. Senator Edward Kennedy warnte Walter Mondale: „Wenn man diese reale Alternative nicht bietet, dann wird man gar nichts erreichen." Viele Wähler hatten das Desaster der Carter-Administration noch vor Augen. Mondale hätte nur dann ein überzeugendes ökonomisches Programm geboten, wenn er große Brocken des Rüstungsbudgets geopfert und ohne Umschweife die nationalistische Euphorie als rüstungsstimulierenden Wahn entlarvt hätte. Das jedoch überstieg wohl seine Einsichten.

Nicht nur das nutzte den Republikanern, auch die demagogische Verlagerung außenpolitischer Bereiche in die Innenpolitik mobilisierte die Wähler. Wenn man der „sowjetischen Bedrohung" nur durch Hochrüstung begegnen könne und nur unter Androhung militärischer Gewalt, so liegt es nahe, daß man die Gefährdung der internationalen Situation als Voraussetzung für die Gesundung Amerikas ausgibt. Je stärker Amerika, desto schwächer werde die Sowjetunion; je simpler die Antworten auf weltbewegende Fragen ausfielen, desto mehr stimulierten sie den Nationalismus.

Die sogenannte konservative Renaissance überlagerte mit ihrer schrillen Stimme alle anderen Zwischentöne, weil man überwie-

gend ihr die medialen Tonverstärker überantwortet hat. Howard Philipps vom Conservative Caucus erklärte: „Wir organisieren den Dissenz und beweisen unsere Fähigkeit, an Leuten Rache zu nehmen, die uns feindlich gesinnt sind." Rache hat die neue Rechte hinlänglich geübt. Verleumdungen, Hetze, selbst tätliche Bedrohungen waren ihre Waffen. Rache hat sie auch der Friedensbewegung geschworen, doch an ihr scheiterten alle Generalstabskünste. Diese Bewegung zeigte im Frühjahr und im Sommer 1982 der neuen Rechten die Grenzen ihrer Verführungskunst und stürzte die Wächter der „amerikanischen Werte" in eine heillose Verwirrung.

Obgleich sich die Friedensbewegung eindrucksvoll einführte und die politische Auseinandersetzung nicht unwesentlich mitbestimmte, reichte ihre Kraft nicht aus, gesellschaftliche Wandlungen zu erzwingen. Den offiziellen Stellen galt diese Bewegung als Störtruppe von Minoritäten. Das stimmte insofern, als in der Tat vergleichsweise zur vorherrschenden Stimmung ein geringer Teil auf die Straße ging, jedoch – und diese Feststellung erbrachten die Demoskopen – repräsentierten sie den Friedens- und Abrüstungswillen des größten Teils des Volkes. Das wußten die Kreise um Reagan, und die Demonstrationen schienen ihnen wie ein Menetekel, weil ein derartiger Massenaufbruch für eine Welt sozialer Gerechtigkeit und ohne Waffen für die USA bisher einzigartig war. Das scheuchte die Regierenden auf und ließ sie die unsinnigsten Spekulationen anstellen.

Richard Perle, Unterstaatssekretär im Pentagon und „Falke der Falken" genannt, philosophierte 1981 über die Unmöglichkeit amerikanischer Antiatom-Demonstrationen mit der seltsamen Begründung, die USA hätten sich vom Vietnam-Schock erholt, und die Menschen würden der Stärkung ihres Landes nichts entgegensetzen. Wenige Monate später fand die größte Protestdemonstration in der Geschichte der Vereinigten Staaten statt, und Perle suchte nach Erklärungen: „Es gibt ein Element sowjetischer Verstrickung, eine Beteiligung örtlicher Kommunisten, die nicht so gutwillig, die nicht einfach auf eine moralische Welt aus sind... Es gibt ein Volksfront-Element in all dem, und es gibt einen hohen Grad an sowjetischer Verstrickung... Einige dieser Demonstrationen wurden in Ostdeutschland geplant und organisiert." Der Überraschung über die Aufmüpfigkeit seiner Landsleute folgte eine bühnenreife Posse. Doch nicht nur Perle verfiel in trübsinnige Gedanken über den Unmut seiner Landsleute.

Ein Abrüstungsbeauftragter hätte über diese massive Hilfestellung durch die Friedensbewegung eigentlich frohlocken müssen. Eugene Rostow dagegen startete zu einem Amoklauf, als die Friedensbewegung im April 1982 bekanntgab, eine „Ground-Zero-Woche" durchzuführen (benannt nach dem Nullpunkt einer nu-

klearen Bombenexplosion in Bodennähe). Eine feindliche Invasion hätte ihn nicht mehr erregt als die Bekanntgabe, daß in 150 Städten, 500 kleineren Orten, an 330 Universitäten und 1000 Volksschulen Vorlesungen, Diskussionen und Demonstrationen organisiert werden würden. Rostow bastelte an einem Geheimplan und verfaßte ein Memorandum. Er rief namhafte kalte Krieger auf, für jeden Tag der „Ground-Zero-Woche" ein Gegenszenario parat zu haben. So sollten zum Beispiel angesehene Zeitungen wie die „Washington Post" und „New York Times" täglich erbauliche Frontberichte von „Falken" wie Richard Perle und Colin Gray über den Nutzen der Rüstung und ähnliche Absurditäten veröffentlichen. Die „Washington Post" tat etwas anderes. Sie druckte Auszüge aus Rostows Memorandum, das ihr anonym zugestellt worden war, und überließ es der Öffentlichkeit, über diesen Mann zu urteilen. In diesem Schriftstück lesen wir eine interessante Passage: „Während die Bewegung solche immerwährenden Elemente wie die Pazifisten der alten Schule, die Umweltschützer, die abgebrühte Linke und verschiedene kommunistische Elemente umfassen wird, gibt es in den Vereinigten Staaten jetzt auch in steigendem Maße die Teilnahme von drei Gruppen, deren potentieller Einfluß Anlaß zur Besorgnis geben sollte. Das sind die Kirchen, die ‚loyale Opposition' und, vielleicht am wichtigsten, die unpolitische Öffentlichkeit." Nicht der erschreckte Tonfall war das Bemerkenswerte an dieser Schrift, sondern das Eingeständnis, daß Millionen Amerikaner die „konservative Renaissance" offenbar verschlafen haben.

Die Millionenkundgebung am „Tag des Friedens", im Juni 1982, in New York übertraf alle Befürchtungen der Reagan-Administration. Der Aufschrei, die Sowjetunion habe diese Truppen mobilisiert, versickerte zum hilflosen Gestammel angesichts der Persönlichkeiten, die in New York neben Studenten, Arbeitern, Bürgerrechtlern standen. Die zwanzig hohen kirchlichen Würdenträger ließen sich ebensowenig zu Kremlagenten umfunktionieren wie der berühmte Regisseur und Schauspieler Orson Welles und viele andere namhafte Personen. Der Zentralpark von New York war übersät mit Transparenten: „Friert das Wettrüsten ein!", „Schafft die Nuklearwaffen ab!", „Arbeitsplätze statt Bomben!". Auf dem Plakat der vierzigjährigen Buchhalterin Harriet Marbel aus Chester im Bundesstaat Montana stand: „Für Zusammenarbeit USA–UdSSR!" Sie und mit ihr Millionen hatten der Main Street den Rücken gekehrt.

Ronald Reagan setzte dem Schwachsinn, daß die Sowjetunion und der internationale Kommunismus ihre Hilfsdivisionen in die Schlacht geworfen hätten, die Pointe auf. Auf einem Empfang vom sowjetischen Botschafter befragt, woher er die Vorstellung nähre, die Friedensbewegung sei von der Sowjetunion ins Leben

gerufen, antwortete der Präsident: „Aus dem Reader's Digest." Nun muß man wissen, daß diese erzreaktionäre Postille, ein Leib- und Magenblatt der Main Street, derart unter jedem Niveau steht, daß jeder gebildete Amerikaner beschämt wäre, würde man ihn zeihen, dieses Blatt zu lesen. Reagans Antwort ist ein seltenes Eingeständnis von Selbstmanipulation, doch in seiner Regierung begegnet man diesem Phänomen des öfteren. Die übel beleumdete amerikanische Journalistin Claire Sterling – sie setzte, nach gründlichen Unterweisungen durch die Geheimdienste, die Story vom Attentat auf den Papst durch bulgarische Bürger in die Welt – verfaßte vor Jahren den Politschmarren „The Terror Network", in dem jede Form des Terrorismus in der Welt Moskau angelastet wird. „Während Carters Terrorismusexperte im Nationalen Sicherheitsrat, William Odom, die Autorin noch unverblümt fragte ‚Glauben Sie diesen Humbug denn wirklich?', ist Claire Sterling seit Reagans Amtsübernahme zur Kronzeugin der US-Politik aufgestiegen. Als Reagans Außenminister Alexander Haig in seiner ersten Pressekonferenz die Sowjets als die wahren Hintermänner des internationalen Terrorismus anklagte, schrieb ihm ein Mitarbeiter eine kurze Notiz. Nach den Erkenntnissen des State Department, hieß es dort, lasse sich eine solche Behauptung nicht belegen. Wenig später erhielt er sein Schreiben mit dem handschriftlichen Zusatz von Haig zurück: ‚Sie sind naiv, lesen Sie mal Claire Sterling.'" Soweit die BRD-Illustrierte „stern" vom April 1981. Dieses Phänomen, eigenen Horrorvisionen aufzusitzen, sind wohl die bleibenden Unwägbarkeiten in der amerikanischen Politik. Schließlich lief einst ein amerikanischer Verteidigungsminister nackend durch die Straßen, schrie: „Die Russen kommen!" und beendete diesen Trip mit einem Sprung aus dem Fenster.

Der Dollar auf seltsamen Wegen

„Unsere Säuberungskolonne benötigt länger als zwei Jahre, um mit dem Mist aufzuräumen, den uns andere über ein halbes Jahrhundert zurückgelassen haben", zürnte Reagan im Februar 1983 all seinen Vorgängern. Die Ökonomie erkor er sich zum Feld der eigentlichen Bewährung. Das hätte er bleiben lassen sollen, seufzten berufenere Männer und betrachteten entsetzt das Desaster, das nun wahrlich nicht mehr den vormaligen Präsidenten anzulasten war.

Der „Mist", den die „Säuberungskolonnen" nun aufgehäuft hatten, stank zum Himmel. Das Bruttosozialprodukt rutschte 1982 in die Minuszahlen von fast zwei Prozent, die Talfahrt der Industrieproduktion und der Tiefpunkt der industriellen Kapazitätsauslastung (67 Prozent) waren bedrückend. Selbst gutwilligen Optimisten, die bereit waren, Reagan gewähren zu lassen, kam nichts unter die Augen, worüber sich hätte enthusiastisch berichten lassen. Vor der Arbeitslosenzahl von über zehn Prozent kapitulierten sie endgültig. Scheinbar gab es nur einen, der mit sich selbst zufrieden im Fernsehen und anderswo anhand von Statistiken und Kurven den Aufwärtstrend zu belegen suchte.

Eine „Voodoo"-Ökonomie nannten es manche, in Anlehnung an die Voodoo-Magie auf Haiti. Die „Reagonomics", deren Urheber einem Mystizismus anhingen, von dem sie Heil und Segen erhofften, gemahnten in der Tat ein wenig an die im Trancezustand vollführten Tänze und Riten der Eingeborenen. Diese Ökonomie hinterließ Verwirrung, Ratlosigkeit und Wut auf der einen und Freude auf der anderen Seite.

Im August 1982 fand im Weißen Haus ein düsteres Treffen statt, berichtete der „New York Times"-Korrespondent Steven R. Weisman. Vor 25 republikanischen Kongreßmitgliedern bettelte Reagan um die Unterstützung für eine Steuererhöhung von 98 Milliarden Dollar. Nanu, trat er nicht die Präsidentschaft mit einem Halleluja an für einen jährlichen Steuererlaß von zehn Prozent? Dieser sollte das Herzstück seines Wirtschaftsprogramms sein: Die Abgeordneten schwiegen betreten, dann gaben sie zu bedenken, daß größte Zweifel an einer Wirtschaftspolitik geweckt werden würden, wollte man mitten im Ritt die Pferde wechseln. Nun erfuhr Reagan etwas, was ihn zutiefst ernüchterte. Senator Paul Laxalt, dem Präsidenten ansonsten tief verbunden, sprach es aus: „Wenn es vergangenes Jahr im Senat

eine geheime Abstimmung gegeben hätte, so wären nicht mehr als zwölf Stimmen für die Steuersenkung zusammengekommen."

„Wie hatte es geschehen können, daß ein Plan den Kongreß passierte, dem jede Art von traditioneller Anhängerschaft fehlte? Denn es war ein Programm, dessen Prämissen von konservativen wie progressiven Ökonomen angezweifelt wurden, ein Programm, das überwiegend als riskantes Spiel mit der Zukunft der Nation bezeichnet wurde?", fragte Weisman. Es stellte sich heraus, daß einige aus Loyalität gegenüber dem Präsidenten zustimmten, andere in der vagen Hoffnung, daß an der Sache etwas dransein müsse, wenn Reagan sie so vehement vertrete, andere wiederum meinten, daß alles nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Einig waren sich jedoch alle darin, daß die riesigen Verluste im Nationaleinkommen durch radikale Budgetkürzungen ausgeglichen werden müßten. Viele demokratische Abgeordnete, unter ihnen ihr Senior O'Neill, warnten davor, die Lasten alle auf das Sozialbudget zu verlagern, und schielten in Richtung Pentagon. Von dort schallte ihnen entgegen: Macht eure Streichungen, wo ihr wollt, aber nicht am Rüstungsbudget. Die annähernd 750 Milliarden Dollar an Steuereinbußen in drei Jahren waren selbst durch radikale Streichungen im Sozialetat nicht herauszuwirtschaften. Die Staatsverschuldung nahm zu.

Die Kalamität wurde offensichtlich, als Reagan zwei Pferde gleichzeitig besteigen wollte. Den einen Gaul namens Steuersenkung sattelten die „Angebots"-Theoretiker. Er sollte Investitionen für die Wirtschaft freisetzen. Das andere Roß stellten die sogenannten Monetaristen, die durch knappes Geld die Inflation bekämpfen wollten. Die Gäule preschten los, jeder in eine andere Richtung. Reagan mußte beide Zügel fallenlassen. Wer war schuld?

In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts trat der Brite Lord John M. Keynes mit einer interessanten Theorie an die Öffentlichkeit. Diesem Gelehrten kam die Einsicht, daß in einer Zeit zunehmender Monopolisierung der Wirtschaft nichts mehr so lief wie im Kapitalismus der freien Konkurrenz. Der freie Markt mit seinen sogenannten Selbstgesundungskräften versagte vollends. Die zyklischen Krisen schnitten tiefer in den gesellschaftlichen Körper und hinterließen schmerzhafte Wunden und später un-, übersehbare Narben. Die sozialen Gegensätze schrien förmlich nach einer gesellschaftlichen Lösung. Die allgemeine Krise des Kapitalismus war nicht mehr aufzuhalten: Die Blitze des Oktober 1917 in Rußland leuchteten in den letzten Winkel und entzündeten einen Teil der Welt.

Keynes sah sich als Arzt am Bett eines siechen Patienten, dessen Überleben nur noch mit bestimmten Medikamenten gewährleistet schien. Der Lord erkannte, daß Krisen keine vermeidbaren

Zufälligkeiten sind, sondern als Widerspruch zwischen Produktion und Markt immer wieder aufbrechen werden. Die profitorientierte Produktion des Einzelkapitalisten oder Monopols sah nur das Eigeninteresse und bedachte nicht, daß der Markt als gesamtgesellschaftliches Phänomen auf diese chaotische Überflutung sensibel reagiert. Keynes warnte, die Wirtschaft als buntes Sammelsurium individueller Interessen zu nehmen, sondern sprach von einem Organismus, einem Körper, in dem die Organe koordiniert und nicht wild durcheinander oder gegeneinander arbeiten müßten. Der Gedanke von einer staatlichen Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft trat in die Welt. Von diesen Staatseingriffen versprach sich Keynes eine effektive Wirtschaftspolitik. Und was entscheidend war, eine bessere Voraussetzung, krasse soziale Mißverhältnisse, die in revolutionäre Explosionen münden konnten, zu überdecken.

Wie das?

Überschüssiges Kapital sollte in unproduktive Sektoren zur Aufrechterhaltung des Reproduktionsgleichgewichts fließen. Es muß diesem Kapital verwehrt werden, in die erweiterte Reproduktion einzugehen, sonst sähe man sich sehr bald wiederum einem überforderten Markt gegenüber. Durch Steuergesetzgebung sollte der Staat sich Mittel verschaffen, die er zur Stimulierung der Kaufkraft in Umlauf bringt.

Im „New Deal" des Präsidenten Roosevelt fand dieser Rat wohl seine spektakulärste Anwendung. Durch Schaffung von Arbeitshilfsprogrammen und Gewährung von Sozialleistungen (unproduktive Sektoren) konnte die Kaufkraft gesteigert werden. Die krassesten Mißstände und Disproportionen wurden entschärft.

Wenn unproduktive Ausgaben das Wirtschaftsleben zu steuern vermögen, warum nicht auch die Rüstung? Sie vernichtet überakkumuliertes Kapital so gründlich wie kein anderer Sektor und schafft obendrein Arbeitsplätze, hieß es. Diese These schien sich zu bestätigen. Denn tatsächlich hat die Rüstung des zweiten Weltkrieges und im Nachkriegsjahrzehnt einen industriellen Boom mitbewirkt. Die Staatsverschuldung hielt sich in Grenzen, die Wirtschaft prosperierte, die Sozialleistungen des Staates blieben relativ stabil. Die Rüstungsindustrie jedoch entwickelte eine beängstigende Eigendynamik, die den zupackenden Griff nach dem Nationalreichtum ahnen ließ.

Keynes' theoretische Begründung beruhte auf der sogenannten Politik der Nachfragelenkung. Mit dieser Auffassung durchbrach er die bisherigen ökonomischen Vorstellungen, daß eine gesunde kapitalistische Wirtschaft nur auf der Basis von Sparsamkeit und Konsumzurückhaltung gedeihe. Sparen hielt der Lord für einen wachstumshemmenden Faktor und meinte, daß nur der konsumtive Verbrauch zu höheren Investitionen reizt, die

Produktion ausweitet und die Arbeitslosigkeit in Schranken hält. Er sprach von der „sozialen Verantwortung des Kapitals", das im Eigeninteresse für ausgewogene Sozialprogramme sorgen sollte.

Keynes' Theorie stieß an unüberwindbare Grenzen, die jeder marxistische Wirtschaftswissenschaftler schon hätte vorher aufzeigen können. Kapital reagiert übellaunig, wenn man ihm Grenzen setzt. Gesetzlich verankerte Steuer- und Sozialabgaben sowie die Respektierung gewerkschaftlicher Rechte sind solche Grenzen. Der expandierende Weltmarkt und das Wirken der multinationalen Konzerne schlugen ein Loch ins Gebäude der Staatsregulierung, das Kapital entzog sich listig jedem Zugriff und zog dorthin, wo Sozialleistungen, Gewerkschaften und ökologische Gesetzgebungen und andere unbequeme Einschränkungen Fremdwörter waren. In Afrika, Asien und Lateinamerika tummelte sich der Dollar frei und ungebärdig. Kapital ist schamlos und kichert voller Hohn über nationale und soziale Belange. Die ausufernde Inflation, ein Geburtsmakel der Politik der Nachfragelenkung, ließ Keynes' Theorie immer suspekter erscheinen, obgleich eher die zunehmende Rüstung diese Unerträglichkeit bescherte.

Die vielfältigen Hilfs-, Bildungs-, Regulierungs- und Arbeitsprogramme des Staates ließen eine Unzahl Institutionen wie Pilze aus der Erde wachsen. Und wie bei Pilzen auf den ersten Blick nicht immer die genießbaren von den giftigen zu unterscheiden sind, so schien es immer schwieriger, aus der bürokratischen Wucherung das konzeptionell Richtige und Notwendige vom Parasitären zu scheiden. Die zunehmende Ineffektivität und Kostspieligkeit des Staatsapparates machte es der rechtskonservativen Kritik leicht, das Monstrum ein Monstrum zu nennen. Das Kläffen der kalifornisch-texanischen Clique gegen das „Big Government" fand auch in den unteren Schichten Widerhall, denn die tägliche Mühsal, bürokratische Barrieren zu übersteigen, schuf Reizbarkeit. „Weniger Staat" versprach Reagan, er wolle ihm eine „Nachtwächterfunktion" zuweisen. Die wenigsten ahnten, daß mit dem Versprechen von „weniger Staat" ihnen mehr genommen als gegeben wird.

Die sich vorerst behutsam formierende neue Rechte stellte sich in die Pose eines Mantel-und-Degen-Helden, der den Übeltäter Staat zur Errettung der Gesellschaft herausforderte. Es war nicht schwer, den wirtschaftlichen Verfall, die hohen Inflations- und Arbeitslosenraten, den Rückgang der Arbeitsproduktivität, das hohe Außenhandelsdefizit, den Ruin mittelständischer Unternehmen usw. dem Staat anzulasten, denn den eigentlichen Grund für die Misere wollte und konnte wohl auch niemand in diesen Kreisen auffinden. Jeder wäre aus dem Tempel konservativer Selbstgerechtigkeit herausgeflogen, hätte ihm auch nur ein Schimmer gedämmert, daß eine derart globale und tiefe Krise

schwerlich einem Präsidenten, doch wohl mehr einem verfehlten Wirtschaftssystem anzulasten ist.

Wie der amerikanische Politologe G. Nash feststellte, „waren die sechziger Jahre der Vorbereitung für die amerikanischen Konservativen. Die Kritik der liberalen Innen- und Außenpolitik von rechtskonservativen Positionen aus wurde mit zunehmender Meisterschaft und Wirksamkeit geführt. Während dieser Zeit befaßten sich die Konservativen mit der Erarbeitung intellektuell bedeutsamer, ernsthafter politischer Alternativen ... Indem sie das wachsende Netz von Zeitschriften, Büchern, Organisationen, politischen Vereinigungen ausnutzten, gewannen die rechten Intellektuellen an Reife und Anerkennung. Und schließlich erreichte die rechte Bewegung am Übergang von den 60er zu den 70er Jahren den längst erwarteten qualitativen Sprung. 25 Jahre zuvor war die rechtskonservative Bewegung eine fast geheime Erscheinung. Bis 1972 gewannen die Konservativen ein gesamtnationales Forum für sich, und ihre Chancen, an die Macht des Staates zu gelangen, wuchsen."

Nun darf die Intellektualität dieser Kreise nicht allzu hoch veranschlagt werden, denn ihr theoretischer Fundus bestand eher in der demagogischen List, den augenfälligen Zusammenbruch als die unausweichliche Folge einer verfehlten liberalen Innen- und Außenpolitik auszugeben. Das allerdings betrieben sie mit wissenschaftlich ausgeklügelten Public-Relation-Methoden. Befragt, nach welcher Wirtschaftstheorie sie den Staat aus dem Abgrund zerren wollten, flüchteten sie in einen Nebel von Erklärungen, aus dem allerdings die versierten Fachleute einiges herauszulesen verstanden: im Rückwärtsgang vorwärts der Zukunft entgegen! Als neoklassisch bezeichneten die Konservativen ihre Ideen, die nichts weiter verhießen als: zurück zu alten Werten; durch Verknappung des Geldes die Inflation bekämpfen, durch Steuersenkungen die Investitionen anregen, durch Budgetkürzungen die Staatsverschuldung beheben, durch „weniger Staat" die Eigeninitiative des einzelnen fördern. „Angebotsökonomie" nennt sich dieses Retortenkind, das, kaum zum Leben erweckt, an ein Frankensteinsches Flickwesen erinnerte.

Bei Gilder, dem ökonomischen Gottvater der heutigen Administration, heißt es: „Die Ökonomen müssen ihre Aufmerksamkeit wieder auf das vielschichtige Geheimnis des menschlichen Verhaltens und der schöpferischen Tätigkeit konzentrieren..." Kratzt man den Lack ab, so entpuppt sich das „vielschichtige Geheimnis" als eine recht einschichtige Heiligsprechung brutaler kapitalistischer Wolfsgesetze. Keynes sprach von einer „erzwungenen Arbeitslosigkeit" und erfaßte so immerhin die soziale Natur des Mißstandes, Gilder & Co. sprechen von einer „freiwilligen Arbeitslosigkeit", sozusagen von einer Flucht aus der „schöpferi-

schen Tätigkeit". Gilder sieht es so: „Die staatlichen Wohlfahrtssysteme haben die Arbeitsmoral der unteren Klassen zerstört. Arbeitslosenunterstützung begünstigt Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung begünstigt Simulantentum. Wenn der Staat vaterlose Familien unterstützt, begünstigt er den Zerfall der Institution Ehe... Wir dürfen nicht hinnehmen, daß Leute, die arbeiten können, dem Staat auf der Tasche liegen... Denn Armut ist keine Frage des Geldes, sondern des Geistes... Um der Armut zu entfliehen, gibt es nur eins: Arbeit und nochmals Arbeit." Wer ohne Arbeit ist, hat seinen Geist nicht befragt, hat sozusagen die Freiheit des Nichtstuns gewählt. Reagan erkannte schon vor Jahren, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung ein „bezahlter Urlaubsplan für Drückeberger" ist. In Abwandlung des Sprichwortes, daß das Geld auf der Straße liege, meinen Reagan und sein Wirtschaftswunderdoktor Gilder, auch nach der Arbeit müsse man sich bücken und sie aufheben. Reagan befand, auch das schon vor Jahren, daß ein Job ein Job ist, und niemand solle darüber jammern, daß er niedrig oder schlechtbezahlt ist. Besaßen etwa die ehrenwerten amerikanischen Pioniere eine Sozialversicherung und ein Anrecht auf eine Rente? Nein, sie lebten stolz, plagten sich im Schweiße ihres Angesichts, legten die Dollars zurück, um den Lebensabend zu genießen. Sie erduldeten ihre Armut, weil sie wußten, daß niemand außer ihnen die Schuld an ihrem Elend trug. Bot das Land der unbegrenzten Möglichkeiten nicht genug, um sein Glück zu machen? Gilder wußte auf die Frage einer BRD-Illustrierten, woher denn die Arbeitsplätze kommen sollen, zuversichtlich zu antworten: Die Regierung werde es mit der „Angebotsökonomie" schon richten. Was ist das eigentlich?

Der Wirtschaftswissenschaftler und Anhänger der „Angebotsökonomie" A. Laffer meinte: „Die Theorie des Angebots – das ist im Grunde genommen jener Zweig der Wirtschaftstheorie, der die Aufmerksamkeit auf die persönlichen und privaten Stimuli und Motive konzentriert." Das heißt nichts anderes, als daß man von der gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise Keynes' abgegangen ist und dem ungehemmten Profitinteresse des einzelnen wieder den Vorrang gegeben hat.

Ist hier ein einträgliches „Geb ich dir, gibst du mir"-Spiel in Gang gekommen? Als solches zwar gedacht, brachte und bringt es jedoch nur einer Seite Gewinn. Durch Steuer- und Abschreibungsvergünstigungen erließ der Staat den Monopolen von 1981 bis 1984 jährlich 250 Milliarden Dollar, im seligen Glauben, diese Kapitalien werden als Investitionen die Wirtschaft ankurbeln. Das war Reagans erstes Pferd, doch das zweite namens Inflationsbekämpfung preschte in eine andere Richtung davon. Die hohen Zinsen, um das Geld knapp zu halten und die Inflation zu dämp-

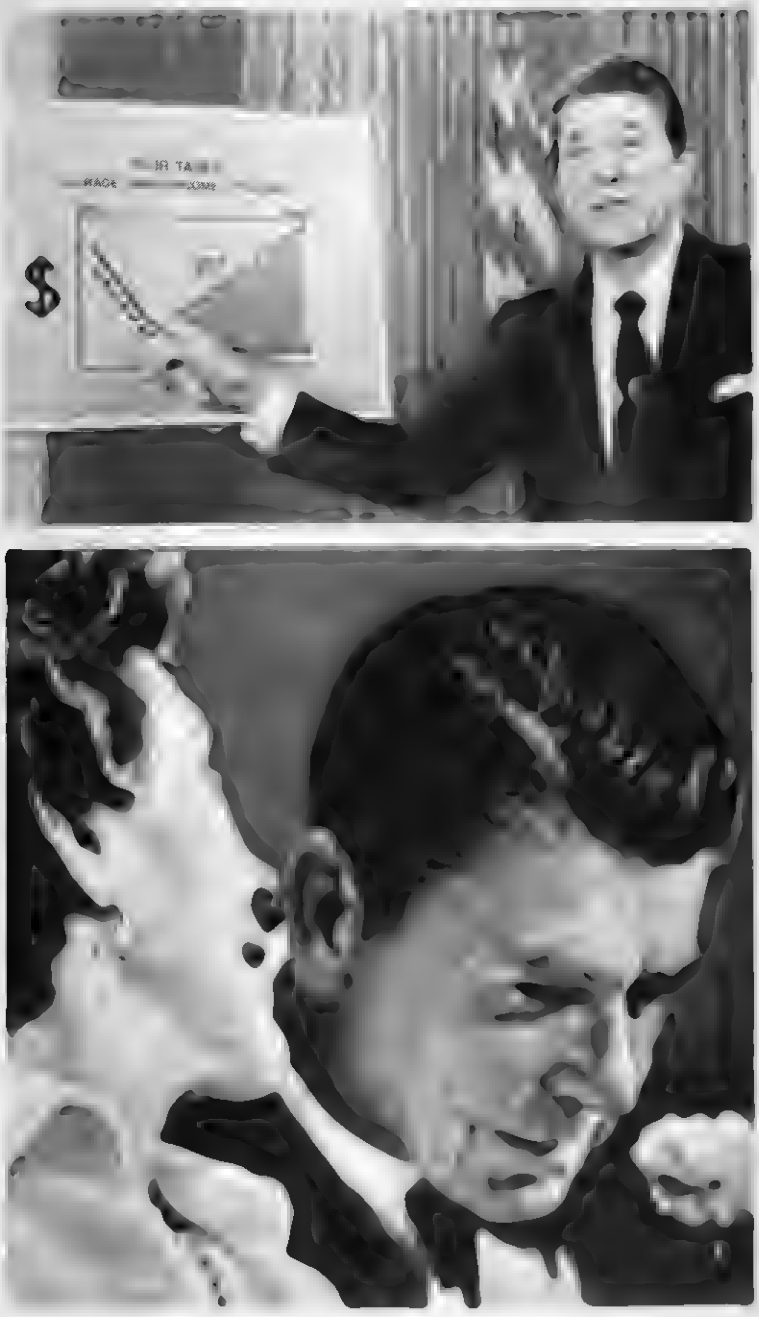
fen, reizten das Kapital, andere Wege einzuschlagen, als sich einer risikoreichen Industrieinvestition zur Verfügung zu stellen. Es floß und fließt frohgemut – auch aus dem Ausland – in die US-Banken, wo es nur darauf zu warten braucht, daß Kunden es sich für hohe Zinsen entleihen. Der Staat als größtes Pumpgenie sieht einen großen Teil seiner Steuergeschenke wieder, allerdings in der veränderten Gestalt eines hochverzinsten Kredits. Es gibt nur einen Gewinner.

Die Financial Corporation of America, die größte Sparkassenkette in den USA, wagte 1984 an private Firmen Kredite zu vergeben und fiel auf die Nase. Die Schuldner zeigten sich zahlungsunfähig. Der Versuch, durch windige Transaktionen zu retten, was zu retten ging, scheiterte kläglich. Die Chicago Continental Illinois Corporation, immerhin der achtgrößte Geldkonzern in den USA, verlor fast zwei Milliarden durch Kreditierung einiger wackliger Firmen. Die schärfste Konkurrentin, die First Chicago Corporation, glaubte pfiffiger zu sein und schoß angeblich soliden Kunden, so der Apex Oil in St. Louis, dem Agrarkonzern Great Western Sugar in Denver und anderen Firmen, Kredite in Höhe von 279 Millionen Dollar vor. Alle Kunden gingen pleite. 48 Bankkräche im Jahre 1983 mit einem Verlust von 7,2 Milliarden Dollar und 76 in Konkurs gegangene Kreditinstitute im Jahre 1984 waren nur Vorzeichen größerer Katastrophen, prophezeiten Sachkenner der Materie. Viele dieser Geldinstitute steckten Prügel ein, weil sie der „Angebotsökonomie" vertrauten und Investitionskredite gewährten. In der gegenwärtigen Situation fühlt sich der Dollar nirgends so sicher wie bei den Banken, vor einer Akkumulation in der Reproduktionssphäre ist ihm momentan bange; erst in der großen Hand des Staates fühlt er sich geborgen, denn dieser ist ein guter Kunde. Selbst wenn er ihn in eine Rakete einbaut, hat das Dahinscheiden des Dollars den Rüstungsproduzenten reicher gemacht.

Rein theoretisch vermittelt die „Angebotswirtschaft" das Verhältnis zwischen dem Angebot von Kapital und dem Angebot von Arbeit. Wie gesagt, rein theoretisch. Einer der bedeutendsten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, John Kenneth Galbraith, spottete: „Es ist eben nicht so einfach, die Wirtschaft durch Steuererleichterung anzukurbeln und mit hohen Zinsen zu bremsen. Das ist so, als wollte man gleichzeitig bergauf und bergab gehen."

Die „Reagonomic" hat sich übernommen. Außer dem Glauben, die „Angebotswirtschaft" werde irgendwann alles packen, ist nichts Dauerhaftes geblieben. Doch „Glaube und Gottesfurcht gehören zu den Grundwerten des Kapitalismus", meinte George Gilder. Mit diesen Unwägbarkeiten zu hausieren, überlassen die Profiteure der „Reagonomic" den Propheten und ihrem Präsiden-

Wenn es um Ökonomie geht, verbreitet Reagan frohlichen Optimismus im Fernsehen. Der Dollar in seiner Hand treibt das Sozialbudget in die Enge und die Profitkurve für die reichen Familien nach oben. Ehefrau Nancy, aus einem stockkonservativen millionenschweren Hause kommend, flustert Zustimmung.



ten, der Gott scheinbar zu seinem engsten Berater erkoren hat. Den kalten Machern genügt es, wenn ein Kreislauf funktioniert: Der Staat greift tief ins Säckel, sie geben Waffen. Einerlei, ob der Staat an seiner Schuld erstickt, die Rechnung zahlen nicht sie, sondern andere: die Werktätigen.

Gerechtigkeitshalber muß eingeflochten werden, daß einige konsequente „Angebots"theoretiker warnten, daß eine überhöhte Rüstung das ganze System zum Platzen bringt; das Pentagon müßte ebenso gravierende Streichungen hinnehmen wie alle anderen Sektoren, nur so könne die Staatsverschuldung schwinden. Gott schütze die Ahnungslosen, die scheinbar nicht begriffen haben, daß es nicht um die Verteidigung einer reinen Lehre geht, sondern um einen pragmatischen Mechanismus, wie man den Staat am besten schröpft. Auch ist es völlig gleichgültig, ob Gilder es für bedenklich hält, daß an der Spitze des Pentagon ein Zivilist steht, der von Verteidigungsbelangen nichts versteht und einigen uneffektiven Waffensystemen das Wort redet. Wissenschaftler haben längst nachgewiesen, daß die Effektivität einiger Waffen in keinem Verhältnis zu ihrem Anschaffungspreis steht. Die teuersten Waffen sind nicht immer die besten. Das alles ist belanglos. Die kalifornische Mafia hatte nie erwogen, penible oder gar ehrenhafte Theoretiker aufs Schild zu heben. Sie umgab sich mit gewieften Taktikern, und Caspar Weinberger ist ein solcher, der als Finanzexperte schon unter Gouverneur Reagan Erfahrungen gesammelt hat.

Zwar stellt die Wall Street erstmals nicht die Garde in den Regierungsämtern, doch Männer wie Weinberger und Außenminister Shultz garantieren für eine enge Zusammenarbeit mit den Finanzzentren der Ostküste. Beide kommen aus der obersten Direktorenetage des kalifornischen Bechtel-Konzerns, der in mehr als 20 Ländern Geschäfte betreibt und Jahresumsätze von annähernd 12 Milliarden Dollar aufweist, doch gleichzeitig unterhalten sie engste Bindungen zum New-Yorker Bankhaus Morgan & Co. Die Koalition von West- und Ostküste ist perfekt.

Als Reagan Ende Januar 1984 ankündigte, in einer zweiten Amtszeit „das, was vor drei Jahren begonnen wurde", zu vollenden, stockte vielen der Atem. Was er „begonnen hat", erschien ihnen schon dramatisch genug. Das Heer der Armen betrug nun 35 Millionen, das heißt 15 Prozent der Bevölkerung. Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen verloren über zehn Prozent der Einnahmen. Schätzungsweise wurden seit 1981 jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus den Programmen für Sozialleistungen und medizinische Betreuung gestrichen. Das Budget für 1986 sieht weitere Streichungen vor und die Erhöhung des Rüstungsetats auf über 313 Milliarden.

Nun mühen sich Reagans Mannen, eine Bresche in die soge-

nannte dritte Kraft im Staate, neben der Legislativen und Exekutiven, zu schlagen: in das Oberste Gericht. Am Richter Thurgood Marshall, dem einzigen schwarzen Richter, und einigen Gemäßigten in der obersten Rechtsvertretung zerscheliten einige Vorstöße der Monopole, so zum Beispiel die Forderung, das Verbot der Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz aufzuheben. In der Gleichheit der Rassen und Geschlechter sehen die Rechten einen Verstoß gegen das hehre Prinzip der Auserwähltheit. Zudem würde die Rassentrennung die Zersplitterung und Atomisierung der Arbeiterbewegung fördern. Auch hier will Reagan das Begonnene beenden. Den Rücktritt der letzten der liberalen Mohikaner wollen die Rechtskonservativen nutzen, um ihre Leute des Big Business in die Ämter zu hieven. Dann erst ist der Weg vollends freigeschlagen, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Tarifverhandlungen zu Fall zu bringen.

Der Präsident höchstpersönlich führte vor, wie man einer Gewerkschaft den Todesstoß versetzt. Im August 1981 warf er 12 000 streikende Fluglotsen auf die Straße und verfügte eine drastische Strafe in Millionenhöhe, um die Gewerkschaft auszubluten. Dieser Eingriff in die gewerkschaftliche Autonomie galt als einzigartig in der amerikanischen Geschichte und schuf einen Präzedenzfall für Verfahren ähnlicher Art. Heute müssen die Gewerkschafter zusehen, wie Gesetze, einst zu ihrem Schutz geschaffen, gegen sie gewendet werden. So besteht eine Verordnung, daß zur Gründung einer Gewerkschaft vorerst 30 Prozent der Belegschaft eine Karte zu unterzeichnen haben, die der Firmenleitung vorzulegen ist. In der nun folgenden Abstimmung müssen 50 Prozent der Belegschaft für die Gründung stimmen. Ist diese Hürde genommen, so ist das Rennen heutzutage noch längst nicht gelaufen. Die Direktion kann eine Repräsentationsabstimmung neu beantragen, und um nun sicherzugehen, daß diese anders ausfällt, engagiert man sich einige Herren von der Union Busters, einer von den Monopolen ausgehaltenen Organisation mit etwa 300 Agenturen. In ihnen werden Leute eigens dafür ausgebildet, das gewerkschaftliche Leben im Lande zum Erliegen zu bringen. Agenten reisen von Bundesstaat zu Bundesstaat, stehen dann plötzlich vor einem Werktor und nehmen das gleiche Recht wahr wie die angereisten Gewerkschaftsorganisatoren: Sie betreten das Werk. Die Namen der 30-Prozent-Liste halten sie sehr bald in den Händen. Nun spielen sie ihren Part. Von Bestechung bis zur Androhung von Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung oder Versetzung wird die ganze Klaviatur genutzt. In über siebzig von hundert Fällen verlassen die Union-Busters-Krieger siegreich das Schlachtfeld. Texas braucht selbst diese Leute nicht mehr. Dieses Bundesland preist sich stolz als gewerkschaftsfrei, und es klingt, als prahlte man mit der Abschußquote auf einer Jagd.

„Wir sind zu weit gekommen, haben zu lange gekämpft und zuviel geopfert, um zu erlauben, daß alles das, was wir an Gutem für alle erreicht haben, nun weggespült wird, ohne daß wir kämpfen. Wir haben nicht verlernt zu kämpfen." Diese Erkenntnis des Präsidenten der Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO, Lane Kirkland, kam spät, sehr spät. Die jahrzehntelange Kollaboration der AFL-CIO-Leitung mit den Industriebossen, der fanatische Antikommunismus und die Versippung der Gewerkschaftsbürokratie mit den Geheimdiensten und der Unterwelt haben bei ehrlichen Arbeitern Zurückhaltung und Unduldsamkeit erzeugt. Das rächt sich nun und verschafft den Rechten einen beachtlichen Vorsprung in der Zerschlagung gewerkschaftlicher Organisationen. In vielen Werken verzichten die Arbeiter auf Gehaltskämpfe und nehmen sogar Lohnkürzungen in Kauf, weil die Betriebsleitungen heute weder die Gerichte noch die gewerkschaftlichen Klagen fürchten. Die Gewerkschaftsorganisatoren stehen zumeist vor verschlossenen Toren und blicken in die grinsenden Gesichter der Werkpolizei.

Dennoch gibt es hier und da noch Anzeichen, daß die amerikanische Arbeiterklasse das Kämpfen nicht verlernt hat. Am 21. Juli 1985 beschlossen die Stahlarbeiter der Wheeling-Pittsburgh Steel Corporation in Monessen (Bundesstaat Pennsylvania) den Streik. Jahre schon schluckten sie Lohnsenkungen, verzichteten auf Schichtzulagen, auf Urlaub und Inflationsausgleich, nahmen Einschränkungen der gesundheitlichen Betreuung hin – alles nur, um überhaupt den Arbeitsplatz zu behalten. Der Konzern kassierte allein durch diesen „Selbstverzicht" in den letzten drei Jahren 600 Millionen Dollar. Dann wurde er durch Gerichtsbeschluß ermächtigt, den Tarifvertrag einseitig aufzukündigen. Die Arbeiter „durften" der Arbeit weiterhin nachgehen, jedoch zu einem Lohnverlust von 18 Prozent. Die Gewerkschaft beschloß den Streik. Obgleich ihre Wirksamkeit schon sehr eingeengt war – innerhalb der letzten Jahre verlor die Stahlarbeitergewerkschaft ungefähr 700 000 Mitglieder –, wurde der Streikaufruf befolgt. Der Konzern drohte mit Schließung.

John Ciccarelli, seit mehr als 30 Jahren bei Wheeling-Pittsburgh, wußte, worum es nun ging: „Der Kampf hier ist nicht nur für unsere rund tausend Arbeiter wichtig. Alle wissen: Nach Wheeling-Pittsburgh kommen die anderen Stahlwerke, dann die Automobilindustrie, dann der Bergbau und so weiter." In der AFL-CIO-Zentrale begriff man nun vollends: Die Reagan-Regierung gibt den Monopolen jede Rückendeckung, die Gewerkschaften zu zerschlagen, um dann ohne jegliche Tarifabmachungen Mindestlöhne zahlen zu können.

Auf dem Lande ist es nicht anders. Die Farmkrise, die Hunderttausende Betriebe dem Bankrott zugetrieben hat, schuf eine

ländliche Massenarbeitslosigkeit ungekannten Ausmaßes: das geeignete Umfeld für die Großagrarier, die Löhne nach eigenem Ermessen zu drücken. „Jene, die sich der Gewerkschaft anschließen, werden von den Landbesitzern sofort gefeuert. Ihre Namen erscheinen auf schwarzen Listen, die unter den Plantagenbesitzern im gesamten Rio-Grande-Gebiet verbreitet werden. Diese Farmarbeiter erhalten nirgendwo mehr Arbeit", schilderte Juanita Valdez-Cox, Gewerkschaftsorganisatorin in Südtexas, die Situation. Diesen Kahlschlag bezeichnen Reagans Anhänger als Gesundungsprozeß, denn, so ihre Meinung, der einzelne werde herausgelöst aus der gewerkschaftlichen Bevormundung und müsse nun selbst seinen Mann stehen, wie auch einst der einsame, erfolgreiche amerikanische Pionier.

Für die „Reagonomic"-Boys sind diese menschlichen Leiden normaler Alltag, die Rückkehr zu alten Werten. Den zornigen Kritikern halten sie entgegen: Ist die Inflation nicht gesunken? Ja, aber um welchen Preis? Ist die Arbeitslosigkeit von über zehn auf knappe acht Prozent zurückgegangen? Ja, ohne Zweifel hat die leichte Belebung der Wirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen, wer aber zählt die „Ausgemusterten", die längst resigniert und kein Anrecht auf Unterstützung mehr haben? In welcher Statistik tauchen die Jugendlichen auf, die noch nie in Arbeit standen und folglich auch nicht als arbeitslos gelten?

Auf die beliebte Frage „Geht es euch heute besser als vor vier Jahren?" können einige wenige privilegierte Schichten begeistert mit Ja antworten. Ihnen bekam diese Politik wie eine Badekur. Für sie ist es beispielsweise ein Zeichen gestiegener Konsumfreude, wenn im Washingtoner Nobelkaufhaus Woodward & Lothrop ein Pralinenschächtelchen des Pariser Feinkostladens Michel Guerard für lächerliche 495 Dollar ausliegt, in dem statt der erwarteten Näscherei ein Flugticket nach Paris liegt, wo Guerard auf die Kunden wartet, um ihnen das Schächtelchen zu füllen. Ein köstlicher Spaß für Kunden, denen die Langeweile mit diesen Offerten verkürzt wird. Auch spricht es für gestiegenen Geschmack, wenn gutsituierte Bürger nach der Slalomfahrt um die Straßen, in denen die Obdach- und Arbeitslosen dominieren, den Safeway Stores-Supermarkt betreten, um die seltensten Gaumengenüsse aus Europa zu erstehen.

Waren aus Europa und Japan gelten als „in", sie sind Statussymbole und füllen den Markt. Das nun wiederum bereitet amerikanischen Industriebossen große Sorge, sie sähen es lieber, wenn die Konsumenten sich ihren Waren zuwenden würden. Ihnen hat die „Reagonomic" einen schlechten Dienst erwiesen.

„Während die Importe massiv zunehmen, schwindet die amerikanische Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt stetig dahin, weil der hohe Dollarkurs die US-Produkte im Ausland künstlich

verteuert", schrieb die BRD-„Wirtschaftswoche" Ende 1984. Der starke Dollar, eine Folge der hohen Zinsrate, erweist sich somit zunehmend als Handikap, denn er verbilligt die Importe und verteuert die Exporte. 1984 haben die USA für etwa 130 Milliarden Dollar mehr importiert als exportiert, und 1985 wird das Handelsdefizit voraussichtlich die 150-Milliarden-Grenze erreichen. Wie C. Fred Bergsten, Direktor des Washingtoner Institute for International Economics, feststellte, hat die miserable Handelsposition der USA bisher 2,5 Millionen Amerikanern ihren Job gekostet. Allein im Stahlbereich erreichten die Importe mehr als 30 Prozent des Marktvolumens und zwangen die Regierung entgegen allen Bekenntnissen zur „freien Marktwirtschaft" zu einer Politik des Einfuhrverbots für europäische Stahlrohrprodukte. Ein Handelskrieg größten Ausmaßes ist in Sicht.

„Der Dollarkurs macht uns sogar im eigenen Land den Wettbewerb gegen die ausländische Konkurrenz immer schwieriger – von den Auslandsmärkten gar nicht zu sprechen", klagte Steven Newhouse, Sprecher des größten amerikanischen Produzenten für Bau- und Erdbewegungsmaschinen Caterpillar Tractor Co. Tausende verloren in dieser renommierten Firma den Arbeitsplatz, weil der Umsatz unter die 50-Prozent-Schwelle sank. Der Druck des Außenhandelsdefizits verlangsamt die Konjunktur und wird sie ganz zum Stehen bringen, sagen Wirtschaftsfachleute voraus. Und sie haben recht behalten, wie die ökonomischen Eckzahlen 1985 bewiesen.

Auch das ist eine Folge der „Angebots"ökonomie. Auf ihren Spuren zu wandeln, artet mitunter in ein Abenteuer aus. Wird jemand, aus welchen Gründen auch immer, in der texanischen Großstadt Houston verhaftet und in ein Gefängnis eingeliefert, so kann es ihm geschehen, daß er in die Hände der Holdinggesellschaft Corrections Corporation of America gefallen ist, einer Gesellschaft, die private Haftanstalten betreibt. „Weniger Staat" bedeutete für Reagan auch, daß er zentrale Zuschüsse für die Bundesstaaten rabiat kappte und ihnen anheimstellte, sich mit eigenen Mitteln durchzuwursteln. Da diese Mittel an allen Ecken und Enden fehlten, beschlossen viele Gemeinden und Städte die Privatisierung des öffentlichen Dienstes. „Gefängnisse sind ein 10-Milliarden-Dollar-Geschäft", prophezeite William Glastris, Teilhaber des Chicagoer Wagnisfinanzierungsunternehmens Golder, Thom & Cressney. Insbesondere junge Unternehmer stürzten sich wie Aasgeier auf diese Beute. Sie sind die Brut der „Reagonomic", und wie Umfragen unter ihnen ergaben, scheinen sie die „amerikanischen Werte" – Egoismus, Härte, Mitleidlosigkeit gegenüber sozialen Ungerechtigkeiten – am besten verinnerlicht zu haben. Reagans vielbeschworene Pioniere witterten Geschäfte mit Unternehmungen, derer der Staat überdrüssig war, weil ihre

Verwaltung zu viel Geld verschlang. Die neuen Unternehmer reduzierten die Verwaltung auf ein Minimum und erwirtschafteten so Gewinne. Auf dieser Ebene gedeiht die Konjunktur und zaubert schillernde Blüten in den giftigsten Farben. In 800 Kindertagesstätten von 40 Bundesstaaten sahen sich 62 000 kleine Kunden plötzlich als Profitträger für den Care Learning Centers Inc., der 1983 einen 128-Millionen-Dollar-Umsatz verbuchte.

„Den vorläufigen Höhepunkt hat die Privatisierungswelle wohl mit der Erfindung privater Gerichte erreicht. Zwei Unternehmen an der Ostküste, Judicate Inc. in Philadelphia und EnDispute Inc. in Washington, bieten schnelle Regelung privater Streitfälle durch private Gerichtshöfe an", schrieb die „Wirtschaftswoche". Für einen Bruchteil der sonst üblichen Kosten wird eine schnelle Erledigung der Streitfälle garantiert. Sollte das Urteil nicht zufriedenstellend sein, so steht eine private Berufungsinstanz zur Verfügung, die ihren Spruch für einen saftigen Aufpreis fällt.

Von den immensen Steuerbefreiungen hatte man erwartet, daß die Großunternehmen durch Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen, doch zur Überraschung der Politiker und Ökonomen waren es die kleinen Unternehmen, insbesondere in der Dienstleistung, die einige Millionen Arbeitslose von den Straßen holten. Doch zu welchen Bedingungen? Die in Lohn gekommenen Arbeiter mußten Niedrigstlöhne akzeptieren. „Höhere Löhne durchzusetzen, ist für die meisten Arbeiter in den ‚neuen Industrien' so gut wie unmöglich. Wegen des niedrigen Organisationsgrades der Belegschaft sind die Gewerkschaften schwach. Kündigungsschutz gibt es auch nicht. Wer aufmuckt, fliegt." So ein Bericht der BRD-Illustrierten „stern". Auf der Straße stehen genug, die man für Hungerlöhne haben kann. Die Massenarbeitslosigkeit ist für die „neuen Unternehmer" ein Geschenk Gottes. In Bezirke, aus denen sich der Staat „zurückgezogen" hat, dringen Freibeuter ein, die es Reagan zu danken wissen, daß er ihnen ein Feld ohne Gewerkschaften überlassen hat. Das ist das „vielschichtige Geheimnis... der schöpferischen Tätigkeit", die Gilder so zu preisen weiß.

Die Millionäre und der Hunger

In keinem Land der Erde ist der englische Philosoph des 19. Jahrhunderts, Herbert Spencer, von der herrschenden Klasse derart vereinnahmt worden wie in den USA. Schließlich formulierte er, daß Millionäre ein Produkt der natürlichen Auslese seien, und diesem Naturgesetz dürfe sich der Staat nicht durch die Parteinahme für die Schwachen entgegenstellen. Es führe zwar dazu, „daß ein erkrankter Arbeiter, daß Witwen und Waisen dem Kampf um Leben und Tod überlassen bleiben. Jedoch, im Zusammenhang mit den Interessen der gesamten Menschheit gesehen, sind diese schmerzlichen Verluste von höchstem Segen – dem gleichen Segen, der Kinder von erblich kranken Eltern früh ins Grab bringt und die Kleingläubigen, Unmäßigen und Schwächlinge zu Todesopfern einer Epidemie macht. Wenn der Staat dem, der gedeiht, etwas fortnimmt, um es dem zu geben, der nicht gedeiht, so verletzt er seine Pflicht." In einem Land, in dem der Reichtum als Gotteslohn für schrankenloses Streben und maßlosen Egoismus gilt, mußte diese Philosophie – im imperialistischen Deutschland hatte und hat Spencer sein Pendant in Nietzsche – auf fruchtbaren Boden fallen. Gnadenlose Ausbeutung galt als Recht des Stärkeren und Gleichgültigkeit gegen soziale Ungerechtigkeit als moderate Form der Auserwähltheit. George Gilder, der Wirtschaftsapostel der neuen Rechten, ist ein gelehriger Schüler Spencers. Er attestiert den Millionären höchste Intelligenz, eben nur, weil sie es geschafft haben, Millionäre zu werden.

Reagans Ruf zur Sparsamkeit während des Wahlkampfes 1980 war beileibe kein Maßhalteappell an die Millionäre. Er selbst schaffte diesen Irrtum schnell aus der Welt, als er den ersten Schritt ins Weiße Haus setzte. Carters sparsamer, ja fast asketischer Lebensstil ließ das Weiße Haus selten im vollen Glanz erstrahlen, die gedrosselte Heizung sorgte für gedämpfte Stimmung. In jenen Krisenzeiten wollte der 39. Präsident zeigen, daß sie ihn ebenfalls bedrückten. Reagan verzichtete auf die 50 000 Dollar, die für jeden Präsidenten zur Verschönerung des Weißen Hauses bereitlagen. Es war keine Geste nobler Entsagung, denn er griff gern nach der Spende seiner Freunde von einer knappen Million, um sich extravagante Wünsche zu erfüllen. Die 14-Zimmer-Privatwohnung erhielt das Interieur, das allen Sinnen wohltat. Auch das alte Staatsgeschirr mußte neuem Porzellan wei-

chen, bestehend aus 4732 Einzelteilen mit Goldrand und Präsidentensiegel. Die Freundesspende durfte von der Steuer abgesetzt werden. Die Heizung lief wieder in voller Stärke, und die strahlenden Lüster verhießen einen neuen Anfang.

Zur gleichen Zeit, da sich Ronald Reagan vier Paar Cowboystiefel zu tausend Dollar das Paar – die kleinen Extras wie zum Beispiel das Präsidentensiegel aus vierzehnkarätigem Gold nicht inbegriffen –, anpassen ließ, konnte Alice Fisher daheim nicht schlafen. Sie hatte sich überreden lassen, für vier Dollar in einer Bierhalle zu „schlemmen". Nun bedrückte sie diese Ausgabe, wie sie der „Washington Post" später gestand. Die Zeitung erkundete, wie das neue Staatsbudget nach dem 1. Oktober 1981 nach unten durchschlug. Alice Fisher – (46), geschieden, drei Kinder, Fürsorgeempfängerin – war eine der Befragten. Seit besagtem 1. Oktober erhielt sie 20 Prozent weniger Sozialbeihilfe. Sie galt nicht einmal als ein spektakulärer Fall, obgleich sie nun mit 198 Dollar monatlich den Lebensunterhalt für einen Vierpersonenhaushalt bestreiten mußte. Das lag unter dem berechneten Existenzminimum. Nach Gilder jedoch soll der Arme, dem es ja offensichtlich an Intelligenz mangelt, reich zu werden, dorthin gewiesen werden, wohin er gehört.

Nun zeigte sich, wem Reagans Sparsamkeitsappell galt. Nicht nur die Sozialbeihilfen stutzte die Regierung kräftig, der Rotstift wütete auch im Budget für den sozialen Wohnungsbau, für die ärztliche Versorgung, für die Sozialfürsorge, für die Schulspeisung bedürftiger Kinder, für Lebensmittelgutscheine für 22 Millionen Menschen. Zwei Jahre später stellte die „Business Week", die Wochenschrift der Handels- und Geschäftswelt, fest: „Kampf gegen Armut scheint Schlacht auf verlorenem Posten zu sein." Welchen „Kampf" wollte die Zeitung beobachtet haben? War die Schließung der Washingtoner Behörde zur Bekämpfung der Armut nicht geradezu eine symbolhafte Handlung? Die „Business Week" konstatierte, daß trotz Wirtschaftswachstum die extreme Armut und die Haushalte mit sehr geringem Einkommen zunahmen. Die „Konjunktur" schuf sehr wenig gut bezahlte Jobs – in der Rüstungs- und Computerbranche, und die letzte befindet sich nun auch in Nöten –, jedoch unzählige schlecht bezahlte wie zum Beispiel im Dienstleistungsgewerbe. Die Administration applaudierte der Cleverness der „neuen Unternehmen" und schlug ihnen eine breite Schneise, indem sie zu verstehen gab, daß sie sich an die Auflagen der Equal Employment Opportunity Commission (der Anti-Diskriminierungsbehörde) nicht halten müssen. Die geforderte Chancengleichheit für Minoritäten und Frauen ging über Bord. Die Löhne für die Schwarzen und die Frauen lagen teils unter den Zahlungen der Sozialfürsorge.

Und wieder ein Jahr später, also 1984. „Chicago wird eine

Stadt des Hungers", stellte die „International Herald Tribune" fest. Knapp 30 Prozent der 3 Millionen Einwohner hungerten. Die Arbeitslosenziffer nahm langsam, aber stetig zu; für die rund 35 Millionen unter der Armutsgrenze lebenden Amerikaner änderte sich nichts; über 42 Millionen US-Bürger bezogen Wohlfahrtsbeihilfen ... Durch alle schlimmen Hiobsbotschaften hindurch klang eine Nachricht besonders bewegend: Der Präsident der amerikanischen psychiatrischen Gesellschaft, Dr. John Talbott, teilte mit, daß auf den Straßen möglicherweise nicht weniger als drei Millionen Menschen leben, die teils geistig derart geschädigt sind, daß sie nicht für sich selber sorgen können. „Es gibt kaum eine Gegend in unserem Lande, ob Stadt oder Dorf, wo man den Anblick dieser allgegenwärtigen zerlumpten, kranken, von Halluzinationen heimgesuchten menschlichen Gestalten nicht kennt, die durch die Straßen irren, zusammengekauert in schmalen Gassen sitzen oder über Abzugsschächten schlafen", hieß es im Bericht. Diese Bedauernswerten wurden irgendwann in den letzten Jahren aus den Kliniken entlassen, weil kein Geld mehr da war. Auf kommunaler Ebene sollten sie medizinisch und karitativ besser betreut werden. Doch die Kommunen zeigten sich finanziell ebenfalls außerstande, dieses Programm zu bewältigen. Bezeichnenderweise erfuhr man zur selben Zeit, daß einige Bundesstaaten die eine und die andere psychiatrische Klinik zu Gefängnissen umfunktionierten.

Journalisten aus allen Teilen der Welt, die das reichste Land der Erde kreuz und quer bereisten, kehrten konsterniert zurück und berichteten über ehemals florierende Zentren des Bergbaus und der Stahlerzeugung, in denen Arbeitslosigkeit und alle Formen der Armut erschreckende Ausmaße angenommen hatten. In einem Land mit hochmoderner Industrie und Technik, rationellster Farmbewirtschaftung, ungezählter Bodenschätze und finanzieller Ressourcen, entwickelter Wissenschaft mußten die verwüsteten Slums und unterernährten Kinder, jugendlichen und alten Bettler, die Verkommenheit der Drogensüchtigen und die Verzweiflung der Arbeitslosen und der ethnischen Minderheiten wie Bilder aus einer anderen Welt anmuten. Wie konnte ein und dasselbe Land auf eine so schreiende Art und Weise zweigeteilt sein? Als bedrückend empfanden die ausländischen Gäste auch die öffentliche Zurschaustellung des unermeßlichen Reichtums der Privilegierten.

Spencers Philosophie fand willige Schüler: Reagan und seine Mannen nehmen dem, der nicht gedeiht, und geben denen, die gedeihen. Die beklemmende soziale Unbefangenheit der Konservativen wollen Soziologen als den wiederentdeckten Glauben an die gottgewollte Sendung der Reichen herauskehren. Was sie zur „konservativen Revolution" hochstilisieren, ist nichts weiter als

die Demontage der von Franklin D. Roosevelt eingeleiteten sozialen Maßnahmen zur Überwindung schärfster Mißverhältnisse. Die Präsidenten nach ihm fühlten sich mehr oder weniger an dieses Programm gebunden, und Lyndon B. Johnsons Konzept von der „Großen Gesellschaft" aus den sechziger Jahren verpflichtete den Staat zur sozialen Fürsorge. Die Diskrepanz zwischen arm und reich bestand in den USA schon immer, doch nun, da alle sozialen Rücksichten fielen und Protz und Klunker schamlos zur Schau getragen wurden, gedieh dieser Exhibitionismus zur widerwärtigsten Verhöhnung der Bedürftigen.

Das BRD-Journal „Spiegel" schrieb im September 1981: „Während Ronald Reagan im Ausland vornehmlich als der entfesselte Aufrüster gesehen wird, der Billionen Dollar für das größte Militärprogramm der amerikanischen Geschichte ausgeben will, erleben ihn die Amerikaner vornehmlich als strikten Zuchtmeister, der sich anschickt, sein Volk zu den einfachsten Werten des 19. Jahrhunderts zurückzuführen: in eine Zeit, da sich freies Unternehmertum ohne lästige staatliche Auflagen und weichliche Rücksichten auf die Allgemeinheit entfalten konnte; in der das Zurschaustellen von Reichtum als soziale Tat galt, weil es die unteren Schichten zur Nachahmung anfeuerte; in der sich die Armen noch nicht einbildeten, ein Anrecht auf Unterstützung zu haben, sondern bescheiden mit der Mütze in der Hand ihre Almosen aus der Hand wohltätig Gesinnter entgegennahmen."

Reagans einzige Erfahrung mit den „einfachsten Werten" amerikanischer „Pioniere" dürfte aus seiner Filmzeit herrühren, aus der allamerikanischen Verinnerlichung sentimentaler Grenzer- und Westernidylle, in denen Härte und Schießwütigkeit lediglich Episoden zur Erringung der Normalität bedeuten. Die Darstellungen robusten Individualismus, von rauhen Männern mit den weichen Herzen sind verlogene Bilder, die der wahrhaften Geschichte, von großen Literaten aufgeschrieben, hohnsprechen. Natürlich gab es Solidarität und Gemeinschaftssinn, doch diese sozialen Eigenschaften und Bindungen fand man ausnahmslos in jenen Klassen und Schichten vor, die Reagan garantiert nicht zu den symbolträchtigen „Pionieren" rechnet.

Des Präsidenten Marsch in die Vergangenheit ist ein Tapsen in den Legenden der amerikanischen Geschichte. Nicht die tatsächlichen Volksheroen haben Reagan inspiriert, und von diesen gab es wahrlich eine Fülle, sondern die bigotte Herzlosigkeit und soziale Rücksichtslosigkeit der Männer, die Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts die „Intelligenz" aufbrachten, durch harte und ungeschminkte Ausbeutung, durch Lug und Trug ihre Millionen zu ergaunern. Der Lebensweg der Familie Rockefeller steht stellvertretend für den Werdegang manch anderer „Pioniere". Die Fernsehserien „Dallas" und „Denver", die in den USA fast 80 Mil-

lionen Fernsehzuschauer hatten, sind die trivialen Fragmente des Profitkrieges.

Nicht der familiäre Clinch entscheidet über die Höhe der Konten, sondern die millionenfache Ausbeutung. Und letzteres ist mit klinischer Gründlichkeit aus diesen Millionärsgeschichten weggeputzt. Auch Reagans „einfache Werte" verschleiern die simple Wahrheit, daß auch die USA ein Produkt härtesten Klassenkampfes sind.

Mit einem derartigen Rückgriff in die Vergangenheit hatten die meisten nicht gerechnet. Auch sie hielten Sparsamkeit für das Gebot der Stunde, jedoch nicht auf Kosten der Armen. Im September 1981 fand sich in Washington vor dem Kapitol fast eine halbe Million Menschen ein, um gegen diese Rückkehr in die zynischste Form des Kapitalismus zu protestieren.

Im Weißen Haus jagte ein rauschendes Fest das andere, nicht weit von dieser Stätte erfror ein Obdachloser, der sich dort zur Nacht gebettet hatte. George Gilder beschwor: „Davon, wie ein Land seine Reichen ansieht, hängt die Gesundheit seiner Wirtschaft ab." Er predigte: Erst wenn die Reichen immer reicher werden, fällt auch etwas für die Armen ab. Es ist eine Art Sickertheorie. Wo viel ist, da sickern auch Tropfen hinab. Die Bedürftigen müßten lernen, diesen Tropfen nachzulaufen und sie aufzufangen, und nicht im Bewußtsein leben, der Staat würde seine Kinder schon ernähren.

Dieser Irrwitz schließt folgerichtig ein: Den Armen müssen die „Vergünstigungen" genommen, den Reichen durch Steuergeschenke gegeben werden. Denn die einen werden durch „Staatsgeschenke" faul und arbeitsscheu, die anderen hingegen lassen das Kapital zum Frommen und Nutzen der Gesellschaft hecken.

In dieses Weltbild paßt auch die Verkündung, daß die Nichtshaber sich private und karikative Spender suchen sollten, in „Not" geratene Industrielle und Bankiers jedoch das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen dürften, den Staat um Unterstützung anzugehen. „Weniger Staat" für die Armen, doch „mehr Staat" für die Reichen, denn Sozialfürsorge sind unwiederbringlich verlorene Gelder, Steuergeschenke dagegen sind zukunftsträchtige Investitionen. Das hat sich zwar als staatsruinöse Illusion erwiesen, doch ungeachtet dessen wird an der Vorstellung festgehalten, daß es schlechte und gute Vergünstigungen gibt. Belohnung für den, der es zu etwas gebracht hat, Bestrafung für diejenigen, die es nicht geschafft haben, im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" etwas zu ergattern. Der Weg „amerikanischer Pioniere" steht jedem offen.

Der Wilde Westen lebt noch. Sei der Schnellere, zieh als erster! Das gilt noch heute. Reagan selbst „erarbeitete" sich die Millionen auf die eine und die andere Art, insbesondere durch Bo-

Glanz und Glamour geben den Rahmen für den Präsidenten der Reichen. Mit den Cowboystiefeln, einem Geschenk aus Texas, soll er „[illegible]" mit der Opposition umgehen. Schmerzhafte Tritte spürten die Arbeitslosen schon seit seinem Amtsantritt

denspekulationen. Diesen gottgefälligen Aufstieg, so meint er, kann jeder nachvollziehen. Es wäre müßig nachzugraben, ob Reagan an diese Vorstellungen tatsächlich glaubt oder sie nur als demagogisches Argument nutzt. Entscheidend ist, daß mit dem 40. Präsidenten ein offener schamloser Reichtumswahn an die Macht gelangte.

Frühere Präsidenten waren ebenfalls reich und gingen kostspieligen Vergnügungen nach: Kennedy war Millionär, die Erdnußfarm ließ Carter nicht verhungern, auch Nixon und Johnson wußten ihre Anteile in Sicherheit zu bringen – jedoch lag über allem Reichtum und seiner Nutzung immer noch ein verbliebener Rest von verschwiegener Zurückhaltung, sozusagen ein Erbgut religiöser Tradition, nicht den Neid des Nachbarn zu erregen. Was nun ins Leben trat, war ein lauter, öffentlich dargebotener parasitärer Lebensstil. Nicht der „Reichtum an sich" sei zu bemängeln, meinte der demokratische Senator Riegle aus Michigan bei einer Anhörung pikiert, sondern die fehlende Sensibilität für Menschen, die keine Millionäre sind. Aus dem schönen Kalifornien folgten „ihrem" Präsidenten viele Millionärsfamilien nach Washington, wo sie nun seit 1980 den gesellschaftlichen Ton angeben. In ihr elitäres Geplauder über Mode und Schmuck mischen sich angewiderte Bemerkungen über eine Welt, in der sich die „unteren Schichten, die schlimmsten Elemente der menschlichen Natur austoben", wie der US-Publizist Gregg Easterbrook mitteilte. Doch aus diesen gesellschaftlichen „Niederungen" rekrutierten sich auch Wählerstimmen, und der Präsident zeigte sich hin und wieder „interessiert", gefilterte Berichte aus diesen Bereichen an sich heranzulassen. „Nach Aussagen derjenigen, die ihn kennen, ist Reagan, wenn er nicht in seiner Clique auftritt, ein ausgezeichneter Zuhörer. Er zeigt Interesse für das, was die Leute ihm berichten, ja Mitgefühl. Wird ihm eine traurige Geschichte erzählt, ist er ehrlich gerührt. Kehrt Reagan jedoch in den Glanz seiner gesellschaftlichen Kreise zurück, beginnen die Korken zu knallen, prickeln die Champagnerperlen in der Nase, und schon vergißt er, was ihn eben noch beschwerte", berichtete Easterbrook und fuhr fort: „Aus welchen persönlichen Gründen auch immer Reagan seine Freunde wählen mag – warum sie *ihn* gewählt haben, liegt auf der Hand. Die republikanische Oberschicht braucht einfach jemanden, der aufrichtig an eine Politik glaubt, die den Gesalbten keine Ungelegenheiten bringt." Dieser Aspekt deutet darauf hin, daß der Präsident der Reichen den Main-Street-Habitus nicht abgelegt hat, der ihn prädestiniert, die Sprache seiner Landsleute zu treffen.

Eine dieser „mitfühlenden" Regungen zeigte Reagan, als ihm mitgeteilt wurde, daß viele Millionen Amerikaner hungern. Er gab sich schockiert. Die Reaktion darauf, ob echt oder theatralisch,

schuf Nachdenklichkeit bei vielen seiner Zeitgenossen und ließ die Fragen zu: In welcher Sphäre schwebt dieser Mann? Liest er keine Zeitungen? Wie kann ihn längst Bekanntes derart erschrekken? Der „Entdeckung" des grassierenden Hungers folgte etwas für den Präsidenten Bezeichnendes: Er delegierte diese unerfreuliche Angelegenheit an eine Kommission, die den Ursachen des Hungers nachspüren sollte, ließ Überschußkäse verteilen – und sanierte den Haushalt weiterhin durch Kürzungen der Sozialfonds und Streichungen der Armenbeihilfen. Die eingesetzte Kommission sandte eine Schreckensmeldung nach der anderen, des Präsidenten Augen waren längst auf Größeres gerichtet: auf die militärische Stärkung Amerikas und seine weltbefreiende Mission.

Doch im Wahlkampf 1984 zeigte sich Reagan wieder als einfühlsame Seele, wenn er vor Arbeitslosen, vor Afroamerikanern und den in allen Lebensbereichen benachteiligten Frauen sprach und über Abhilfe ihrer Misere fabulierte. Die Herauskehrung des Parasitismus und der sozialen Gewissenlosigkeit seines Freundeskreises hätte ihm nie den Präsidentenstuhl, nicht einmal den kalifornischen Gouverneursposten beschert, wahrscheinlich auch nicht die Bekanntschaft und Freundschaft mit seinen mächtigen Gönnern.

Als Reagan ins Weiße Haus einzog, setzte eine kleine Völkerwanderung ein. Kalifornier sickerten massenhaft in die Verwaltungen ein, selbst Sekretärinnen wurden eingeflogen. Das greise „Küchenkabinett" ankerte in Washington, entweder in persona oder in Vertretung von Lobbyisten; im Regierungssitz umgaben den Präsidenten altbekannte Gesichter. Der einstige fidele Barpianist Michael Deaver erklomm die Stufe eines politischen Arrangeurs im Weißen Haus. Der Musiker und steinreiche Filmproduzent Charles Z. Wick schlüpfte in die Rolle des Chefpropagandisten. Weinberger wurde das fünfeckige Verteidigungsministerium zugewiesen. Jeder fand seinen Stuhl und Schlupfwinkel. Vor den Augen politischer Insider und Kenner der diplomatischen Bühne vollzog sich ein beunruhigendes Schauspiel. Sachwalter einiger politischer Gebiete, erfahrene Fachleute packten ihre Koffer und machten Politlaien Platz, die weder über innen- noch außenpolitische Erfahrungen verfügten.

Das ungewöhnlichste Beispiel eines steilen Aufstiegs lieferte der Reagan-Freund William P. Clark. Er wurde Nummer 2 im Außenministerium, obgleich die landesübliche Bestätigungsprozedur durch einen Senatsausschuß zur Katastrophe geriet. Ein Teilnehmer erinnerte sich: „Er konnte mit den Begriffen Entspannung und Dritte Welt nichts anfangen. Auf die Frage nach den Namen der Ministerpräsidenten von Südafrika und von Simbabwe antwortete er: ‚Da müßte ich raten.' Er hatte keine Ahnung, in welchen europäischen NATO-Ländern der Widerstand

gegen die vorgebliche Nachrüstung am größten war oder was in der britischen Labour Party vor sich ging. Sollten die USA Taiwan anerkennen? Clarks Auskunft damals: ‚Ich glaube, es wäre sehr gefährlich für mich, wollte ich dazu eine persönliche Meinung äußern.'" Gleichwohl übernahm Clark das Amt eines stellvertretenden Außenministers. Den einzigen Vorzug, den er ins Geschäft brachte, war seine unbedingte Ergebenheit gegenüber Reagan. Der Publizist Joseph Kraft spottete über ihn: „Wenn er mitten in einem San Franciscoer Erdbeben säße, könnte er sich nicht entscheiden, ob er für oder gegen das Erdbeben ist, bevor er nicht herausgefunden hat, ob dessen Folgen gut oder schlecht für Ronald Reagan sind." Beide, Chef und Mitarbeiter, hängen einer Ideologie an, in der nur Gut und Böse Platz haben und auf komplizierte Fragen einfache Antworten folgen.

Als auf Grund einer Bestechungsaffäre der Sicherheitsberater des Präsidenten, Richard Allen, gehen mußte, übernahm Clark diesen Posten. Allens Geistesgaben galten schon als recht bescheiden, doch sein Nachfolger, von dem es hieß, daß er „der lebende Beweis dafür sei, daß stille Wasser auch seicht sein können", glänzte lediglich durch seinen „konservativen Instinkt, der sich mit dem des Präsidenten deckt", wie Beobachter urteilen. Über Clarks Schreibtisch gingen alle wesentlichen Informationen und Ratschläge aus dem State Department, dem Pentagon und der CIA. Der Sicherheitsberater bewertete die Materialien und wählte sie, je nach Vorstellung ihrer Wichtigkeit, für den Präsidenten aus und beeinflußte so dessen Entscheidungen.

Realistisch denkende Politiker, wie der Senator Fulbright, nahmen Männer wie Clark unter Beschuß: „Die einflußreichsten Leute im Weißen Haus, nämlich diejenigen, die in der Außenpolitik den Ton angeben, sind alles Neulinge. Ohne jede Erfahrung in einer früheren Administration, und das macht die Sache so fatal." Und weiter: „Sie stammen aus Hollywood, und in der traditionellen Hollywood-Manier gehen sie auch an Konflikte heran. Ich finde es schon sehr traurig, daß ein so großartiges Land wie Amerika ein politisch so unfähiges System hat, daß Ignoranten zu Führungspersönlichkeiten aufsteigen können. Mir ist keine Regierung bekannt, wo solche Zustände herrschen."

Schließlich versetzte Reagan seinen Freund auf den Posten eines Innenministers. Ob Reagan dem Druck der Kreise nachgegeben hatte, die in Clark einen inkompetenten Mann sahen, war nicht deutlich auszumachen. Nach der Wahl 1984 zog sich Clark vollends zurück, was mit einem vielseitigen Aufatmen quittiert wurde.

Die hämischen Erwartungen der Außenstehenden, die mit erfahrenen Blicken die Reagan-Mannschaft schon von Beginn an richtig taxiert hatten, gingen in Erfüllung. Der Kompetenzstreit

und das Gerangel, so nah wie möglich am Ohr des Präsidenten zu sein, waren programmiert. Haig, ein Nichtkalifornier in dieser Riege, wurde das erste Opfer der Intrigen. Ihm halfen auch nicht so abenteuerliche Auslassungen, daß es Wichtigeres als den Frieden gäbe, und über den „internationalen Terrorismus", dessen Feldherren im Kreml säßen. Ein Gespür von Realismus bewies er, als er Weinbergers Vorstoß mit der Neutronenwaffe abwiegelte und sich widersetzte, daß man die europäischen Bündnispartner auf schamloseste Art behandelte und hinterging, ihnen die wirrsten Kriegspläne offerierte und ihre Geiselrolle in einem „gewinnbaren Atomkrieg" als selbstverständlich nahm, um dann, als die unausweichlichen Proteste auf den Straßen europäischer Städte laut wurden, sie des „Antiamerikanismus", „Neutralismus" und der „Feigheit" zu bezichtigen. Weinbergers Mannen und Clark setzten den Außenminister matt. Obgleich im Antisowjetismus von keinem übertroffen, auch nicht in der Forderung nach höherer Rüstung, schien er den Kaliforniern nicht suspekt, auch fürchteten sie seinen Ehrgeiz.

Nun war sie wieder unter sich, die Mafia aus Kalifornien. In der Regierung saß und sitzt kaum einer, der nicht zuvor in irgendeinem Aufsichtsrat oder einem Vorstandssessel großer Firmen sein Millionenvermögen zusammengebracht hat. „Daß einige Ministerposten in Washington mit Spitzenmanagern besetzt werden, ist in den letzten Jahrzehnten zur Regel geworden", schrieb die „Frankfurter Allgemeine". „Daß gleich zwei der wichtigsten Regierungsämter mit Spitzenmanagern aus ein und demselben Unternehmen besetzt werden und das gleiche zusätzlich auch noch einen Staatssekretär stellt, ist jedoch auch für amerikanische Verhältnisse ungewöhnlich, um nicht zu sagen einmalig. Dieser Rekord wird zur Zeit von der Bechtel-Gruppe gehalten."

Die Bechtel Group Inc., San Francisco, zählt heute zu den größten Ingenieurbau-Konzernen der westlichen Welt. Die Hälfte aller amerikanischen Kernkraftwerke, die Transalaska-Ölleitung, das James-Bay-Staudammprojekt in Kanada, die saudiarabische Stadt Jubail und andere Großaufträge liefen und laufen über Bechtels Auftragsbücher. Projekte in 21 Ländern schaffen dem Konzern einen Jahresumsatz von mehr als 11 Milliarden Dollar. Der Aufstieg dieses kalifornischen Riesen verlief ähnlich wie bei anderen Giganten in dieser Region über die Verbindung zwischen Politik und Kommerz. 1898 trieb der deutschstämmige Warren Bechtel seine Maultierkolonnen im Dienste des Eisenbahnbaus in Oklahoma durch die Lande. Im Bohemian Club, damals wie heute die exklusivste Vereinigung von Kapital und Politik – auch Reagan gehört diesem Club an –, lernte Bechtel den künftigen Präsidenten Herbert Hoover kennen. Als dieser im Weißen Haus saß, vermittelte er seinem Freund einen riesigen Talsperrenbau in Co-

lorado Während des zweiten Weltkrieges griff die Bank of America dem Sohn, Stephen Bechtel, hilfreich unter die Arme für den Bau von Kriegsschiffwerften. In jenen Jahren war John McCone, der spätere Chef der CIA, Bechtels engster Kompagnon. Aus einer Investition von 100 000 Dollar für den Werftbau erwuchs ein Profit von 44 Millionen Dollar. 1983 saß Stephen Bechtel sen. auf einem Privatvermögen von 750 Millionen Dollar.

Stephen Bechtel jun. heuerte Richard Helms an, der spater die CIA übernahm. Durch ihn wirkte er unmittelbar auf die Außenpolitik ein, als es um die Bewaffnung Saudiarabiens mit den modernsten Flugzeugen ging. In dieser Zeit amtierte schon Bechtel-Vizepräsident Caspar Weinberger im Pentagon. 1982 löste George Shultz, Präsident der Firma Bechtel, den Außenminister Alexander Haig ab. Als dritter Bechtel-Boy besetzte W. Kenneth Davis den Stuhl eines Staatssekretärs im Energieministerium. Über dieses läuft die Auftragsvergabe für die Herstellung von Kernsprengköpfen, die somit nicht im Pentagon-Budget auftauchen.

Nach wie vor ist der Bohemian Club die feudale Örtlichkeit, in der Minister und Politik gemacht werden, fern von der Straße und ihrem Treiben. An dieser Stätte gedeihen elitäres Denken und soziale Skrupellosigkeit, und wie Augen- und Ohrenzeugen berichteten, wurden hier im Kreise des „Küchenkabinetts" die Leitlinien der Reaganschen Politik festgelegt. Man war nicht zimperlich im Umgang mit der Zukunft von Millionen Menschen. In der gediegenen Atmosphäre der Millionäre entschieden sich die Fragen über Wohl und Wehe des Landes.

Im Kabinett der Millionäre, auch „Kabinett der fetten Kater" genannt, finden wir neben Weinberger und Shultz mindestens acht weitere Multimillionäre. So Malcolm Baldrige, Handelsminister und ehemals Vorstandsvorsitzender des multinationalen Scovill-Konzerns; John Block, Landwirtschaftsminister, dessen Vermögen aus dem Direktorenposten des Illinois Farm Bureau, des größten Exporteurs landwirtschaftlicher Produkte, herrührt; William Casey, CIA-Chef und vormals Rechtsanwalt der Geldaristokratie; Arbeitsminister Raymond Donovan kratzte als Spitzenmanager der Baufirma Schiavone ein beachtliches Vermögen zusammen, auf nicht ganz legale Art, wie ihm dann nachgewiesen wurde, was die Abdankung zur Folge hatte; Justizminister William French, 1985 durch Edwin Meese abgelöst, ist Mitinhaber eines der größten Anwaltsbüros in Los Angeles; der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses Baker ist ein reicher Südstaatensproß usw. Multimillionäre, Millionäre und Fast-Millionäre sind unter sich.

Die kalifornische Mafia stellt ein machtvolles Ensemble dar, dessen Hauptdarsteller nur ein Ziel verfolgen: die Militarisierung Amerikas auf Kosten der Werktätigen. Immer mehr Wirtschafts-

zweige werden vom Militär-Industrie-Komplex absorbiert; immer mehr Dienstleistungsbereiche werden zu direkten oder indirekten Betreuern der Rüstungsmonopole und der Milliardäre und Millionäre.

Im November 1984, nur wenige Tage nach der Wiederwahl Reagans, erhob eine Instanz ihre Stimme, die nichts Gottgefälliges in der Wirtschaftspolitik des Präsidenten zu entdecken vermochten. 300 katholische Bischöfe, Sprecher für ungefähr 52 Millionen Amerikaner, mußten es wissen. „Die Tatsache, daß mehr als 15 Prozent der Bevölkerung unserer Nation unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, ist ein sozialer und moralischer Skandal." Weiter heißt es im Hirtenbrief: „Alle Menschen besitzen Rechte im wirtschaftlichen Bereich, und die Gesellschaft hat eine moralische Verpflichtung, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, daß niemand von uns hungrig, obdachlos und ohne Arbeit ist oder ihm anderweitig die notwendigsten Dinge zu einem Leben in Würde verweigert werden." Nach dem mutigen Hirtenbrief gegen die Nuklearrüstung vom März 1983 war es nun der zweite Schritt an die Öffentlichkeit. Er bewies, daß sich selbst im konservativen Lager der Kirchen immer weniger Stimmen für eine patriotisch-fromm verbrämte Rüstungspolitik auf Kosten des sozialen Abbaus finden.

Das „Fenster der Verwundbarkeit"

Das Komitee gegen die vorhandene Gefahr setzte in seinem Ringen gegen den SALT-Prozeß einen alarmierend klingenden Begriff in die Welt: das „Fenster der Verwundbarkeit". Niemand konnte damit etwas Rechtes anfangen, selbst die Militärstrategen nicht. Ein Fenster, durch das dunkle Gefahren einzudringen drohen, klang mehr nach einem Hollywood-Spektakel als nach ernsthafter Politik. Reagan übernahm diese Version, daß sich in den achtziger Jahren ein Fenster öffnet, durch das Hunderte sowjetischer Interkontinentalraketen in den schutzlosen amerikanischen Raum eindringen. Das klang bedrohlich, doch diese Vorstellung widersprach den entsprechenden Annahmen und Veröffentlichungen der Carter-Administration, die von einer nuklearen Parität ausging.

Was vormals als strategischer Vorteil galt, geisterte nun in Reagans Rhetorik als tödliche Bedrohung. Der Großteil der sowjetischen strategischen Waffen ist bodengestützt, nur ein geringer Teil befindet sich auf U-Booten; in den USA dagegen sind etwa 50 Prozent der Kernsprengköpfe auf U-Booten disloziert, und etwa 25 Prozent trägt das strategische Luftgeschwader. Die mobilen Atomwaffen auf U-Booten und Flugzeugen galten als unangreifbar. Die bis dahin von den Vereinigten Stabschefs, dem höchsten militärischen Gremium, vertretene Meinung, die USA befänden sich durch das Triad-System (Einheit von landgestützten Interkontinentalraketen, kernwaffentragenden strategischen Bombern und nuklear bestückten U-Booten) in einer durchaus respektablen Situation, erklärte der Top-Mann des Militär-Industrie-Komplexes Reagan für falsch. Diese kernigen Aussagen eines militärpolitischen Laien brachte viele Fachleute gegen ihn auf.

Des Präsidenten Auslassungen über das Fenster, das sich von Jahr zu Jahr immer weiter öffnet, ähnelte der Kampagne über die „Raketenlücke", die Nitze Ende der fünfziger Jahre ins Leben rief und die dem Präsidentschaftskandidaten Kennedy Wahlmunition lieferte. Doch hier endet auch schon der Vergleich. Kennedy mußte nach seiner Wahl bekennen, daß die CIA ihn arg getäuscht hatte über die tatsächliche Zahl der sowjetischen Raketen. In Wirklichkeit bestand eine mehrfache amerikanische Überlegenheit. Reagan dagegen unterbrach auch nach der Wahl keinen Augenblick seinen Feldzug, das „Fenster der Verwundbar-

keit" sofort zu schließen. In der Regierungsmannschaft kursierten darüber die unterschiedlichsten Meinungen. So unsichtbar wie dieses Fenster nun einmal war, ließen sich darüber natürlich vielerlei Vermutungen anstellen.

Christopher Pain, Mitarbeiter im Stab des Bundes amerikanischer Wissenschaftler, zitierte im „Bulletin of the Atomic Scientists" ein Detail aus einer Pressekonferenz des Präsidenten vom Oktober 1981: „‚Herr Präsident', fragte ein Reporter ‚ab wann gibt es dieses Fenster der Verwundbarkeit genau? Wir hörten gestern, daß es schon jetzt vorhanden sei. Heute morgen sagte ein Beamter des Verteidigungsministeriums, es werde nicht vor 1984 oder 1987 existieren. Sehen wir uns ihm bereits gegenüber?'

Den Präsidenten schien diese Frage zu verwirren. Er antwortete: ‚Ich denke, in einigen Bereichen jetzt, ja.' Als Beispiel führte er das ‚schon lange bestehende Ungleichgewicht der Streitkräfte an der westlichen Front' an. ‚An der NATO-Linie sind wir weit abgeschlagen.' Und dann, einer plötzlichen Eingebung folgend, die in der Kriegsmarine einiges ins Rollen gebracht haben muß, fügte der Präsident hinzu: ‚Eben jetzt haben sie (die Sowjets) eine Überlegenheit zur See erreicht.'

Aber was hatte das alles mit der Verwundbarkeit unserer Raketensilos zu tun?"

Das schien eine berechtigte Frage von Pain zu sein. Was hatten die „NATO-Linien" und die Kriegsmarine mit dem „Fenster der Verwundbarkeit" zu schaffen? Dieses Fenster wurde erfunden, um auf die angeblich verwundbaren Raketensilos hinzudeuten. Waren schon die Einschübe über das „Ungleichgewicht der Streitkräfte" und die „NATO-Linie", die ja in Europa liegt, ein Unsinn, denn das vermaledeite Fenster befand sich doch angeblich in den USA, so zeigte sich das Gerede über die verwundbaren Raketensilos als gleichermaßen unannehmbar. Sie waren nicht mehr und nicht weniger verwundbar als die sowjetischen, der ABM-Vertrag von 1972 (Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme) hatte diese Verwundbarkeit festgeschrieben. In seiner Verwirrung, daß Mitarbeiter seiner Regierung das Fenster noch nicht offen wähnten, wich Reagan schließlich auf ein Gebiet aus, das nun nach Ansicht aller Experten zur stärksten Militärbastion der USA zählt: die Kriegsmarine. Einer dieser Fachleute, Roger Molander, meinte, diese Äußerung des Präsidenten „zeigt, wie wenig er von der Materie versteht. Wenn es einen Bereich gibt, in dem die Vereinigten Staaten anerkanntermaßen überlegen sind, dann ist es die Marine – U-Boote, Anti U-Boot-Kriegführung, Flugzeugträger, Marinerüstungen, überall." Es ist in diesem Zusammenhang bedeutungslos, ob diese Analyse stimmt oder ob auf diesem Gebiet die Sowjetunion gleich stark ist. Entscheidend ist, daß ein Präsident eine der stärksten Kriegs

waffen seines Landes in Zweifel zog. Marineminister Lehman, ein Superfalke, frohlockte über die „plötzliche Eingebung" des Prasidenten und brachte in der Tat einiges „ins Rollen". Seine Klagen, die US-Marine könne gerade nur so auf anderthalb Meeren ihre Funktion wahrnehmen, ansonsten sei sie der Sowjetmarine schutzlos ausgeliefert, zeitigten Erfolg. Die Kriegsschiffswerften, die Zulieferer für Elektronik und Waffen erlebten einen ungekannten Boom. Nun ist die Frage allerdings berechtigt, ob es sich tatsächlich nur um eine „plötzliche Eingebung" des Präsidenten handelte, oder ob da nicht ungewollt etwas heraussprudelte, was schon längst in Vorbereitung war. Das neue Trident-U-Boot-System und die modernen seegestützten Raketen und Marschflugkörper fielen nicht plötzlich auf den beglückten Lehman herab, sondern waren lange vorher konzipierte Systeme der Rüstungsindustrie, die diese dem Staat längst avisiert hatte. Es war wieder einmal der Militär-Industrie-Komplex, der den technologischen Vorreiter spielte und der Regierung nun anheimstellte, Mittel und Wege zu finden, diese Neurüstung der Öffentlichkeit als unabdingbar für die Sicherheit der USA schmackhaft zu machen. Das „Fenster der Verwundbarkeit" hatte sein konzeptionelles Pendant in der Kläglichkeit der Marine, die gerade nur für „anderthalb Meere" taugte.

Diese Öffentlichkeitsarbeit übernahmen das Komitee gegen die vorhandene Gefahr und die vielen Institutionen und „Denkschulen" der neuen Rechten. Sie hinterließen bei vielen Kongreßabgeordneten eine zwiespältige Meinung zum Sinn von Rüstungsbegrenzungsgesprächen. Der Torpedo gegen die SALT-II-Vereinbarung stand kurz vor der Detonation. Im Kongreß befanden sich viele einerseits unter dem Druck der Öffentlichkeit, die SALT-Vereinbarung zu ratifizieren, andererseits hatte die neue Rechte das Feld für eine neuerliche Politik der Stärke längst bestellt, und die Saat ging auf. Die MX als Riegel für „das Fenster der Verwundbarkeit" schien vielen Abgeordneten passabel, und so votierten sie für SALT II und für die MX. Carter genehmigte das MX-Programm in der Hoffnung, SALT zu retten, doch SALT kam für die Mehrheit des Senats nicht mehr in Betracht. So verschwand SALT II vom, und die MX blieb auf dem Tisch, als Reagan ins Weiße Haus einzog.

Der 40. Präsident artikulierte sofort vor der Öffentlichkeit, die Fortführung des MX-Programms sei notwendig, um das „gestörte nukleare Gleichgewicht" wiederherzustellen, das „Fenster der Verwundbarkeit" zu schließen und aus der Position der Stärke die Sowjetunion zu Verhandlungen zu bewegen. Über den Wert der letzten Aussage bestand in der Umgebung Reagans eine einheitliche Meinung: erst Stärke, dann, auch nur eventuell, Verhandlungen. Sie scheute Verhandlungen, und Richard Burt, Unterstaats-

sekretär im State Department, nun Botschafter in der BRD, gab den Grund an: „SALT stellte in gewisser Weise für die Russen eine Begünstigung dar, weil es ihnen zeigte, daß sie eine ebenbürtige Supermacht sind. Den größten Teil der Nachkriegszeit waren sie die Nummer 2. Die Tatsache, daß wir uns mit ihnen zusammensetzten und daß die Zeitungsreporter der ganzen Welt sahen, wie Nixon und Breshnew mit Sekt anstießen, war für sie der Beweis, daß sie sich als ebenbürtige Supermacht durchgesetzt hatten. Diese Vorstellung wollen sie erhalten, so daß, politisch gesehen, der ganze SALT-Prozeß, der bilaterale Charakter von SALT, für die Sowjetunion ein Vorteil war." Burt fragte nicht, was SALT eigentlich beinhaltete, ihn irritierte, daß überhaupt die Sowjetunion und die USA an einem Tisch saßen und sich somit als gleichwertige Partner zu erkennen gaben. Nur einer könne die Nummer 1 sein und schließe die Gleichwertigkeit des anderen aus. Dies und auch andere Gründe waren maßgebend, daß die Reagan-Administration anderthalb Jahre allen sowjetischen Angeboten und den Forderungen der eigenen Verbündeten widerstand, die Gespräche über Rüstungsbegrenzung aufzunehmen. Die großartigen, in der Geschichte der USA wohl einzigartigen Friedensdemonstrationen dürften den letzten Ausschlag gegeben haben, sich widerwillig der Verhandlungsprozedur zu unterwerfen.

Dieser Zurückhaltung stand das fast hektische Aufrüstungsfieber entgegen. Alle vier Teilstreitkräfte erhielten fette Teile des Kuchens oder den Trost, diese sehr bald in den Händen zu haben. Auch Marineminister Lehman durfte des Materials sicher sein, einige Meere mehr als nur „die anderthalb" befahren zu können. Da plötzlich zeigte sich einer seiner Mitarbeiter als widerborstig. Admiral Rickover, den man den Vater der nuklearen US-Unterseeflotte nennt, übte am Ende seiner Laufbahn (1982) heftige Kritik am Pentagon. Er machte es verantwortlich für das zügellose Wettrüsten und die immensen Ausgaben, für die sich Amerika, wie er sagte, „nicht Sicherheit, sondern den Untergang erkaufen wird". Der Greis, in den USA fast eine legendäre Gestalt, knurrte, daß er seine Geschöpfe am liebsten auf den Meeresgrund setzen würde. Wieder einmal war es ein Admiral, dem die unerträgliche Kluft zwischen tatsächlichen Verteidigungsbelangen und den weltumspannenden aggressiven Strategien den Mund öffnete. Er wußte, wovon er sprach. Die Atomsalve eines einzigen U-Bootes der Ohio-Klasse besteht aus 24 Trident-Raketen mit jeweils 24 Sprengköpfen, das heißt 576 Ziele können anvisiert werden.

Seltsamerweise zog Reagan die see- und luftgestützten Atomwaffen nicht ins Kalkül, als er über das „Fenster der Verwundbarkeit" lamentierte. Der immense Vorsprung der USA in der Zahl der Atomsprengköpfe gegenüber der Sowjetunion fiel unter den

CIA Chef William J. Casey liefert dem Präsidenten die „Beweise" für die „offenen Fenster". Außenminister Alexander Haig bringt im Auftrage Reagans die „Erkenntnisse" in die Weltöffentlichkeit. Verteidigungsminister Caspar Weinberger (Spitzname: „die Knife — das Messer") und NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers teilen an den „offensiven Verteidigungsstrategien".

Tisch. Dem Präsidenten erschienen nur noch die Interkontinentalraketen als das eigentliche „destabilisierende Element".

Das hatte Methode, wie sich später herausstellte, als die US-Unterhändler in den Verhandlungen den Abbau der sowjetischen Raketen forderten, ohne eine gleichgewichtige Reduzierung ihrer see- und luftgestützten Waffen anzubieten. Eine ähnliche Position bezogen die Unterhändler in den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen. Weder die englischen noch die französischen Raketen und schon gar nicht die vorgeschobenen see- und luftgestützten Basen stellten sie zur Disposition. Die sogenannte Null-Lösung war blanke Demagogie und Dummenfang.

Und wie gedachte der Präsident, das „Fenster der Verwundbarkeit" zu schließen? Oder besser gefragt, was schleppten die Rüstungsfirmen heran, dieses fiktive Fenster zu verbarrikadieren? Beispielsweise 100 MX-Raketen. Die MX ist die gewaltigste US-Rakete. Mit einem Gewicht von 90 Tonnen und einer Länge von 22 Metern stellt sie die bisherige Interkontinentalrakete vom Typ Minuteman III in den Schatten, auch an Vernichtungskraft und Treffsicherheit. Die MX ist mit zehn individuell steuerbaren Kernsprengköpfen des Typs MK 12 A ausgerüstet. Jeder hat die sechsundzwanzigfache Sprengkraft der Hiroshimabombe. Somit trägt eine einzige MX die zweihundertsechzigfache Vernichtungskraft.

Mit diesem Raketenmonster schlug sich schon Präsident Carter herum. Er wollte die MX unterirdisch in verbunkerten Kanälen auf Fahrzeugen hin- und herfahren lassen, um sie unauffindbar zu machen; eine unfinanzierbare Idee, die jedoch das, wenn auch sehr fragwürdige, Plus besaß, daß man sie nicht so ohne weiteres als Erstschlagwaffe qualifizierte. Reagan entschied anders. Ihm schwebte die Lösung von „dicht gepackten Batterien" in gehärteten Silos vor. Das jedenfalls redeten ihm die Berater als die zuverlässigste Methode ein. Sie wollten auf eine nicht recht durchschaubare Art errechnet haben, daß eine gegnerische Rakete nicht genüge, das Silo zu knacken. Mehrere anfliegende Körper würden aber über dem Ziel miteinander kollidieren und sich gegenseitig ausschalten. Einige Kritiker witzelten darüber, andere nahmen die Sache ernster. Es könne nicht bewiesen werden, daß diese Bündelung unverwundbar sei, außer durch eine reale nukleare Feuerprobe. Einen Sinn ergäbe es jedoch, wenn man sich die MX als Erstschlagwaffe denke. Dieser Feststellung schlossen sich viele Politiker und Militärfachleute an.

Das MX-Programm lief, und Reagan überraschte die Öffentlichkeit, als er dieser Rakete den Beinamen „Friedensbewahrerin" gab. Die Idee zu dieser Taufe gab ihm sein damaliger stellvertretender Außenminister William Clark. Dieser kalifornische Altfreund trennte sich von seiner Cowboykluft genauso ungern wie

vom Colt seines Großvaters, der einst Sheriff war und seine Waffe liebevoll „Friedensbewahrerin" nannte.

Ab 1986 soll die MX zur Verfügung stehen, ein fetter Brocken für die Rüstungsfirma Martin Marietta sowie für die Zulieferer United Technologies und General Electric. Nun ist die beachtliche Diskrepanz zwischen der Vorgabe, eine friedensstiftende Rakete in Auftrag gegeben zu haben, und ihrem tatsächlichen Verwendungszweck nicht zu übersehen. Und Reagan selbst anerkannte, laut „Time" von Anfang Dezember 1982, „das Argument, daß die ICBM-Sprengladungen (nukleare Ladungen auf interkontinentalen ballistischen Raketen), die so schnell gegen ihre Ziele eingesetzt werden können, potentielle Erstschlagwaffen sind". Nun war es heraus. Der militante Reagan-Berater Colin Gray hatte schon vorher gesagt, die MX-Rakete sei „das Waffensystem eines Landes, das sich entschlossen hat, sich auf einen tatsächlichen Kampf vorzubereiten".

Eine der Begründungen für das MX-Programm lautet: Die Sowjetunion habe die Fähigkeit entwickelt, ihre Raketen mit Mehrfachsprengköpfen auszurüsten (MIRV – Multiple Independently Targetable Re-Entry Vehicle), von denen jede der Sprengladungen ein anderes Ziel ansteuern kann.

Rechnete Reagan mit der Unwissenheit seiner Landsleute?

Prompt kamen die Entgegnungen, die auf die SALT-I-Verhandlungen hinwiesen. In diesen lehnten es die USA strikt ab, ihre MIRV-Technologie überhaupt zur Debatte zu stellen, sie wollten diesen strategischen Vorteil nicht aus der Hand geben. Herbert Scoville, ehemaliger stellvertretender CIA-Direktor, gab die Antwort: „Die Vereinigten Staaten hatten gegenüber den Sowjets in dieser Technologie einen Vorsprung von fünf Jahren gehabt, und anstatt nun einen Stopp für die MIRV-Ausstattung auszuhandeln, entschlossen sich die USA, ohne Begrenzung auf und davon zu gehen... Wie man hätte erwarten können, geschah das Gegenteil. Die Sowjets traten in unsere MIRV-Fußspuren, erst mit Tests, dann mit der Dislozierung einer ersten Generation von Waffentypen, schließlich mit komplizierten Lenksystemen. Heute halten wir das für eine bedeutende Bedrohung unserer Interkontinentalraketen. Präsident Reagan ist alarmiert über ein ‚Fenster der Verwundbarkeit', das durch die MIRVs verursacht sei, schlägt Ausgaben von Hunderten von Millionen Dollar vor als Antwort auf diese Bedrohung und sagt nun, wir könnten unsere Nuklearprogramme nicht einfrieren, bis die eingebildete sowjetische Überlegenheit nicht beseitigt ist."

Und Jerome Wiesner, unter Kennedy und Johnson wissenschaftlicher Berater, meinte: „Ich bin am Ende überzeugt, daß die Vereinigten Staaten eine Vogelscheuche bekämpfen. Das bedeutet nicht, daß die Sowjets keine Waffen besitzen, sondern daß

wir im großen und ganzen mit uns selbst wettrüsten. Wenn wir eine Waffe erfinden, ist das in unseren Augen immer eine Gegenwaffe, und dann müssen wir diese Waffe schützen, weil die Russen das gebaut haben könnten, was wir bereits erfunden haben. Wir sind die eigentlichen Schrittmacher, und das schon seit 30 Jahren."

Des öfteren schlug Reagan einen mitleiderheischenden Ton an, wenn er über den Bomber B 52 sprach, mit dem schon die Großväter geflogen seien. Gönnen wir dem Veteranen Ruhe, außerdem sei er der modernen Luftabwehr hoffnungslos unterlegen, sagte er, verschwieg jedoch, daß dieser strategische Bomber die Luftgrenze des Gegners nicht zu berühren braucht, um seine tödliche Fracht niederzubringen. Die Marschflugkörper, die er zu tragen vermag, haben eine Reichweite von einigen tausend Kilometern. Das alles fiel nicht ins Gewicht, als Reagan dem B-1-Bomber das Wort redete. Wie Wiesner voraussagte, muß nun wieder eine Waffe her, „weil die Russen das gebaut haben könnten, was wir bereits erfunden haben", nämlich Boden-Luft- und Luft-Luft-Raketen zur Abwehr eindringender Kampfflugzeuge. Der B-1 soll angeblich für das Verschießen von Marschflugkörpern geeigneter sein.

Nun ist der B-1-Bomber, wie Waffentechniker herausgefunden haben, geradezu das Paradebeispiel für einen Waffenträger, dessen Kostspieligkeit – 300 Millionen Dollar das Stück – in keinem Verhältnis zu seiner Effektivität steht. Im Herbst 1984 stürzte bei einem Testflug ein Prototyp ab und hinterließ ob seiner schlechten Manövrierfähigkeit und einem unausgewogenen Radarsystem ein bedenkliches Kopfschütteln. Für die kalifornische Rüstungsfirma Rockwell International und die Zulieferer Boeing und General Electric längst kein Grund, den Auftrag von 100 B-1 zurückzustellen. Angekündigte Nachbesserungen werden die Kosten hochtreiben. „Ihr" Präsident wird sie schon nicht im Stich lassen.

Senator Barry Goldwater machte Ende 1984 von sich reden, als er seinem Freund, dem Präsidenten, ins Gesicht sagte, daß er vom MX-Programm nichts halte und gegen seine Finanzierung plädieren werde. Für den Rüstungsfalken Goldwater ein bemerkenswerter Schritt, oder steckte mehr dahinter? Dem Fuchs ging offenbar auf, daß die eine oder andere Waffe mit Sicherheit auf der Strecke bleiben werde, da die partielle Aufmüpfigkeit des Kongresses gegen das immense Rüstungsbudget den Präsidenten früher oder später zwinge, Streichungen vorzunehmen. Soll die MX zum Teufel gehen, meinte Goldwater, denn er ist der mächtigste Lobbyist von Rockwell International, dem Produzenten der B-1. Diese Pose hielt der Senator nicht lange durch, als er merkte, daß Reagan auf Biegen und Brechen, mit Bettelei und

Drohungen alle Waffenprogramme durch den Kongreß bringen wollte und die Hürden, mitunter mühselig, alle nahm. Goldwater und sein Gefolge gaben dem Präsidenten die Stimme für den ersten MX-Schub, mit der Erläuterung, daß man in so ernsten Situationen den Staatschef nicht allein lassen sollte Reagans Lamento, die Verweigerung der MX würde der Genfer US-Delegation alle Trümpfe aus der Hand nehmen, zeitigte Erfolg. Mit knapper Mehrheit wurde der Beginn des MX-Programms genehmigt.

Im Frühjahr 1982 gaben der frühere Verteidigungsminister McNamara, der ehemalige US-Botschafter in der Sowjetunion George F. Kennan und der Ex-Sicherheitsberater Präsident Kennedys, McGeorge Bundy, eine gemeinsame Schrift heraus, in der die Autoren die Reagan-Regierung aufforderten, jeglichem Ersteinsatz von Nuklearwaffen abzuschwören. Die Begründung hierfür war logisch: Sollten Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung erfolgreich sein, so müsse vorerst die Bereitschaft vorliegen, diese Waffen niemals einzusetzen. Selbst unter konservativen Politikern fand der Verzicht der Sowjetunion auf den Ersteinsatz von Kernwaffen große Beachtung. Die Sowjetunion habe damit, argumentierten sie, ihren bodengestützten Raketen die militärische Destabilität genommen und Reagan quasi jede Grundlage entzogen, die sowjetischen Interkontinentalraketen weiterhin als die eigentliche Ursache für die US-Rüstung auszugeben. Es wäre nun an den USA, meinten die Befürworter einer Rüstungsbegrenzung, durch eine ähnliche feierliche Erklärung die Rüstung mit Nuklearraketen einzustellen. Die übliche barsche Reaktion aus dem Weißen Haus hieß: „Propagandarummel", „unerhebliche politische Pose" und so weiter. Die Erfinder des „Fensters der Verwundbarkeit" taten das Gegenteil: Sie eskalierten die Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ohne den USA ein Quentchen Sicherheit mehr zu geben, wie selbst Militärs verbittert feststellten.

Der Schritt einer Reihe namhafter Politiker und Sicherheitsexperten an die Öffentlichkeit blieb nicht ohne Erfolg. „Was ist los mit uns? Woher kommt dieser Wahnsinn?" empörte sich der Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas P. O'Neill, über die sinnlose und kostspielige Rüstung, die über den nationalen Verteidigungsbedarf weit hinausgeht. Der Republikaner Jim Leach aus Iowa warf ein: „Wir können wie die Wühlmäuse weitermachen und Massenvernichtungswaffen produzieren, bis diese eines Tages uns selbst vernichten. Wir können aber auch allmählich vom Rand des Massenselbstmords zurücktreten."

Dieses laute Nachdenken hört nicht auf, es erfaßt immer größere Schichten und Kreise.

„Sieg ist möglich"

Als Präsident Carter Anfang August 1980 die „PD-59" (Presidential Directive) aus der Schublade holte und unterzeichnete, traf dieses Schriftstück mit dieser unverfänglichen Bezeichnung auf eine unvorbereitete Öffentlichkeit. Die strategischen Wandlungen und die scheinbare Abkehr der USA von der Strategie der „massiven Vergeltung" und der „gegenseitig gesicherten Zerstörung" und die Hinwendung zur Strategie des „begrenzten Atomkrieges" sagte den meisten Amerikanern nicht viel. Jedenfalls vorerst. Sie lebten zu lange mit den nuklearen Waffen, um dem Prozeß schleichender Gewöhnung nicht zu unterliegen, auch klang das Kauderwelsch der Militärs und Politiker oftmals unverständlich und sorgte für mangelhaften Einblick in militärische und außenpolitische Belange. Im Antisowjetismus und mit der Bedrohungslüge aufgewachsen, glaubten viele an den stabilisierenden Wert der Nuklearwaffen, daß nur diese die Sowjetunion vor einer Aggression zurückgeschreckt haben. Dem einen oder anderen war auch zu Ohren gekommen, daß starke Kräfte innerhalb der Regierungen unter Truman, Johnson und Nixon gegen die Forderungen der Hardliner den Einsatz der Atombombe in Korea wie auch in Vietnam verhindert hatten. Das schuf Vertrauen in die Regierungen.

Vorerst reagierten nur die Fachleute auf die „PD-59". Allein schon die Umstände, wie das Papier an die Öffentlichkeit gelangte, wiesen nicht gerade darauf hin, daß die Regierung in Eintracht handelte. Außenminister Edmund S. Muskie erfuhr im Urlaub von Carters Unterschrift durch Pressemeldungen. Daß der Außenminister von dieser schwerwiegenden Entscheidung ausgeschlossen war, obgleich deutlich sein mußte, daß dieses Dokument brisante außenpolitische Folgerungen mit sich brachte, schien nur einer der erstaunlichen Vorgänge zu sein. Die Abrüstungsexperten, unter ihnen auch Paul Warnke, fielen aus allen Wolken, denn die Glaubwürdigkeit ihrer Arbeit – sie kämpften immer noch um die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages – mußte schweren Schaden nehmen. Hohe Vertreter des Außenministeriums zeigten sich „überrascht" und informierten die Öffentlichkeit, um sich von dieser „PD-59" zu distanzieren.

Der ministerielle Hickhack wies darauf hin, daß dieses Dokument in seiner Bedeutung über alles hinausging, was Carter in seiner Amtszeit je unterzeichnete. Sicherheitsberater Zbigniew

Brzezinski stand hinter dieser Direktive, hieß es. In enger Zusammenarbeit mit dem Pentagon vollzog Brzezinski den Schritt, den der Militär-Industrie-Komplex für längst fällig hielt. Die Treffgenauigkeit der Erstschlagwaffen MX, der Pershing II und der Marschflugkörper war der Geburtshelfer der neuen Doktrin. Erneut schuf der Militär-Industrie-Komplex durch neue Waffen eine neue Militärstrategie, die nun erstmals weit über das hinausging, was man ansonsten als „Verteidigungskonzeption" ausgab.

Der Wahnvorstellung, mit zielgenauen Raketen einen Konflikt zu begrenzen, sozusagen mit selektiven „Enthauptungsschlägen" gegen politische Zentren sowie militärische Einrichtungen und Stäbe des Gegners, vor allem der Sowjetunion, diesen vom Gegenschlag abzuhalten, trat allerdings einer der Autoren der „PD-59" entgegen.

Verteidigungsminister Harold Brown: „Wir wissen, daß eine Operation, die als angeblich begrenzter und kontrollierter Schlag beginnen könnte, sich durchaus zu einem umfassenden nuklearen Krieg auszuweiten vermag – und meiner Meinung nach wahrscheinlich dazu ausweiten würde."

Der Minister sah es real. Diese Strategie spricht jeder Vernunft hohn. Wie kann man auch nur im entferntesten annehmen, daß die Sowjetunion diese Schläge unerwidert lassen würde? Wenn jedoch die Einsicht bestand, daß selbst ein sogenannter Schuß vor den Bug – wie er General Alexander Haig vorschwebte – eine unkontrollierbare Eskalation nach sich ziehen würde, wozu dann eine Strategie über kontrollier- und begrenzbare Atomkriege?

Mit unserer Direktive, sagten die Autoren, mußten wir eine glaubwürdige Antwort auf das sowjetische Konzept eines gewinnbaren Atomkrieges finden. Mit einer horrenden Lüge bauten sie einen Pappkameraden auf. Zu keiner Zeit entwickelten sowjetische Politiker oder Militärs je die Vorstellung von einem gewinnbaren Atomkrieg. Im Gegenteil, in allen Äußerungen betonten sie, daß ein Nuklearkrieg der Untergang der menschlichen Zivilisation bedeuten würde. Der Verzicht der Sowjetunion auf den Ersteinsatz dieser Waffen war eine logische Konsequenz dieser Haltung.

Eine treffende Antwort fanden im eigenen Lande die Kritiker der „PD-59". Sie beschuldigten die Regierung des Versuchs, dem Volk und den Bündnispartnern die Ängste vor einem Atomkrieg nehmen zu wollen, denn die Darstellung, daß selektive Schläge die Menschenopfer gering halten würden, soll einen unbegründeten Optimismus nähren. Die Regierung gaukelt vor, daß bei einer entsprechend hohen Rüstung die USA der Sowjetunion überlegen wären und der grauenhaften Eventualität gelassen entgegensehen könnten, zumal die UdSSR den Schlag nicht einmal beantworten wurde aus Furcht vor dem nächsten, grauenhafteren

Bombardement. Die Kritiker bezeichneten die „PD-59" als Test für die Reaktion der Öffentlichkeit.

Ein nationalistischer Optimismus von morbidem Zuschnitt machte sich breit. Er war jedoch nicht so sehr eine Antwort auf die „PD-59", sondern eine irrationale Reaktion auf die innen- und außenpolitische Krisensituation der USA. Jede gebotene Aussicht, die USA militärisch zu stärken und sie wieder zur Nummer 1 zu machen, wurde von vielen akzeptiert. Das entsprach natürlich dem Interesse der US-Administration, doch mehr wohl dem der Rüstungsmonopole.

Den theatralischen Endpunkt dieser ideologischen Aufbruchkampagne setzte aber nicht Carter, sondern Reagan. Und dessen Wirken beantwortete die Frage nach dem Sinn dieser neuen Strategie auf recht drastische Art: Die These vom begrenzten Nuklearkrieg zog eine unbegrenzte Rüstung nach sich. Nun ging es im wesentlichen nicht mehr um Stückzahlen und um Ersatz für Waffenträger, nicht mehr nur um Wechsel und Modernisierung, sondern um den Bau völlig neuer Waffensysteme. Im Langzeitprogramm stehen zusätzlich zur MX, zum Trident-U-Boot-Programm (bis 1987 sollen neun Trident gebaut sein), zur Pershing II, der Cruise missile, dem Bomber B-1B noch der neue Bomber Stealth, die mobile Interkontinentalrakete Midgetman und die Raketenabwehr- und Weltraumwaffen.

Erwog die „PD-59" einen nuklearen begrenzten Schlag, so ging das Dokument „NSDD 13" von 1982 weit darüber hinaus: Es bezog deutlich den *Sieg* eines solchen Krieges in die strategische Planung ein. Dieses an sich streng vertrauliche und geheime Papier flatterte umher – wie es oft Dokumenten erging im Gerangel zwischen Pentagon, State Department und Weißem Haus – und wurde zum Ausgangspunkt für gezielte Indiskretionen. Die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit wurden erbitterter, da sich nun auch Männer in die Diskussion einschalteten, von denen man bis dato glaubte, daß sie als Außenseiter nur sich selbst und niemanden sonst repräsentierten. Ein solcher Mann ist Colin Gray, der zum Berater Reagans und somit zur öffentlichen Person avancierte. Sein Buch „Sieg ist möglich" galt zuvor als der Irrweg eines Extremisten, nun jedoch rückte seine Darstellung in den Rang offiziellen Denkens.

Gray philosophierte: „Sieg und Niederlage in einem Nuklearkrieg sind möglich, und solch ein Krieg mag bis zu diesem Zeitpunkt geführt werden; und je deutlicher die Vorstellung von einer erfolgreichen Beendigung des Krieges ist, desto intelligenter kann man ihn angehen." Und weiter: „Die Vereinigten Staaten sollten die Niederlage der Sowjetunion planen, und das auf einer Basis, die den Wiederaufbau unseres Landes nicht ausschließt. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letzten Endes die

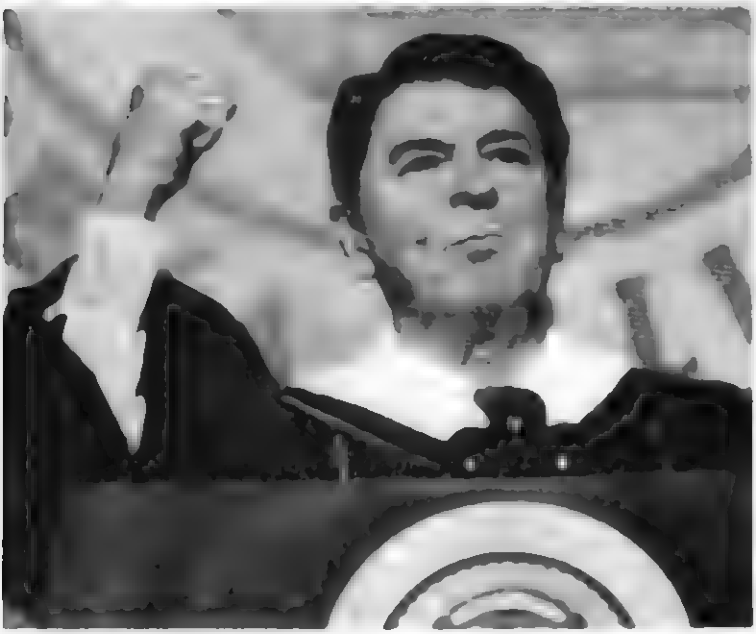
Zerstörung der politischen Autorität der Sowjets und die Heraufkunft einer Nachkriegsordnung bedeuten würden, die westlichen Werten entspricht."

Das sind öffentlich geäußerte Ungeheuerlichkeiten. Dr. Herbert York, ein Veteran des Manhattan-Projekts (Bau der ersten Atombombe) und ehemaliger Chef des Lawrence-Livermore-Laboratoriums in Kalifornien, einer der Hauptentwicklungsstätten für nukleare Waffen, erregte sich gegenüber dem US-Journalisten Robert Scheer: „Was jetzt geschieht, ist folgendes: Je verrückter die Analytiker, desto mächtiger ihre Position. Sie sind in der Lage, ihre Vorstellungen weiter voranzubringen denn je, weil die Leute an der Spitze einfach weniger informiert sind als früher. Weder der Präsident noch die Leute unmittelbar hinter ihm im Weißen Haus noch der Verteidigungsminister haben irgendwelche Erfahrungen mit diesen Dingen, so daß sie, wenn die Ideologen mit ihren phantastischen Geschichten kommen, immer demjenigen glauben, der zuletzt bei ihnen war." Eine harsche Kritik, die jedoch im Vergleich zu manchen anderen Aussagen noch verhältnismäßig gedämpft ausfiel.

Auffallend war, daß die kenntnisreichen Kritiker die „Ideologen" in den Mittelpunkt ihrer Angriffe rückten. Das kann zu Verwirrungen führen, wenn man die terminologische Skala bürgerlicher Polemik nicht kennt. „Ideologen" stehen hier im Gegensatz zu den „Gemäßigten", die das Machbare im Auge behalten und sich nicht durch den Antisowjetismus zu Verrücktheiten hinreißen lassen. Der bürgerliche Journalismus nennt sie Pragmatiker. Die Grenzen sind oft fließend, denn ideologisch motiviert war die amerikanische Außenpolitik immer, zudem antisowjetisch und antikommunistisch. Doch nie zuvor war diese Staatsdoktrin so prononciert in den Vordergrund gerückt worden wie unter Reagan. Sogar alte Haudegen aus Politik und Armee, Ex-Minister und ehemalige hohe CIA-Beamte sahen voller Argwohn auf die nachrückenden „jungen" Leute, die nichts weiter in ihre Positionen einbrachten als einen wütenden militanten Antisowjetismus, einen geradezu gespenstisch messianischen Drang, mit dem „Reich des Bösen" aufzuräumen. Die Betrachter dieser Szene waren selbst nicht zart besaitet, auch sie ließen keinen Zweifel aufkommen, daß ihnen die Sowjetunion ebenso ein Dorn im Auge ist, doch hatten sie in den letzten Jahren dazugelernt. Sie anerkannten die strategische Parität und hielten es für eine aussichtslose und zudem riskante Unternehmung, diese zugunsten der USA zu verändern.

Journalisten, die mit jenen Männern der neuen Rechten in irgendeiner Form zu tun hatten, zeigten sich immer wieder verblüfft über die Diskrepanz von blutrünstigen Betrachtungen über den millionenfachen Tod in einem Nuklearkrieg und dem akade-

„Der Sieg ist möglich", verspricht Reagan. Jedem [illegible] hilft Er, um je nach Bedarf mit Segnungen oder mit der Faust dem amerikanischen Volk einen „patriotischen Geist" einzuimpfen.



mischen Gebaren. Müßten diese Männer von ihrer Bildung her nicht eigentlich wissen, wovon sie da redeten? Ist Bildung nicht ein Stuck Humanismus? Schließt sie nicht ein, aus allen möglichen Varianten die vernünftigste, humanste, politisch ausgereifteste zu finden? Der US-Journalist Robert Scheer faßte in seinem Buch „Und brennend stürzten Vögel vom Himmel" (im Original: „With Enough Shovels" – Wenn es genug Schaufeln gibt) die beklemmenden Erfahrungen zusammen, die er mit diesen Männern in zahlreichen Gesprächen gemacht hatte.

So schilderte er ein Treffen mit Richard Perle, dem Unterstaatssekretär im Pentagon und eifrigsten Befürworter der Hochrüstung und der Planung eines siegreichen Atomkrieges. In gemütlicher häuslicher Atmosphäre, mit einem Drink in der Hand, legte er hierzu seine Gedanken dar. Da näherte sich ihm der kleine Sohn und machte auf sich aufmerksam, indem er dem Vater mit dem Händchen ins Gesicht patschte. Perle sprang auf, vergoß den Drink, seine Bestürzung über den kindlichen Einbruch ins Gespräch stand im eklatanten Kontrast zur Befriedigung, die er scheinbar bei der Darlegung über den unausbleiblichen millionenfachen Tod im Nuklearkrieg zu empfinden schien; in die bestürzende Gefühllosigkeit des Vaters brach eine natürliche kindliche Gewalt ein und ließ den Mann in seinen widernatürlichen Visionen über eine unausdenkliche Gewalt stocken.

Von Richard Perle stammt die Äußerung: „Ich habe mich stets weniger darüber beunruhigt, was wirklich während eines nuklearen Schlagabtausches geschieht, als über die Wirkung, die das nukleare Gleichgewicht auf unsere Bereitschaft hat, in lokalen Konfliktsituationen bestimmte Risiken auf uns zu nehmen. Ich bin nicht besorgt, daß die Sowjets die Vereinigten Staaten mit nuklearen Waffen angreifen könnten aufgrund der Überzeugung, einen Nuklearkrieg zu gewinnen. Was mich bekümmert, ist der Gedanke an einen amerikanischen Präsidenten, der in einer bestimmten Krise glaubt, er könne es sich nicht leisten zu handeln, weil die nuklearen Waffen der Sowjetunion so beschaffen sind, daß sie im Falle einer Eskalation besser die Leiter hinaufmarschieren als unsere." Das muß man zweimal lesen, um zu begreifen, was hinter dem Wortschwall steckt. Perle wäre über einen Atomkrieg nicht so beunruhigt wie über eine politische und militärische Zurückhaltung der USA aus der Einsicht, daß eine nukleare Parität herrscht. Er gesteht ein, daß er einen sowjetischen Angriff nicht befürchtet, jedoch die Vorsicht eines US-Präsidenten aus Respekt vor den sowjetischen Waffen. Ein dubioses Eingeständnis. Perle gehörte stets zu denjenigen, die über die „strategische Überlegenheit" der Sowjetunion lamentierten, womit sie den werbewirksamen Kurs des Komitees gegen die vorhandene Gefahr fuhren, um die Rüstung anzukurbeln. In der zitierten Re-

plik jedoch „bekümmert" ihn die Vorstellung, daß ein Präsident eventuell einer Selbstmanipulation erliegen und einen Konflikt nicht wagen würde aus Furcht vor der sowjetischen Übermacht. Perle forderte und fordert die strategische Überlegenheit der USA, die es einem Präsidenten gestattet, die nukleare Initiative zu ergreifen, wenn eine „bestimmte Krise" Gelegenheit dazu böte. Als Rüstungskontrollchef des Verteidigungsministeriums und stellvertretender Verteidigungsminister hält Richard Perle eine ungleich größere Macht in seinen Händen als manch anderer hoher Beamter, der sich in wütender Rhetorik übt. Wenn dieser Mann vor dem Streitkräfteausschuß des Senats, wie beispielsweise Ende April 1985, fordert, den SALT-II-Vertrag, der zwar nicht ratifiziert wurde, den zu beachten jedoch die USA-Regierung versprochen hatte, schleunigst aufzukündigen, so kann man sicher sein, daß dieser Vorstoß im höchsten Auftrage erfolgte. Die vertraglichen Höchstgrenzen geboten es den USA, Waffensysteme aus dem Verkehr zu ziehen, sobald neue übernommen werden; so hätten sie zum Beispiel ein Poseidon-U-Boot, das 16 Raketen mit Mehrfachsprengkörpern an Bord trägt, verschrotten müssen, als das neue Trident-U-Boot Alaska Ende September 1985 in Dienst gestellt wurde. Immerhin kann es 24 Raketen mit Mehrfachsprengköpfen aufnehmen. Diese Vorstellung hält Perle für unerträglich. Reagan hatte im Sommer 1985 zwar versprochen, den SALT-II-Vertrag einzuhalten, doch mit merkwürdigen Begleitkommentaren. Er werde diesen Vertrag nur respektieren, falls die Sowjetunion ihn nicht weiterhin breche, wie sie es seit langem tue. Mit dieser Zusatzreplik stand er auf dem Boden der Leute, die gegen alle Wahrheit der Sowjetunion Vertragsbruch vorwerfen, um sich der SALT-II-Vereinbarung zu entledigen. Diese Riege führt Perle an.

Den Liebling des Pentagons und des Weißen Hauses – der englische Politiker Denis Healy nannte ihn einen „Fürsten der Finsternis" – charakterisierte die Londoner „The Times" folgendermaßen: „Mit seinen ständigen Äußerungen über die Notwendigkeit der Vermeidung von Abrüstungsvereinbarungen wie SALT I und SALT II, die seiner Meinung nach für die USA von Nachteil sind, findet er bei den antikommunistischen Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung – von Reagan abwärts – bereitwillig Gehör. Und seine umfassende Kenntnis der gesamten Sicherheitsproblematik sowie seine Fähigkeit, das politische System in Washington zu manipulieren, versetzen ihn in die Lage, die meisten seiner Gegner auszuschalten. Die NATO-Verbündeten betrachten Perle als Inkarnation des schlimmsten Säbelrasselns in der Reagan-Administration. Sie fürchten nicht nur seine Haltung gegenüber der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, die sie als sorglos einstufen, sondern haben auch Grund, sich über die Rolle Sor-

gen zu machen, die er bei einer ganzen Reihe von Problemen gespielt hat, die Spannungen zwischen den USA und Westeuropa ausgelöst haben, wie zum Beispiel bei dem Disput, zu dem es... in Verbindung mit Sanktionen wegen der Erdgasröhrenlieferung an die Sowjetunion kam."

Als den „erfolgreichsten Bürokraten in der Regierung" und die „stärkste Kraft gegen eine Rüstungskontrollvereinbarung" bezeichnete ihn die „International Herald Tribune". Perle beherrscht das Spiel der Intrige. Er baute hinter den Kulissen eine starke Hausmacht auf, in deren Mittelpunkt Weinberger steht. In diesem Netz von Verbündeten verfing sich auch Reagans erster Außenminister, Alexander Haig, der zwar ein „Falke" ist, aber etwas realistischere Vorstellungen darüber besaß, wie man mit dem Bündnispartner in Europa zu verfahren habe. Für Perle konnte Europa nur Befehlsempfänger sein. Seine arrogante Maßregelung des britischen Außenministers, als dieser seine Zweifel über Reagans SDI-Pläne äußerte, hatte eine Entsprechung in Weinbergers im Befehlston vorgetragene „Einladung" an die Europäer, ihre Mitarbeit am SDI gefälligst in sechzig Tagen anzukündigen. Perle griff weit über sein Ressort hinaus und entrang dem Handelsministerium das Vorrecht, den Verkauf von Lizenzen an die Verbündeten zu beaufsichtigen. Seine Ängste, bestimmte Exporte könnten über Drittländer die Sowjetunion erreichen, hatten sich zum Wahn ausgebildet. Amerikanischen Unternehmen entstanden dadurch Verluste in Milliardenhöhe. Nicht zuletzt müssen die westeuropäischen Regierungen und Firmen es diesem Manne danken, daß zwar das Ersuchen vorliegt, am SDI-Programm teilzunehmen, jedoch ebenfalls die strikte Absage, ausländische Wissenschaftler und Firmen allzu tief in die Forschung für die Weltraumwaffen blicken zu lassen. Geist und Geld sind gefragt, das Geschäft jedoch wollen die US-Rüstungsfirmen allein machen.

Perle teilt die Begeisterung seines Präsidenten über den „Sternenkrieg", ohne jedoch dabei die semantischen Manöver mitzuvollziehen, daß ein Defensivsystem dereinst einen Atomkrieg unmöglich macht. Die Forderung nach der Stärkung des Offensivpotentials zeigt deutlich, daß aus seinem Kopfe die Idee von einem siegreichen Atomkrieg hinter einem Defensivschild nicht zu verbannen ist.

Vor wenigen Jahren griff das leichtfertige Gerede über einen begrenzten und siegreichen Atomkrieg um sich, auch in den obersten Rängen der Macht. Robert Scheer veröffentlichte in seinem Buch die Gespräche mit jenen Leuten: „Scheer: Als ich voriges Mal mit Ihnen sprach, meinten Sie, kein Präsident der Vereinigten Staaten dürfe die Möglichkeit eines präventiven nuklearen Schlages ausschließen... Angesichts der sich abzeichnenden Konfrontation stellen wir uns nun die Frage, ob diese Konfronta-

tion die Möglichkeit eines nuklearen Präventivschlages seitens der Vereinigten Staaten einschließen könne? Reagan: Ich möchte sagen, daß sich die Vereinigten Staaten nie in eine Situation bringen dürfen, wie es viele Male der Fall war, die dem Gegner beziehungsweise dem potentiellen Gegner die Garantie gibt, daß die USA dies nicht tun werden."

Und weiter:

„Scheer: Wie kann man Ihrer Meinung nach in einem nuklearen Schlagabtausch siegen? Bush: Man muß das Überleben der Kommando- und Kontrollstellen, das Überleben des Industriepotentials, den Schutz eines bestimmten Prozentsatzes der Bürger und die Möglichkeiten sichern, der Gegenseite einen größeren Schaden zuzufügen, als jene Seite ihnen zufügen würde. Eben das ist der Weg, auf dem man den Sieg erringen kann..."

Die Ernennung des Generals Thomas K. Jones zum Bevollmächtigten, der die Möglichkeiten des Zivilschutzes untersuchen sollte, machte deutlich, daß die Regierung einen Nuklearkrieg in denkbare Nähe gerückt hatte. Die geistigen Auseinandersetzungen mit dem „nucwar", wie der General den Nuklearkrieg fast zärtlich nannte, und die Erkundungen liefen darauf hinaus, daß ein Loch, eine alte Tür und viel Dreck darüber eine recht passable Lösung seien, den Krieg zu überstehen. „Der Dreck ist das Entscheidende", meinte der General. Wer den Dreck über seine Mitmenschen ausbreiten und selbst den Strahlentod erleiden sollte, blieb unbeantwortet. Die „New York Times" fragte: „Wer ist dieser Thomas K. Jones, der so lustige Dinge über den Zivilschutz sagt?" Lustig kann man dies nicht finden, eher beklemmend. Denn diese Aussagen dokumentierten eigentlich, daß es keinerlei Möglichkeiten gibt, die Menschen zu retten. Selbst die ideenreichsten Bunkerkonstruktionen, die für einige Firmen ein großes Geschäft sind, vermögen es nicht.

Die Aussagen von Ärzten, die sich in der Organisation Ärzte für soziale Verantwortung zusammenfanden, bezeugten, daß es keinerlei Rettung gibt, wenn das Unaussprechliche eintritt. Alle sozialen, auch medizinischen Strukturen würden zusammenbrechen; auch rechneten sie vor, welche Apparaturen vonnöten sind, um nur *einen einzigen* Verletzten mit starken Verbrennungen zu behandeln. Die Medizin wäre machtlos und der Tod von Millionen unausweichlich. Die Überlebenden würden die Toten beneiden, denn mit dem Verlöschen des Glutballes sei längst nicht alles ausgestanden. Radioaktive Asche, Seuchen und Pest würden den Rest besorgen.

William Chipman, Leiter der Zivilschutzabteilung in der Bundesnotstandsbehörde, zeigte sich ungehalten über den unpatriotischen Defätismus der Ärzte und fragte, woher sie die Sache mit der Pest hätten, diese sei doch längst ausgerottet. Woher die

Ärzte die Antibiotika nehmen sollten, um die „ausgerottete" Pest nicht wieder ausbrechen zu lassen, diese Frage kam dem strammen Zivilschützer nicht in den Sinn. Allein dieser Einwand bewies den hoffnungslosen Dilettantismus jener Männer, die Reagan in leitende Positionen setzte. Man muß wohl von unnachahmlicher Einsichtslosigkeit sein, um eine Sache zu verteidigen, die den Untergang der Menschheit bedeutet. „Wissen Sie", erklärte Chipman gegenüber Scheer, „es gibt eine enorme, gigantische Explosion, und genau wie bei einer Granate, die auf eine Straße niedergeht, sollten Sie sich lieber hinlegen als aufstehen, und noch besser wäre es, wenn Sie sich in einem Fuchsloch verkriechen würden. So ist es." Auf die Frage, ob die USA überleben würden, antwortete Chipman frohgemut: „Wie ich zu sagen pflege: Die Ameisen bauen sich schließlich einen neuen Ameisenhaufen."

Robert Scheer übernahm eine schwere Aufgabe, nicht unähnlich der, der sich einst der französische Romancier Flaubert unterzog, als er der Dummheit des französischen Spießbürgers nachforschte und dabei voller Ekel den Roman „Bouvard und Pécuchet" niederschrieb, der unvollendet blieb, weil Dummheit und Borniertheit größer waren, als Flaubert sie je erfassen konnte. Scheers Buch ist kein Roman, sondern bitterböse Wirklichkeit, auch ging er nicht der Dummheit nach, sondern der lebensbedrohenden Ignoranz mächtiger Männer, die mit dem Tod der Menschheit spielen.

„So wie ich sie kennenlernte, war ich erschlagen von dieser merkwürdigen Lücke zwischen ihrer blutigen Rhetorik und der offenkundigen Abwesenheit jeglicher Fähigkeit, sich die physischen Konsequenzen dessen auszumalen, was sie da befürworten", schrieb Scheer.

Die Rhetorik über den millionenfachen Tod ging und geht einher mit dem sagenhaften Rüstungsbudget, was den bedrohlichen Worten Gewicht und Glaubwürdigkeit verleiht. In Westeuropa begriffen nun viele Menschen, daß in diesen Plänen die Pershing II und die Marschflugkörper eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Es blieb nicht verborgen, daß die sogenannte Nachrüstung eher amerikanischen als westeuropäischen Interessen entsprach. Als von der SS-20 noch gar nicht die Rede war, hatte die Pershing II die Labors längst verlassen und wartete auf ihre Stationierung in Westeuropa: Der niederländische General a. D. von Meyenfeldt äußerte 1982: „Ich glaube nicht, daß die Pershing II und Cruise missiles eine Antwort sind auf die SS-20. Wenn man solche technologischen Entwicklungen in Gang setzt, so dauert das 10, 15 Jahre. Wenn sie jetzt hier in Europa stationiert werden, so ist der Beschluß dazu schon 15 Jahre früher gefallen, und damals haben wir noch nichts gewußt über die SS-20 und solche Dinge... Wenn man sagt, das sei eine Antwort auf die SS-20, so

deshalb, um es verkaufbar zu machen, für das Publikum." Welchen Sinn sollte eine Mittelstreckenrakete ergeben, wenn nicht in der Stationierung in Westeuropa, denn hier erst entfaltet sie ihren wahren, ihren strategischen Charakter. Sie kann in Minutenschnelle die Sowjetunion erreichen, Amerika ist vor der SS-20 sicher.

Hatten die USA sich vorgenommen, ihren Plan des begrenzten Krieges in Europa umzusetzen? Die europäischen Bündnispartner sind von den USA überrollt worden, befand Eugenia V. Osgood, Analytikerin sowjetischer Angelegenheiten in der Kongreßbibliothek von Washington. „Wären wir schon 1979 am Ruder gewesen, gäbe es den NATO-Doppelbeschluß nicht", gestand ein hoher US-Beamter gegenüber der BRD-Illustrierten „stern" ein. Was wollte er ausdrücken? Die USA wußten, daß sie nur mit der Zusage, ernsthafte Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen, den Bündnispartner überreden würden, Raketen sozusagen als eventuellen Notfall in ihr Land zu lassen. Hier begann der Betrug, wie Eugenia V. Osgood betonte. Als Gegenleistung für Washingtons Lippenbekenntnisse akzeptierten die Westeuropäer die Stationierung.

Doch nichts geschah; der Termin der Stationierung rückte heran, und Reagan hatte nicht einmal die Verhandlungsdelegation nominiert. Als er das anderthalb Jahre nach seiner Wahl unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Bündnispartner vollzog und mit der unseriösen „Null-Option" hausieren ging, fiel es vielen wie Schuppen von den Augen: Hier vollzog sich ein abgefeimtes Störmanöver gegen die Genfer Verhandlungen. Es kam, wie von der Reagan-Regierung vorausberechnet: Westeuropa hatte nichts gewonnen, außer destabilisierende Erstschlagwaffen, die für die USA eine neue strategische Planung einleiteten, „Enthauptungsschläge" von Westeuropa aus, das folglich auch den Gegenschlag auf sich zieht. Colin Gray plauderte die amerikanischen Intentionen aus: „Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Abschußvorrichtungen, egal, ob die Sowjetunion ihre SS-20 reduziert oder nicht." Dazu ein Kommentar von US-Admiral a. D. Gene LaRoque: „Die Amerikaner gehen davon aus, daß der dritte Weltkrieg ebenso wie der erste und der zweite in Europa ausgefochten wird." In einigen Kreisen der USA sprach man humorvoll vom „Wegwerfartikel Europa".

Der Proteststurm brach los. In allen Ländern, die sich verpflichtet hatten, die Pershing II und die Marschflugkörper zu stationieren, formierte sich eine Friedensbewegung, wie sie Westeuropa noch nie erlebt hatte. Richard Perle meinte dazu nur: Da müssen die westeuropäischen Regierungen hindurch, „und dann können wir wieder Händchen halten".

Als die Friedensbewegung auch auf die USA übergriff mit der

lautstarken Forderung „Freeze now" (Einfrieren jetzt), zeigten sich Perle und Co. konsterniert. Seltsamerweise und bei weitem unbeabsichtigt erwiesen sich die Massenmedien und die liberalzentristische Presse als Koalitionspartner dieser Bewegung. Zeitungen wie die „New York Times" und „Washington Post" und die Wochenzeitschriften „Time" und „Newsweek" galten als die liberalen Flaggschiffe, ihre Bindungen an die Ostküstenbourgeoisie sind traditionell. Das heißt nicht, daß sie in jeder Hinsicht auf einem Anti-Reagan-Kurs schwimmen, ebensowenig lassen sie sich den Schneid im Antisowjetismus abkaufen. Doch die neue Rechte hatte in ihnen kaum Fürsprecher, denn die Peinlichkeiten des bigotten Fundamentalismus und der nationalistischen Militanz überschritten oft die Grenzen der Lächerlichkeit: für diese Medien ein unverzeihlicher Lapsus. Ihnen mißfielen die lauten Töne der Reagan-Administration, auch verurteilten sie die kostspieligen, unnützen Waffenprogramme. Immer öfter ließen sie namhafte Politiker, auch konservative, die nie im Ruch radikaler Ideen standen, zu Wort kommen und Ideen über eine Begrenzung der Rüstung unterbreiten. Mit dieser Taktik machten die Redaktionen deutlich, daß sie innen- und außenpolitische Belange zwar in den Händen von Politikern und Fachleuten belassen wollten, doch in befugteren. Die Inkompetenz der Reagan-Boys wurde zum Zielpunkt der Kritik. Gewollt oder ungewollt trug so die Presse des „Establishments", wie sie in den USA genannt wird, zur Aufklärung über die verschiedenen Positionen zu Fragen der Rüstung und Abrüstung bei.

Als sehr wichtig erwies sich, daß seit dem Herbst 1981 die Zeitungen, aber auch die großen Fernsehgesellschaften über lokale Ereignisse berichteten, so zum Beispiel über die Debatten des Bundes besorgter Wissenschaftler, über Resolutionen von Stadtversammlungen zum Einfrieren der Nuklearwaffen usw. Diese Ereignisse erhielten durch ihre Publizität nationalen Charakter und förderten den Gedanken einer antinuklearen Massenbewegung. Das war nicht voll im Sinne der Medien, doch konnten sie nun nicht mehr zurück, denn jetzt nahm die Bewegung Formen an, über die zu berichten zur Pflicht wurde, wollte man nicht von anderen Blättern oder Fernsehanstalten rettungslos an die Wand gedrückt werden. In den USA vollzog sich etwas Ungewöhnliches, etwas Neues, das vielen Journalisten und Redakteuren als abenteuerlich genug erschien, um es in der einen oder anderen Weise zu reflektieren. Daß 750 000 Kalifornier ihre Unterschriften unter eine Freeze-Petition gesetzt hatten und den Gouverneur Brown an ihrer Seite wußten, wurde von den liberalen Organen mit Schadenfreude und Häme vermerkt. In Reagans eigenem Gottesland taten sich lästerliche Dinge. Daß die Gouverneure in North Carolina, Virginia, Kansas, Oklahoma, Arizona usw. diese

Proklamation unterstützten, um das Wahlvolk nicht zu verlieren, konnte nicht verschwiegen werden. Der einzelne Friedensbewegte und Freeze-Verfechter oder die kleinen Gruppen Gleichgesinnter sahen sich plötzlich als Glied einer riesigen Kette, fanden sich dargestellt im Hirtenbrief der katholischen Kirche, fühlten sich in der belebenden Nähe berühmter Schauspieler, Schriftsteller, Sänger, die ihre Stimmen erhoben. Die machtvollen Demonstrationen im Juni 1982 wären nie denkbar gewesen ohne diese Solidarisierung von Millionen Amerikanern, die sich zuvor nie gesehen, nicht gekannt hatten. Das ist eine unvergessene und unaustilgbare Erfahrung.

Vor diesem Hintergrund geschah etwas, was die Reagan-Administration verunsicherte. Konservative Politiker und Kolumnisten wollten nicht in die Ecke der Abrüstungsgegner gestellt werden, nur weil „ihr" Präsident sich schwer tat, Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen. Die Zeichen der Zeit standen gegen sie, denn über 70 Prozent der Amerikaner forderten ein sofortiges Kernwaffenmoratorium. So nahmen sie direkt oder indirekt Einfluß auf die Reagan-Mannschaft mit dem Appell, die kriegerische Sprache zu dämpfen und den Amerikanern wie den Verbündeten wenigstens die Vorstellung zu vermitteln, die USA strebten eine gerechte Abrüstungsregelung an. Dieser Schritt schien notwendig, denn die Ernennung des pensionierten Armeegenerals Edward Rowny zum US-Chefunterhändler für Abrüstung ließ nichts Gutes ahnen. Auch die Begleitmannschaft für Genf – Eugene Rostow und Paul Nitze – trug nicht dazu bei, den Verhandlungen große Chancen einzuräumen. Eine gemilderte Rhetorik in den obersten Regierungsrängen könnte eventuell vergessen machen, daß alle drei Unterhändler zu den schärfsten SALT-Gegnern und aggressivsten Rüstungsbefürwortern gehörten. Reagan sollte seine Mannschaft in Genf nicht durch bedrohliche Reden über das „Reich des Bösen" bloßstellen, sondern ihnen die Wege überlassen, durch diplomatisches Geschick der Sowjetunion den Schwarzen Peter zuzuschieben. Diese Taktikunterweisung konnte jedoch nicht alle hinters Licht führen.

Abrüstungsexperten des Ausschusses für nationale Sicherheit sorgten in einer Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuß des US-Senats dafür, daß die eigentlichen Intentionen der Genfer US-Unterhändler publik wurden. Townsend Moopes bescheinigte im Laufe der Anhörung, daß die Sowjetunion „seit zwei Jahren geduldig gewartet" habe, ohne daß in Washington auf dem Gebiet der Abrüstung auch nur etwas passiert sei. Die Ernennung der Unterhändler, die samt und sonders von einer „tiefen Sehnsucht nach Überlegenheit" geprägt und die „weder intellektuell noch psychologisch" imstande seien, der Sowjetunion eine nukleare Parität zuzubilligen, mache das von Rostow geleitete Amt für

Waffenkontrolle und Abrüstung zur „Tochterfirma des Pentagon".

Auch Jeremy Stone, Direktor des Verbandes amerikanischer Wissenschaftler, bezeichnete die Berufung von Rowny und Rostow als ein Unglück. Beide würden nie eine Einigung mit der Sowjetunion akzeptieren, „selbst in Bereichen, wo eine Einigung von so gut wie allen Amerikanern als sinnvoll erachtet werden würde". Es kam, wie zu erwarten stand: Die Verhandlungen wurden von den USA so lange verzögert und torpediert, bis die ersten Raketen in Westeuropa standen. Die Treffen in Genf wurden sinnlos und von seiten der Sowjetunion abgebrochen. Die heraufbeschworene neue strategische Bedrohung erforderte Antworten anderer Art.

Obgleich die Töne aus dem Weißen Haus, dem Pentagon und State Department gedämpfter klangen und kein Tag verging, an dem man nicht die Friedensbereitschaft bekundete, gingen die Rüstung und ihre alljährliche Aufstockung weiter. Und es waren immer noch dieselben Waffen, die den Plan vom gewinnbaren Atomkrieg stützten. Dem Argument, einer sowjetischen Überlegenheit begegnen zu müssen, trat Daniel Ellsberg, Militärberater des früheren Präsidenten John F. Kennedy, entgegen: „Es ist immer die gleiche Lüge, die vorgebracht wird, wenn das amerikanische Volk überredet werden soll, für die Beibehaltung einer amerikanischen Überlegenheit zu zahlen."

„Anstatt zu den Leuten zu gehen und ihnen zu sagen: ‚Hört zu, wir wollen die guten alten Zeiten unserer nuklearen Überlegenheit wiederhaben', geben sie vor, die USA seien tatsächlich zurückgefallen, und sie seien deshalb zum Aufholen einfach gezwungen. Anstatt offen über die nukleare Kriegführung zu sprechen, wie sie es im ersten Amtsjahr der Regierung Reagan taten – bevor ihnen die Demoskopen rieten, ihre Rhetorik zu mildern –, betonen sie jetzt den Bedarf an einer glaubwürdigen Abschreckung... Aber die Neofalken haben schon zu viel gesagt und geschrieben, als daß sie ihre wahren Intentionen noch verbergen könnten", schrieb Robert Scheer.

Im Himmel wie auf Erden

Mitte Januar 1985 sprach der US-Außenminister Shultz im Hoover-Institut, einem sogenannten Denktank, und teilte mit, daß im amerikanischen Volk Reagans „Sternenkrieg"idee auf besseren Boden gefallen sei als bei den „intellektuellen Rüstungskontrollexperten". Unterstellen wir einmal, der Außenminister kenne die Stimmung seiner Landsleute nicht – laut Umfragen, die von der „Los Angeles Times" veröffentlicht wurden, lehnen 55 Prozent der Amerikaner jegliche Forschungsarbeiten an Weltraumwaffen ab –, so bleibt die Behauptung allein aus einem anderen Grunde dubios. Warum zeigen „intellektuelle Rüstungskontrollexperten" deutlich ihre Zweifel am „Sternenkrieg"konzept, das laut Reagan alle Atomwaffen „unwirksam macht und veralten läßt"? Wieso teilen sie diesen Optimismus nicht? Reagans Vorurteile gegen die Intellektuellen sind keine rein irrationalen Aversionen, sondern zeigen, daß seine Politik logische und vernünftige Einwendungen zu fürchten hat.

Nennen wir von den Kritikern nur vier Männer, die weit davon entfernt sind, unamerikanischen Gedanken anzuhängen, die zur militärischen Schwächung der USA führen könnten: McGeorge Bundy, Nationaler Sicherheitsberater von 1961 bis 1966, jetzt Geschichtsprofessor an der New-Yorker Universität; George F. Kennan, ehemaliger Botschafter in der Sowjetunion, emeritierter Professor am Institute for Advanced Study; Robert S. McNamara, Verteidigungsminister von 1961 bis 1968, ehemaliger Weltbank-Präsident; Gerard Smith, Leiter der US-Delegation bei den SALT-Verhandlungen von 1969 bis 1972.

Warum haben sie so große Bedenken gegen den „Krieg der Sterne"? In Sicherheitsfragen alles andere als unerfahren, gestehen sie, erst zur Feder gegriffen zu haben, nachdem sie „besten technischen Rat eingeholt haben". Ihr Schriftstück, Ende 1984 in „Foreign Affairs" veöffentlicht, ist politischer Natur, womit sie sich allerdings dem Streit um die technische Natur des „Sternenkriegs" nicht entziehen. Die Autoren sind überaus maßvoll und versetzen sich in die Hoffnungen des Präsidenten, Atomwaffen „unwirksam und überholt zu machen". Doch, so schreiben sie, eine „falsche Hoffnung ist – so stark und verständlich sie auch sein mag – eine schlechte Anleitung zum Handeln". Am Ausgangspunkt der sogenannten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) steht die Vorstellung, anfliegende ballistische Raketen

unschädlich zu machen, bevor ihre Sprengköpfe auf die Ziele niedergehen.

Das allein ist schon eine fragwürdige Annahme, denn eine „perfekte Verteidigung ist nicht realistisch", gestand selbst General James Abrahamson ein, der verantwortliche Koordinator für dieses „Sternenkrieg"programm. „Man hat keine Möglichkeit, einen Gegner daran zu hindern, die eigene Verteidigung zu durchbrechen, wenn sein Wunsch dazu nur stark genug ist", meinte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Richard de Lauer. Wenn gar Männer, die dieses Programm in die Tat umzusetzen haben, ihre Zweifel hegen, die offensichtlich mehr als berechtigt sind, wer schwelgt denn dann in der Illusion von der Machbarkeit einer totalen Verteidigung? „Der einzige führende Beamte, der noch den Traum des Präsidenten teilt ..., ist Caspar Weinberger, dessen eifrige Zustimmung vom technischen Standpunkt aus nicht haltbar ist", meinen die vier Autoren.

Weinbergers Einwand, daß es auch schon früher Skeptiker gab, die nie an eine Mondlandung geglaubt haben, halten die vier für abwegig: „Eine mit Äxten bereitstehende Gruppe feindlicher Männer auf dem Mond hätte aus dem Unternehmen eine Katastrophe machen können." Dieses Bild ist ausgezeichnet, denn niemand, auch Weinberger nicht, kann im Ernst annehmen, daß die Sowjetunion mit gefalteten Händen zusehen würde, wie die USA hinter einem Verteidigungsschild ihre Offensivkraft weiterhin verstärken. „Laien finden es vielleicht attraktiv, wie der Präsident über etwas spricht, was offenbar Verteidigungsmaßnahmen sein sollen. Doch das sieht nur so aus und scheint vielleicht auch nur denjenigen so, die mit diesen Dingen nicht vertraut sind. Tatsächlich geht es darum, daß die strategischen Offensivkräfte der Vereinigten Staaten weiterhin entwickelt und modernisiert werden, und zwar in ungebremstem Tempo und auf einer ganz fest umrissenen Grundlage, das heißt also Schaffung einer nuklearen Erstschlagkapazität. Unter diesen Bedingungen geht es darum, sich die Möglichkeit zu sichern, mit Hilfe der Verteidigung mit Raketenabwehrwaffen die entsprechenden strategischen Systeme der anderen Seite zu zerstören, indem man einen Vergeltungsschlag unmöglich macht, und so die Sowjetunion angesichts der nuklearen Bedrohung zu entwaffnen."

In diesem Zusammenhang wird auch verständlich, wieso General Abrahamson und seine Mitarbeiter alles daransetzen, dieses Programm zu erfüllen, obgleich sie an dessen totaler Wirksamkeit zweifeln. Hervorragende Wissenschaftler wie Hans Bethe, Henry Kendall, Richard Garwin und Kurt Gottfried – Veteranen des Manhattan-Projekts und weltberühmte Physiker – stellten übereinstimmend fest, daß Weltraumwaffen zwar „einen umfassenden strategischen Angriff nicht abwehren könnten, aber ge-

gen einen schwachen Vergeltungsschlag nach einem totalen Präventivschlag vielleicht ganz wirksam wären".

Die sowjetische Reaktion auf Reagans „Star-Wars"-Rede war in ihrer Klarheit und Schnelligkeit vorauszusehen. Es dürfte einerlei sein, ob Reagan an seine Utopie von der friedenssichernden Schutzbarriere glaubt und Hoffnungen hegt, entscheidend ist, daß hier ein angebliches Defensivprogramm eingeleitet wird ohne jegliche Abstriche am Offensivpotential. Im Gegenteil, mit der in Aussicht gestellten Stationierung der MX-Rakete, dem Bau neuer strategischer Bomber und den Trident-U-Booten, der Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper in Europa präsentiert sich die Rüstung im Kosmos in einem eindeutigen aggressiven Sinn.

„Diese politische Realität läßt sich vielleicht am ehesten begreifen, wenn man unsere eigene Reaktion auf ähnliche sowjetische Absichtserklärungen überprüft. Schon allein der Gedanke, daß die Sowjets vielleicht effektive strategische Verteidigungssysteme stationieren, würde ganz gewiß zu einer höchst energischen amerikanischen Reaktion führen. Und das erste und wichtigste Element dieser Reaktion bestünde in der Entschlossenheit, dafür zu sorgen, daß stets eine ausreichende Anzahl unserer eigenen Raketen zur Verfügung steht." Diese gedankliche Umkehrung der vier Autoren macht ersichtlich, mit welcher Großmachtarroganz die USA etwas für sich in Anspruch nehmen, was sie der Sowjetunion nie zubilligen würden. Reagans Argument, die Sowjetunion werde angesichts der amerikanischen Kosmosrüstung auf ihre strategischen Raketen verzichten, da sie nun angeblich unwirksam seien, ist gelinde gesagt naiv. Die Sowjetunion kann und wird sich nicht selbst entwaffnen, sondern muß die notwendige Antwort geben. Sie hofft inständig, diese in Genf zu finden, denn das verhandlungseinführende Gespräch zwischen Shultz und Gromyko Anfang 1985 legte unmißverständlich fest, daß das Sternenkriegsprogramm ebenso ein Verhandlungspunkt, wenn nicht der entscheidende, sein werde wie die Probleme um die strategischen und taktischen Raketen. Nun erfährt die Öffentlichkeit, daß angebliche Ausdeutungsfehler vorliegen, denn die Reagan-Administration wird nie und nimmer der „Forschung am SDI" abschwören. Die Schriftausdeuter in der USA-Regierung, vornweg Reagan, erläutern nun, daß sie nie etwas anderes gemeint hätten.

Dr. James Fletcher, Vorsitzender der Regierungskommission, der es oblag, die technischen Aussichten dieser „Verteidigungsinitiative" zu untersuchen, sagte ausdrücklich, daß „die Nützlichkeit dieses Systems letztlich nicht nur allein von der Technologie abhängt, sondern auch vom Umfang, in dem die Sowjetunion gegenseitigen Verteidigungsvereinbarungen und Begrenzungen von

Offensivsystemen zustimmt". Was heißt das? Die „Nützlichkeit" der SDI hängt weitgehend davon ab, daß die Sowjetunion sich bereit erklärt, eigenständige Verteidigungssysteme zu errichten bei gleichzeitiger koordinierter „Begrenzung von Offensivsystemen". Das jedoch war niemals ein Gesprächspunkt zwischen Gromyko und Shultz. Es ging vielmehr um den unabdingbaren Verzicht auf die Schaffung von Kosmoswaffen bei gleichzeitiger Reduzierung der Offensivraketen. Somit handelt es sich nicht um eine Mißdeutung der Vereinbarungen, sondern um eine handfeste Fälschung seitens der USA. Wenn sie glauben, die „Nützlichkeit" ihrer SDI dadurch zu erhöhen, indem sie die Sowjetunion zwingen, strategische Raketen ersatzlos abzubauen, so unterliegen sie einer gewaltigen Täuschung. Nur die Stärke und Vervollkommnung ihrer Raketen würden der Sowjetunion die Durchdringung des sogenannten Defensivschildes als Antwort auf einen atomaren Angriff ermöglichen.

Die vier amerikanischen Experten machen darauf aufmerksam, daß selbst bei einer angenommenen Perfektion des kosmischen „Verteidigungssystems" niemand eine Aussage darüber zu treffen vermag, ob die Aufwendungen zur Vernichtung dieses Systems nicht leichter und billiger wären. Zudem wird dieses sogenannte Defensivschild im Werte von Hunderten Milliarden Dollar nur darauf fixiert sein, ballistische Raketen aufzuspüren und zu vernichten. Was aber wäre, wenn der Angriff mit Marschflugkörpern von Flugzeugen und U-Booten oder anderen Waffenträgern erfolgen würde? Obgleich sie nachdrücklich von sich weisen, daß die Sowjetunion den Erstschlag führen würde, und den USA empfehlen, den sowjetischen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen nachzuvollziehen, hat die Fiktion eines Angriffs in ihrer Argumentation etwas Anschauliches. Sie beweist, daß einem Präventivschlag die größten Chancen eingeräumt werden, ein Verteidigungsschild zu passieren. Die Autoren beweisen aus allen erdenklichen Blickwinkeln immer wieder; daß eine „Sternkrieg"konzeption sowohl für ein sogenanntes Defensivsystem untauglich ist als auch als Schild, hinter dem man den allvernichtenden Erstschlag zu führen hofft. Die Schaffung kosmischer Waffen wird einen unvorstellbaren Rüstungswettlauf zur Folge haben, weil Waffen stets Antiwaffen und diese wiederum neue Waffen und so weiter produzieren.

Die „Sternenkrieg"konzeption ist in jedem Falle für die USA selbst ein Desaster: militärisch, weil es keine Vorstellung davon gibt, ob sie funktioniert; politisch, weil sie das Wettrüsten antreibt und das internationale Klima vollends zur Vereisung bringt; finanziell, weil sie 500 Milliarden, voraussichtlich jedoch das Doppelte, verschlingen würde.

Im Jahre 1972 haben die USA und die Sowjetunion einen Ver-

trag unterzeichnet, der für beide Seiten ein begrenztes Raketenabwehrsystem festschreibt (ABM-Vertrag). Die Militarisierung des Kosmos würde diesen Vertrag zunichte machen. Reagan weist diesen Vorwurf von sich, da es sich bei der SDI angeblich um eine langjährige Forschung, sozusagen für die Enkel, handelt. Das ist die gezinkte Karte eines Falschspielers. Allein der Hinweis vieler Kritiker auf das „Manhattan"-Projekt ist überzeugend. Als die Atombome die Labors verließ, war der zweite Weltkrieg längst entschieden. Trotzdem wurden zwei über Japan gezündet und brachten hunderttausendfachen Tod. Der atomare Knüppel sollte die Sowjetunion in der Nachkriegszeit erpreßbar machen. Das gelang nicht. Die Sowjetunion mußte ihrerseits alles unternehmen, dieses Monopol zu sprengen. Das Wettrüsten, von den Monopolen als die gegebene Form des Maximalprofits erkannt, nahm seinen Anfang.

Wie die „International Herald Tribune" mitteilte, hat Weinberger auf die Kritik der Sachkenner reagiert, die behaupten, daß das „Sternenkrieg"projekt ungeeignet sei, niedrigfliegende Waffen zu bekämpfen. Der Pentagonchef will nun zusätzlich weitverzweigte Radaranlagen und Flugzeuge in das System der „Verteidigung aus dem Weltraum" einbauen. Nach Aussagen des früheren US-Verteidigungsministers James R. Schlesinger würde allein der Ausbau und Unterhalt dieser zusätzlichen „Verteidigung" einen jährlichen Kostenaufwand von 50 Milliarden Dollar betragen. Was jedoch weitaus bedenklicher ist: Der ABM-Vertrag wäre empfindlich durchlöchert.

Reagan mochte diesen Vertrag nie und war zumindest in seiner schroffen Ablehnung ehrlicher als mit der moderateren Version, ihn irritierten die Unzulänglichkeiten des Vertrages, und er wünschte sich einen besseren. Hat der Vertrag nicht erfüllt, was von ihm erwartet wurde? Er schreibt der Sowjetunion und den USA jeweils ein einziges begrenztes Raketenabwehrsystem vor. Es ist die bisher einzige Vereinbarung, die eine echte Rüstungsbegrenzung durchgesetzt hat. Eben deshalb lehnen ihn die führenden Vertreter der USA-Regierung und der Rüstungsmonopole ab. Es bedarf keiner großen Intelligenz, den Ruf nach einem besseren Vertrag als böse Finte zu durchschauen. Erfahrungsgemäß dauern Verhandlungen dieser Art Jahre, und just zwischen der Aufkündigung des alten und der Erarbeitung eines neuen Vertrages wird die erste Etappe, das 26-Milliarden-Dollar-Forschungsprogramm für Weltraumwaffen, abgeschlossen sein. Die Welt stände vor vollendeten Tatsachen: Die „undurchdringliche Verteidigung" wäre zwar noch in weiter Ferne, doch Teilsysteme zur Abschirmung landgestützter Raketen würden wahrscheinlich stehen. Will man General Abrahamson glauben, daß sie sehr schnell verfügbar sind, so schellen die Alarmglocken. Laut „International

Auf keiner der letzten Reisen des Präsidenten fehlte das Thema SDI oder „Krieg der Sterne". Helmut Kohl will auf den Zug aufspringen, um angeblich den technologischen Anschluß nicht zu verpassen

Herald Tribune" von Ende 1984 äußerte der wissenschaftliche Berater des Präsidenten, Dr. George A. Keyworth, daß der Plan einer „totalen Verteidigung" zwar das Endziel bleibe, vorläufig jedoch den „Teilsystemen" größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dr. Gerold Yonas, wissenschaftlicher Beauftragter des Pentagons für das „Sternenkrieg"projekt, machte ebenfalls deutlich, was zur Zeit Priorität besitze: Ein „System im kleineren Maßstab" soll die landgestützten Nuklearraketen abschirmen.

All diese Pläne stellen einen glatten Bruch des Vertrages von 1972 dar, der die Verwundbarkeit der Raketensilos geradezu voraussetzt, um die „gegenseitige Abschreckung" zu gewährleisten. Die strategische Bedeutung dieses Vertrages besteht ja gerade darin, daß jede Raketenabwehr und deren Erprobung zu Boden, zur See, in der Luft und im Kosmos untersagt ist. Aber auch die politische Bedeutung des Vertrages ist von unschätzbarem Wert. Es ist das einzige Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung, das eine unbefristete Gültigkeit hat und bis heute in den Augen der Weltöffentlichkeit ein Beispiel für gegenseitige vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion darstellt.

Als dieser bedeutsame Vertrag abgeschlossen wurde, gab es seitens der USA keine spektakulären technischen Projekte, die von den festgelegten Einschränkungen spürbar betroffen gewesen wären. Das änderte sich schnell. Die Forschungen des Militär-Industrie-Komplexes an völlig neuen Waffensystemen schufen die Voraussetzungen, daß zumindest ein Teil der Waffen die Labors verlassen, getestet und stationiert werden konnte. So Ende der siebziger Jahre das mobile Raketenabwehrsystem vom Typ „Loads". Zu Beginn der achtziger Jahre kamen ergänzende Systeme zur Schaffung einer „gestaffelten Abwehr", beispielsweise das ASAT-System (Anti-Satelliten-Waffen), ins Gerede. Den Rüstungsfirmen rutschten durch die Einhaltung des ABM-Vertrages ungefähr 100 Milliarden Dollar durch die Fänge.

Als Reagan im März 1983 seine „Star-Wars"-Rede mit dem Aufruf an die Wissenschaftler endete, das „langfristige Forschungs- und Entwicklungsprogramm" anzugehen, waren bestimmte Elemente des „Sternenkrieges" längst in Vorbereitung. Fletcher teilte nun mit, daß seit mehr als zwanzig Jahren die Forschungen in staatlichen Laboratorien wie auch bei Rüstungsfirmen betrieben werden. Die Entwicklung der Abwehrsatelliten läuft schon seit zehn Jahren. Die Firmen Rockwell International und TRW Incorporation werkeln ebenfalls seit zehn Jahren an Laserwaffen, einige von ihnen wurden schon erprobt. Neun von 14 Abteilungen bei Litton Industries Inc. stürzten sich schon vor Jahren in die Forschung von Kosmoswaffen, und die Lockheed Missiles and Space Co. schuf die neue Abteilung Astronautics. Genau ein Jahr

nach Reagans Rede erfolgte ein Test: Eine Rakete zerstörte eine andere in der mittleren Phase des Fluges. Die Voraussetzungen zur Schaffung von boden-, see- und weltraumgestutzten Raketen- und Satellitenabwehrsystemen waren gegeben. Nun geriet der Vertrag unter Beschuß, dessen gültige Sperrklauseln der Rüstungsindustrie schwere Kopfschmerzen bereiteten.

Eine andere Voraussetzung für den „Sternenkrieg" war Ende 1983 geschaffen worden. Senator Bill Armstrong und der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Ken Kramer brachten einen Gesetzesantrag ein unter der irreführenden Bezeichnung „People Protection Act" (Bevölkerungsschutzgesetz). Es hatte nichts mit Zivilschutz oder anderweitigem Schutz der Menschen zu tun. Die „New York Times" schrieb Anfang Januar 1984 empört: „Ein wenig beachteter Gesetzesantrag, der dem Kongreß vorliegt, birgt den Keim eines militärischen Engagements in sich, das für das Schicksal der USA und der Welt von ebenso großer Tragweite sein könnte wie die Schaffung der riesigen Kernwaffenarsenale. Er ist in einer von äußerstem Zynismus zeugenden demagogischen Sprache gehalten."

Was beinhaltete dieser Gesetzesantrag? Er forderte die Umwandlung des 1982 gegründeten Raumfahrtoperationszentrums (CSOC) der Air Force in ein Oberkommando für militärische Weltraumaktivitäten aller vier Teilstreitkräfte – Heer, Kriegsmarine, Marineinfanterie, Luftwaffe. Des weiteren wurde die Schaffung eines ihm unterstellten Weltraumkommandos der Landstreitkräfte für die Entwicklung und den Einsatz bodengestützter Weltraumwaffen gefordert sowie die Bildung einer Behörde für die Entwicklung von Hochenergiewaffen auf der Grundlage der Laser-, Teilchenstrahlen- und Mikrowellentechnik. Diese Behörde existiert nun, ihr Direktor ist der bereits genannte General Abrahamson. Weiter machten sich die beiden Gesetzesautoren dafür stark, daß die militärischen Missionen der Raumfähre der NASA entzogen und dem Pentagon unterstellt werden. Das geschah Anfang 1985. Die ersten rein militärischen Space-Shuttle-Unternehmen sind bereits beendet. Dem Drängen auf die Erteilung des Auftrages an die Weltraumbehörde, eine militärische bemannte Raumstation zu starten, wurde ebenfalls entsprochen. Kurzum, die Konzeption einer einheitlichen Kommandostruktur zur Führung eines „Sternenkrieges" ist durchgesetzt.

Anfang 1984 schrieb die „International Harald Tribune": „Das Weltraumkommando der Luftwaffe ist an einem ganzen Waffenarsenal im Weltraum interessiert. Es ist überzeugt, daß ein Krieg im Kosmos unvermeidbar ist, daß Kampfhandlungen im All die entscheidende Form militärischer Macht darstellen und die USA siegen werden, wenn sie sich beeilen... *Es geht hierbei nicht um Verteidigung, sondern um Angriff.* Das Ziel besteht, wie die

Planer des Weltraumkommandos der Luftwaffe offen aussprechen, darin, zu den ‚prae-atomaren Vorstellungen von der militärischen Überlegenheit' zurückzukehren, um ‚einen Krieg auf den oberen Ebenen der militärischen Gewalt (Kernwaffenangriff) wieder denkbar zu machen'. Sie sagen, dies wäre eine ‚für die geistige Vitalität der westlichen Demokratie belebende Wende'... Dies ist tatsächlich ein erster, vorsätzlicher Schritt in Richtung Krieg der Sterne, und deshalb liegt den Planern so viel an einer bemannten Raumstation. Sie geben sich mit Robotern und Computern dort oben nicht zufrieden, sondern wollen Menschen hinschicken, die dort kämpfen sollen." Die Air Force bestätigte nur, was Sachkenner schon längst dargelegt haben: die zur Zeit noch futurologischen Hochenergiewaffen sind keineswegs Verteidigungsvehikel. Einmal im All, können sie nach heutigen wissenschaftlichen Aussagen als mächtige und wirkungsvolle Angriffswaffen benutzt werden.

Die Entwicklung von strategischen Offensiv- und Defensivwaffen unterliegt einer dialektischen Wechselwirkung. Die Aufstellung von Abwehrsystemen wird unvermeidbar zur Aufstockung und Weiterentwicklung von Waffen führen, die geeignet sind, den Sperriegel zu durchbrechen. Auf diesen Zusammenhang hat die Sowjetunion immer wieder hingewiesen und auf die unerträgliche Situation, daß die „Abschreckung" auf steigender Eskalationsstufe Abrüstungsverhandlungen immer schwieriger werden läßt. Je komplizierter und treffsicherer die Waffen werden, desto schwieriger wird ihre vertragliche Überprüfbarkeit, da die Gegenseite niemals sicher sein kann, ob die Raketen konventionelle, chemische oder atomare Köpfe tragen. Die Unwägbarkeit einer solchen Waffe kann unermeßliche Folgen haben, wenn ein Computerfehler sie erst einmal losgelassen hat. Sie ist dann nicht mehr rückrufbar, wie Reagan zum Entsetzen der Fachwelt einst verkündete. In der Vergangenheit haben solche Fehler seitens der USA schon des öfteren kritische Alarmsituationen geschaffen.

Alle bisherigen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung haben nie das Optimale erbracht, weil die USA, im Glauben an ihre technologische Überlegenheit, jedesmal zum neuen Wettrüsten starteten. So war es bei den SALT-I-Verhandlungen. Die USA weigerten sich, dem Vorschlag der Sowjetunion nachzukommen, bei allen ICBM-Waffen (interkontinentalen ballistischen Raketen) auf die MIRV-Technologie (individuelle gesteuerte Mehrfachsprengköpfe) zu verzichten. Bei der zahlenmäßigen Begrenzung der ICBM-Waffen rechneten sie sich einen Vorteil aus, der auch tatsächlich gegeben war. Die Vervielfachung der Sprengköpfe gefahrdete die strategische Parität und zwang die Sowjetunion, diese Technologie nachzuvollziehen. Am Ende war die ungefähre

Gleichheit wiederhergestellt, jedoch auf einer höheren „Abschreckungs"ebene.

Den SALT-II-Vertrag haben die USA erst gar nicht ratifiziert, jedoch zugesagt, sich an ihn zu halten. Wie sieht es damit aus? Nachdem Richard Perle im Mai 1985 seiner „persönlichen Überzeugung" Ausdruck verlieh, SALT II über Bord zu werfen, reichte Reagan die Erklärung nach: „Es ist vielleicht durchaus möglich, daß wir bei einem Waffensystem einen solchen Punkt erreichen." Die „Los Angeles Times" wurde deutlicher, als sie feststellte, daß hier keineswegs mehr mit der Möglichkeit gespielt wird, sondern mit der Wahrscheinlichkeit, denn allein die Probefahrt des siebenten Trident-U-Bootes „Alaska" ist ein Bruch des SALT-II-Vertrages, und das avisierte achte Boot „Nevada" würde den Vertrag restlos versenken. Das Limit von Systemen mit Mehrfachsprengkopf wäre bei weitem überschritten. Die „Los Angeles Times" trifft den Nagel auf den Kopf: „Die Heraufbeschwörung solchen Unheils durch vorsätzliche Entscheidungen und Maßnahmen der USA ist unglaublich. Eine Übertretung der SALT-II-Grenzen ist völlig unvereinbar mit den erklärten Zielen der Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten, die Reduzierungen der Offensivsysteme verlangt, wenn es Hoffnungen auf Erfolg geben soll. Völlig widersprüchlich ist auch die USA-Position in Genf, wo amerikanische Verhandlungspartner erhebliche Einschränkungen der Offensivsysteme fordern. Die Vereinigten Staaten streben nach wirksamer Verteidigung gegen Kernwaffen in geringerer Zahl, bereiten sich aber darauf vor, eine ungehinderte Aufrüstung zu provozieren, gegen die es keine Verteidigung geben kann." Reagan sicherte zu, SALT II weiterhin einzuhalten, doch es war nur ein halbes Jawort. Er jonglierte zwischen den Ratschlägen der Pragmatiker und den wütenden Ausfällen der rechten Falken.

Einzig der von beiden Seiten ratifizierte Vertrag von 1972 bietet die Chance, eine ganze Waffengeneration zu verhindern. Schon 1967 unterzeichneten die USA einen Vertrag über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper. Dieser verbot ausdrücklich die Stationierung von kernwaffentragenden Objekten im Weltraum. Die USA erforschen heute nichtatomare Waffensysteme wie Laserstrahl- und elektromagnetische Impulswaffen, von denen einige jedoch indirekt unter das Vertragsverbot fallen, da Wissenschaftler überzeugt sind, daß die Hochleistungsenergie für diese Waffen nur durch eine begrenzte kleine Kernexplosion erbracht werden kann. Die Stationierung von Teilchenstrahlenwaffen erfaßt dieser Vertrag nicht mehr, jedoch der von 1972, der grundsätzlich alle Waffenarten verbietet, die geeignet sind, einen Defensivschirm zu errichten.

Anfang 1984 legte die Reagan-Administration einen „Bericht"

vor, in dem sie die Sowjetunion beschuldigte, alle nur denkbaren Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen gebrochen zu haben. 1983 hieß es aber noch in einem Bericht des American Committee an East-West Accord (Amerikanisches Komitee für das Einvernehmen zwischen Ost und West): „Wie die Administrationen von Nixon, Ford, Carter und Reagan bestätigt haben, hat die Sowjetunion die sich aus den Verträgen SALT I und SALT II ergebenen Verpflichtungen erfüllt. Die Sowjetunion kommt nach wie vor dem Vertrag über die Begrenzung der unterirdischen Kernwaffenversuche, dem Vertrag über das Verbot der Stationierung der Massenvernichtungswaffen im Weltraum und vielen anderen Abkommen über die Rüstungsbegrenzung nach. Die Erfahrungen zeigen, daß die Sowjetunion auch künftighin ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Begrenzung der Kernrüstungen erfüllen wird..."

Nach dem Motto „Nichts Genaues ist bekannt" unterstellten ein Jahr später Reagan und Weinberger der Sowjetunion, den Vertrag von 1972 gebrochen zu haben. Ihre SDI-Missionare hausieren bis heute in Europa und sonstwo mit dieser Ware, um die SDI-Unwilligen und zögernden „Partner" zu gewinnen. Senator Joseph R. Biden, Sachkenner aller geheimen Unterlagen, wischte diese Anschuldigung vom Tisch. Vergehen gegen diesen Vertrag wären so eklatant und offensichtlich, daß sie den höchst präzis arbeitenden Beobachtungssatelliten nicht entgehen könnten. Das Ziel des Vorwurfs von Reagan ist ersichtlich: Die Sowjetunion solle diskreditiert und eine Vertragsuntreue bewiesen werden. Das Abkommen über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme wäre in Frage gestellt worden, und die letzte Schranke auf dem Weg zum „Sternenkrieg" hätte sich gehoben.

Ende März 1983 schrieb der Londoner „The Observer": „Ronald Reagan hat in die Zukunft der Kernwaffen geblickt und ‚Krieg der Sterne' gesehen... Es begann alles mit einem Besuch, den Edward Teller, der Kernphysiker und sogenannte Vater der H-Bombe, im September vergangenen Jahres dem Weißen Haus abstattete. Der jetzt 75jährige Teller war nach Washington gekommen, um für seinen letzten atomaren Taschenspielertrick zu werben – eine kleine Kernbombe, die in den Weltraum geschossen wird, dort explodiert und auf wundersame Weise starke X-Laser-Strahlen gegen anfliegende Raketen aussendet." Teller wurde zum häufigen Gast im Weißen Haus und brachte mittlerweile diverse „begeisternde Ideen" ein. Diese und die Kenntnis von den geheimen Werkeleien in den Küchen der Rüstungsfirmen inspirierten den Präsidenten offenbar zu seiner „Star-Wars"-Rede.

Teller schanzte der Firma Helionetics, die sich mit Lasertechnik befaßt, Forschungsaufträge in erregender Höhe zu. Wie der Zu-

fall so spielt, ist Teller Aktionär und einer der Direktoren dieser Firma. Die Laserkanone, vom Wissenschaftler und Waffenexperten Professor Richard Garvin als eines „der neuesten und albernsten Spielzeuge des Pentagon" bezeichnet, ist nur eines der kostspieligen Forschungsobjekte. Alle sich nun häufenden wissenschaftlichen Argumente gegen den „Sternenkrieg" wischte der Kommunistenhasser und Rüstungsbefürworter Teller beiseite als eine ihm unverständliche Aversion gegen das Pentagon. Nun gehören neben McNamara auch andere Männer zu den Kritikern, die einst selbst im oder für das Pentagon gearbeitet haben: die Admirale Thomas Davies, Noel Gayler, John Marshall Lee, Stansfield Turner, Gene LaRoque, die Generale Maxwell Taylor und George Seignious, um nur einige zu nennen. So mancher von ihnen trug den Vietnamkrieg bis zum Ende mit und bewies auf mancherlei Art, daß ihm die militärische Stärke der Vereinigten Staaten durchaus am Herzen lag. Doch nun glaubten auch sie einen Punkt erreicht, da den USA die Kontrolle über Krieg und Frieden entgleiten und die Welt in eine irreparable Katastrophe stürzen könnte.

Wir sind „abermals Zeugen des hirnlosen Triumphs der Technik über die Politik", meinte Stanley Hoffmann, Professor an der Harvard Universität. Doch es siegte in Wirklichkeit nicht die Technik, sondern die Gier nach Maximalprofiten, ein wahnsinniger Antikommunismus und der trügerische Glaube, über den geistigen Alleinbesitz einer möglichen Technologie zu verfügen. Man will der Sowjetunion zeigen, was eine Harke ist. Wie von Geisterhand geschoben, stiegen schon kurz vor der „Star-Wars"-Rede die Helionetics-Aktien um 30 Prozent und machten Teller reicher. Jedoch nicht nur ihn, auch vier weitere Wissenschafts- und Militärberater aus der Umgebung Reagans, die jeweils ein Paket Aktien als „Geschenk" erhielten. Zehn führende Rüstungsunternehmen, unter ihnen Rockwell International, McDonell Douglas, Astronautics Co., Martin Marietta, Denver Aerospace und Lockheed Missiles and Space Co., teilen die Forschungsmilliarden unter sich.

Das Argument der Reagan-Administration, man betreibe lediglich Forschung, und diese widerspreche nicht dem ABM-Vertrag, wirkt fadenscheinig angesichts eines Handbuches der US Air Force. In diesem wird vorgesehen, „die Überlegenheit im Weltraum zu erlangen und aufrechtzuerhalten". Läßt sich das durch Forschung allein erreichen? „Der Weltraum als Teil jenes Einsatzgebietes bietet unbegrenzte Möglichkeiten für militärische Operationen und ist ein Bereich, in dem die Air Force alle ihre Missionen und Aufträge ausführen oder unterstützen kann", heißt es da. „Die Air Force wird die technische Überlegenheit der USA im Luft- und Weltraum bewahren und für eine verlängerte Kriegführungskapazität sorgen, indem sie das Potential für Kampfopera-

tionen im Einsatzbereich Weltraum entwickelt." Lesen sich so Schlußfolgerungen aus einem „Forschungsprogramm"?

„Während Präsident Ronald Reagans Visionen von einer künftigen weltraumgestützten Kernwaffenabwehr die Aufmerksamkeit auf den Himmel gelenkt haben, forciert die US-Armee gegenwärtig ein ganz irdisches, ein landgestütztes System, das nach Ansicht von offiziellen Vertretern eingesetzt werden könnte, um schon ab Ende der neunziger Jahre Raketenstützpunkte vor anfliegenden sowjetischen Sprengköpfen zu schützen", hieß es in der „International Herald Tribune" Ende Januar 1985.

Zur selben Zeit trafen sich im Westberliner Aspen-Institut Wissenschaftler aus den USA, aus Westeuropa und der Sowjetunion, um über die Aspekte des „Sternenkrieges" zu diskutieren. Einige offizielle Vertreter der USA, so Gerold Yonas vom Pentagon und Gilbert D. Rye, Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA, fabulierten über die „vielversprechenden" Elemente der SDI und standen im großen und ganzen allein auf weiter Flur. Die überwiegende Zahl der Wissenschaftler wies darauf hin, daß eine „Verteidigung" niemals perfekt sein könne und man sich nur für Hunderte Milliarden Dollar eine perfekte Unsicherheit erkaufe, zudem sei es ein Trugschluß zu glauben, die Sowjetunion vermöge es nicht, die andere Seite durch verbesserte Offensivwaffen zu übertrumpfen. Auch die beste Abwehr müsse sich einem Test unterziehen, und dieser ist laut ABM-Vertrag untersagt. „Es wäre tragisch, wenn wir alle Möglichkeiten für die Abrüstungsabkommen zunichte machten, nur um dann später festzustellen, daß es so etwas wie eine effektive Raketenverteidigung nicht gibt", sagte Professor Paul Doty auf diesem Symposium.

Die Rechtskonservativen formieren sich, sie fürchten, daß der Druck der Öffentlichkeit den Präsidenten zu Schritten in Richtung Abrüstung zwingen könne. Die Gründung des Political Action Committee, dem so anrüchige Leute wie Pastor Jerry Fallwell von der Moral Majority und der Senator Jesse Helms, ein Ultrarechter, vorstehen, soll zum Rammblock gegen alle Abrüstungsvereinbarungen und insbesondere gegen den Vertrag von 1972 werden, um dem „Sternenkrieg"programm näher zu kommen. Diese wahnwitzigen Vorhaben stoßen natürlich auf Widerstand. Auch die Friedensbewegungen in den USA und Europa rüsten sich, wie Pam Solo, Vertreterin der „Freeze"-Bewegung, mitteilte. „Daß sich die Russen und Amerikaner erneut an einen Tisch setzen, ist der internationalen und amerikanischen Öffentlichkeit zu danken, die die Reagan-Administration gezwungen haben, endlich ernsthaft an die Fragen der Entspannung zwischen Ost und West sowie des Wettrüstens heranzugehen." Vor allem jedoch ist es der nachdrücklichen sowjetischen Friedens- und Abrüstungspolitik zu danken, daß Reagan diesen ungeliebten Schritt tat.

Der Trick mit den „Tauschobjekten"

Mitte März 1985 wurde in Genf eine neue Runde von Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eröffnet. Weltraumrüstung, strategische und taktische Waffenpotentiale verknüpften sich erstmals zu einem in Wechselwirkung stehenden Verhandlungsnetz. Doch da begann in amerikanischen Regierungskreisen eine heftige Debatte über den Wert der Vereinbarungen zwischen Gromyko und Shultz. Von „Mißverständnissen" war die Rede, von „unannehmbaren Bedingungen" seitens der Sowjetunion. Die SDI sei kein Verhandlungsgegenstand, sie sei ein Forschungsobjekt, und über ungelegte Eier zu befinden sei unseriös.

Auf einer sogenannten Wehrkundetagung in der BRD schossen einige USA-Vertreter im Bunde mit einer Handvoll westeuropäischer Freunde mit terminologischen Waffen gegen die Vorstellungen der Sowjetunion, der Weltöffentlichkeit und der zahlreichen amerikanischen Kritiker. Der Forderung, den Weltraum von allen Waffen freizuhalten und erstmals in der Abrüstungsgeschichte eine Waffentechnologie zu ächten, bevor sie erprobt und stationiert wird, begegneten die Befürworter des SDI-Programms mit einem semantischen Taschenspielertrick. Es handle sich hierbei nicht um eine „Militarisierung des Weltraums", sondern um die Nutzung des „Weltraums für den Frieden". Der anwesende stellvertretende USA-Verteidigungsminister Richard Perle war voll bei der Sache. Leider unterblieben die Fragen, wie er einen waffenstarrenden Kosmos zur Friedenszone verklären konnte, obgleich die Intentionen der Air Force – sie untersteht wie alle Waffengattungen dem Pentagon –, sich im All so richtig militärisch auszutoben, bekannt waren. Der Terminus „Krieg der Sterne" erwies sich als die einprägsamste Wortschöpfung und wird wohl auch durch keine andere ersetzt werden.

Präsident Reagan jedoch versuchte immer wieder diejenigen, die vom „Sternenkrieg" reden, von der friedenssichernden Funktion der SDI aufzuklären. Sie sollten sich endlich eines anderen Sprachgebrauchs befleißigen. Dabei hatten viele Wissenschaftler, Waffentechniker, ehemalige hohe und höchste Beamte und Minister nichts anderes getan, als ihre Sachkenntnis ins Sprachbild gesetzt.

Einige von ihnen gestanden Reagan zwar das Recht zu, im sogenannten Verteidigungsschild eine moralische Alternative gegenüber der Drohung mit der gegenseitigen Massenvernichtung

zu sehen, meinten jedoch, des Präsidenten Optimismus baue auf falschen Voraussetzungen auf. Sollte die Technik schaffen, wozu es an Willen in der US-Regierung mangelte? Sollten Waffen den Frieden schützen, wenn eine Regierung ausdrücklich die Kriegsdrohung zum legitimen Mittel der Politik erklärt? Und wenn sie, wie so oft beschworen, den Frieden will, wozu dann die massenhafte Hortung strategischer Nuklearwaffen und die zusätzliche Schaffung kosmischer Kriegsgeräte? Das Ergebnis wäre ein Wettrüsten ohnegleichen, mit dem die Genfer Verhandlungen nicht Schritt halten könnten. Das sind die Befürchtungen der Sachkenner. Man kann nur wünschen, daß die Vermutungen der SDI-Gegner, die US-Delegation sei mit dem neuerlichen Auftrag aufgebrochen, in Genf eine langwierige, aufreibende und erfolglose Kungelei in Gang zu setzen, sich nicht bestätigen.

Die Vielfalt der Waffensysteme, die Miniaturisierung ihrer Lenkvorrichtungen, die eine Waffe kleiner und treffsicherer machen, sowie die Mobilität der Waffenträger – sozusagen ihre Fähigkeit, sich unsichtbar zu machen – erfordern eine ehrliche und ehrenhafte Verhandlungstaktik. Da haben selbst die amerikanischen Kritiker Reagans ihre Zweifel, die nicht so sehr der Sowjetunion als vor allem der US-Verhandlungstaktik gelten. Diese Skepsis schließt auch die Ankündigung der US-Administration ein, die MX-Rakete als „Tauschobjekt" für weitreichende sowjetische „Konzessionen" anzubieten.

Die Geschichte solcher „Angebote" ist lang. Sie beginnt im Grunde im Jahre 1946 mit dem berüchtigten Baruch-Plan. In der UNO-Atomenergiekommission unterbreitete der US-Delegierte B. Baruch das „Angebot" der USA, auf die Produktion und die Vervollkommnung der Atomwaffe zu verzichten und sie zu ächten, falls die Verfügung über die weltweiten radioaktiven Rohstoffe der Atomenergiekommission zugesprochen würde. Die USA wollten damit gewährleisten, daß niemand außer ihnen die Atomwaffe herstellt. In dieser Kommission hatten die USA das Sagen. Alle Rohstoffvorkommen, ihr Abbau und ihre Nutzung wären in amerikanischen Händen gewesen. Dieses „großmütige Angebot", wie die imperialistische Presse jubelte, richtete sich ohne direkte Namensnennung an die Sowjetunion. Nun wollten die USA, sollte dieser Forderung entsprochen werden, die Atombombe, ihr „Tauschobjekt", noch längst nicht aus der Hand legen, wie Baruch verkündete. Vorerst müsse die Sowjetunion einer „internationalen Kontrolle" aller Werke und Betriebe, die für eine Rüstungsproduktion in Frage kämen, zustimmen. Sollte diese „Kontrolle", in der die USA das Machtwort sprechen würden, funktionieren, dann, erst dann würden die USA erwägen, ihre atomaren Arsenale abzutragen. Dem englischen Kernphysiker und Nobelpreisträger M. S. Blackett bereitete es keine Mühe,

diesen „Plan" zu durchschauen. In einer Schrift erklärte er, die USA wollten alles spaltbare Material in ihre Hände bringen, die Sowjetunion durch angebliche Kontrollmaßnahmen geheimdienstlich auskundschaften, sie total entwaffnen und die Atombombe dennoch behalten.

Kein halbwegs klar denkender Politiker zweifelte auch nur im geringsten daran, daß die Sowjetunion diesen abstrusen, unheilkündenden Plan ablehnen würde und müßte, wollte sie nicht ihre physische Existenz aufs Spiel setzen. Nun verschossen die reaktionären Medien ihre wohlvorbereitete Munition: Die Sowjetunion lehnt das „Tauschgeschäft des Jahrhunderts" ab, weil sie sich selbst in den Besitz von Atombomben bringen will! Sie hintertreibt die „Abrüstung"! In dieser massiven Angriffsoperation des beginnenden kalten Krieges kam der sowjetische Abrüstungsvorschlag im Westen nur denen vor die Augen, die auf eine Zeitung abonniert waren, die sich eine gewisse Redlichkeit gegenüber ihrem ehemaligen antifaschistischen Koalitionspartner bewahrt hatte. Der damalige stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromyko trug vor, daß die Sowjetunion zu den radikalsten Abrüstungsschritten sofort bereit sei, auch zu Kontrollmaßnahmen. Doch vor diesen müßten das Verbot und die Vernichtung der Atombombe stehen, denn welchen Sinn ergäben Kontrollen über Abbau und Verwendung des spaltbaren Materials, über Reduzierung der Truppen und Verschrottung der Waffen, wenn die gefährlichste aller Waffen unangetastet und als ständige Bedrohung bliebe.

Das Spiel mit dem „Tauschobjekt" war eine miserable Posse, die in Variationen bis heute dargeboten wird. Damals rieten dem Präsidenten Truman Wissenschaftler und Politiker, selbst der Kriegsminister Stimson, die Atombombe aus dem Arsenal zu nehmen, sie zu vernichten. Würde Truman die Bombe weiterhin derart sichtbar und provokativ am Gürtel tragen, müßte die Sowjetunion ihre Konsequenzen ziehen, denn es war ja nun ersichtlich, wen die USA zum Gegner ihrer weltweiten Konfrontationspolitik erkoren hatten. Seit dem fatalen Baruch-Plan, der nichts weiter bewirkte als eine hemmungslose atomare Rüstung seitens der USA, was auch bezweckt war, erblickte kein neues Waffensystem das Licht der Welt, dem nicht eine ähnliche Rolle zugedacht war. Zur Täuschung der Weltöffentlichkeit trug nun fast jede neue Waffe den Nimbus eines verhandlungsfähigen „Tauschobjekts", um die Sowjetunion zur Reduzierung ihrer Waffen zu „ermuntern", das heißt zur einseitigen Selbstentwaffnung.

Diese Rolle hat nun die MX-Rakete mit dem Kosenamen „Friedensstifterin" übernommen. Reagan kämpfte verbissen im Kongreß um die 1,5 Milliarden Dollar für den ersten Schub von 21 Raketen. Der Kongreß war gespalten, und diejenigen, die dem Präsi-

denten ihre Stimmen versagten, machten darauf aufmerksam, daß dieser ersten Budgetbewilligung sehr bald eine weitere, drastisch höhere folgen werde. Die Genfer Verhandlungen wären ebenso gefährdet wie das Ziel, die Staatsverschuldung abzubauen.

Des Präsidenten Argumente formten sich in Springers „Welt" von Mitte März 1985 zum Klassenaufsatz eines braven Schülers, der unbeabsichtigt die wortreiche Philisterei des Lehrers in ihrer ganzen Absurdität entlarvte: „Das Überleben von MX ist eine wichtige Voraussetzung für den Verhandlungserfolg von Genf. Es erhöht die Chancen zu einer realistischen Aufrechnung und schließlichen Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen. Hätte die amerikanische Delegation dieses MX-System nicht als Tauschobjekt in Händen, ginge sie buchstäblich schlecht gerüstet in diese Verhandlungen. Es hätte zwangsläufig zur Folge, daß sich in Ermangelung anderer Tauschobjekte der sowjetische Druck auf das SDI-Programm Präsident Reagans noch weiter verschärfen würde." Eine Meisterleistung an Sinnentstellung. Der Habenichts USA muß in aller Eile noch eine Rakete auf den Markt werfen, um überhaupt ein „Tauschobjekt" zu haben. Als ob es außerhalb der MX nicht genügend andere Waffensysteme gäbe, die zur Verhandlung anstehen. Oder ist die Minuteman III eine Spielzeugrakete? Weil nun die MX auf dem Verhandlungstisch liegt, wird die Sowjetunion, laut „Welt", den „Sternenkrieg" aus den Augen verlieren und gebannt auf das vorgelegte „Tauschobjekt" starren, dann ihrerseits Angebote unterbreiten, um dieses Mordsding vom Tisch zu haben. Diese Art Logik hätte Klein Moritz nicht besser formulieren können, um die US-Vorstellungen von einem „Tauschhandel" treffend zu beschreiben.

Wo liegt der Trick mit dem MX-„Tauschobjekt"? Es wurde schon dargelegt, daß die USA im Unterschied zur Sowjetunion ihre wesentlichsten Kernpotentiale auf U-Booten und strategischen Bombern führen; werden noch die MX und schließlich die geplante Midgetman in die bodengestützten Arsenale aufgenommen, rechnen sich die USA ein strategisches Übergewicht aus, das auch dann erhalten bleibt, wenn das „Tauschobjekt" gegen die sowjetischen IBCM-Waffen aufgelistet wird, denn die zwei anderen Säulen der Triade, U-Boot-Raketen und luftgestützte, fallen unter den Tisch. So jedenfalls scheinen die Vorstellungen der USA auszusehen.

Dieses amerikanische Verwirrspiel ist so alt wie die Rüstungskontrollverhandlungen. Stets lagen angebliche „Tauschobjekte" vor, die dann letztendlich, weil die Verhandlungen auf Betreiben der USA scheiterten, die Waffenarsenale aufstockten. Die Ablehnung der Sowjetunion und ihre realistischen Gegenvorschläge, die eine ausgewogene strategische Gleichheit garantierten, gal-

ten dann stets als Veto einer aggressiven Macht, die ihr „Bedrohungspotential" vergrößern will und der man nur eine Antwort geben kann: Die USA müssen schneller und immer kostspieliger rüsten.

Dieses perfekte Hand-in-Hand-Spiel zwischen Rüstungsmonopolen, der Staatsmacht und den ideologischen „Denkschulen" hat jedoch nie verhindern können, daß der Bluff durchschaut wurde. Letztendlich auch von jenen, denen Amerika und seine Verteidigungskraft über alles geht, die jedoch nun die Ansicht vertreten, daß es der Waffen genug seien. In der dunklen Geschichte des von den USA forcierten Rüstungswettlaufs gab es auch Unterbrechungen, sozusagen lichte Punkte, die vielen Menschen wie die Helle am Ende des Tunnels schienen. Die sechziger und siebziger Jahre brachten eine Reihe von Abkommen, die zwar im eigentlichen Sinn noch keine Abrüstung markierten, jedoch einige Rüstungsbegrenzungen vorsahen. Zweifellos leiteten die drängenden Forderungen der Sowjetunion und der wachsende Druck der Weltöffentlichkeit diese Schritte ein. Das allein jedoch erklärt nicht vollends, wie diese Durchbrüche in der auf Antisowjetismus und Konfrontation angelegten US-Außenpolitik zustande kamen.

Innerhalb der amerikanischen herrschenden Klasse vollzogen sich Wandlungen, fanden und finden Verschiebungen innerhalb der Machtzentralen statt. Die jeweiligen Präsidenten repräsentierten direkt oder indirekt die Kreise, die sich die Vorherrschaft im ökonomischen Machtgerangel gesichert hatten und somit auch auf den politischen Fahrplan Einfluß nahmen. Am Ende des zweiten Weltkrieges erstarkten die Monopolkreise, denen sowohl der Krieg zu Buche schlug als auch die beginnende Kapitalexpansion, mit der man das „amerikanische Jahrhundert" einzuleiten hoffte. Diese ökonomische Ausweitung wurde durch die militärische flankiert. Den Tod Roosevelts registrierten diese Kreise erleichtert, denn dessen Ankündigung, die Kriegswirtschaft wieder für zivile Belange umzurüsten, hing wie ein Damoklesschwert über ihnen. Trumans Entscheidung für den kalten Krieg hatten sie vorbereitet. In dieser Zeit bildeten sich zwei führende politische Strömungen heraus, die je nach den Umständen teils miteinander, teils gegeneinander wirkten.

Die Vertreter der „Containment"-Politik („Eindämmung" des Kommunismus) artikulierten schon früh ihre Vorstellungen vom Umgang mit der Sowjetunion. Ihr Sprecher war George F. Kennan. Heute gehört er in den USA zu den intelligentesten und konsequentesten Kritikern der amerikanischen Aufrüstungspolitik. Allerdings befürwortete Kennan schon damals das Primat des ökonomischen, politischen und ideologischen Drucks auf die Sowjetunion. Die „Rüstung", so meinte er, „ist unerläßlich, nicht wegen ihres Nutzens in Zeiten des Krieges, sondern wegen des psy-

chologischen Schattens, den sie in Friedenszeiten wirft". Kennan grenzte sich von den Hardlinern ab, die einen Krieg für unvermeidlich hielten; ihm galt die Rüstung lediglich als Mittel der „Eindämmung", um die Sowjetunion aus dem internationalen Geschehen herauszuhalten.

Dieser Vorstellung stand die Konzeption von der „Liberation" (Befreiung) entgegen, die beispielsweise James Burnham, einer der wichtigsten Ideologen des kalten Krieges, vertrat: „Die Eindämmung des Kommunismus ist fraglos erstrebenswert. Eindämmung kann jedoch nicht das Ziel einer Politik sein." Offen erklärte er, „daß es nur ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben kann: die Vernichtung der Macht des Kommunismus". Burnham forderte den „totalen Krieg" gegen die Sowjetunion und die völlige Einbindung der gesamten Wirtschaft für dieses Ziel.

Die militärischen Strategien dieser Jahre wiesen darauf hin, daß die Truman-Administration nicht Kennan favorisierte, sondern eher den „Befreiungs"ideologen zuneigte. Pläne atomarer Überfälle erhielten Codebezeichnungen wie „Cogwheel" (Zahnrad), „Gunpowder" (Schießpulver), „Fleetwood" (Schiffsplanke), „Charioteer" (Kampfwagen) und unterschieden sich voneinander nur durch die Menge der für den Einsatz vorgesehenen Atombomben. Der Plan „Dropshot" (etwa Bogenschuß) von 1949 sah vor, 300 Atombomben über der UdSSR auszuklinken. Doch da geschah das Unvermeidliche, von Wissenschaftlern längst Vorausgesagte und von den USA selbst Heraufbeschworene: Im September 1949 brach die Sowjetunion das Atommonopol der USA, rechtzeitig, um „Dropshot" in den Schubladen verschwinden zu lassen. „Unser Atommonopol ist zu Ende. Dieses Ende kam eher, als von unseren Experten erwartet", klagte Truman in seinen Memoiren. Das hätte als eklatante Lehre dienen können. Die „Befreiungs"adepten erhielten einen Dämpfer, der sie jedoch keineswegs zu der Einsicht brachte, daß ihre Strategie gescheitert war. Die Lüge vom „Diebstahl" des angeblichen Atomgeheimnisses, die Ethel und Julius Rosenberg auf den elektrischen Stuhl brachte, sollte der Öffentlichkeit verschleiern, daß die Sowjetunion sehr wohl imstande war, der amerikanischen Herausforderung zu begegnen.

Jede der beiden politischen Strömungen vertrat bestimmte Monopolkreise, deren Interessen nicht immer harmonierten – so zwischen dem zivilen und dem Rüstungssektor. Sie hatten aber eine entscheidende Gemeinsamkeit: den Willen zur Beherrschung des Weltmarktes und zur Ausplünderung abhängiger Länder. Der Streit ging um die Taktik, wie das pax americana zu erreichen sei. Den Rüstungsmonopolen waren alle Mittel recht, die ihre Profitraten garantierten. Das Wirken der kalifornisch-texanischen Mafia bestärkte die „Befreiungskrieger" in der Vorstellung, wenn die

Der „Abrüstungsspezialist" Edward Rowny und der ehemalige Sicherheitsberater William P. Clark liefern für die These, daß Verhandlungen nur mit massiver Vorrüstung möglich sind, die Argumente. Gehen diese dem Präsidenten aus, beschimpft er die fragenden Journalisten.

Zeitläufe einen direkten Schlag gegen die Sowjetunion unkalkulierbar machten, so sollten wenigstens lokale Kriege der Sowjetunion die Grenzen ihrer Macht deutlich werden lassen. Dieser Entscheidung neigten auch viele „Containment"-Strategen zu.

Nun zeigte sich allerdings im Korea- wie auch im Vietnamkrieg die weltfriedensbewahrende Bedeutung der sowjetischen Atomstreitmacht. Ihr Vorhandensein war nicht die einzige, doch entscheidende solidarische Hilfe für die kämpfenden Völker. Der amerikanische Atomknüppel kam nicht zum Einsatz. Die „Befreiungs"- wie auch die „Eindämmungs"kämpfer erlitten eine Niederlage, die ihr gemeinsames Zusammengehen zeitweilig unterbrach. Der Konsens, durch den kalten Krieg mehr oder weniger zusammengehalten, zerfiel, da der Glaube schwand, die Sowjetunion und das sozialistische Weltsystem im direkten Ansturm zu überwinden.

Der rechtskonservative Präsident Nixon bekam das Auseinanderdriften beider Richtungen zu spüren. Die aufbrechende Antikriegsbewegung wurde durch viele einflußreiche „Containment"-Politiker gestärkt. Ihnen schwebte keinesfalls der radikale Wandel in der antisowjetischen Außenpolitik vor, sondern die vorläufige Anpassung an die realen Gegebenheiten und deren schrittweise Überwindung durch neue „Eindämmungsstrategien". Sie spielten nun den Part der sogenannten Liberalen. Gerechtigkeitshalber muß jedoch gesagt werden, daß nicht wenige von ihnen aus der Front der kalten Krieger ausgeschert und heute zu den unüberhörbaren Stimmen der Vernunft zu rechnen sind. George F. Kennan ist wohl der bekannteste „Dissident", doch auch der Abfall von Clark M. Clifford, dem ehemaligen Truman-Berater und Verfasser eines berüchtigten Strategiepapiers, das den kalten Krieg beförderte, ist nicht weniger spektakulär.

Die Veränderungen im innenpolitischen Klima und der millionenfache Protest gegen den Vietnamkrieg ließen Nixon keinen großen Spielraum. Die SALT-Ära begann. Die „Liberation"-Anhänger stellten sich grollend beiseite und sammelten die Kräfte für eine Unterwanderung gegen die anbrechende Politik der Entspannung. Spätestens jetzt zeigten die „Containment"-Gefolgsleute, welche Rolle sie im SALT-Prozeß zu spielen gedachten. Das Vertrauen in die amerikanische Wissenschaft und Technik wie auch die Unkenntnis der sowjetischen materiellen und geistigen Ressourcen verführte sie zu der Annahme, SALT zu ihren Gunsten zu wenden. Sie sorgten dafür, daß die Verhandlungen auf die Gebiete beschränkt blieben, von denen die USA sich nicht viel versprachen. Einige Waffenprogramme sowie die MIRV-Technologie klammerten sie aus in der Illusion, mit dieser fortgeschrittenen Technik die strategische Parität unterlaufen und die Sowjetunion „abhängen" zu können. Allein diese Kalkulation be-

wies, daß die „Eindämmungs"strategen zwar das Taktieren nicht verlernt, aus den Jahren des Rüstungswettlaufs jedoch auch nichts gelernt hatten.

Doch unabhängig von den Intentionen, die der eine und der andere US-Politiker mit dem Entspannungs- und SALT-Prozeß verband, waren diese Jahre ungemein wichtig und für die internationale Atmosphäre ein wahrer Segen. Der sich anbahnende Dialog zwischen den Staatsmännern der UdSSR und den USA ließ die Welt aufatmen. Dem Rüstungsstopp, der Rüstungsbegrenzung und der schrittweisen Abrüstung lag scheinbar nichts mehr im Wege. Den Höhepunkt dieser Jahre bildete das Treffen von Helsinki 1975. Die Mahnungen der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und weitsichtiger Politiker aus aller Welt, daß der Kampf um den Frieden längst eine neue Dimension angenommen hat, wurden verstanden. Die Anwendung von nuklearen Massenvernichtungswaffen würde zur Vernichtung allen Lebens führen. Diese Tatsache begriffen nun auch jene, die der Abrüstungsproblematik und der Konfrontation bisher gleichmütig gegenüberstanden. Umfragen aus jenen Jahren in den USA und in Westeuropa bezeugen das.

Die Mühen der Rechtskonservativen, diesen Trend umzukehren, blieben aber nicht ohne Erfolg. Ihnen kamen die Krise von 1973 bis 1975 und die traditionellen Vorstellungen vieler Amerikaner zugute, daß es um die Welt nicht gut bestellt sein kann, wenn die nach ihrer Meinung Weltmacht Nummer 1 ökonomisch und politisch ins Wanken gerät. Die Krise brach wie ein Hurrikan über die traditionellen Industriezweige herein, wehte die Arbeiter aus den Werkhallen auf die Straße, riß die Industrieproduktion in die Tiefe und minderte den Export. Die Anpassung an die neuen Gegebenheiten, die Notwendigkeiten struktureller und technologischer Veränderungen, um konkurrenzfähig zu bleiben, fielen diesen Industriebereichen schwer, da der Militär-Industrie-Komplex sie austrocknete, ihnen die geistigen Ressourcen entzog, die eine wissenschaftlich-technische Erneuerung hätten bewirken können. Dieser gewaltige Einbruch führte zum Machtverlust jenes Teils der Bourgeoisie, den man gemeinhin als „liberal" bezeichnete. Das „Establishment" verlor das Gesicht. Der Zusammenschluß der alten und der neuen Rechten sorgte dafür, daß diese Krise wie auch die außenpolitischen Mißerfolge der Demokratischen Partei wie Pech an den Rockschößen hafteten. Der Sohn der Goldküste, des sonnenumflorten Kaliforniens, schien vielen als das neue Licht, die neue Kraft und Herrlichkeit.

In diesen Jahren leitete die Rüstungsbranche einen quantitativ und qualitativ neuen Rüstungszyklus ein. Der ökonomische Verfall der zivilen Industrie tangierte den Militär-Industrie-Komplex nicht sonderlich, er kannte nur eine Krise: die Entspannungspoli-

tik. Hatte er doch allein durch den Abschluß von SALT I und des ABM-Vertrages schätzungsweise 100 Milliarden verloren. Reagan sollte Abhilfe schaffen. Doch auch Teile der liberalen Bourgeoisie glaubten zu erkennen, daß die Entspannungspolitik ihnen nicht viel einbrachte. Sie wiegten sich von Beginn an in der Illusion, Entspannung hieße Verzicht auf soziale und nationale Befreiungsbewegungen. Da der Handel mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern für die US-Monopole keine sonderlichen Kennziffern erreichte, bot die Entspannungspolitik für sie keinen ökonomischen Anreiz. Sie spürten jedoch den schwindenden Einfluß auf die Entwicklungsländer wie auch Einschränkungen in den Ausbeutungs- und Expansionsbedingungen. In dieser Situation war es nicht schwierig, ihnen glaubhaft zu machen, daß der amerikanische Machtverfall in der militärischen „Ohnmacht" zu suchen sei. „Die Entspannung der siebziger Jahre, wenigstens vom Standpunkt der USA, hat den Test der Effektivität nicht bestanden", schrieb der Politologe S. Bialen in seinem Buch „Entspannung, Eindämmung oder Konfrontation". Der amerikanische Rechtsaußen-Denker Norman Podhoretz sah in der Wahl Reagans zum Präsidenten folgerichtig den Ausdruck eines „neuen Konsens über die Notwendigkeit, dem Anwachsen sowjetischer Macht fester und entschlossener zu antworten, ...den Niedergang amerikanischer Macht aufzuhalten und umzukehren".

Was glaubte man, der Sowjetunion vorwerfen zu müssen? Die Sowjetunion „hintertrieb" die amerikanischen Bemühungen, strategische Vormacht zu erringen. Das wurde ihr als Verstöße gegen die Spielregeln der Entspannungspolitik vorgehalten. Auch waren sich die Konfrontations- und „Containment"-Politiker darin einig, daß der ungehemmte Zugang zu den Rohstoffen und den Märkten der Entwicklungsländer ein fest verankertes Recht der USA darstellt. Die Hilfe der Sowjetunion, die sie den Befreiungsbewegungen angedeihen ließ, galt als ein Verstoß gegen den Entspannungsfrieden. Die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals, angeführt von der Rüstungsindustrie, waren sich einig, daß nur auf der Basis der strategischen Überlegenheit die Sowjetunion und ihre „Stellvertreter", die nationalen Befreiungsbewegungen, in die Knie zu zwingen seien.

Doch die Entspannungspolitik hatte in der Weltöffentlichkeit wie in den USA Spuren hinterlassen. Ein massives Abschwenken ohne Wenn und Aber barg die Gefahr in sich, die USA total zu isolieren, auch bei den europäischen Bündnispartnern. Und so wurde die Welt Zeuge einer unsäglichen Kakophonie von Konfrontationsgeschrei und Friedensfanfaren, von wüsten Polemiken gegen das „Reich des Bösen" und mysteriösen Friedensgebeten. Einerseits verkündete Reagan, ein Atomkrieg sei denkbar und ein Sieg möglich, dann wieder wurden diese markigen Sprüche ab-

geschwächt. Der Präsident habe nur laut gedacht, hieß es, ansonsten meine auch er, ein Nuklearkrieg sei von beiden Seiten nicht zu gewinnen. Der Präsident sinne über eine Friedensordnung nach, verstreuten seine Berater, dann wiederum wurde bekannt, daß Reagan bei einer Mikrophonprobe den Nuklearkrieg für die nächsten Minuten angeordnet hat. In Reagans Umgebung zuckte man die Achseln: ein Scherz, nur ein Scherz. Der Witzanfang „Der Präsident hat sich falsch ausgedrückt, als er erklärte..." ging um.

Wie auch immer die anfänglichen Erklärungen und die darauf folgenden Dementis aussahen, eines blieb unverändert: Die Männer in Reagans Umgebung, die laut über einen siegreichen Atomkrieg nachdachten und diesen Äußerungen keine Dementis folgen ließen, blieben auf ihren Posten. Hier und da fand ein Wechsel statt, der jedoch von untergeordneter Bedeutung war.

Die Zerwürfnisse innerhalb der Reagan-Mannschaft wurden von der liberalen Presse oft dramatisiert und zum Teil mit den stillen Wünschen verbunden, daß diese Clique rechter Dilettanten endlich auseinanderfalle. Schon in den ersten Wochen der Reagan-Ära holte Verteidigungsminister Weinberger die von Carter auf Grund weltweiter Proteste gebannte Neutronenwaffe für Europa wieder hervor. Die europäischen Verbündeten zuckten zusammen, hatten sie doch gerade erst die Proteste recht und schlecht verdaut. Die Beschwichtigung kam von Außenminister Haig, der den Europäern versicherte, daß Weinbergers Vorstoß nicht ernst gemeint war. Haig war beileibe kein Gegner der Neutronenwaffe. Er hielt nur eine neuerliche Diskussion um diese Waffe für schädlich und den amerikanischen Interessen in Europa für abträglich. Der Streit war somit kein grundsätzlicher, sondern ein Gerangel um taktische Finessen. Selbst solche Kundgebungen waren der neuen Rechten zuviel. Schon 1981, nach Reagans erster Amtseinführung, wetterte der stockkonservative Abgeordnete Howard Philipps: „Bis jetzt ist es so, als ob die Main Street die Wahl gewonnen hat, aber Wall Street das Land regiert." Dem Mann wurde bange, als sich ein Prozeß der Annäherung zwischen den „Containment"-Politikern innerhalb des „gemäßigten" Flügels der Republikanischen Partei und den Konfrontationsstrategen vollzog. Teile des „Establishments" kamen aus dem Schmollwinkel heraus und wollten wieder mitspielen. Philipps glaubte, daß nun die fundamentalistischen Ideen der neuen Rechten verwässert werden, wenn die „Taktiker" von der Ostküste dem Präsidenten dazwischenredeten. Diese Ängste erwiesen sich als unbegründet, denn alle Querelen zwischen Weißem Haus, dem Pentagon und State Department wiesen keineswegs darauf hin, daß irgendwelche entspannungsfreudigen Rebellen Sand ins Getriebe warfen. In einem bestand absolute Einigkeit:

Die Politik der Stärke müsse wiederaufgenommen und die strategische Überlegenheit erreicht werden.

Auch in einer von der amerikanischen Presse breitgewalzten Kontroverse zwischen Richard Perle, dem stellvertretenden Verteidigungsminister, und Richard Burt, einem hohen Beamten im State Department, ging es in Wirklichkeit lediglich darum, ob man die angehäufte Atomsprengkraft bei künftigen Verhandlungen in Megatonnen angeben oder lediglich die Raketensprengköpfe zählen solle. Eine völlig unsinnige Debatte angesichts des Unwillens beider Kontrahenten, mit der Sowjetunion in ehrliche Verhandlungen einzutreten.

Anderthalb Jahre währte das Spektakel zwischen Beratern und Ministern, bevor die Reagan-Administration unter Druck der Weltöffentlichkeit sich 1982 bequemte, in Genf ihre Plätze einzunehmen. Beobachtern schwante nichts Gutes, als die Falken Rostow, Nitze und Rowny das Genfer Parkett betraten. Sie sollten recht behalten. Als Miterfinder der sowjetischen „Überrüstung" und leitende Köpfe des Komitees gegen die vorhandene Gefahr machten sie nun die offizielle Deutung der Reagan-Administration von der „militärischen Überlegenheit" der UdSSR zum Ausgangspunkt ihrer „Verhandlungen". Sie wollten für die „Eindämmung des überlegenen sowjetischen Nuklearpotentials" Sorge tragen. Es war ein Falschspiel, dessen Unannehmbarkeit regelrecht bis zur Beleidigung" geriet, stellte die australische Zeitung „The Age" fest.

Drei namhafte Politiker – W. Averell Harriman, ehemaliger US-Botschafter in der Sowjetunion und Berater unter fünf Präsidenten; Clark M. Clifford, Berater Präsident Trumans und Verteidigungsminister unter Johnson; Marshall Shulman, Direktor des Harriman Institute for Advanced Study of the Soviet Union – rekapitulierten Ende September 1984 den amerikanischen Ausgangspunkt: „Mit Eifer, ja regelrechter Freude hat die Reagan-Administration die irrige Annahme aufgegriffen, Moskau habe auf nuklearer Ebene einen Vorsprung errungen. Deshalb seien große Programme für neue Kernwaffen notwendig, um nicht nur von der angeblichen Unterlegenheit der USA wegzukommen, sondern durch Überlegenheit auch Sicherheit zu halten... Die Reagan-Administration hat die Rüstungskontrolle niemals als wahrhaft wichtiges Anliegen im Interesse der nationalen Sicherheit behandelt. Bei Verhandlungen wurden Positionen bezogen, die nicht darauf abzielten, eine gemeinsame Basis herbeizuführen, sondern den Anschein von Flexibilität als Tarnung und Rechtfertigung für eine weitere Aufrüstung zu erwecken..."

Die amerikanische Verhandlungsführung über die eurostrategischen und interkontinentalen Raketen war eine Beleidigung der Vernunft, und die Verhandlungen mußten demzufolge scheitern.

Da die USA nicht vollends den Ruf einer verhandlungsfähigen und -willigen Macht verlieren wollten, hieß es nun: Wir sind bereit zu einer neuen Runde. Die Rüstungsprogramme laufen, und neue Waffen stehen uns in Kürze zur Verfügung. Das hat uns stark gemacht, Sicherheit geschaffen und als Verhandlungspartner aufgewertet. Let's go! Allerdings hielt man auch in der neuen Dialogrunde 1985 an alten Bräuchen fest. Nun hieß es: Die Sowjets sind uns in der militärischen Kosmosforschung weit überlegen, es ist somit viel zu tun. Eine profitable Lüge für die Unternehmen, zumeist kalifornische und texanische, die sich vom SDI-Programm das Geschäft des Jahrhunderts versprechen.

Die drei genannten Autoren äußerten sich auch zu der Frage, ob die USA sich durch die unvorstellbare Hochrüstung mehr Sicherheit erkauft haben: „Es spricht dem gesunden Menschenverstand hohn, wenn behauptet wird, die Sicherheit der USA sei größer geworden. Tatsächlich hat die Situation seit 1981 eine zutiefst beunruhigende Entwicklung genommen: Die Vehandlungen mit der Sowjetunion sind völlig zusammengebrochen, während sich Amerika in die für Friedenszeiten größte militärische Aufrüstung seiner Geschichte gestürzt hat. Einige Leute verfolgen diese Entwicklung voller Selbstgefälligkeit, ja sogar Genugtuung, sie sind blind gegenüber den dabei in Gang gesetzten gefährlichen Trends..." Diese Leute mühen sich, den Verhandlungsballon derart zu überfrachten, damit der Flug mißlingt. Ballast kann man über Bord werfen, und Reagan wurde von vielen Seiten aufgefordert, sich zumindest der Berater zu entledigen, die allzu überdeutlich die Geschäfte der Rüstungsindustrie betreiben. „Beamte, die von der Rüstungskontrolle nicht überzeugt sind, sollten von der Last befreit werden, dafür arbeiten zu müssen", meinte Paul Warnke.

Einer dieser Männer, den Warnke bestimmt auch im Auge hatte, der Superfalke Richard Perle, ließ Ende März 1985 verlauten, als die Genfer Konferenz gerade ihre ersten Schritte tat: „Es wird nicht lange dauern, bis wir aus Genf den Vorwurf hören, wir meinten es nicht ernst." Dieser Vorwurf ist tatsächlich etwas später gekommen, und zwar aus dem eigenen Lager. Wieso nahm Perle ihn denn schon voraus, als alle Welt den Verhandlungen bestes Gelingen wünschte? Warum sollte dieser Vorwurf kommen, wenn die USA-Vertreter, nach eigenen Aussagen, ernsthaft und gründlich verhandeln und den Genfer Boden nicht eher verlassen wollen, bevor nicht ein gültiger Vertrag unter Dach und Fach ist? Oder weiß Perle mehr über Stil und Machart der amerikanischen Verhandlungsführung und wiegelt schon vorher ab, weil er der Überzeugung ist, daß die Verhandlungen an unannehmbaren US-Forderungen scheitern und man jetzt schon Wege sucht, der Sowjetunion die Schuld anzulasten?

Ein Treffen recht pikanten Zuschnitts fand Ende März 1985 im englischen Kensington statt. Ein Häuflein Ultrarechter, im Komitee für die freie Welt vereint, gab sich ein Stelldichein. „Jeder der Anwesenden schien zu akzeptieren, daß der Marxismus in den Ländern, die er beherrscht, eine absterbende Lehre ist, aber das minderte anscheinend nicht ihre Furcht vor seiner Verbreitung", schrieb „The Observer" nicht ohne Ironie. Und siehe, in dieser Runde der Furchtbewegten saß auch Richard Perle. Hier allerdings befand er sich in einer eigenartigen Situation. Er mußte seinen Präsidenten gegen die Anwürfe verteidigen, daß dieser gerade dabei sei, die reine Lehre zu verlassen und sich aus dem rechten Flügel wegzustehlen. Die neuen Genfer Verhandlungen galten hierfür als Beleg. Reagan werde niemals die „nachweislich falsche Entspannungspolitik" akzeptieren, um sich einen Platz als „Friedenspräsident" in der Geschichte zu sichern, meinte Perle. Als nach dieser Beschwörung noch die Grußadresse der Premierministerin Thatcher verlesen wurde, in der sie die Teilnehmer ermunterte, die Ost-West-Beziehungen wohlwollend zu prüfen, machte die Direktorin des Komitees für die freie Welt, Midge Decter, kurzen Prozeß. „Sie hoffe und bete, daß die Genfer Rüstungskontrollgespräche scheitern, damit wir uns wieder an die eigentlichen Aufgaben machen können, einen Umschwung zuungunsten der Sowjetunion zu erreichen", gab „The Observer" die erzürnte Dame wieder. Sie sprach allen Anwesenden aus dem Herzen.

Im Juli 1985 erlebten die USA ein nicht uninteressantes Schauspiel. Die Ultrarechten sammelten sich, um den „lahmen Falken", wie Norman Podhoretz den Präsidenten bezeichnete, zum Höhenflug zu veranlassen. Als Reagan in der Libanoner Geiselaffäre im Juli 1985 Realismus bewies und einen militärischen Schlag gegen Beirut ablehnte, tobten die Rechten. Die Zurückhaltung und die Verlängerung der SALT-II-Abmachung verübelten sie ihm und befürchteten nun, daß er sich, wie vormals Nixon, verhandlungswillig zeigen könnte. Hoffentlich bestätigen sich ihre Ängste.

Die „Ethik der Macht"

Anfang Mai 1985 erregte sich der US-Botschafter Sorzano über die Impertinenz Nikaraguas, innerhalb von drei Jahren neunmal die USA vor dem UNO-Sicherheitsrat der Aggressionspolitik bezichtigt zu haben. Die Reaktion des nikaraguanischen Botschafters Javier Chamorro Mora fiel kühl aus: Gelänge es dem ehrenwerten Botschafter, seine Regierung davon zu überzeugen, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Nikaraguas einzumischen, dann werde der Sicherheitsrat keine weiteren Klagen zu hören bekommen. Sorzano erlebte ungemütliche Stunden, als die Delegierten aller Kontinente den von Reagan ausgelösten Handelsboykott gegen das mittelamerikanische Land scharf verurteilten. Der Ausflug des sowjetischen Delegierten Oleg Trojanowski in die Geschichte amerikanischer Gewaltpolitik allein gegen Lateinamerika – in knapp hundert Jahren 82 Interventionen, davon zehn gegen Nikaragua – rundete das düstere Bild ab.

„Wenn sich Präsident Reagan zum Thema Nikaragua äußert, so ist seine Mißachtung der Tatsachen verwirrend, seine Rhetorik trieft vor Haß", schrieb Ende April 1985 die „New York Times" und fuhr fort: „‚Somoza war schlecht', erklärte Reagan vergangene Woche, ‚doch die Sandinisten sind unendlich schlimmer.' Es fehlen die Worte, die Beleidigung zu beschreiben, die diese Äußerung der Geschichte und den Opfern der vierzigjährigen Somoza-Barbarei zufügt. Die Regierung sei ‚eine kommunistische Diktatur', erklärte er. Und das von einem Land, wo die Oppositionsparteien ein Drittel der Sitze im Parlament behaupten... Seine Äußerungen über Nikaragua sind von besonderer Schärfe und Bösartigkeit. Es hat den Anschein, als könne er sich mit der komplizierten Wirklichkeit dieses Landes nicht abfinden, sondern wolle einen echten kommunistischen Feind. Das Ziel der Vernichtung dieses schändlichen Feindes rechtfertige daher jedes Mittel, jede Taktik..."

In der Öffentlichkeit mußten Reagans hektische Aktivitäten im Kampf gegen das kleine Nikaragua wie der Amoklauf eines Goliath wirken, der aus Furcht vor Davids Steinschleuder alles daransetzt, dem Gegner die Arme abzuhacken. Es schien dem Präsidenten sichtlich schwer, diese herbeigeredete Gefahr vor dem Kongreß überzeugend auszubreiten. Mit verschränkten Armen und teils gelangweilten Gesichtern hörten die Abgeordneten zu, wie ihnen eine furchterregende Verbindung zwischen der natio-

nalen Sicherheit der USA und der Situation in Nikaragua geschildert wurde. Die Warnungen, die Kommunisten würden bis zur amerikanischen Grenze marschieren, falls man ihnen in Nikaragua nicht Einhalt geböte, hielten die meisten für weit hergeholt. Eine skurrile Situation, einen Präsidenten um die Errettung aus „bedrohter Sicherheit" seines Landes betteln zu sehen, ohne daß sich eine Mehrheit fand, diesen dramatischen Gebärden Glauben zu schenken. Und die Abgeordneten folgten der mehrheitlichen Meinung der Amerikaner, als sie es ablehnten, den Contras 14 Millionen zu schenken. Ihnen wie auch jedem anderen Bürger war klar, daß ein kriegswütiger Präsident diese lächerliche Summe, verglichen beispielsweise mit den Geldern für die MX-Rakete, jederzeit aus anderen Kanälen den Konterrevolutionären zuleiten kann. Es war eine politische Abstimmung und eine moralische Niederlage Reagans. Viele Abgeordneten machten kein Hehl aus der Vermutung, daß der Bewilligung dieser mehr oder weniger symbolischen Summe weitere Forderungen folgen würden, die dann die USA schließlich vor eine ähnliche Situation wie in Vietnam stellen würden, als aus der militärischen Unterstützung schließlich der amerikanische Krieg entbrannte.

Für die Rechten kam die Geiselaffäre im Sommer 1985 in Libanon gerade zur geeigneten Zeit. Eine gelenkte nationalistische Flutwelle brandete gegen das Repräsentantenhaus und bedrohte die Abgeordneten, die sich unwillig zeigten, Gelder für die Konterrevolutionäre in Lateinamerika, Asien und Afrika bereitzustellen. Ein „Kompromiß" wurde ausgehandelt: Den Contras in Nikaragua schob man 27 Millionen Dollar zu mit der heuchlerischen Maßgabe, diese für „nichtmilitärische Zwecke" zu verwenden. Die standhaften Kritiker der amerikanischen Verstrickung in Nikaragua machten darauf aufmerksam, daß diese Anweisung absolut irreal sei, denn die Contras würden sich einen Dreck darum scheren, mit welchen „moralischen" und „humanitären" Bedingungen diese Summe verknüpft ist. Der Kongreß wusch seine Hände in Unschuld.

Die Andeutungen des Außenministers Shultz waren nicht zu überhören. Verfehlten alle Mittel ihre Wirkungen, so müßten sich die USA mit dem Gedanken vertraut machen, eine Intervention durchzuführen. Diese Drohung steckte wie eine Distel in einem Bukett von Hoffnungen, daß man Nikaragua auch anders zu Fall bringen könne und sich eine Intervention erübrige. Doch jedermann wußte, daß eben diese Aussicht schon verwelkt war. Die Verminung der Häfen, die militärische und finanzielle Ausstattung der Konterrevolutionäre, die permanenten Manöver an den Grenzen zu Nikaragua hatten nichts gebracht. Natürlich schufen alle diese Aggressionsakte eine unerträgliche Situation für Nikaragua. Ressourcen, für den friedlichen Aufbau dringend genötigt,

flossen und fließen in die Verteidigung. Ein Volk wird wider Willen gezwungen, sich zu verteidigen, um die Vergangenheit von seinen Grenzen fernzuhalten. Die USA-Administration wird nicht müde, auf jene Männer, Frauen und Jugendliche in Betrieben und auf den Feldern zu weisen, die ihrer Arbeit mit einem Gewehr auf den Schultern nachgehen, und sie der „Bedrohung" des Kontinents anzuklagen. Eine widerliche Farce.

Sind wir in einem Krieg oder nicht? fragen viele Amerikaner. Das Vietnam-Trauma wirkt fort. George W. Ball, ehemaliger stellvertretender Außenminister, berührte in der „Los Angeles Times" diesen wunden Punkt. Rückblickend bezeichnete er den Vietnamkrieg als Folge „eines übersteigerten und überschwenglichen Sendungsbewußtseins" und der wirren Vorstellung, daß die USA ihre Pflicht erfüllten, in diesem Teil der Welt den Kommunismus aufzuhalten. Jeder andere Gesichtspunkt wurde als „schwachköpfige Haltung gegenüber der kommunistischen Gefahr abgetan". Als man endlich unter Qualen zu der Schlußfolgerung gelangte, diesen Krieg nicht gewinnen zu können, hätte man auch die gedankliche Konsequenz aufbringen müssen, daß dieser wie auch alle anderen lokalen Kriege keineswegs in die Ost-West-Auseinandersetzungen einzuordnen sind. „Die gegenwärtige Führung scheint jedoch keine Lehren daraus gezogen zu haben. Wir vernehmen etwas von einer Reagan-Doktrin, die in Aussicht stellt, daß Amerika jeden Staat und jede Gruppe unterstützen wird, die irgendwo für Freiheit und gegen kommunistische Herrschaft kämpft... Inzwischen versucht die Regierung immer noch, den kleinen mittelamerikanischen Ländern ihre politischen Strukturen zu diktieren. Die Regierung bringt lokale und regionale Streitfälle immer noch mit der Ost-West-Auseinandersetzung in Zusammenhang. Wenn die gegenwärtige Führung aus den äußerst tragischen Erfahrungen Amerikas in Vietnam auch wenig gelernt hat, das amerikanische Volk hat die Botschaft jedoch vernommen und richtet sich danach. Es betrachtet sein Land nicht als Weltgendarm..."

Spätestens nach der Verminung der nikaraguanischen Häfen durch die CIA wurde der Ruf im Lande unüberhörbar: Wer gibt uns das Recht zu diesen kriegerischen Operationen? Welcher Teufel reitet die Regierung, die UNO, das Völkerrecht und den Willen der eigenen Bevölkerung derart mit Füßen zu treten? Die höchsten Amtsträger mußten auf die eine oder andere Weise Farbe bekennen. Die überraschendste Antwort fand wohl die damalige militante UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. Sie hielt diese „verdeckten" Operationen für rechtens, allein schon deshalb, weil sie so beschaffen waren, daß der Präsident den Kongreß aus der Entscheidung heraushalten konnte, da ja keine genehmigungspflichtige offene Kriegshandlung vorlag. Der Alltag

blieb sozusagen unberührt, der Kongreß durfte weitertanzen. Anders gesagt: Reagan hatte den Kongreß überrumpelt und entmündigt, als er seinem Freund, dem CIA-Chef William J. Casey, die Weisung erteilte, einen Krieg ohne Kriegserklärung zu führen. Es sei eine „dritte Option", sozusagen eine Alternative zwischen Krieg und Nichtstun, verteidigte Reagans ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater Robert McFarlane diesen Piratenakt.

Die Regierung hatte nicht nur aus Vietnam nichts gelernt, sie gab diesen Erfahrungen eine völlig andere Deutung. Eine Art „Dolchstoßlegende" machte die Runde. Massenmedien und „subversive Elemente" wurden bezichtigt, eine „honorige Sache" in den Schmutz getreten und große Teile des Volkes verführt zu haben, der Armee im Kampf gegen den „internationalen Kommunismus" in den Rücken gefallen zu sein. Diese Ausdeutung war ebenso schmutzig wie der Krieg selbst, weil sie die Weisung enthielt, neue Konfrontationen durch einen „inneren Kriegszustand" und durch Knebelung der Öffentlichkeit abzuschirmen. Eine der ersten Amtshandlungen Reagans war es, den Geheimdiensten größere Vollmachten im In- und Ausland zu übertragen.

In der Konfrontation gegen ein kleines Land in Mittelamerika suchten nun die verschiedensten Regierungsmitglieder mehr oder weniger grobschlächtige oder subtile Rechtfertigungen. Eine nicht uninteressante fand der Außenminister George Shultz. In einer Ansprache Ende 1984 in einer New-Yorker Universität philosophierte er über die „Ethik der Macht". Stärke bedinge auch eine „moralische Verantwortung", meinte er, und als „führende Demokratie der Welt" tragen die USA die „Verantwortung als Beschützer des internationalen Friedens". Da tauchte es wieder auf, das Sendungsbewußtsein. Jedoch, wie es bei Missionaren üblich ist, keiner hat sie je gebeten zu kommen. Shultz fuhr fort: „Wir müssen nicht lange nach Beispielen suchen, bei denen die Anwendung von Macht moralisch und notwendig war." Und was nannte er als Beispiel? Grenada.

Auch Pentagon-Chef Weinberger ließ es sich nicht nehmen, über die „internationalen Verpflichtungen" der USA öffentlich nachzudenken. Vor dem nationalen Presseklub stellte er seine Ausgangsfrage: „Unter welchen Umständen und auf welche Art und Weise trifft ein großes demokratisches Land wie die Vereinigten Staaten die schmerzhafte Entscheidung, daß der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz seiner Interessen oder zur Durchsetzung seiner Politik notwendig ist?"

Jeder halbwegs vernünftige Völkerrechtler und Politiker würde antworten: Ein Krieg ist nur im Verteidigungsfall gerechtfertigt. Die „Durchsetzung" einer Politik kann nie und nimmer ein akzeptabler Kriegsgrund sein.

Diese Antworten wären Weinberger zu simpel. Er stellte dar,

daß in „unserer Gegenwart die Grenze zwischen Krieg und Frieden weniger deutlich ausgebildet" sei, als dies je zuvor gewesen wäre.

Akzeptiert man diese Undeutlichkeit der Grenze zwischen Krieg und Frieden, so erkennt man auch an, daß es im Ermessen der USA liegt, sich in bestimmten Situationen „bedroht" zu fühlen und die Grenzen zwischen Krieg und Frieden selber festzulegen. Ein solcher „Grenzfall" wäre beispielsweise die „Abwehr des internationalen Terrorismus".

Die Präsenz der USA rund um den Globus, die verdeckten und offenen Operationen gegen Entwicklungsländer und die nationalen Befreiungsbewegungen mußten vor der Öffentlichkeit eine Deutung erfahren. Und Weinberger als Sprecher seiner Regierung schaffte das. Die USA als „Führungsmacht der freien Welt" seien in die Pflicht genommen, jederzeit und an jedem Ort ihre „Schnellen Eingreiftruppen" gegen den „internationalen Terrorismus" einzusetzen. Das imperialistische ius ad bellum, Recht auf Krieg, klagte der Pentagon-Chef für die USA ein. Die Identifikation von „nationalen Interessen" und den globalen „Verpflichtungen, die uns mehr oder weniger nach dem zweiten Weltkrieg auferlegt wurden" (von wem?), schließt das Recht, ja die Pflicht zum Krieg ein, wenn eben jene „Interessen" und „Verpflichtungen" berührt werden.

Präsident Reagan schrieb im April 1984 dieses ius ad bellum durch die Direktive 138 als unumstößliches Gesetz fest. Mit dieser Direktive wurde der Staatsterrorismus legitimiert als Kampf gegen den „internationalen Terrorismus". Nikaragua ist das jüngste Opfer dieses Sendungsbewußtseins. Zu welchen Schritten fühlen sich die USA durch die Direktive 138 „berechtigt"? Der Präsident ist befugt, militärische, paramilitärische und geheimdienstliche Kommandos in jedem Teil der Welt einzusetzen, in dem „amerikanische Sicherheitsinteressen" oder „Normen und Werte der freien Welt" durch den „internationalen Terrorismus" bedroht sind. Am 9. Mai 1984 erläuterte Reagan in einer Fernsehansprache, wo er wähnt, daß der „internationale Terrorismus" seine Hände nach den USA ausstrecke. „Mittelamerika ist Amerika, und es liegt vor unserer Haustür. Es ist zu einem Schauplatz eines dreisten Versuchs der Sowjetunion, Kubas und Nikaraguas geworden, den Kommunismus mit Gewalt in der gesamten Hemisphäre zu verbreiten."

Die Sowjetunion als Spitze einer „Terrorliga", wie Außenminister Shultz sich auszudrücken beliebte, zu diffamieren, ist nicht neu. Der vormalige glücklose Außenminister Haig trat in seiner kurzen Amtszeit vehement dafür ein, der Sowjetunion als Zentrum des „internationalen Terrorismus" die Wege der Unterwanderung dadurch zu verlegen, indem man ihre „Stellvertreter" in

Gestalt der nationalen Befreiungsbewegungen schlägt. Das für jeden sichtbare Motiv des unterdrückten Volkes – Hunger, Elend, soziale Ungerechtigkeit, Ausplünderung des Landesreichtums – wird als Propaganda abgetan.

Zum Vorwurf, die Geschehnisse in Mittelamerika seien die Folgen einer teuflischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Kuba, äußerte sich Fidel Castro Anfang 1984 in einem Interview gegenüber „Newsweek". Schon geringste Geschichtskenntnisse klären darüber auf, daß in „Mittelamerika schon zu Zeiten, als die sowjetische Revolution um ihr Überleben kämpfte und es die kubanische Revolution noch gar nicht gab", sich soziale Umwälzungen vollzogen, die von amerikanischen Interventionstruppen blutig erstickt wurden. Welche Argumente mußten damals herhalten, als von einer Schaltzentrale des „internationalen Terrorismus" noch nicht die Rede war? Theodore Roosevelt beanspruchte für die USA „eine internationale Polizeigewalt"; Woodrow Wilson tobte, als die revolutionären Umwälzungen in Mexiko nicht so liefen, wie er es gern gehabt hätte. Er drohte, er werde die Kerle schon lehren, „USA-freundliche Regierungen zu wählen"; Präsident Coolidge ließ überall dort aufmarschieren, „wo das investierte Kapital unserer fleißigen Bürger in Gefahr gerät"...

Die Flagge folgte stets dem Dollar, und waren beide in Gefahr, des Landes verwiesen zu werden, kamen die Kanonenboote. Nikaragua erlebte es des öfteren. Als Präsident Zelaya liberale Wirtschaftsreformen und eine eigenständige Politik durchzusetzen suchte, tauchten 1909 vor der Küste Nikaraguas vier US-Kriegsschiffe auf, entluden ihre Fracht in Gestalt von 4000 Marines und zeigten dem Land, wer Herr im Hause ist. Am Ende dieser Intervention stand die sogenannte Dawson-Convention, benannt nach dem hochrangigen US-Politiker, der dieses Schriftstück überreichte. In diesem hieß es: „Die Regierung Nikaraguas verpflichtet sich zur Aufnahme eines US-Kredits in Höhe von 30 Millionen Dollar. Dafür stellt Nikaragua folgende Garantien: die Eisenbahn, die gesamten Einnahmen des Staates, die Kontrolle über die Nationalbank und die Gewähr, daß US-amerikanische Beamte jederzeit und unkontrolliert nach Nikaragua einreisen können..." Für ein Butterbrot fiel der gesamte Reichtum eines Landes in die Hände von US-Monopolen.

Und wie lautete die Begründung für diese Piraterie? Theodore Roosevelt hatte sie wenige Jahre zuvor geliefert: „Jedes Land, dessen Bevölkerung sich gut beträgt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn ein Staat beweist, daß er in politischen und sozialen Angelegenheiten vernünftig und anständig zu handeln versteht, wenn er die Ordnung in seinem Gebiet aufrechterhält und seinen Verpflichtungen nachkommt, so hat er kei

nen Grund, irgendwelche Interventionen seitens der Vereinigten Staaten zu befürchten..." Die unterbreiteten Verhaltensnormen gelten in der Weltgeschichte als einzigartig. Die USA schrieben dem Rest der Welt Regeln vor, deren Einhaltung oder Nichtbefolgung über Krieg und Frieden entschieden. Die Präsidenten vor und nach Roosevelt machten ebenfalls deutlich, was sie als „gutes Betragen", als „vernünftiges und anständiges Handeln", als „Aufrechterhaltung der Ordnung" und „nachkommende Verpflichtungen" verstanden. Alles drehte sich nur darum, daß Investitionen ungehindert hecken durften, dem Raub von Rohstoffen sich niemand in den Weg stellte und die ökonomische und politische Entmündigung als Preis für das Geschenk von „Demokratie", „Freiheit" und amerikanische Lebensweise zu gelten hatte.

Vor einem Senatsausschuß legte in den dreißiger Jahren US-General Smedley D. Butler die Quintessenz seines Lebens dar: „Ich verbrachte 33 Jahre und vier Monate im aktiven Dienst als Angehöriger der beweglichsten Truppen unseres Landes, des Marinekorps... Ich diente in allen Offiziersrängen vom Leutnant bis zum Generalmajor. Und während dieser ganzen Zeit diente ich fast unausgesetzt dem Big Business, der Wallstreet und den Banken als ‚starker Mann'. Kurz, ich war ein Zuhälter des Kapitalismus... So war ich 1914 beteiligt, Mexiko und besonders Tampico den amerikanischen Ölinteressen zu sichern. Ich half, Haiti und Kuba zu einer hübschen Profitquelle der National City Bank zu machen... Ich half in den Jahren 1909 bis 1912, für das internationale Bankhaus Brown Brothers Nikaragua freizumachen. 1916 brachte ich zugunsten der amerikanischen Zuckerinteressen der Dominikanischen Republik das Licht. 1903 war ich beteiligt, für die amerikanischen Obstgesellschaften Honduras ‚in Ordnung' zu bringen. In China half ich 1927 dafür zu sorgen, daß die Standard Oil unbehelligt ihren Weg nehmen konnte."

Nicht der bissig-ironische Ton ist das Eigenwillige an dieser Lebensbeichte, sondern die Bekundung, daß der alternde General alle missionarischen Floskeln und sendungsbewußten Platitüden von Freiheit, Demokratie und ähnlichem, die man den okkupierten Ländern zu bescheren versprach, als Plunder abtat und das Lied „Vorwärts, christliche Soldaten!" als Hohn. Der General machte deutlich, daß jeder Aufbruch zu anderen Gestaden, an denen man angeblich das „Licht des Christentums" entzünden wollte, dem Erdöl, Gold, Kupfer, Seltenmetallen galt. Fremdes Blut floß zum „Schutz" amerikanischer Investitionen und zum Erhalt der Exportmärkte. Oder sie wurden erst geschaffen, wie 1898 auf den Philippinen. Zucker, Kopra, Hanf, Gold und Chrom nahmen den Weg in die USA, im Gegenzug überschwemmten Nahrungsmittel die Philippinen. Die Herrschaft des Dollars bewirkte in kürzester Zeit, daß eines der fruchtbarsten Länder der Erde

zum Einfuhrland für Lebensmittel wurde. Ähnliches erlebten die karibischen und die mittelamerikanischen Staaten. Die US-Zucker-, Kaffee-, Baumwoll- und Südfruchtbarone zwangen den Ländern Monokulturen auf und vollendeten unbarmherzig die von der Kolonialmacht Spanien begonnene Zerstörung der sozialen und nationalen Strukturen. Die Wiedererlangung der nationalen Souveränität und Identität, doch insbesondere die Errichtung einer gerechten sozialen Ordnung und Inbesitznahme aller natürlichen materiellen Ressourcen durch die nationalen Befreiungsbewegungen werden hohnvoll als Terrorismus bezeichnet.

Die Hauptsorge amerikanischer Monopole galt und gilt der Beibehaltung bestehender Eigentumsverhältnisse. Obgleich es ihnen keine Schwierigkeiten bereitete, die jeweiligen Regierungen ihres Landes zu jeder passenden Gelegenheit davon zu überzeugen, daß für die USA stets das gut ist, was für Rockefeller u. a. Profit bringt, so überließen sie dennoch nichts der Unwägbarkeit und dem Zufall.

In den Nachwehen des ersten Weltkrieges beschloß eine Gruppe reicher und einflußreicher Amerikaner eine Organisation zu gründen, deren entscheidende Aufgabe darin bestand, die Außenpolitik diplomatisch, ökonomisch und militärisch zu koordinieren. Der Council of Foreign Relations (CFR) wurde aus der Taufe gehoben. Diese noble Vereinigung aus höchsten Beamten und Vertretern der Monopol- und Bankkreise wollte die USA darauf einstimmen, die Welt als ihre ureigenste Spielwiese einzurichten. Über den CFR ist bisher wenig geschrieben worden. Neugierige Journalisten kannten zwar einen Großteil seiner Mitglieder – es ist die politische und wirtschaftliche Crême de la Crême des Ostküstenestablishments – und wußten, daß im Council die wahren und eigentlichen außenpolitischen Macher sitzen, doch die geheiligte Suppenküche mit all ihren Rezepten blieb ihnen versperrt. Eine Indiskredition seitens eines Council-Mitglieds „kann zur Beendigung oder Aussetzung der Mitgliedschaft führen", schrieb 1966 die „New York Times".

Über die Geisteshaltung des CFR gibt eine Episode Auskunft. „Vorträge ausländischer Prominenz und gemeinsame Diskussionen über gegenwärtige und zukünftige auswärtige Beziehungen waren fest im CFR-Programm verankert. Obwohl diese Treffen geheim waren und Protokolle nicht angefertigt wurden, liegen über eins von ihnen Informationen vor, die eine Hauptsorge des Councils gut illustrieren. Der kubanische Premier Castro erhielt während seines Besuches in den USA im April 1959 eine Einladung, im Council-Hauptquartier in New York über ‚Kuba und die Vereinigten Staaten' zu sprechen... Eine große Menge war versammelt, und sie empfing Castro nicht gerade herzlich. Er wurde nach seiner Rede mit einer Reihe offen feindseliger Fragen bom-

Lateinamerikanischen Diktatoren, so auch Quaite aus El Salvador, konnten der Lautseligkeit und der Unterstützung Reagans sicher sein. Mit „linken Strolchen", wie Reagan die Regierung Grenadas bezeichnete, räumte er auf, selbst die geneigte Nachtruhe verkürzte er, um über den „brillanten Feldzug" auf dem laufenden zu bleiben.

bardiert, die vor allem auf seine Haltung zum Kommunismus abzielten. Die Feindseligkeiten der CFR-Mitglieder machten sich an der Frage bürgerlicher Freiheiten und der möglichen Enteignung amerikanischer Besitztümer in Kuba fest. Nach einigem Ausweichen antwortete Castro schließlich mit einer Gegenfrage: ‚Wenn Sie einen armen Menschen vor sich haben, was glauben Sie, zieht er vor – habeas corpus oder einen Teller Bohnen?' Darauf fragte ein CFR-Mann: ‚Wieviel will Kuba?' Castro, verärgert über diesen offenen Hinweis auf Käuflichkeit, erhob sich und erwiderte: ‚Wir wollen nicht euer Geld. Wir wollen euren Respekt.' Als sich am bösen Ton der CFR-Frager nichts änderte, sagte Castro schließlich: ‚Ich sehe, ich bin hier nicht unter Freunden.' Und damit verließ er die Versammlung." Diese Indiskretion beging ein CFR-Mann anonym gegenüber den beiden amerikanischen Autoren Laurence H. Shoup und William Minter.

Zwei Jahre nach Castros Rede waren es ebenfalls CFR-Mitglieder – unter ihnen auch Präsident Kennedy –, die eine Landung in der Schweinebucht empfahlen und befahlen. CFR-Mitglied und CIA-Chef Allan Dulles empfand es als selbstverständlich, den Clubkameraden Nelson Rockefeller in Iran 1953 „unbehelligt seinen Weg nehmen" zu lassen, um im Sprachbild des Generals Butler zu bleiben. Es ging wieder einmal um Erdöl. Ob 1954 in Guatemala, 1958 in Libanon, 1965 in der Dominikanischen Republik, 1973 in Chile und so weiter – hinter jeder Aktion stand der CFR. Die Verbindungen der United Fruit Company mit dem Council waren innig, ja reichten bis zur Personalunion wie beispielsweise bei den Brüdern Dulles. Beide waren Aktieninhaber der United Fruit, CFR-Mitglieder und höchste Regierungsbeamte. Durch sie fiel Guatemala 1954. Die Sehnsucht der Standard Oil, vertreten durch das CFR-Mitglied Nelson Rockefeller, nach dem Irak-Öl war sehr groß, und Eisenhower ließ in Libanon aufmarschieren. Doch über Libanon, eigentlich als Brückenkopf gedacht, ging es nicht hinaus. Irak zeigte die Zähne und wußte die Solidarität der Sowjetunion, der sozialistischen Länder, der befreiten Nationalstaaten und der demokratischen Weltöffentlichkeit hinter sich. Standard Oil hatte das Nachsehen. Die Kette unglückseliger Fehlplanungen und -schläge riß nun nicht mehr ab. Mit dem Öl schwammen auch die Hoffnungen mancher Councilmitglieder dahin, denn sie mußten erfahren, daß die nationalen Befreiungsbewegungen mehr als nur die Ölquellen verschließen konnten. Der Konsens zerbrach endgültig im Jahre 1968, als sich in Vietnam das Debakel abzeichnete und Männer wie George W. Ball das Lager der CFR-Falken verließen und ihre Lehren zogen.

Für die sich formierende neue Rechte war das ein Anlaß mehr, das müde Ostküstenestablishment anzufallen. Eine Clique, die sich nicht mehr fähig zeigte, „amerikanische Interessen" in Viet-

nam, Iran, Moçambique, Angola und anderswo wahrzunehmen und durchzusetzen, ist keinen Steuergroschen wert, meinten sie. Den in Vietnam zerbrochenen „big stick" (großen Knüppel) hoben sie auf, um ihn zu reparieren und neu einzusetzen.

25. Oktober 1983. Die größte imperialistische Weltmacht fiel über eine Insel her, halb so groß wie Rügen. 2000 Marines und Hunderte Ranger erstickten mit einer übermächtigen Kriegsmaschinerie den aufflackernden Widerstand. Auf einer sofort einberufenen Pressekonferenz teilte Reagan die „Argumente" für diesen „brillanten Feldzug" mit. „Wir haben einen kompletten Stützpunkt, ausgerüstet mit Waffen und Nachrichtengerät, entdeckt, was deutlich erkennen läßt, daß eine kubanische Besetzung der Insel geplant war... Es war eine kubanisch-sowjetische Kolonie, aus der eine größere militärische Bastion werden sollte, zum Export von Terror und zur Unterminierung der Demokratie." Mehr als tausend kubanische Soldaten hätten sich den Amerikanern widersetzt, trumpfte der Präsident auf. Außerdem mußte er die Kriegsentscheidung treffen, um das Leben amerikanischer Medizinstudenten zu schützen, die als „Geiseln" in den Händen der Kommunisten waren. Und immer wieder verwies er auf einen Flughafen. „Der Flughafen sah so aus, als sei er in hohem Maße für Kampfflugzeuge, darunter für Bomber großer Reichweite sowjetischer Herkunft, geeignet." Spätestens an dieser Stelle verharrte manchen Journalisten der Kugelschreiber, denn sie wußten, daß der Bauherr des besagten Flughafens eine respektable Firma aus dem NATO-Land England war. Außerdem fungierte die Königin immer noch als das nominelle Staatsoberhaupt von Grenada. Sollte England so blind sein, eine „sowjetische Bastion" zu errichten? Diese Ungereimtheiten machten die Journalisten neugierig auf Grenada, doch da wurde ihnen von Armeesprechern mitgeteilt, daß der Besuch der Insel vorläufig nicht möglich sei. Ein ungewöhnlicher Vorgang, einen Tatort gegen Reporter abzuschotten.

Nach der endlich erteilten Besuchserlaubnis schrieb der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung", nachdem er sich auf der winzigen Insel umgesehen hatte: „Jener ‚komplette sowjetisch-kubanische Stützpunkt', dessen Errichtung Präsident Reagan ‚gerade noch rechtzeitig' zur Invasion Grenadas veranlaßt hat, ist hierorts nirgendwo zu erblicken... Wie aber steht es mit den Waffen, welche die Sowjetunion und die Kubaner auf der Insel ‚in ungeheuren Mengen' deponiert haben sollen? Reagans Äußerungen über die Lagerhäuser in Point Salines, die ‚bis zum Dach hinauf mit sowjetischen Waffen vollgepackt sind', hat sich gut eingeprägt; die ersten 26 Reporter freilich, die letzte Woche auf die Insel geflogen wurden, haben das Arsenal schon viel weniger aufregend gefunden, vor allem, als sie neben leichten sowjeti-

schen Flakgeschützen und automatischen Gewehren auch einige Kisten voller altmodischer Waffen entdeckten, die aus der Zeit um die Jahrhundertwende stammen..." Eine ironische Grundstimmung machte sich unter den Journalisten breit, und sie kolportierten, weshalb sie erst jetzt die Insel betreten durften: Es brauchte eben seine Zeit, das „Arsenal" mit jedem auffindbaren Schrott zu füllen.

Die „Argumente" des Präsidenten wurden Stück für Stück demontiert. Das imposante kubanische Heer erwies sich als eine Mannschaft von ungefähr siebenhundert Bauarbeitern, Ärzten und Lehrern; der übermächtige Flugplatz als eine normale Piste für zivile Passagierflugzeuge zur Belebung des Fremdenverkehrs; die „Geiseln" erfreuten sich bester Gesundheit und lebten erst in Ängsten, als die wilde Schießerei der US-Marines sie gefährdete. Zur Verkündung, das Volk von Grenada habe die Sendboten von Demokratie und Freiheit freudig begrüßt, äußerte sich der Nachrichteningenieur Gerd Freymark aus der DDR, der auf der Insel das Telefonnetz aufbaute: „In der Nacht zum 25. Oktober weckte uns das Geheul von Geschützfeuer und Flugzeugen. Die amerikanische Intervention begann. Die Kämpfe dauerten mehrere Tage an. Über uns hinweg brausten Jagdflieger. Sie beschossen St. Georges aus Bordkanonen und feuerten Raketen auf Wohngebiete ab. Die Stadtbezirke, in denen wohlhabende Leute wohnen, ließen sie unberührt. Den Hauptschlag führten sie gegen die Randgebiete, gegen die Hütten der Armen. Als wir später zum Flugplatz fuhren, sahen wir diese Viertel – es gab fast keine einzige unbeschädigte Hütte... Vor meinen Augen töteten die Yankees friedliche Bewohner, darunter Frauen und Kinder, und das nicht nur durch Luftangriffe, sondern auch durch gezieltes Artilleriefeuer. Es hatte eine regelrechte Menschenjagd stattgefunden ..."

Reagans scheinbar stichhaltigstes „Argument", diese Invasion auf Bitten der Inselstaaten Jamaika, Antigua, Barbados und St. Vincent durchgeführt zu haben, platzte ebenfalls wie eine Seifenblase. Der Korrespondent der Londoner „Times" meldete aus Barbados, er habe in Erfahrung gebracht, daß die USA „als erste eine Intervention vorgeschlagen haben". Weiteres Nachforschen ergab, daß nicht nur der Vorschlag, sondern auch ein Papier vorlag, in dem die „Partner" ersucht wurden, die Intervention zu „genehmigen". „Es wird ziemlich schwer sein, eine juristische Begründung für diese Landungsaktion zu finden", schrieb die französische Wochenschrift „Le Nouvell Observateur". „Die Marineinfanteristen sind nach Grenada nicht im Einklang mit den Völkerrechtsnormen gekommen und nicht einmal als Antwort auf ein fiktives Hilfeersuchen, sondern einzig und allein auf den Befehl des Präsidenten..."

Was bewog Reagan, den Zorn der Weltöffentlichkeit, die scharfen Proteste der UNO und der europäischen USA-Verbündeten zu riskieren? Kein Erdöl, kein Gold oder sonstige Rohstoffe winkten als Erfolgsprämie. Wollte er den amerikanischen Gewürzkrämern die Muskatplantagen sichern oder den Besitzern von Hotelketten den herrlichen Strand zur Belebung des Massentourismus?

1979 übernahm in Grenada nach einer jahrzehntewährenden US-hörigen Diktatur eine revolutionär-demokratische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Maurice Bishop die Macht und erreichte in wenigen Jahren, wozu keine Regierung zuvor imstande war. Die Ergebnisse waren beeindruckend. Die Zahl der Arbeitslosen sank; die unentgeltliche Grundschulbildung wurde eingeführt und eine Alphabetisierungskampagne entfaltet; die Gleichberechtigung der Frauen durchgesetzt; eine Agrarreform und ein Wohnungsbauprogramm in Angriff genommen. Die Bettler, ein typisches Bild in den Städten Lateinamerikas, verschwanden von den Straßen. Erstmals in der Geschichte des Landes konnte im Jahr 1982 die Zahlungsbilanz mit einem Aktivsaldo abgeschlossen werden. Diese Entwicklung beunruhigte die US-hörigen Karibikstaaten, doch mehr die USA. Mit der solidarischen Hilfe Kubas und anderer sozialistischer Staaten erblühte vor der „Haustür" der USA ein kleiner Inselstaat, in dem das demokratische und soziale Zusammenleben zum Vorbild für die Menschen der anderen Karibikstaaten zu werden versprach.

Auf Grenada selbst gab es keine sonderlichen ökonomischen US-Interessen zu „verteidigen", dennoch diente die Intervention letztlich auch diesen. Nichts ist gefährlicher als die Vorbildwirkung eines Staates inmitten einer Region, die zum bevorzugtesten Investitionsfeld der US-Monopole zählt. Das Geschäft mit den Ländern der Karibik und Lateinamerika lief und läuft nach der Devise „Nehmen ist seliger denn geben", und dieser Geschäftsgrundlage haben schon Kuba und Nikaragua den Rücken gekehrt. Welche Länder werden folgen? In Südamerika haben spektakuläre Demokratisierungsprozesse wie beispielsweise in Bolivien, Argentinien, Brasilien, Peru die Grundlagen geschaffen, das Nachdenken über künftige nationale und soziale Belange anzuregen. El Salvador wankt, Guatemala regt sich...

Reagan erklärte 1982: „Wenn wir nicht unverzüglich und entschlossen handeln, ...dann werden aus den Ruinen der heutigen Konflikte neue Kubas entstehen." Grenadas Wirtschaftswachstum und unabhängige Außenpolitik, seine steigende Popularität und die freundschaftlichen Beziehungen zu Kuba und der Sowjetunion wuchsen in den Augen Reagans zu einem Faktor der „Bedrohung". Ein altvertrauter Mechanismus setzte sich in Gang. Die CIA observierte, und die Medien lieferten das Schmierfett. „Die

von dem Ministerpräsidenten Bishop vollbrachte Revolution hat in die Politik der Länder des östlichen Teils der Karibik den Anflug einer verhängnisvollen Instabilität hineingetragen... Wir sehen uns der offensichtlichen Gefahr gegenüber, daß Grenada versuchen kann, in den achtziger Jahren die gleiche Rolle zu spielen, die Kuba zu Beginn der sechziger Jahre gespielt hat, nämlich die Rolle eines Exporteurs der Revolution", versicherte „Newsweek". Viele US-Bürger hörten erstmals von einer Insel namens Grenada, manche wußten gar, daß ihr Festtagseierlikör mit Grenada-Muskat so pikant geriet. Daß dieser Winzling auf dem Globus jedoch neben Muskat auch noch die Revolution zu exportieren imstande sei und zur Gefahr für die „amerikanischen Sicherheitsinteressen" zu werden drohte, erfuhren sie erst durch ihren Präsidenten und seine Getreuen in Presse und Fernsehen. Es erging ihnen wie dereinst ihren Vätern, als diese Anfang der fünfziger Jahre mit den Nachrichten aufgeschreckt wurden, daß unweit von ihren Ufern, in einem Land namens Guatemala, der „Kommunismus" schon beachtliche Legionen postiert habe und auf dem Sprung stünde. Zuvörderst jedoch vergriffen sie sich an amerikanischen Bananen. Die United Fruit Company ließ grüßen.

Daß der Fall von Grenada geholfen habe, „das Gefühl der nationalen Würde wiederzuerlangen", hörten die Amerikaner ebenfalls aus dem Munde ihres Präsidenten. Grenada als Rache für den verlorenen Iran, für das kämpfende Nikaragua, für das siegreiche Vietnam? Grenada war als Lektion gedacht, doch allein die Wahl einer wehrlosen kleinen Insel für eine Strafaktion bewies den eingeengten Handlungsspielraum für militärische Feldzüge zum Erhalt ökonomischer Interessen.

Die USA sind jedoch immer noch im Besitz mächtiger Waffen. So fungieren beispielsweise die transnationalen Monopole in den Entwicklungsländern unverbrämt als Außenstellen des State Department und des Pentagons, oder sie nutzen solche Institute wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, um durch ökonomische Erpressung den Ländern ihre „Wertvorstellungen" aufzudrücken. Kein Tag vergeht, an dem man nicht aus der einen oder anderen Meldung über die Arbeitsweise dieser beiden Institute erfährt. Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Durch die kapitalistische Stahlkrise ist die Eisenerzausfuhr Liberias, mit Abstand wichtigster Exportzweig, stark zurückgegangen. Die erbetenen Kredite will der Internationale Währungsfonds nur mit der Zusicherung drastischer Gehalts- und Lohnkürzungen gewähren. Die in Liberia dominierenden US-Monopole gewinnen dreifach: durch die Verbilligung der Rohstoffe, durch den Lohnabbau und durch die Stärkung privat-kapitalistischer Strukturen.

Die neue Regierung Perus will sich diesem Druck nicht mehr beugen und kündigte an, die jährlichen Schuldentilgungsraten ra-

dikal zu verringern. Peru wird nicht auf Kosten der Bevölkerung die internationalen Banken mästen. Auf einer Tagung lateinamerikanischer Länder im Sommer 1985 in Havanna zeigten die Delegierten offen ihren Unmut über die neokolonialistischen Gebaren der USA, die sich des Bankkapitals bedienen, um die Entwicklungsländer in Fesseln zu schlagen.

Werden diese Fesseln gesprengt, wie heute in Nikaragua, erweisen sich ökonomische und politische Erpressung insoweit als wirkungslos, weil sie den beginnenden Befreiungsprozeß nicht mehr zurückzudrehen vermögen, rasseln CIA und die „Schnellen Eingreiftruppen" mit den Waffen. Was steht auf dem Spiele? Zinn, Graphit, Industriediamanten, Naturkautschuk müssen von den USA zu 100 Prozent importiert werden, Nickel zu 99 Prozent, Wismut und Platin zu 98 Prozent, Chrom zu 91 Prozent, Asbest zu 95 Prozent, Mangan zu 86 Prozent usw. Diese Abhängigkeit umfaßt auch viele strategische Erze und Seltenmetalle, ohne die beispielsweise die Rüstung nicht leben kann. Der politisch-militärische Interventionismus mit all seinem messianischen Gebaren ist der strafende „big stick". So dient die militärische Einkreisung der Sowjetunion gleichzeitig globalen strategischen Zielen als auch der Ambition, den großen Knüppel stets am Ort des Geschehens parat zu halten. Mit ihm wurden schon schlimme Wunden geschlagen, doch wurde er auch des öfteren abgewehrt. Das machte vielen Entwicklungsländern Mut und stärkte die Entschlossenheit der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Durch ökonomische und politische Zusammenarbeit schaffen diese Länder Koalitionen und Bindungen, die die materiellen und geistigen Ressourcen mehren und neokolonialistische Abhängigkeit abschütteln helfen. Dieser Prozeß befindet sich erst am Anfang, doch birgt er große Hoffnungen und Möglichkeiten und gebiert ein Selbstbewußtsein, das die USA allein in UNO-Abstimmungen schon des öfteren zu spüren bekamen.

Die Entscheidung der reaktionärsten Kreise des US-Monopolkapitals, einen Präsidenten einzusetzen, der die Entwicklung aufhalten und sie schließlich zugunsten der USA umkehren soll, hat nur bewirkt, daß die Welt am Rande eines Abgrunds steht. Die konstruktive Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder wird dafür sorgen, daß der Todessprung nicht stattfindet.

Zuletzt erschienen:

nl·konkret 69

Achim Felz

Zwischen Feuerstelle und Vollkomfort

Wohnungsbau von der Hütte bis zum Hochhaus

nl·konkret 70

Wolf D. Hartmann

Kapitale Karrieren

Mythos und Realität profitabler Geschäfte

nl·konkret 71

Günter Wallraff

„Bild"-Beschreibung

Methoden und Mechanismen einer Medienmacht

Gesucht und gefunden
Reagans Kapital
Mit Seife getestet
Der Bastard und die „Bastarde"
„I love you, America"
Der rechte Glaube
Eine „konservative Renaissance"?
Der Dollar auf seltsamen Wegen
Die Millionäre und der Hunger
Das „Fenster der Verwundbarkeit"
„Sieg ist möglich"
Im Himmel wie auf Erden
Der Trick mit den „Tauschobjekten"
Die „Ethik der Macht"

Verlag Neues Leben Berlin

ISBN 3-355-00001-9